57. Jahrgang / Heft 3 / Juli 2009 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Johannes Hürter
Anti-Terrorismus-Politik
Ein deutsch-italienischer Vergleich

Roman Töppel
Kursk – Mythen und Wirklichkeit einer Schlacht

Dominik Geppert
Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik

Tim Geiger
Die „Landshut" in Mogadischu
Das Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wie reagierte der Staat?

Johannes Hürter
Anti-Terrorismus-Politik . . . . . **329** Aufsätze
Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982

Warum unterlag die Wehrmacht?

Roman Töppel
Kursk – Mythen und Wirklichkeit einer Schlacht . . **349**

Skeptischer als vermutet?

Dominik Geppert
Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik **385**

Wie hoch war der Preis?

Tim Geiger
Die „Landshut" in Mogadischu **413**
Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977

457 Rezensionen online

463 Abstracts

465 Autoren

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zwei Staaten, ein Problem. Nirgendwo im Europa der 1970er Jahre verübten linksextreme Terroristen so viele Anschläge und Morde wie in Italien und der Bundesrepublik. Beide Demokratien waren gezwungen, auf diese Herausforderung zu reagieren. Die Interaktion von Terrorismus, Staat und Gesellschaft prägte ein ganzes Jahrzehnt. Dabei fiel dem politisch-administrativen Handeln eine Schlüsselrolle zu. Für welche Gegenmaßnahmen entschieden sich Regierung und Parlament? Erwies sich der demokratische Rechtsstaat als stark und gefestigt und zugleich als flexibel und integrativ genug, um die terroristische Gefahr zu bewältigen, ohne selbst Schaden zu nehmen? Ein Ländervergleich verspricht neue Erkenntnisse für beide nationalen Beispiele.

Johannes Hürter

Anti-Terrorismus-Politik

Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982

Als sich der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt und der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti am 1. Dezember 1977 in der Nähe von Verona trafen, nahm erstmals bei solchen Konsultationen die Bekämpfung des Terrorismus breiten Raum ein[1]. Anlass bot die gerade überwundene Krise um die Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer. Schmidt betonte, er habe noch

[1] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Valeggio sul Mincio am 1. 12. 1977, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, Bd. 2, bearb. von Amit Das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008, S. 1650–1666 (Dok. 345), hier S. 1650–1657. – Die folgenden Überlegungen stützen sich auf Zwischenergebnisse des Projekts „Demokratischer Staat und terroristische Herausforderung. Anti-Terrorismus-Politik der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa" am Institut für Zeitgeschichte München (URL: http://www.ifz-muenchen.de/anti-terror-politik.html) sowie auf die grundlegende, das staatliche Handeln jedoch zu wenig berücksichtigende Literatur zum Linksterrorismus in beiden Ländern (Auswahl): Analysen zum Terrorismus, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bde. 1–4, Opladen 1981–1984; Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt a. M./New York 2006; Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bde. 1–2, Hamburg 2006; Henner Hess, Italien: Die ambivalente Revolte, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1988, S. 9–166; Richard Drake, The Revolutionary Mystique and Terrorism in Contemporary Italy, Bloomington 1989; David Moss, The Politics of Left-Wing Violence in Italy, 1969–85, New York 1989; Donatella Della Porta, Il terrorismo della sinistra, Bologna 1990; dies., Social Movements, Political Violence, and the State: a Comparative Analysis of Italy and Germany, Cambridge 1995; Robert C. Meade, Red Brigades. The Story of Italian Terrorism, London 1990. Guter Überblick über die italienische Zeitgeschichte mit weiteren Literaturhinweisen bei Christian Jansen, Italien seit 1945, Göttingen 2007. Wegen des essayistischen Charakters bleiben im Folgenden die Belege auf das Wesentlichste beschränkt. Der Verfasser wird sich in seiner geplanten Studie über die Anti-Terrorismus-Politik der sozialliberalen Regierung 1969–1982 eingehend mit der deutschen Seite beschäftigen. Ich danke meinen Kollegen Tobias Hof, der im genannten IfZ-Projekt eine Dissertation über die italienische Anti-Terrorismus-Politik vorbereitet, Hans Woller und Matthias Dahlke für ihre wertvollen Hinweise.

VfZ 3/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0046

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nie „an verantwortlicher Stelle so schwierige Tage erlebt“, und Andreotti zollte dem Deutschen „große Bewunderung für die Art und Weise, wie dieser ‚die Dinge geführt‘ habe“. Dieses Lob für den „Macher“ Helmut Schmidt wurde durch die pessimistische Einschätzung Andreottis konterkariert: „Falls der Terrorismus in Italien zunehmen sollte, sehe sich die Regierung aber nicht in der Lage, ihn zu bewältigen.“ Dabei stand dem italienischen Staat der schwerste linksterroristische Anschlag, die Entführung und Ermordung des christdemokratischen Spitzenpolitikers Aldo Moro, noch bevor.

Schmidt erläuterte seinem italienischen Kollegen die Maximen seiner Politik gegen den Terrorismus: „Er – BK [Bundeskanzler] – stehe vor einer doppelten Aufgabe: Erstens müsse er darauf hinwirken, daß die deutsche Polizei […] und die Staatsanwaltschaft sich nach wie vor auf die Terroristen konzentrieren, und zweitens gleichzeitig verhindern, daß es zu übertriebenen Reaktionen komme.“ Der Sozialdemokrat legte in seinen Ausführungen den Schwerpunkt auf die Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften, Polizei) und ihre legislative Flankierung. Auch Andreotti kündigte Änderungen im Strafrecht und eine bessere Ausstattung der Polizei an. Aber daneben setzte der italienische Christdemokrat noch einen anderen Akzent: In Italien versuche man „im Zuge der Bekämpfung des Terrorismus“, „einen Teil der Linken ‚zurückzuholen‘, die traditionell gegen jede Unterdrückung und für ein Maximum an Freiheit seien“. Daraufhin verwies auch Schmidt auf die gesellschaftlichen Ursachen des Linksterrorismus, die seiner Meinung nach in einer „Sinnkrise“ besonders unter jungen Akademikern zu suchen seien.

In dem interessanten Gespräch, das zwischen den beiden spektakulärsten linksterroristischen Unternehmungen in Westeuropa – den Anschlägen im sogenannten Deutschen Herbst (September/Oktober 1977) und der Moro-Entführung (März bis Mai 1978) – stattfand, wurden damit zwei Varianten politischen Handelns gegen den Terrorismus angedeutet:

- auf der einen Seite eine reaktiv-aktionistische Politik, die auf eine kurz- und mittelfristige Verbesserung der Strafverfolgung setzte und gegenüber der linken Protestszene mit Ausgrenzung und Konfrontation reagierte;
- auf der anderen Seite eine aktiv-planerische Politik, die neben staatlicher Gegengewalt als zweiten Programmpunkt eine langfristig wirkende gesellschaftspolitische Prävention anstrebte und sich auf der linksoppositionellen Seite um Integration und Dialog bemühte.

Das Modell[2] von zwei grundsätzlichen Alternativen in der staatlichen Anti-Terrorismus-Politik[3] kann einem Ländervergleich zwischen der Bundesrepublik und

[2] Generell auf das politisch-administrative System bezogen, wurde das Schema aktive versus reaktive Politik bereits in der zeitgenössischen Reformdebatte verwendet, vor allem von politikberatenden Systemsoziologen und Politologen. Vgl. etwa Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik, in: Dies. (Hrsg.), Planungsorganisation. Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, München 1973, S. 115–145, besonders S. 122 f.

[3] Der Begriff meint: Das von der Regierung, der Parlamentsmehrheit und der obersten Verwaltung verantwortete Handeln gegen die mit der abwertenden Fremdzuschreibung „Terrorismus“

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Italien als *tertium comparationis* dienen. Kennzeichnen diese beiden allgemeinen Spielarten der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Entwicklungen und Phasen in beiden Staaten – oder eher unterschiedliche Akzentuierungen diesseits und jenseits der Alpen?

Die terroristische Herausforderung

Der deutsche und der italienische Linksterrorismus wiesen Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. Hier wie dort war er das radikalste Zerfallsprodukt der Protestbewegung von 1968; er wurzelte in der Fundamentalopposition linksextremer, meist dem Marxismus-Leninismus in seiner maoistischen Variante anhängender Subkulturen gegen das liberale westliche Ordnungsmodell, das als unselige Verbindung des hochkapitalistischen „US-Imperialismus“ mit den „faschistischen“ Traditionen im eigenen Land interpretiert wurde. Und beide nationalen Terrorismen orientierten sich an der Stadtguerilla-Strategie des Brasilianers Carlos Marighella, die darauf abzielte, mit spektakulären Gewalttaten eine staatliche Überreaktion zu provozieren und so auf indirektem Weg eine breite revolutionäre Gegenmacht hervorzurufen. „Die Konflikte auf die Spitze treiben“, fasste die *Rote Armee Fraktion* (RAF) das Ziel in ihrer ersten Erklärung prägnant zusammen[4]. Allerdings spielte in Italien schon in der Studentenbewegung und dann auch im Terrorismus die Verbindung zum jungen Arbeiterprotest und zum alten antifaschistischen Widerstand, den man gegen die „weißen“ und „schwarzen“ Faschisten der Gegenwart (Christdemokraten und Neofaschisten) fortzuführen glaubte, eine weitaus größere Rolle als in der Bundesrepublik. Das gab den italienischen Linksterroristen eine deutlich breitere soziale wie moralische Basis und ermöglichte es ihnen, „effizienter“ zu agieren als ihre Genossen in der westdeutschen „Stadtguerilla“.

Das wird durch den Blick auf die beiden wichtigsten und wirkungsvollsten terroristischen Gruppierungen bestätigt[5]. In der RAF dominierten Studenten und Akademiker bürgerlicher (und protestantischer) Herkunft. Sie begann sofort nach ihrer Formierung im Frühjahr 1970 mit dem bewaffneten Kampf gegen den bundesdeutschen Staat[6] und besaß – trotz anfänglicher Sympathien und Indifferenzen

bezeichnete politische Gewalt illegaler bewaffneter Gruppen, die mit einer indirekten Strategie gewaltsamer Provokation und Eskalation einen Umsturz der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung herbeiführen wollen.

[4] „Die Rote Armee aufbauen. Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders vom 5. Juni 1970“, in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 24–26.

[5] Vgl. Christian Jansen, Brigate Rosse und Rote Armee Fraktion. ProtagonistInnen, Propaganda und Praxis des Terrorismus der frühen siebziger Jahre, in: Oliver v. Mengersen u. a. (Hrsg.), Personen, Soziale Bewegungen, Parteien. Beiträge zur Neuesten Geschichte. Festschrift für Hartmut Soell, Heidelberg 2004, S. 483–500. Einen anderen Vergleichsansatz wählt Petra Terhoeven, Opferbilder – Täterbilder. Die Fotografie als Medium linksterroristischer Selbstermächtigung in Deutschland und Italien während der 70er Jahre, in: Geschichte in Gesellschaft und Unterricht 58 (2007), S. 380–399.

[6] Der Begriff „Staat“ wird hier nicht erratisch im Sinne eines geschlossenen Gefüges oder gar handelnden Subjekts verstanden, sondern dient lediglich als heuristisches Hilfsmittel, um die

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in Teilen der Bevölkerung und obwohl es zeitweise eine ernst zu nehmende Zahl von potenziellen und tatsächlichen Unterstützern in der linken Szene gab – zu keiner Zeit so etwas wie eine Massenbasis; sie blieb eine elitäre Kadertruppe.

Dagegen entstammten die meisten Mitglieder der im Herbst 1970 gegründeten *Brigate Rosse* (BR) der Arbeiterklasse und unteren Mittelschicht mit dezidiert katholischem Hintergrund. Die Gruppe konzentrierte sich zunächst auf die bewaffnete Agitation in norditalienischen Fabriken und genoss lange Zeit eine erhebliche Popularität in den Arbeitervierteln Turins, Mailands und Genuas. Erst im April 1974 verschärften die *Brigate Rosse* ihre Strategie zum – wie sie es nannten – „Angriff auf das Herz des Staates" (*l'attacco al cuore dello Stato*). Die Zahl der Kämpfer, die in den „Kolonnen" der BR und in den zahlreichen anderen linksterroristischen Kleingruppen organisiert waren, ging insgesamt in die Tausende – ein ganz anderes Potenzial als die wenigen Dutzend Terroristen in der Bundesrepublik! Nicht selten trugen sie Waffen aus dem Partisanenkampf des Zweiten Weltkriegs, die ihnen Veteranen der *resistenza* übergeben hatten. Ihre Attentate wurden in den schlimmsten der „bleiernen Jahre" (*anni di piombo*)[7], der Periode von 1976 bis 1979, nahezu alltäglich, ehe der Linksterrorismus in den folgenden Jahren eingedämmt werden konnte.

Noch etwas anderes unterschied die italienische Situation grundlegend von der deutschen: In Italien existierte seit 1969 vor und neben dem sozialrevolutionären ein rechtsextremer Terrorismus, der durch eine „Strategie der Spannung" (*strategia della tensione*) genug Unruhe verbreiten wollte, um den Ruf nach einem autoritären Kurswechsel zu provozieren – dass außerdem auch die Gewalttaten der Mafia teilweise politische Ziele hatten und daher neuerdings als besondere Form des Terrorismus eingestuft werden[8], sei hier nur am Rande erwähnt. Die Rechtsterroristen spezialisierten sich auf unterschiedslose Bombenanschläge mit zahlreichen Zivilopfern und entfalteten ihre größte Militanz bis 1974, blieben aber bis in die frühen 1980er Jahre aktiv[9]. Gerade in der Formierungsphase ab

Gesamtheit (nicht: Einheit) der „Organe des Staates" (Regierung, Parlament, Verwaltung, Verbände etc.) und die ihm zugrunde liegende Gesellschaftsordnung zu bezeichnen.

[7] Der in Italien nachträglich für die 1970er Jahre verwendete Begriff leitet sich von Margarethe v. Trottas Spielfilm „Die bleierne Zeit" ab, der 1981 bei den Filmfestspielen von Venedig den Goldenen Löwen gewann und unter dem Verleihtitel „Anni di piombo" großen Erfolg beim italienischen Publikum hatte. Die Übersetzung des Titels brachte einen Bedeutungswandel von „schwer lastender Zeit", mit der die Regisseurin eigentlich die 1950er Jahre und das Schweigen über die NS-Vergangenheit als eine Ursache des Terrorismus meinte, zur terroristischen „Zeit der Bleikugeln" in den 1970er Jahren – ein interessantes Missverständnis der deutsch-italienischen Beziehungsgeschichte. Vgl. „Die Bleikappe des Schweigens. Margarethe von Trotta über ihren Ensslin-Film, das Sympathisantentum und deutsche Kontinuitäten", in: Der Tagesspiegel vom 28. 4. 2007.

[8] Vgl. etwa Andrea Di Michele, Storia dell'Italia repubblicana (1948–2008), Mailand 2008, S. 351–362; Ronald D. Crelinsten, Analysing Terrorism and Counter-Terrorism: A Communication Model, in: Terrorism and Political Violence 14 (2002), Nr. 2, S. 77–122, hier S. 86. Auf jeden Fall trug die Mafia erheblich zum Klima der Gewalt und Verunsicherung in den 1970er und 1980er Jahren bei.

[9] Der opferreichste Bombenanschlag ereignete sich am 2. 8. 1980 in Bologna mit 85 Toten. Auch wenn die Hintergründe bis heute nicht geklärt sind, spricht alles für ein rechtsterroristi-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1969 war der Linksterrorismus nicht zuletzt eine Reaktion auf die rechtsterroristische Gewalt, hinter der man nicht zu Unrecht größere neofaschistische Umsturzbestrebungen vermutete[10]. Von 1969 bis 1982 kamen bei rechtsterroristischen Anschlägen 186 Menschen um. Der Linksterrorismus, dessen Gewaltaktionen erst ab 1976 gegenüber dem „schwarzen Terror" dominierten, forderte im selben Zeitraum 164 Tote[11].

Die Opferzahlen des deutschen Linksterrorismus, auf dessen Konto insgesamt 38 Morde gehen[12], waren deutlich geringer. Auch erreichten die deutschen Terroristen zu keiner Zeit eine solch andauernde und ständige Gefährdung der inneren Sicherheit wie die italienischen Linksterroristen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Ihre Aktionen waren deutlich punktueller und kurzatmiger, erzielten allerdings in den drei intensivsten Phasen, der „Maioffensive" von 1972, der Lorenz-Entführung und Stockholmer Botschaftsbesetzung im Frühjahr 1975 sowie vor allem der „Offensive 77" mit den Morden an Buback, Ponto, Schleyer und mehreren einfachen Staatsbediensteten, beträchtliche Wirkung auf das öffentliche und politische Bewusstsein.

Letztlich war daher trotz aller genannten Unterschiede die Wahrnehmung der terroristischen Bedrohung in beiden Staaten vergleichbar. Mochte man auf staatlicher Seite noch so sehr darauf bedacht sein, die Terroristen als „gewöhnliche Kriminelle" zu delegitimieren und jeden Anschein eines Kriegszustands zu vermeiden: Die zahlreichen Sondermaßnahmen, Sondergesetze, Sonderprozesse sowie die zunehmend militante Rhetorik in den Diskursen der politischen Elite und medialen Öffentlichkeit zeigten, dass der politisch-militärische Anspruch der Terroristen faktisch anerkannt wurde. Erst die Wechselwirkung von terroristischer Gewalt, staatlicher Reaktion und öffentlicher Resonanz[13] machte den Terroris-

sches Verbrechen – 1995 wurden zwei neofaschistische Gewalttäter nach einem langen Indizienprozess verurteilt.

[10] Auf die darüber hinaus gehenden, überwiegend schlecht oder gar nicht belegten Verschwörungstheorien, die hinter dem italienischen Rechts- und teilweise auch Linksterrorismus Geheimdienstaktivitäten der USA und anderer NATO-Staaten vermuten, kann hier nicht näher eingegangen werden.

[11] Zahlen nach Leonard Weinberg/William Lee Eubank, Neo-Fascist and Far Left Terrorists in Italy: Some Biographical Observations, in: British Journal of Political Science 18 (1988), Nr. 4, S. 531–549, hier S. 532. Nach Della Porta, Terrorismo, S. 237, waren es 179 Opfer durch den Linksterrorismus.

[12] Vgl. die namentliche Aufstellung von Klaus Pflieger, Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, Baden-Baden ^{2}2007, S. 255 f., über die Morde der RAF (34) und *Bewegung 2. Juni* (3). Dem ist noch der von den *Revolutionären Zellen* (RZ) im Mai 1981 ermordete hessische Wirtschaftsminister Heinz Karry (FDP) hinzuzufügen. Nicht einbezogen ist die Beteiligung deutscher Terroristen an Aktionen transnationaler, meist propalästinensischer Terrorkommandos, etwa dem OPEC-Attentat in Wien (Dezember 1975) oder der Entführung einer Air-France-Maschine nach Entebbe (Juni/Juli 1976).

[13] Zum, hier vernachlässigten, Terrorismusdiskurs in der (medialen) Öffentlichkeit vgl. Marica Tolomelli, Terrorismo e società. Il pubblico dibattito in Italia e in Germania negli anni Settanta, Bologna 2006; Andreas Elter, Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien, Frankfurt a. M. 2008; Hanno Balz, Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren, Frankfurt a. M. u. a. 2008.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mus und seine Bekämpfung sowohl in der Bundesrepublik als auch in Italien zu einem Schlüsselproblem der 1970er Jahre.

Bundesdeutsche Anti-Terrorismus-Politik 1969–1982

Welcher Weg wurde in der Bundesrepublik von der sozialliberalen Regierung zur Bewältigung dieses Problems eingeschlagen? Die staatlichen Maßnahmen gegen den deutschen Linksterrorismus in den 1970er Jahren scheinen insgesamt eher einem reaktiv-aktionistischen Politikmuster zu entsprechen. Der Ausbau des Polizeiapparats und die sogenannten Anti-Terror-Gesetze von 1974 bis 1978 waren offenbar die direkte Antwort auf die Anschläge der RAF. Diese Interpretation liegt umso näher, wenn man dem allgemein anerkannten Paradigma folgt, dass die Ära Schmidt (1974–1982) im Gegensatz zur anfangs reformfreudigen und planungseuphorischen Ära Brandt (1969–1974) von Krisenmanagement geprägt gewesen sei. Also situatives Politikmanagement statt planvolle Reformpolitik auch in der Terrorismusbekämpfung?

Dieses Erklärungsmodell hat einiges für sich, droht aber frühere Entwicklungslinien zu verwischen. Wie der Terrorismus hatte nämlich auch seine Bekämpfung tiefe Wurzeln in der Aufbruchs- und Krisenzeit der 1960er Jahre. Sowohl die Tatsache deutlich ansteigender Gewaltkriminalität als auch die Wahrnehmung vieler Bürger, dass von jugendlichen Subkulturen und studentischem Protest eine Bedrohung der herkömmlichen „Ruhe und Ordnung" ausgehe, führten zu einer erheblichen Aufwertung der Sicherheitspolitik im Innern[14]. Die sozialliberale Regierung machte die „Innere Sicherheit" zum politischen Schlagwort und wichtigen Teil ihrer Reformpolitik. Bereits im Oktober 1970 stieß sie mit einem „Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung" die umfassende Verstärkung der Polizei an. Dieser richtungweisende Impuls entsprang dem planerischen Konzept der neuen Regierung, den demokratischen Staat und seine Bürger vor jeder Art von Gewalttätern zu schützen. Erst in den folgenden Jahren verschob sich der Akzent von der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung zur Bekämpfung politisch motivierter Gewalt und verfassungsfeindlicher Bestrebungen, in die sich neben den „Anti-Terror-Maßnahmen" etwa auch der „Radikalenerlass" von Januar 1972 einfügte. An dieser Politisierung des Konzepts „Innere Sicherheit" im Sinne einer – im Gegensatz zur gescheiterten Weimarer Republik – „wehrhaften Demokratie" hatte dann allerdings der Terrorismus erheblichen Anteil.

[14] Vgl. Klaus Weinhauer, Eliten, Generationen, Jugenddelinquenz und innere Sicherheit: Die 1960er und frühen 1970er Jahre in der Bundesrepublik, in: Jörg Requate (Hrsg.), Recht und Justiz im gesellschaftlichen Aufbruch (1960–1975). Bundesrepublik Deutschland, Italien und Frankreich im Vergleich, Baden-Baden 2003, S. 33–58, hier S. 55–57; ders., Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 219–242, hier S. 233–236. Vgl. auch Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 53 (2005), S. 357–380.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch noch das „Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit“ vom März 1972 war nicht in erster Linie eine reaktive Maßnahme auf den Linksterrorismus. Die Serie von Bombenanschlägen der RAF im Mai 1972 als erste schwerwiegende terroristische Erschütterung des Bonner Staates sowie das Versagen der staatlichen Stellen beim Olympiaattentat im September desselben Jahres[15] standen noch bevor. Die „Maioffensive“ der RAF bot Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher den *Anlass*, dem Bundestag am 7. Juni 1972 sein sicherheitspolitisches Programm „als geschlossenes Ganzes“ zu erläutern[16]. Dabei präsentierte er eine Agenda, die aus vier Hauptanliegen bestand:

1. Ausbau der Sicherheitskräfte des Bundes;
2. bessere Kooperation zwischen Bund und Ländern;
3. Gesetze zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung;
4. Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen[17].

Diese programmatische Bundestagsrede Genschers zeigt, dass die künftigen Maßnahmen des Bundes gegen den Terrorismus bereits frühzeitig im Rahmen eines breitgefächerten Reformplans angelegt waren. Dass der Linksterrorismus eine stark beschleunigende und radikalisierende Wirkung auf Exekutive und Legislative haben könnte, erkannte allerdings auch Genscher. Daher warnte er sowohl im Bundestag als auch in seinem Ministerium vor übertriebenem Aktionismus und verwies darauf, dass die Ursache von Terrorismus nicht zuletzt in einem Defizit an gesellschaftlichen Reformen zu suchen sei.

Die langfristig angelegte und gesellschaftlich gedachte Politik der „Inneren Sicherheit“ in der Ära Brandt/Genscher wurde schon bald unter dem Druck der Ereignisse und Wahrnehmungen entscheidend umgedeutet. Die immer heftigere Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus erzeugte ein Klima, in dem Regierung und Parlament unter Legitimationsdruck und Handlungszwang gerieten. Das galt besonders für die sozialliberale Koalition, deren politisches Überleben – das zeigten die Wahlen und Meinungsumfragen – wiederholt auch von der Akzeptanz ihrer Anti-Terrorismus-Politik abhing. Die konservative Opposition und die ihr nahestehenden Medien nutzten die offene Flanke, die sich durch das verbreitete Misstrauen gegenüber der scheinbar zu nachsichtigen, da „linken“ Regierung bot – aus wahltaktischem Kalkül, aber auch um ihre eigenen Forde-

[15] Vgl. Matthias Dahlke, Der Anschlag auf Olympia ’72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland, München 2006.

[16] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 80, 6. Wahlperiode, Bonn 1972, S. 10975–10982, hier S. 10975.

[17] „Viertens sind diese Maßnahmen eingebettet in eine umfassende gesellschaftspolitische Zielprojektion, die darauf abgestellt ist, das demokratische Engagement des einzelnen Bürgers zu fördern und die gesellschaftlichen Bedingungen zu erkennen und zu verändern, unter denen Kriminalität und politischer Radikalismus entstehen oder sich ausbreiten.“ Als wichtige Punkte einer „vorausschauenden Gesellschaftspolitik“ nannte Genscher „Sozialpolitik, Bildungspolitik, Wohnungsbaupolitik, Gesundheitspolitik, Sportpflege und Jugendpflege“ (ebenda, S. 10978) sowie die „Integration der jungen Generation“ und „die Integration der Kräfte an den Flügeln unseres Parteiensystems“ (ebenda, S. 10981).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rungen nach drastischer Bekämpfung jeglicher Gewalt „von links“ und ihrer „Sympathisanten“ durchzusetzen.

So schien die Opposition anzutreiben und die Regierung zu bremsen. Nicht zuletzt um diesem Eindruck entgegenzuwirken, sah sich die Regierung wiederholt zu Demonstrationen der Stärke veranlasst. Ihr ursprüngliches Vorhaben, nicht allein mit polizeilich repressiven[18], sondern auch mit gesellschaftlich präventiven Mitteln langfristig und behutsam Sicherheit zu schaffen, wurde hinter die – nicht selten eher symbolpolitische – „harte“ Reaktion auf den Terrorismus zurückgestellt. Der Begriff „Innere Sicherheit“ war phasenweise ganz auf die Bekämpfung des Terrorismus eingeengt. Von den vier Programmpunkten, die Innenminister Genscher im Juni 1972 genannt hatte, wurden die ersten drei gezielt gegen den Terrorismus ausgerichtet:

- Die Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder, besonders das Bundeskriminalamt unter seinem Chef Horst Herold, wurden erheblich verstärkt und modernisiert (Verdreifachung des Personalstands im BKA, Aufbau von Spezialeinheiten, Einsatz von aufwendigen EDV-Systemen);
- die Zusammenarbeit von Bund und Ländern wurde verbessert, vor allem durch die häufige Behandlung des Themas in der Innenministerkonferenz sowie den Übertrag von Polizeikompetenzen auf den Bund;
- die Gesetze wurden verschärft, vor allem durch die Schaffung der Tatbestände „terroristische Vereinigung“ (§ 129a StGB) und „Anleitung zu Straftaten“ (§ 130a StGB) sowie durch gravierende Änderungen im Strafrecht bzw. Strafprozessrecht (Einschränkung der Beschuldigten- und Verteidigerrechte)[19] und Beschränkungen von Grundrechten: Meinungsfreiheit (Art. 5 GG), Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG), Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)[20].

[18] Der Begriff „repressiv“ wird hier nicht politisch im Sinne Herbert Marcuses („repressives System“, „repressive Toleranz“ etc.), sondern wertfrei in seiner üblichen juristischen Bedeutung verwendet. Danach sind der Polizei repressive (Strafverfolgung) und präventive Aufgaben (Gefahrenabwehr) zugewiesen. Ich stelle der polizeilichen Repression aber nicht die polizeiliche, sondern die gesellschaftlich-politische Prävention gegenüber.

[19] Besonders umstritten waren die folgenden gesetzlichen Neuregelungen: Verteidigerausschluss (§§ 138a ff. Strafprozessordnung [StPO]), Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO), Einschränkung des freien Verteidigerverkehrs (§ 148 Abs. 2 StPO), Verfahren in Abwesenheit des Angeklagten (§§ 231a, 231b StPO) sowie das Kontaktsperregesetz (siehe S. 338). Die legislative Reaktion gegen den Terrorismus ereignete sich im Wesentlichen von 1974 bis 1978, wobei am wichtigsten die Gesetze vom 20. 12. 1974 (Ergänzung der Reform des Strafverfahrensrechts), 18. 8. 1976 (Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Bundesrechtsanwaltsordnung) und 14. 4. 1978 (Änderung der Strafprozessordnung) waren.

[20] Hervorzuheben sind – neben dem genannten § 130a StGB und mit ihm bereits 1981 wieder gestrichen – der neue Straftatbestand „Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“ (§ 88a StGB) sowie das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 13. 9. 1978, durch das Beschränkungen bei Verdacht terroristischer Straftaten zugelassen wurden, und das Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung vom 14. 4. 1978, das u. a. die polizeilichen und staatsanwaltlichen Befugnisse bei Wohnungsdurchsuchungen erweiterte („Razziengesetz“).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dagegen spielte der vierte von Genscher genannte Eckpfeiler – die Behebung von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die den Terrorismus begünstigten – kaum mehr eine Rolle. Symptomatisch dafür war auch, dass von staatlicher Seite auf eine sozialwissenschaftlich fundierte Analyse des Terrorismus-Phänomens, die eine langfristige Strategie hätte begründen können, zunächst weitgehend verzichtet wurde. Erst einige Jahre später erkannten die zuständigen Behörden dieses Versäumnis: „Die Ursachen des Terrorismus sind bisher nicht umfassend und systematisch erfasst worden. […] Die Kenntnis der Ursachen des Terrorismus ist jedoch auf lange Sicht unbedingte Voraussetzung einer strategisch betriebenen Prävention."[21]

Der endgültige Umschlag zur gezielten, konzeptionell allerdings eng auf eine kompromisslose Strafverfolgung begrenzten[22] Anti-Terrorismus-Politik lässt sich nach einer Übergangsphase seit 1974 auf das Frühjahr 1975 datieren. Kurz nach der Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Peter Lorenz, die noch einmal die „nur eingeschränkte Krisenbereitschaft" der staatlichen Institutionen und Akteure offenbart hatte[23], ging vom neuen Bundesinnenminister Werner Maihofer die Initiative aus, mit einem Terrorismus-Paragraphen im Strafgesetzbuch die Rechtsgrundlage für ein dichtes System weitgehender Sonderbefugnisse in der Strafverfolgung zu schaffen[24]. Und unmittelbar nach dem Ende der Botschaftsbesetzung durch RAF-Terroristen in Stockholm erklärte Kanzler Helmut Schmidt am 25. April 1975 im Bundestag: „Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, muß innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist."[25] Diese Auffassung und die Überzeugung, dass sich der Staat nicht ein zweites Mal gegenüber Terroristen so nachgiebig zeigen dürfe wie in der Lorenz-Affäre, prägten das staatliche Handeln in den folgenden Jahren. Die Bundesregierung konnte sich dabei der Unterstützung der CDU/CSU-Opposition teilweise sicherer sein als der geschlossenen Zustimmung der Koalitionsparteien SPD und FDP.

Diese Politik steuerte ihrem Höhepunkt entgegen, nachdem die RAF mit dem Mord an Bundesanwalt Siegfried Buback ihre Terrorkampagne des Jahres 1977 begonnen hatte. Die CDU/CSU-Opposition erhöhte sofort den Druck auf die sozialliberale Koalition, indem sie einen umfangreichen Gesetzentwurf „zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens" vorlegte, der das Thema Terrorismus u. a. mit der Forderung nach

[21] Aufzeichnung aus dem Bundesministerium des Innern, 21. 6. 1978, in: Bundesarchiv Koblenz, B 136/83850.

[22] Das Dogma der Härte und des Nichtnachgebens gegenüber Terroristen war zwar ein klar konturiertes Konzept, jedoch ein vor allem reaktives und repressives.

[23] Vgl. Matthias Dahlke, „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft". Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975, in: VfZ 55 (2007), S. 641–678.

[24] Vgl. Stephan Scheiper, Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren, in: Weinhauer/Requate/Haupt (Hrsg.), Terrorismus, S. 188–216, hier S. 204. Der Tatbestand § 129a StGB wurde durch das Gesetz vom 18. 8. 1976 in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

[25] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 93, 7. Wahlperiode, Bonn 1975, S. 11785.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einer Beschränkung des Demonstrationsrechts verknüpfte – im Frühjahr 1977 war es bei Demonstrationen gegen den Bau von Kernkraftwerken in Brokdorf und Grohnde zu Ausschreitungen gekommen. Der Vorstoß der Union drängte die Regierungsparteien endgültig in die Defensive. In der aufgeheizten Atmosphäre des „Deutschen Herbstes" wurde versucht, einen Kompromiss auszuhandeln. Das im April 1978 verabschiedete „Anti-Terror-Paket" kam dann dem CDU/CSU-Antrag in einigen Punkten weit entgegen und wäre im Bundestag beinahe an den Gegenstimmen von vier SPD-Abgeordneten gescheitert.

Doch nicht nur die Opposition, sondern auch die Regierung selbst trieb den Bundestag zu legislativen Reaktionen, die unter anderen Voraussetzungen kaum denkbar gewesen wären. Kurz nach der Entführung Schleyers veranlasste Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel die zuständigen Länderminister, jegliche Kontakte von inhaftierten Terroristen untereinander und zur Außenwelt, also auch zu ihren Verteidigern, zu unterbinden. Dadurch sollte vor allem verhindert werden, dass die RAF-Führung mit Hilfe ihrer Anwälte aus dem Gefängnis heraus die Aktionen steuern könne – nach dem wiederholten Missbrauch der Verteidigerrechte in den Jahren zuvor eine begründete Sorge. Vogel berief sich auf einen „rechtfertigenden Notstand" nach § 34 StGB – eine bis heute unter Juristen sehr umstrittene Argumentation. Um der rechtlich fragwürdigen Maßnahme eine gesetzliche Grundlage zu geben und dem anstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zuvorzukommen, wurde innerhalb von nur drei Tagen in Bundestag und Bundesrat das sogenannte Kontaktsperregesetz[26] vom 30. September 1977 durchgepeitscht. Diese beispiellose legislative Blitzaktion zur nachträglichen Legalisierung staatlichen Handelns im Grenzbereich der Rechtsordnung stieß auf das Unbehagen vieler SPD- und FDP-Abgeordneter. Die meisten von ihnen beugten sich aber dem Druck. Dennoch war die Anti-Terrorismus-Politik der Regierung erstmals auf die parlamentarische Unterstützung der Union angewiesen, da 21 Abgeordnete von SPD und FDP dem Kontaktsperregesetz die Zustimmung verweigerten.

Neben der Legislative befand sich auch die Exekutive in einer Art Ausnahmezustand[27]. Mit dem „Großen Krisenstab", in dem neben dem Bundeskabinett auch die führenden Repräsentanten der Opposition vertreten waren, übernahm für die 44 Tage der Entführung Schleyers und der Lufthansa-Maschine „Landshut" faktisch ein in der Verfassung nicht vorgesehenes und der parlamentarischen Kontrolle entzogenes Allparteiengremium die politische Verantwortung. Helmut Schmidt und sein Kabinett appellierten in dieser Ausnahmesituation an die vielbeschworene „Gemeinsamkeit der Demokraten" in Exekutive, Legislative, Judikative und Presse. Damit war die Erwartung verbunden, dass sich alle Gewalten unter Verzicht ihrer verfassungsgemäßen Eigenständigkeit einem kurzfristigen Krisenmanagement unterordneten. Als im Bundestag Kritik an der unzureichenden Unterrichtung der zuständigen Ausschüsse vernehmlich wurde, wies sie

[26] Eigentlich: Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz.
[27] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes, in: Ders. (Hrsg.), Die RAF, Bd. 2, S. 1011–1025.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner mit dem Argument zurück, es gebe Situationen, „in denen das Parlament nicht umhin kommt, Entscheidungen zu treffen, ohne bis in die ‚letzten Details' Einblick zu nehmen"[28].

Die sozialliberale Regierung und mehr noch ihre zeitweiligen Kooperationspartner aus der Union waren vorübergehend bereit, einige verfassungsmäßige Kompetenzen und Rechte hintanzustellen, sofern sie den Staatsschutz durch Polizei und Justiz zu behindern drohten. Im Herbst 1977 bestand auf staatlicher Seite eine Tendenz zur Improvisation, die ihre Ursache nicht nur in der zu schnellen Entscheidungen drängenden Dramatik der Ereignisse, sondern auch in der Dominanz reaktiv-aktionistischer Handlungsmuster in der Anti-Terrorismus-Politik hatte. Noch im Krisenjahr 1977 erkannten auch die führenden Akteure der Regierung (Schmidt, Maihofer, Vogel), dass ein langfristig angelegtes, in sich schlüssiges Gesamtkonzept nötig sei, um die terroristische „Hydra" – wie führende BKA-Beamte diese Gefahr fast resignierend nannten – nicht nur vorübergehend, sondern ein für allemal zu besiegen und solche Krisenlagen wie die soeben überstandenen kein zweites Mal erleben zu müssen. Sie setzten daher die Suche nach einer neuen, stärker gesellschaftspolitisch fundierten Strategie auf die politische Agenda. Ohnehin sahen sich die sozialliberalen Politiker zwischen der Skylla der terroristischen Verbrechen und der Charybdis populistischer Forderungen nach extremen Gegenmaßnahmen, die sie durch ihre Politik kanalisieren wollten, um – wie es Helmut Schmidt ausdrückte[29] – eine „McCarthystische Welle" zu verhindern. Im Bundeskabinett wusste man, dass eine zu heftige Reaktion des Staates die beste Propaganda für die „antifaschistische" und sozialrevolutionäre Selbstlegitimierung der Terroristen war. Die Demonstration staatlicher Stärke wurde von deutlich mehr Skrupeln und Diskussionen begleitet, als es die Verantwortlichen zugeben konnten und wollten.

Anders wäre es wohl kaum möglich gewesen, dass unmittelbar nach dem Höhepunkt jener Politik gegen den Terrorismus, die auf Strafverfolgung und „Anti-Terror-Gesetze" vertraute, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb der Regierung zunächst zögerlich, dann deutlich eine liberale Gegenbewegung einsetzte. Die SPD/FDP-Koalition reagierte damit auf die Kritik in den eigenen Reihen und in Teilen der Publizistik. Für diesen Wandel stand der FDP-Politiker Gerhart Baum, seit Juni 1978 Nachfolger Maihofers als Bundesinnenminister. Baum bremste den ausufernden Fahndungsaktivismus des Bundeskriminalamts, verhinderte eine zu scharfe Auslegung der „Anti-Terror-Gesetze", suchte den Dialog mit dem Umfeld der RAF sowie mit Aussteigern[30] und förderte eine mehr-

[28] Wehner an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestags, Axel Wernitz (SPD), Bonn, 17. 10. 1977, in: Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags Berlin, Innenausschuss, Protokolle, 8. Wahlperiode 1976–1980, Bd. 2.

[29] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Valeggio sul Mincio am 1. 12. 1977, in: AAPD 1977, Bd. 2, S. 1650–1666 (Dok. 345), hier S. 1652.

[30] Für besonders großes Aufsehen sorgte seine Zusammenkunft mit dem inhaftierten Ex-Terroristen Horst Mahler. Vgl. Axel Jeschke/Wolfgang Malanowski (Hrsg.), Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler, Hamburg 1980.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bändige sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit über den Terrorismus, die noch heute als Standardwerk gilt[31]. So wurden am Ende der sozialliberalen Ära einige Voraussetzungen für eine andere Anti-Terrorismus-Politik geschaffen, die weniger auf die repressiven Instrumente von Polizei und Justiz und stärker auf die werbende Kraft eines reformfähigen und liberalen Staates setzte. Der Regierungswechsel in Bonn sowie der – allerdings eher zufällige – Fahndungserfolg gegen die Führungsriege der zweiten RAF-Generation markierten dann Ende 1982 einen erneuten Einschnitt in der westdeutschen Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus.

Italienische Anti-Terrorismus-Politik 1969–1982

Die Maßnahmen des italienischen Staates gegen den Terrorismus lassen sich ungleich schwieriger bestimmten Regierungen und Politikern zuordnen, als das am bundesdeutschen Beispiel gezeigt werden konnte. In der Zeit der Bonner sozialliberalen Koalition amtierten in Rom insgesamt 16 Regierungen in den unterschiedlichsten Kombinationen, wenn auch alle von der *Democrazia Cristiana* (DC) dominiert, die – wie seit Beginn der Republik – bis 1981 sämtliche Ministerpräsidenten stellte. Wichtiger als eine Kontinuität der Kabinette war aber etwas anderes: Die beiden stärksten politischen Kräfte, die Christdemokraten und die Kommunisten, die sich in den 1970er Jahren einander näherten und schließlich sogar von 1976 bis 1979 eine Art informelle Große Koalition bildeten, nahmen den linken Terrorismus nicht nur als Angriff auf das anonyme „Staatswesen" wahr, sondern konkret auch auf ihre jeweilige und gemeinsame Politik. Daher waren sich die DC und der *Partito Comunista Italiano* (PCI) spätestens seit 1976 einig, dieser Gefahr entschlossen und mit Härte zu begegnen. In der Hochphase der terroristischen Gewalt und staatlichen Gegengewalt gab es damit keine nennenswerte parlamentarische Opposition.

Die italienische Anti-Terrorismus-Politik ist ohne den Versuch eines „historischen Kompromisses" (*compromesso storico*) zwischen Christdemokraten und Kommunisten nicht zu verstehen. Das eigentliche Pendant zur sozialliberalen Koalitionsregierung war nicht die Vielzahl an italienischen Kabinetten, sondern die eigentümliche christdemokratisch-kommunistische Verbindung, die 1976 knapp drei Viertel der Wählerstimmen repräsentierte. Sie zu torpedieren war ein wesentliches Ziel der Terroristen von links und rechts – und es ist nicht ohne dialektische Ironie, dass dadurch den informellen Koalitionären ein Ansatzpunkt geboten wurde, sich auf einen gemeinsamen Feind zu verständigen und weiter anzunähern. Selbst die Ermordung Aldo Moros, der innerhalb der DC als wichtigster Moderator der Verständigung mit den Kommunisten galt, änderte daran nichts. Dass der „historische Kompromiss" letztlich scheiterte und es zu keiner formellen Regierungsbeteiligung des PCI kam, geschah nicht wegen, sondern trotz der terroristischen Anschläge, hatte mithin ganz andere Gründe – vor allem die zuneh-

[31] Analysen zum Terrorismus (wie Anm. 1).

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mend durchsichtige (auch schon von Moro verfolgte) Strategie der DC, die Kommunisten abzunutzen anstatt in die Regierung zu lassen.

Welche Phasen durchlief die staatliche Reaktion auf den Terrorismus in Italien? Es ist bemerkenswert, dass der Staat und seine Strafverfolgungsbehörden sowohl auf den bereits seit 1969 aktiven und von Anfang an ungeheuer brutalen Rechtsterrorismus als auch auf die frühen, meist unblutigen Anschläge von Linksterroristen seit 1970 auffällig ineffizient, ja beinahe nachlässig reagierten. Polizei und Justiz waren wie in der Bundesrepublik in keiner Weise auf diese neue Herausforderung eingestellt. Aber anders als in Deutschland gab es in den ersten Jahren keinerlei Bemühungen, dieses Defizit auszugleichen, indem man die Sicherheitskräfte und das Strafrecht auf die Terrorismusbekämpfung und überhaupt auf eine intensivere Verbrechensbekämpfung einstellte. Während in Bonn die Verbesserung der „Inneren Sicherheit" als wesentlicher Punkt des sozialliberalen Reformprogramms in Angriff genommen wurde, verfolgte man in Rom keine entsprechenden Konzepte. Von den enormen Zuwächsen und Modernisierungen, die BKA, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz und Länderpolizeien seit Beginn der 1970er Jahre erlebten, konnten die – der italienischen Zentralregierung unterstellten – Carabinieri und Staatspolizisten nur träumen. Die politischen Eliten nahmen die wachsende politische Gewalt lange nicht als ernstes Sicherheitsrisiko wahr. Vermutlich hatte diese Fehlperzeption ihre Ursache auch in einem anderen Verhältnis zur Gewalt, die in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen Italiens nichts Ungewöhnliches war und deshalb nicht in dem Maße alarmierte wie in Westdeutschland. Von einer italienischen Anti-Terrorismus-Politik kann man für diese erste Phase jedenfalls nicht reden, eher von einer generellen Vernachlässigung des Problems.

Das änderte sich erst im Jahr 1974, nachdem im April die *Brigate Rosse* mit der Entführung des Genueser Staatsanwalts Mario Sossi zum „Angriff auf das Herz des Staates" übergegangen waren und im Mai faschistische Terroristen ein verheerendes Bombenattentat auf eine Gewerkschaftskundgebung in Brescia mit 8 Toten und über 90 Verletzten verübt hatten. Endlich wurden zwei Spezialeinheiten aufgestellt, die auch sofort große Fahndungserfolge erzielten. Der Rechtsterrorismus galt als entscheidend geschwächt und spielte für einige Jahre keine Rolle mehr. Anders verhielt es sich mit den *Brigate Rosse*. Genau wie in der Bundesrepublik 1972 in Hinsicht auf die RAF gelang in Italien 1974/75 die Festnahme der ersten Generation, doch ähnlich wie in der Bundesrepublik, aber ungleich stärker führten die Inhaftierung des „historischen Kerns" der BR und ab Mai 1976 der Turiner Prozess gegen sie zur Neuformierung und Ausweitung des linken Terrors.

Da sich die Anschläge der *Brigate Rosse* und anderer linksterroristischer Gruppierungen auch nach 1976 zunächst weiterhin vor allem gegen Juristen, Polizisten, Journalisten und Lokalpolitiker, jedenfalls – wie Andreotti gegenüber Schmidt Ende 1977 betonte – „nicht gegen besonders hochgestellte Persönlichkeiten"[32] richteten, verhielt sich die italienische Politik vergleichsweise zurückhal-

[32] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Valeggio sul Mincio am 1. 12. 1977, in: AAPD 1977, Bd. 2, S. 1650–1666 (Dok. 345), hier S. 1654.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tend. Zwar nahm man die Gefahr nun ernster, schreckte aber vor Sondergesetzen zurück, solange die Morde „nur“ häufiger, aber nicht spektakulärer wurden. Wie in Deutschland bis 1974 bewegte sich die italienische Terrorismusbekämpfung von 1974 bis 1978 im üblichen Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung, die in diesen Jahren teilweise auf neue rechtliche Grundlagen gestellt wurde. Vor allem wurde das Strafrecht nach der Liberalisierung in den letzten Jahren nun wieder verschärft, in der Regel aber ohne Bezug auf den Terrorismus. Weiter wollten Regierung und Parlament nicht gehen. Noch galt die zweite Phase der bundesdeutschen Anti-Terrorismus-Politik seit 1974/75 mit ihren dezidierten Anti-Terror-Gesetzen als Negativbeispiel. Das Pejorativum *germanizzazione*, die man allgemein ablehnte und unbedingt vermeiden wollte, machte die Runde.

Dann kam der 16. März 1978 und der Schock der Moro-Entführung[33], die Sozialistenführer Bettino Craxi sofort mit dem Geständnis kommentierte: „Wir haben den Terrorismus alle unterschätzt.“[34] Die christdemokratische Minderheitsregierung handelte, nachdrücklich unterstützt von den Kommunisten, fortan nach demselben Muster wie die deutsche Regierung in den Jahren zuvor, übertraf das deutsche Beispiel aber noch. Den Anfang bildete im März 1978 die von der Regierung dekretierte *Legge Moro*, die den Straftatbestand „Entführung zu terroristischen Zwecken“ schuf und die Befugnisse für Polizei und Justiz erweiterte, indem sie z. B. Verhöre ohne Verteidiger erlaubte und die Untersuchungshaft von vier auf maximal acht Jahre ausdehnte. Eine noch härtere legislative Antwort auf den Terrorismus war im Dezember 1979 die *Legge Cossiga*, ebenfalls ein Gesetzesdekret, mit dem – nach Vorbild des deutschen § 129a StGB – die Straftatbestände „terroristische Vereinigung“ und „terroristischer Anschlag“ eingeführt wurden. Außerdem ermöglichte das Gesetz der Polizei präventive Festnahmen ohne richterlichen Haftbefehl und verlängerte die Höchstdauer der Untersuchungshaft auf zehn Jahre. Neben diesen wichtigsten gesetzlichen Maßnahmen war vor allem die Bildung einer Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung unter Führung des Carabinieri-Generals Carlo Alberto Dalla Chiesa im August 1978 von Bedeutung. Solche Spezialkräfte gerieten zwar in den Ruf, zweifelhafte Methoden anzuwenden, trugen aber wesentlich dazu bei, dass der Linksterrorismus bis 1982 nachhaltig geschwächt werden konnte und seither nicht mehr annähernd das Bedrohungspotenzial besitzt wie in den Jahren von 1976 bis 1979.

Als sich die beiden Regierungschefs Schmidt und Andreotti im Juni 1978 erneut trafen, diesmal unmittelbar nach der Peripetie der italienischen Auseinandersetzung mit dem Linksterrorismus während der Moro-Krise, war es im Unterschied zum Vorjahr der italienische Ministerpräsident, der von entschlossenem

[33] Vgl. Vladimiro Satta, Odissea nel caso Moro. Viaggio controcorrente attraverso la documentazione della Commissione Stragi, Rom 2003; Agostino Giovagnoli, Il caso Moro: Una tragedia italiana, Bologna 2005; Vladimiro Satta, Il caso Moro e i suoi falsi misteri, Soveria Mannelli 2006.

[34] Giulio Andreotti, Diari 1976–1979. Gli anni della solidarietà, Mailand 1981, S. 192 (16. 3. 1978).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staatlichem Handeln berichten konnte[35]. Andreotti erläuterte die jüngsten „Anti-Terror-Gesetze" und erwähnte, dass die Polizei jetzt sogar befugt sei, Telefongespräche abzuhören. Der deutsche Bundeskanzler bemerkte dazu, dass die italienischen Bestimmungen „weit über die deutschen Regelungen" hinaus gingen. Für die Bundesrepublik halte er neue Gesetze für „völlig überflüssig und nicht hilfreich", er hoffe vielmehr auf eine „effiziente Polizei, wirksame Geheimdienste und mutige Richter". Schmidt war über die neue italienische Entschlossenheit im Vorgehen gegen den Terrorismus spürbar erstaunt. Das klang noch in seinen Erinnerungen nach: „Um so mehr hat mich die Festigkeit der Regierung Andreotti überrascht. Im Jahre zuvor, während der Schleyer-Entführung, glaubte ich, in Rom eine gewisse Nachgiebigkeit gegenüber dem Terrorismus zu verspüren, aber das war wohl ein irreführender Eindruck gewesen."[36]

War das nun die von linken und liberalen Auguren gefürchtete *germanizzazione*[37]? Anders als in der Bundesrepublik war die reaktiv-aktionistische, „harte" Phase der italienischen Anti-Terrorismus-Politik mit präventiven und deeskalierenden Ansätzen verbunden. Schon Ende 1977 hatte bei der politischen Elite in Regierung und Parlament ein Perzeptionswandel eingesetzt. Mit einiger Verzögerung zeigte man sich tief beunruhigt, dass seit 1976 parallel zur Zunahme linksterroristischer Gewalt die zweite militante Schüler- und Studentenbewegung nach 1968 entstanden war. Das *movimento 77* mit seinen zahlreichen linksextremen Gruppierungen war nicht nur ein Protest gegen die schlechte Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage für Jugendliche und junge Akademiker, sondern auch gegen die Annäherung des PCI an die DC – und schien ein gefährliches Rekrutierungsbecken für den Terrorismus zu sein.

Während die Terroristen zuvor von nahezu allen Parteien als gesellschaftlich isolierte Kriminelle bezeichnet worden waren, schlug im November 1977 ausgerechnet der dezidiert konservative Innenminister Francesco Cossiga vor dem Senat einen neuen Ton an, indem er die politische Dimension des Linksterrorismus eingestand[38]: Die Situation in Italien sei anders als in Deutschland, da Gruppen wie die *Brigate Rosse* nur die Spitze eines viel größeren Eisbergs bildeten. Der Staat dürfe die linksautonome Bewegung nicht durch wahllose Unterdrückung krimina-

[35] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Hamburg am 17. 6. 1978, in: AAPD 1978, Bd. 1, bearb. von Daniela Taschler, Amit Das Gupta und Michael Mayer, München 2009, S. 946–958 (Dok. 190), hier S. 954 f.; vgl. auch Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte, Berlin 1990, S. 307–309.

[36] Ebenda, S. 307.

[37] Vgl. auch Der Spiegel vom 27. 3. 1978, „Italien: Terror nach deutscher Art", S. 115–120, hier S. 120: „Doch die ‚Germanisierung', so es eine ist, scheint kaum vermeidbar. Letzten Dienstag erließ die Regierung ein Dekret, das der Polizei bei der Terroristenfahndung die weitreichendsten Sondervollmachten im demokratischen Europa einräumt – Bestimmungen, für die in Bonn die CDU seit langem kämpft."

[38] Rede Cossigas, 15. 11. 1977, in: Atti Parlamentari. Senato della Repubblica, VII Legislatura, Assemblea – Resoconto Stenografico, 15. 11. 1977, S. 8588–8591. Man müsse anerkennen, „dass der Terrorismus leider eine politische Gegebenheit ist: politisch in der Motivation, politisch in der Zielsetzung, politisch in seiner glänzenden, wenn auch anmaßenden Strategie" (ebenda, S. 8588).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lisieren, sondern müsse selektiv vorgehen und die Terroristen isolieren – ansonsten agiere man genau auf der Linie, die von der terroristischen Strategie intendiert sei. Wie bereits erwähnt, sprach auch Andreotti wenige Wochen später gegenüber Helmut Schmidt davon, „einen Teil der Linken ‚zurückzuholen'"[39]. Dabei wurde auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit thematisiert, um die sich die italienische Regierung gerade in diesen Monaten bemühte. Die moderate Haltung, ja auffallende Empathie christdemokratischer Politiker wurde dadurch gefördert, dass manche Terroristen aus dem Linkskatholizismus, einige sogar aus Familien von führenden DC-Funktionären kamen. Nicht nur die Kommunisten entdeckten unter den Linksterroristen „verlorene Söhne" und „unsere Kinder".

Nach der Moro-Entführung traten die Ansätze einer flexiblen, dialogbereiten Strategie hinter die polizeilich repressiven Maßnahmen zurück, doch verschwanden sie nicht. Auch die berühmte Kronzeugenregelung, die sich bereits in der *Legge Cossiga* fand und dann in der *Legge „pentiti"* im Mai 1982 auf eine breite Grundlage gestellt wurde, hatte zwei Gesichter. Der abgestufte Strafminderungskatalog honorierte nicht erst die Kooperation mit den Behörden, sondern auch schon das Lossagen vom Terrorismus. Wer sich keiner anderen Straftat schuldig gemacht hatte, als einer „terroristischen Vereinigung" anzugehören, und der Gewalt abschwor, sollte sogar ganz straffrei bleiben. Das katholische Verständnis von Reue (*pentimento*) wird dazu beigetragen haben, dass sich der italienische Staat selbst gegenüber Terroristen versöhnlich zeigte, die nicht mit der Justiz zusammenarbeiten wollten.

Diese Form der Milde war aus bundesdeutscher Sicht ebenso ungewöhnlich wie die Härten, zu denen die italienische Kronzeugenregelung führte. Denn es konnte nicht übersehen werden, dass die Anwerbung von „Kronzeugen" zugleich eine repressive und den Konflikt zunächst verschärfende Maßnahme war. Das Mitteilungsbedürfnis aussagefreudiger Terroristen und der Übereifer mancher Staatsanwälte führten dazu, dass sich die neu geschaffenen Hochsicherheitsgefängnisse schnell mit vielen Hunderten mutmaßlichen Terroristen füllten – Ende 1983 waren es 1.800 Inhaftierte, die jahrelang in Untersuchungshaft gehalten werden konnten und teilweise auch wurden. Häufig war die Kronzeugenaussage der einzige Hinweis und die Grundlage für strenge und teilweise fragwürdige Verurteilungen.

Eine Kronzeugenregelung war 1976, also einige Zeit vor den italienischen Maßnahmen, auch in Bonn diskutiert worden. Doch in der sozialliberalen Koalition setzte sich die Meinung durch, dass der Staat Denunzianten nicht belohnen dürfe. Der deutsch-italienische Gegensatz in dieser Frage trat noch bei einem *Spiegel*-Interview mit den Innenministern Gerhart Baum und Virginio Rognoni im Oktober 1981 zutage[40]. Beide Minister waren sich einig, dass man sich zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus mehr einfallen lassen müsse als die Verfol-

[39] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Valeggio sul Mincio am 1. 12. 1977, in: AAPD 1977, Bd. 2, S. 1650–1666 (Dok. 345), hier S. 1655.

[40] Der Spiegel vom 19. 10. 1981, „'Der Staat darf nicht unversöhnlich sein.' Bundesinnenminister Baum und Italiens Innenminister Rognoni über neue Wege der Terrorismusbekämpfung", S. 106–128.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung der Täter durch Polizei und Justiz. Gegenüber den italienischen Anreizen für Kronzeugen und Aussteiger blieb Baum aber skeptisch, da man „durch Verrat, den ein Kronzeuge begeht", nicht den „inneren Zerfall der Gruppen" erziele. Außerdem ging ihm ein staatliches Entgegenkommen bis zum völligen Straferlass rechtsstaatlich zu weit. Dagegen machte Rognoni geltend: „Wir haben in Italien eine andere Terrorszene als in Deutschland, wir haben sehr viele Leute im Untergrund, haben viel weiter verzweigte Terrororganisationen als bei Ihnen. Die Bedrohung ist bei uns viel ausgeprägter. Wir haben eine Notstandssituation." Und auch Baum betonte die Unterschiede: „Die Dimension der Bedrohung ist dort ganz anders."

Schluss

Ist trotz dieser Unterschiede[41] ein Vergleich der Anti-Terrorismus-Politik in beiden Ländern möglich? Das staatliche Handeln gegen den Terrorismus zeigte, wenn auch zeitversetzt, einige Übereinstimmungen. Unter dem Vorbehalt, dass eine knappe Synthese zwangsläufig mit einer gewissen Komplexitätsreduktion verbunden ist, lassen sich jeweils drei Phasen in den Jahren von 1969 bis 1982 ausmachen.

In der Bundesrepublik:

- 1969–1974: Terrorismusbekämpfung als Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen eines reformpolitischen Programms zur „Inneren Sicherheit";
- 1974–1978: Terrorismusbekämpfung als reaktive Krisenbewältigung unter dem Primat der Strafverfolgung;
- 1978–1982: vorsichtige Öffnung der Terrorismusbekämpfung für flexible, auch deeskalierende und integrierende Maßnahmen.

In Italien:

- 1969–1974: Vernachlässigung des Terrorismus-Problems und Verzicht auf die Ausrichtung von Polizei und Justiz auf die Bekämpfung dieses Problems;
- 1974–1978: Terrorismusbekämpfung als neuer Schwerpunkt der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung, aber schwankende Intensität der Strafverfolgung;
- 1978–1982: Intensivierung der Terrorismusbekämpfung mit dem Ziel einer effizienten Strafverfolgung bei gleichzeitigem Bemühen um „Aussteiger".

Wenn man das eingangs eingeführte Modell einer reaktiv-aktionistischen und einer aktiv-planerischen Variante von Anti-Terrorismus-Politik zugrunde legt, dann kann für beide Staaten das Übergewicht reaktiven Handelns festgestellt werden. Auch die Mittel glichen sich: Der Sicherheitsapparat wurde ausgebaut und im Strafrecht ein Terrorismus-Paragraph geschaffen, an den sich zahlreiche Sonderregelungen zur Änderung des Strafrechts bzw. Strafprozessrechts sowie zur Einschränkung von Grundrechten knüpfen ließen – dabei ging die italienische Politik teilweise deutlich weiter als die deutsche. Auf der politischen Agenda standen hier

[41] Am Rande sei erwähnt, dass diese Unterschiede auch damit korrespondierten, dass es im behandelten Zeitraum weder auf terroristischer noch auf staatlicher Seite zu einem mehr als nur sporadischen deutsch-italienischen Zusammenwirken kam.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wie dort die Ziele erfolgreiche Fahndung und abschreckende Verurteilung, während die Bemühungen, an die gesellschaftlichen Wurzeln des Terrorismus zu gelangen, eine untergeordnete Rolle spielten.

Jedoch gab es länderspezifische Unterschiede. Die sozialliberale Koalition hielt im Bereich der „Inneren Sicherheit" zunächst am Prinzip politischer Planung fest, indem sie umfassende Programme entwarf und eine systematische Modernisierung der Polizei anstieß. Vergleichbar großangelegte Pläne der Regierung zur Verbesserung der *Pubblica sicurezza* bestanden in Italien nicht. Dafür konnte die italienische Regierungspolitik teilweise flexibler und punktueller auf den Terrorismus reagieren. Anstatt aufwendige EDV-Überwachungsnetzwerke aufzubauen, wurden kleine zentralisierte Sondereinheiten gebildet. Auch setzte der italienische Staat in den Eskalationsphasen keineswegs so einseitig auf polizeiliche und justizielle Maßnahmen wie die Bundesregierung, sondern bewahrte sich neben der Strafverfolgung ein deeskalatorisches Moment und warb um den Verzicht auf politische Gewalt. Insgesamt erwies sich die italienische Anti-Terrorismus-Politik offener als die deutsche und gab früher Signale für ihre Dialogbereitschaft gegenüber inhaftierten Terroristen und linksautonomen Unterstützern. Das hing natürlich auch damit zusammen, dass der Linksterrorismus in Italien gesellschaftlich nicht in dem Maße isoliert war wie in der Bundesrepublik.

Welche Erfolge und Folgen hatten die beiden Anti-Terrorismus-Politiken in diesem Zeitraum? Beide entgingen nicht dem grundsätzlichen Dilemma nahezu jeder staatlichen Reaktion auf die terroristische Herausforderung, dass der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat im Kampf gegen den Terrorismus das zu beschädigen droht, was er schützen will: sich selbst. Das spielte den Linksterroristen in die Hand, denn gerade die staatliche Überreaktion war Ziel ihrer Provokationsstrategie und bot ihnen die Gelegenheit, ihr Handeln zu legitimieren und das der Gegenseite zu delegitimieren. Allerdings führte die zunehmende Eskalation zugleich dazu, dass die terroristische Gewalt immer brutaler und abstoßender wurde. Auf die unnachgiebige staatliche Haltung in den beiden großen Entführungsfällen Schleyer und Moro reagierten die Terroristen mit der kaltblütigen „Hinrichtung" der Entführten, die selbst Gleichgesinnten kaum mehr zu vermitteln war.

Trotz aller kritischen Einwände bleibt festzuhalten: Aufs Ganze gesehen gelang es den Regierungen in Bonn wie in Rom, sowohl den Terrorismus als auch die viel weitergehenden Forderungen zu seiner Bekämpfung (Einführung der Todesstrafe, Einsatz der Streitkräfte etc.) abzuwehren. Entgegen den verbreiteten Befürchtungen geriet der Rechtsstaat zu keiner Zeit ernsthaft aus den Fugen.

Solche Befürchtungen waren in der Bundesrepublik viel größer als in Italien. Woran lag das? Zunächst sind die ganz unterschiedlichen Relationen zwischen Bedrohung, Reaktion und Effizienz zu beachten. In Italien war das *tatsächliche*, nicht das perzipierte Potenzial der Terroristen gefährlicher und die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden seit 1978 erfolgreicher als in Deutschland. Entsprechend größer waren die Akzeptanz der staatlichen Anti-Terrorismus-Politik in der Bevölkerung und die Bereitschaft, vorübergehend auch Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte hinzunehmen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Bundesrepublik dagegen führten der massive Ausbau der staatlichen Sicherheitsorgane und insbesondere der großflächige Einsatz von „Kommissar Computer“ weder im Krisenjahr 1977 noch später zu den erhofften durchschlagenden Fahndungserfolgen[42]. Um so stärker wuchs das Misstrauen vieler Bürger gegenüber dem vermeintlichen „Überwachungsstaat“. Das trug maßgeblich dazu bei, dass sich am Ende des Jahrzehnts mit den „Neuen Sozialen Bewegungen“ ein breiter, weitgehend gewaltfreier Protest gegen das politische Establishment formierte. So entstand in den späten 1970er Jahren tatsächlich so etwas wie eine staats- und gesellschaftskritische „Gegenmacht“[43], allerdings nicht jene revolutionäre, die der Terrorismus wecken wollte, sondern eine, die sich in das politische System der Bundesrepublik integrieren ließ und teilweise – mit den Grünen – zur parlamentarischen Kraft wurde.

Damit war die politische Wirkung der von der sozialliberalen Regierung verantworteten Maßnahmen gegen den Terrorismus letztlich größer als ihre kriminalistische Effizienz, die angesichts des gewaltigen Aufwands bescheiden blieb. Auch wenn die Krise von 1977 gemeistert werden konnte, blieb der Terror der „Hydra RAF“ doch weit über das Ende der Regierung Schmidt aktiv und nahm erst in Folge des Umbruchs von 1989/90 ein Ende. Die geringen Fahndungserfolge und die in einem Klima der Angst überschätzte Bedrohung durch die RAF lassen die staatliche Reaktion in der sozialliberalen Ära im Nachhinein als teilweise unverhältnismäßig erscheinen. Dieser Befund betrifft jedoch nicht nur die Bundesregierung und ihre Behörden, sondern im föderalen System der Bundesrepublik auch die Länder, deren weitreichenden Kompetenzen in den Bereichen Polizei und Justiz eine zentrale Lenkung der Terrorismusbekämpfung erschwerten. Auch hier unterschied sich das deutsche Beispiel vom italienischen.

Die Anti-Terrorismus-Politik in der Bundesrepublik und Italien während der 1970er Jahre berührte das politische Kernproblem der Legitimität und Delegitimierung von staatlicher Herrschaft und Gewalt. Dabei kam den unterschiedlichen Pfadabhängigkeiten, Traditionen und Perzeptionen eine große Bedeutung zu. In Italien überwog die Sorge um den „schwachen Staat“, zu dessen Kontinuitäten es gehörte, linke Demonstrationen und Revolten zusammenschießen zu lassen, gegen kleine bewaffnete Gruppen linker Terroristen oder rechter Putschisten aber hilflos zu reagieren. Dagegen nahm in der Bundesrepublik so mancher Bürger den „starken Staat“ als Bedrohung wahr – die Erinnerung an die „faschistische“ NS-Diktatur evozierte wesentlich stärkere Affekte als das Geschichtsbild vom Scheitern der „schwachen“ Weimarer Demokratie.

[42] Vgl. die ernüchternde Bilanz von Mario Petri, Terrorismus und Staat. Versuch einer Definition des Terrorismusphänomens und Analyse zur Existenz einer strategischen Konzeption staatlicher Gegenmaßnahmen am Beispiel der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland, München 2007, S. 287–302.

[43] Vgl. Klaus Weinhauer, Staatsmacht ohne Grenzen? Innere Sicherheit, „Terrorismus“-Bekämpfung und die bundesdeutsche Gesellschaft der 1970er Jahre, in: Susanne Krasmann/Jürgen Martschukat (Hrsg.), Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Bielefeld 2007, S. 215–238, hier S. 226–231.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die vom Staat gezeigte „Härte“ wirkte sich daher in beiden Ländern politisch und gesellschaftlich unterschiedlich aus. Der von Christdemokraten und Kommunisten verantwortete erfolgreiche Kurs gegen den Linksterrorismus stabilisierte vorübergehend die wankende italienische Republik. Die meisten Italiener waren geradezu erleichtert, dass ihre Regierung viel entschlossener reagierte, als man es ihr zugetraut hatte. Das von der sozialliberalen Koalition mit Unterstützung der Opposition mobilisierte Aufgebot staatlicher Macht stärkte zwar auch in Deutschland zeitweise das Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat, schürte aber zugleich, nach der Krise von 1977 zunehmend, Ängste und förderte eine Gegenbewegung, durch die das relativ statische Parteiensystem der Bundesrepublik aufgelockert und die liberale Zivilgesellschaft letztlich gestärkt wurde. Auch und vielleicht gerade in dieser Hinsicht ging der demokratische Staat in seiner Auseinandersetzung mit der terroristischen Herausforderung als Sieger hervor.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Frage nach der Wirklichkeit des Krieges ist eine der schwierigsten historiographischen Fragen; das Beispiel der Schlacht von Kursk kann das veranschaulichen. Obwohl sie als größte Panzerschlacht der Welt und Wendepunkt des deutsch-sowjetischen Krieges stets im Mittelpunkt des Interesses stand, sind zentrale Fragen nach wie vor ungeklärt. Sie werden durch diese konzise Schlachtbeschreibung nicht nur definitiv beantwortet. Diese zeigt auch, fast wie in einem Lehrstück, wie sehr gerade eine politische, psychologische und moralische Grenz- und Ausnahmesituation wie der Krieg die Mythenbildung fördert.

Roman Töppel

Kursk – Mythen und Wirklichkeit einer Schlacht

Horst Naumann (†) gewidmet

66 Jahre sind nunmehr seit der Schlacht bei Kursk vergangen. Angestoßen durch die langsame Öffnung des russischen Militärarchivs Anfang der 1990er-Jahre und durch kritischere russische Publikationen über diese zentrale Schlacht des „Großen Vaterländischen Krieges" ist in den vergangenen Jahren viel zur Aufarbeitung der militärischen Ereignisse im Sommer 1943 geleistet worden. Doch wirken die alten Mythen, welche die beteiligten Militärs nach dem Krieg verbreiteten, immer noch nach, schon weil sie jahrzehntelang die zeitgenössischen Quellen ersetzen mussten.

Dieser Beitrag will einige solcher Behauptungen kritisch beleuchten. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob die seinerzeit führenden deutschen Militärs wie Generaloberst Walter Model, dessen 9. Armee von Norden zum Angriff auf Kursk antreten sollte, wirklich gegen eine Offensive waren, wie häufig angenommen wird. Und stimmt die Aussage von Generalfeldmarschall Erich von Manstein, die deutsche Offensive sei auf ihrem Höhepunkt wegen der angloamerikanischen Landung auf Sizilien am 10. Juli 1943 abgebrochen worden? Hat man damit einen deutschen Sieg verschenkt? Einige Historiker behaupten dies bis zum heutigen Tag.

Neben solch alten Legenden ist in der deutschen Forschung der letzten Jahre auch eine gewisse Verklärung der Schlacht zu bemerken, nicht zuletzt verursacht durch die jüngeren russischen Veröffentlichungen, die drastisch vor Augen führen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die sowjetische Führung ihre Kräfte einsetzte und welchen gewaltigen Preis die Sowjetunion für ihre Siege bezahlen musste. Da die deutschen Verluste demgegenüber beinahe gering erscheinen, werden sie in neueren deutschen Veröffentlichungen mitunter bagatellisiert. Die taktische Effizienz der Wehrmacht wird immer stärker hervorgehoben, Unzulänglichkeiten sowie Fehlentscheidungen deutscher Befehlshaber werden ausgeblendet. Gleichzeitig wird die zahlenmäßige Stärke der deutschen Verbände, namentlich der Panzerkräfte, minimiert, um dadurch die materielle Überlegenheit der Roten Armee noch stärker herauszustellen, als sie bereits in Wirklichkeit war. Doch wie stark war die deutsche Panzerwaffe, als sie am 5. Juli 1943 zum Angriff auf Kursk

VfZ 3/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0047

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

antrat? Verlief die deutsche Offensive in den ersten Tagen tatsächlich so reibungslos und unter so geringen Verlusten? Wie glaubwürdig sind zeitgenössische deutsche Erfolgsmeldungen? Und war die berühmte Panzerschlacht bei Prochorovka, früher der Inbegriff eines entscheidenden sowjetischen Sieges über die deutschen Panzertruppen, für letztere doch nur ein gewöhnliches Gefecht?

Anhand der wichtigsten Veröffentlichungen der letzten Jahre soll im Folgenden aufgezeigt werden, wie sich trotz aller Fortschritte der Forschung nach wie vor alte und neue Legenden zu einem Bild verbinden, das von der Wirklichkeit des damaligen Geschehens abweicht. Der Beitrag konzentriert sich dabei auf die erste Phase der insgesamt fast zwei Monate dauernden Schlacht bei Kursk, und zwar auf die deutsche Sommeroffensive mit dem Decknamen „Zitadelle".

Wer wollte den Angriff auf Kursk?

Lange Zeit galt Hitler als der Initiator des Unternehmens „Zitadelle". Die seinerzeit führenden Militärs distanzierten sich nach dem Krieg durchweg von „Hitlers Offensive"[1] – kaum erstaunlich: Schließlich war die Operation gescheitert. Inzwischen weiß man, dass die Idee zum Angriff gegen den Frontvorsprung bei Kursk keineswegs von Hitler kam, sondern vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall Erich von Manstein[2]. Hitler war zunächst gegen einen Angriff auf Kursk. Dies geht etwa aus einem Telefongespräch hervor, das Manstein am 18. März 1943, noch vor dem Abschluss der Winteroperationen 1942/43, mit dem Chef des Generalstabs des Heeres, General Kurt Zeitzler, führte. Als Manstein den Generalstabschef von den Erfolgsaussichten einer sofortigen gemeinsamen Operation der Heeresgruppen Mitte und Süd in Richtung Kursk zu überzeugen versuchte, entgegnete Zeitzler, Hitler wünsche ein Angriffsunternehmen südöstlich von Char'kov, und zwar bei Čuguev und Izjum – also nicht bei Kursk[3].

Drei Tage nach diesem Telefongespräch wiederholte Hitler bei einer Lagebesprechung auf dem Berghof nochmals diese Absicht[4]. Am selben Tag teilte Zeitzler Manstein mit, Hitler habe befohlen, die Vorbereitungen für den beabsichtigten Angriff auf Kursk einzustellen zugunsten einer Offensive nach Südosten[5]. Manstein gelang es jedoch, Hitler am folgenden Tag von seinem Plan zu überzeugen, doch befahl dieser, dass die von ihm favorisierte Operation im kommenden

[1] So z. B. Kurt Zeitzler, Das Ringen um die großen Entscheidungen im zweiten Weltkriege. Abwehrschlachten in Rußland nach dem Wendepunkt im Kriege, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), ZA 1/1734 (Studie D-406), Bl. 56, Kapitelüberschrift.

[2] Vgl. Roman Töppel, Legendenbildung in der Geschichtsschreibung – Die Schlacht bei Kursk, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 61 (2002), S. 372–376.

[3] Siehe dazu die Karte auf S. 353; vgl. auch Eberhard Schwarz, Die Stabilisierung der Ostfront nach Stalingrad. Mansteins Gegenschlag zwischen Donez und Dnjepr im Frühjahr 1943, Göttingen/Zürich 1986, S. 228.

[4] Vgl. Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962, S. 199 u. S. 201.

[5] Vgl. Schwarz, Die Stabilisierung der Ostfront, S. 229.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frühjahr als erste durchgeführt werden solle, vor dem von Manstein anvisierten Unternehmen gegen den Kursker Frontbogen[6]. Dass ausgerechnet Zeitzler nach dem Krieg vehement behauptete, der Zangenangriff gegen den Kursker Frontbogen sei allein Hitlers Idee gewesen[7], muss umso mehr erstaunen, als er genau wusste, dass das Gegenteil der Fall war. Am 23. März 1943 hatte er selbst dem enttäuschten Manstein telefonisch mitgeteilt, die Weisung, den Vorstoß auf Kursk nicht durchzuführen und stattdessen eine Angriffsoperation im Südosten von Char'kov vorzubereiten, sei „in definitiver Form vom Obersalzberg" gekommen[8].

Zeitzler schrieb Hitler nachträglich jedoch nicht nur die Urheberschaft an der Idee zum Angriff auf Kursk zu. Er behauptete darüber hinaus, er habe immer wieder vergeblich versucht, Hitler diese Idee auszureden[9]. In Wirklichkeit war jedoch Manstein der geistige Vater des Unternehmens „Zitadelle", und Zeitzler selbst wurde in den folgenden Wochen einer der stärksten Befürworter der Operation[10]. Manstein und Zeitzler standen allerdings nicht allein. Auch der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, machte sich die Idee eines Angriffs gegen den Kursker Frontbogen zu eigen. Dies geht nicht nur aus Lagebeurteilungen hervor, die Kluge im Juni 1943 vorlegte[11], sondern auch aus einer bislang kaum beachteten Niederschrift des Generals Friedrich Hoßbach vom 12. Juli 1951[12] über einige Gespräche, die er mit führenden Militärs nach seiner Übernahme des Kommandos über die 31. Infanteriedivision führte. Am 14. Mai 1943 traf Hoßbach mit dem Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalleutnant Adolf Heusinger, zusammen. Hoßbach fragte Heusinger, ob das Unternehmen „Zitadelle" schon beschlossene Sache sei und ob Hitler und das Oberkommando des Heeres (OKH) diese Offensive unbedingt wollten. Heusinger habe diese Frage verneint,

[6] Vgl. ebenda, S. 229 f. Hitlers Idee einer Operation südöstlich von Char'kov nahm in den folgenden Wochen in der Planung zweier alternativer Angriffsunternehmen konkrete Gestalt an. Der eine Vorschlag erhielt den Namen „Habicht", der zweite, weitläufigere den Namen „Panther". Kartenskizze mit den Angriffsrichtungen und Zielen der beiden Operationen in: Ernst Klink, Das Gesetz des Handelns. Die Operation „Zitadelle" 1943, Stuttgart 1966, Skizze 3. Zur Planung der Unternehmen vgl. ebenda, S. 57–71.

[7] Zeitzler, Das Ringen um die großen Entscheidungen, in: BA-MA, ZA 1/1734 (Studie D-406), Bl. 56–72.

[8] Schwarz, Die Stabilisierung der Ostfront, S. 230, Anm. 195.

[9] Zeitzler, Das Ringen um die großen Entscheidungen, in: BA-MA, ZA 1/1734 (Studie D-406), Bl. 61 f. u. Bl. 72.

[10] Vgl. Töppel, Legendenbildung in der Geschichtsschreibung, S. 374.

[11] Vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 107 f.; Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945, geführt von Helmuth Greiner und Percy E. Schramm, hrsg. von Percy E. Schramm, 4 Bde., Sonderausgabe, Bonn o. J. (künftig: KTB-OKW), Bd. 3/1, S. 668 u. S. 706 f.; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 3: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943), hrsg. unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin (Ost) 1979, S. 543–545.

[12] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), ZS/A 31, Bd. 2, Bl. 45–50. Zu Hoßbach in der Kursker Schlacht vgl. auch Walter Bußmann, Kursk-Orel-Dnjepr. Erlebnisse und Erfahrungen im Stab des XXXXVI. Panzerkorps während des „Unternehmens Zitadelle", in: VfZ 41 (1993), S. 503–518.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Entscheidung über ihre Durchführung hänge von der Stellungnahme der beiden beteiligten Heeresgruppen-Oberkommandos ab, also von Manstein und Kluge. Am folgenden Tag traf Hoßbach beim Stab der Heeresgruppe Mitte ein und hatte zunächst eine Lagebesprechung mit dem Ersten Generalstabsoffizier (Ia), Oberst Henning von Tresckow. Als Hoßbach dabei seine Bedenken gegen die geplante Offensive äußerte, habe Tresckow versucht, ihn „mit Engelszungen […] von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Operation ‚Zitadelle' zu überzeugen"[13].

Wenig später hatte Hoßbach mit Kluge ein etwa zweistündiges Gespräch unter vier Augen. Dabei ging es auch um die geplante Offensive gegen den Kursker Frontbogen. Über Kluges Haltung dazu berichtet Hoßbach: „In Fragen der ‚Zitadelle' nahm er genau den gleichen Standpunkt wie Tresckow ein. Beide waren aus Überzeugung für die Durchführung der Operation. Es besteht für mich kein Zweifel, dass Kluge und Tresckow nicht auf Grund irgendwelcher Befehle Hitlers, sondern aus eigener Urteilsbildung die Notwendigkeit der Schlacht von Kursk (‚Zitadelle') bejahten. […] Allen Einwendungen, die ich gegen die ‚Zitadelle' ins Feld führte, verschloss sich Kluge. Es zeigte sich, dass er die Lage an der Ostfront und die Gesamtkriegslage weniger ungünstig ansah als ich."[14]

Doch nicht nur beim Generalstab des Heeres und bei den Stäben der Heeresgruppen Süd und Mitte fand die Operation „Zitadelle" Befürworter, sondern auch bei den Armeen, etwa bei der 9., die unter Führung von Generaloberst Walter Model von Norden in Richtung Kursk angreifen sollte. Im Kriegstagebuch (KTB) des Armeeoberkommandos (AOK) 9 findet sich unter dem 20. Juni 1943 folgender Eintrag: „Die Würfel sind nunmehr gefallen: Gegen 18.00 Uhr geht über die H[eeres-]Gr[uppe] die fernschriftliche Mitteilung ein, dass der Führer über die Durchführung [von] ‚Zitadelle' entschieden habe […]. Diese längst ersehnte Entscheidung wird im engsten Führungsstab der Gruppe Weiß [Tarnname der 9. Armee] mit Begeisterung und Erleichterung aufgenommen. Die monatelangen, mit aller Sorgfalt und Energie betriebenen Vorbereitungen werden nunmehr in Kürze ihre Früchte tragen."[15]

Diesen Tagebucheintrag nahm der israelische Historiker Marcel Stein zum Anlass, den Quellenwert von Kriegstagebüchern grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Gestützt auf die Aussagen des ehemaligen Ia der 9. Armee, Oberst Günther Reichhelm, behauptete Stein, dass vieles, was in Kriegstagebüchern stehe, nicht ernst zu nehmen sei: „Viele Eintragungen in Kriegstagebüchern enthalten Phrasen wie ‚Begeisterung', ‚Erleichterung', ähnlich wie die zum Zweck der Motivierung der Truppe erlassenen Tagesbefehle. Oberst Reichhelm berichtet dem Vf., dass das Kriegstagebuch der 9. Armee zu diesem Zeitpunkt von dem Oberleutnant der Reserve [Hellmut] Wendtlandt geführt wurde, den er als einen wenig fähigen Offizier und einen begeisterten Nationalsozialisten beschreibt, der oft

[13] IfZ-Archiv, 2 S/A 31, Bd. 2, Bl. 48.
[14] Ebenda, Bl. 49.
[15] KTB Nr. 8 des AOK 9, Führungsabteilung, 26. 3. 1943–18. 8. 1943, in: BA-MA, RH 20-9/134, Bl. 100.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Propagandaparolen in das Tagebuch einbrachte."[16] In Wirklichkeit, so Reichhelm, sei der Stab Models gegen die Offensive gewesen; die Eintragungen im Kriegstagebuch (die schließlich das Gegenteil belegen!) habe Wendtlandt einfach nicht mit seinen Vorgesetzten abgestimmt[17].

Andere Zeitzeugen, die seinerzeit selbst mit der Führung von Kriegstagebüchern betraut waren, zeichnen ein ganz anderes Bild. So bemerkte Peter Richard von Butler, während des Zweiten Weltkriegs Ia der 14. Panzerdivision, über Kriegstagebücher: „Ich würde mich auf ihre Aussagen weitgehend verlassen. Sie wurden meist von jungen Offizieren geführt, aber sachlich anhand der Vorgänge und Unterlagen. Ein ‚Vorbeischreiben' am Stab oder am Ia kann ich mir nur schwer vorstellen. Ich habe z. B. als junger, ziemlich ahnungsloser Oberleutnant und Ordonnanzoffizier eine Weile das KTB eines Korps geführt. Oft ließ es sich damals der Chef oder sogar der K[ommandierende] G[eneral] vorlegen und gab mir noch Hinweise."[18]

Diese Praxis wurde auch von vielen Stabs-Offizieren bestätigt: Rolf Diercks, ehemals 1. Ordonnanzoffizier und KTB-Führer bei der 2. SS-Panzerdivision, schrieb, zumindest in Ruhezeiten sei es die Regel gewesen, dass die Kommandeure Einsicht in das Kriegstagebuch verlangten und im Bedarfsfall auch Korrekturen vornahmen[19]. Heinz Gentzsch, Ordonnanzoffizier und KTB-Führer beim II. Bataillon/Schützenregiment 103, erinnerte sich ebenfalls daran, dass sein Vorgesetzter das Kriegstagebuch kontrolliert habe; persönliche Ansichten seien darin nicht vorgekommen[20]. Ralf Tiemann, 1. Ordonnanzoffizier und KTB-Führer bei der 1. SS-Panzerdivision, unterstrich, dass der Vorgesetzte das Kriegstagebuch bei Eintragungen, die nicht in seinem Sinne gewesen wären, nicht hätte „durchgehen" lassen[21]. Hubert Meyer, ehemals Ia der 12. SS-Panzerdivision, schrieb, er halte die Erklärungen Reichhelms zu den entsprechenden Passagen im Kriegstagebuch des AOK 9 für „lächerlich"; er selbst sei „für die Führung des KTB verantwortlich [gewesen], wenn auch ein jüngerer Offizier die ausführenden Arbeiten leistete"[22]. Schließlich Heinz Günther Guderian, Sohn von Generaloberst Heinz Guderian und während des Zweiten Weltkriegs Ia der 116. Panzerdivision: „Aber nach meiner Erinnerung an Aussagen meines Vaters war Model ein Befürworter der Offensive. Da ist eine gegensätzliche Haltung seines Ia nicht gerade wahrscheinlich. Auch, dass man im KTB das Gegenteil von dem zu Papier brachte, was man für richtig hielt, halte ich für höchst anfechtbar."[23]

---

[16] Marcel Stein, Der Januskopf. Feldmarschall von Manstein – eine Neubewertung, Bissendorf 2004, S. 197. Stein gewährte dem Verfasser bereits 2003 Einblick in sein Manuskript.
[17] Telefongespräch Günther Reichhelm mit dem Verfasser, 15. 11. 2002.
[18] Brief an den Verfasser vom 23. 3. 2004.
[19] Brief an den Verfasser vom 26. 10. 2003.
[20] Persönliche Auskunft vom 20. 3. 2004.
[21] Telefongespräch mit dem Verfasser am 26. 1. 2004.
[22] Brief an den Verfasser vom 29. 10. 2003.
[23] Brief an den Verfasser vom 10. 3. 2004. Die Aussagen von Guderian, Meyer und Tiemann sind insofern besonders hoch zu werten, als sich alle drei Personen nach dem Krieg intensiv mit den noch vorhandenen Kriegstagebüchern ihrer Divisionen befasst haben, um auf ihrer Basis Truppengeschichten vorzulegen. Vgl. Heinz Günther Guderian, Das letzte Kriegsjahr im

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Behauptung von Reichhelm ist demnach nicht überzeugend; die Einträge im Kriegstagebuch der 9. Armee entsprechen mit Sicherheit den Ansichten von Models Stab und nicht nur der Meinung eines KTB-Offiziers wie Hellmut Wendtlandt. Obwohl nicht nur diese zeitgenössische Quelle klar belegt, dass der Stab der 9. Armee das Unternehmen „Zitadelle" favorisierte, ist von der Forschung immer wieder bestritten worden, dass Model ein Befürworter der Offensive war. So äußerte Ernst Klink die Vermutung, Model habe durch seine wiederholten Forderungen nach Verstärkung seiner Armee und den daraus resultierenden Terminverschiebungen den Angriff absichtlich blockieren wollen, „ohne Hitler direkt gegenübertreten zu müssen"[24]. Diese Ansicht erscheint jedoch nicht glaubwürdig. Wie Klink selbst feststellte, sprach sich Model gegenüber Hitler sowohl persönlich als auch in seinen Lagebeurteilungen für die erfolgreiche Durchführbarkeit des Unternehmens „Zitadelle" aus[25]. Und Model war sicherlich nicht der Mann, der seine tatsächliche Haltung verschwiegen und Hitler etwas vorgespielt hätte. Dies bestätigt auch Günther Reichhelm: „Model war nie feige, er hat seine Ansichten wahrscheinlich heftiger und nachhaltiger gegenüber Hitler verteidigt als jeder andere Oberbefehlshaber"[26].

Die wiederholten Verschiebungen des Angriffs, die nicht zuletzt auf Model zurückgingen[27], riefen zahlreiche Kritiker auf den Plan. Zeitzler, ursprünglich ein Befürworter eines Angriffs auf Kursk, äußerte Anfang Juni ernste Bedenken, und auch der Wehrmachtführungsstab schlug Hitler Mitte Juni vor, auf das Unternehmen „Zitadelle" zu verzichten[28]. Andere waren jedoch nach wie vor optimistisch. Am 20. Juni 1943 meinte das Oberkommando der 4. Panzerarmee, dass eine erfolgreiche Durchführung des Unternehmens „Zitadelle" trotz der beträchtlichen Zunahme sowjetischer Kräfte und Abwehrmittel immer noch möglich sei. Allerdings würde die Operation länger dauern, als bisher angenommen[29].

Westen. Die Geschichte der 116. Panzer-Division, Windhunddivision, 1944–1945, Sankt Augustin [2]1997; Hubert Meyer, Kriegsgeschichte der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend", 2 Bde., Coburg [3]1996; Ralf Tiemann, Die Leibstandarte, Bd. 4/2, Osnabrück 1987; ders., 7. Panzerkompanie. Chronik der Siebenten Panzerkompanie der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte", Neustadt an der Aisch 1992.

[24] Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 271. Vgl. auch Marcel Stein, Generalfeldmarschall Walter Model. Legende und Wirklichkeit, Bissendorf 2001, S. 173.

[25] Vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 271.

[26] Brief an den Verfasser vom 10. 10. 2002. Vgl. dazu auch die ausführliche Charakterisierung Models bei Stein, Generalfeldmarschall Walter Model.

[27] Zu den Gründen für die Verschiebungen des Angriffstermins vgl. Töppel, Legendenbildung in der Geschichtsschreibung, S. 376–378, sowie Jean Lopez, Koursk. Les quarante jours qui ont ruiné la Wehrmacht (5 juillet – 20 août 1943), Paris 2008, S. 258–264.

[28] Vgl. KTB Ia der Heeresgruppe Don/Süd, 24. 3. 1943–4. 7. 1943, in: BA-MA, RH 19 VI/45, Bl. 122; Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Grundlagen, Formen, Gestalten, Bd. 2, Augsburg 1990, S. 347.

[29] Die Lagebeurteilung ist vollständig wiedergegeben in: Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 306 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am selben Tag gab auch Model eine umfassende Einschätzung der Erfolgsaussichten von „Zitadelle“ ab. Darin heißt es: „Aufgrund der eigenen Stärke und des Kampfwertes der Angriffsverbände wird als günstigste Lageentwicklung im Frontbogen Orel die Durchführung des eigenen Angriffs angesehen. Er sichert die Initiative und ist weniger Kräfte zehrend als die Abwehr eines sich über eine unabsehbare Zeitdauer hinziehenden russischen Großangriffs“[30]. Doch hatte Model mittlerweile seinen Standpunkt modifiziert; am besten sei es, die auch von ihm erwartete sowjetische Offensive abzufangen und dann „aus der Nachhand“ gegen den Kursker Frontbogen zum Angriff anzutreten.

Hierzu nahm der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall von Kluge, fünf Tage später Stellung. Anders als Model glaubte Kluge nicht daran, dass eine sowjetische Großoffensive gegen den Frontbogen von Orël unmittelbar bevorstehe. Ebenso widersprach er Models Ansicht, dass ein eigener Angriff „aus der Nachhand“ vorteilhaft sei. Kluge glaubte, dass selbst ein sowjetischer Fesselungsangriff den Einsatz der meisten verfügbaren deutschen Verbände verlangen würde. Ein eigener Vorstoß sei dann nur noch mit Teilkräften möglich. Außerdem könnte die Rote Armee ihre Offensive weiter hinauszögern, womöglich sogar bis zum Winter. Dies sei für die deutsche Führung die ungünstigste Entwicklung. Daher empfahl Kluge einen baldigen deutschen Angriff[31].

Kluge war wohl der entschiedenste Befürworter des Unternehmens „Zitadelle“. Andere hohe Militärs wie Manstein, von dem die Idee ausgegangen war, und Zeitzler, der sie aufgegriffen und befürwortet hatte, zeigten sich zunehmend skeptisch, nachdem der Angriffstermin immer wieder vertagt wurde. Denn damit hatten sich mittlerweile die Koordinaten für diese Offensive völlig verschoben. Doch selbst Ende Juni 1943 setzten sich weder Manstein, noch Zeitzler, noch Model bei Hitler mit Nachdruck dafür ein, auf „Zitadelle“ zu verzichten. Davon, dass Hitler diese Offensive „entgegen ausdrücklichster Warnung von [9.] Armee und Heeresgruppe [Mitte] befohlen“ habe[32], kann erst recht keine Rede sein. Entsprechende Behauptungen sind nichts anderes als Legenden.

Wie stark waren die deutschen Panzerkräfte wirklich?

Kursk galt in der sowjetischen Geschichtsschreibung neben Moskau und Stalingrad als eine der drei Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkriegs. Beim Versuch, die Schlacht als Beispiel für die „unbestreitbare“ militärische und wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus hinzustellen und dem sowjetischen Sieg gesetzmäßigen Charakter zuzuweisen[33], spielte die Manipulation von Statistiken eine herausragende Rolle. Doch während sich ehemalige sowjetische Historiker

[30] Ebenda, S. 325–328, Zitat S. 328.
[31] Vgl. ebenda, S. 171; KTB-OKW, Bd. 3/1, S. 706 f.
[32] So Günther Reichhelm, Verantwortung und Gewissensnot. Erinnerungen, Würzburg 2003, S. 140.
[33] Vgl. z. B. die entsprechenden Bemerkungen bei Boris G. Solov'ev, Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges. Die Schlacht bei Kursk, Köln 1984, S. 13 f., S. 30, S. 93 u. S. 111.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mittlerweile von ihren früheren Werken distanzieren[34] und russische Autoren in den letzten beiden Jahrzehnten Arbeiten mit glaubwürdigem Zahlenmaterial vorgelegt haben[35], fällt die deutsche Geschichtsschreibung von einem Extrem ins andere: Bis in die 1990er-Jahre hinein wurden die sowjetischen Angaben meist kritiklos übernommen, obwohl man die Zahlen zu den Stärken und Verlusten der Wehrmacht schon recht früh hätte korrigieren können. Schließlich standen die Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv seit den 1960er-Jahren für die Forschung zur Verfügung. Doch nachdem sich die russische Historiographie auch der Operationsgeschichte des Zweiten Weltkriegs annahm und dabei auch die Mythen des „Großen Vaterländischen Krieges" zunehmend in Frage stellte, beteiligten sich auch deutsche Historiker an dieser „Dekonstruktion"[36]. In der Tat besteht kein Zweifel mehr daran, dass die sowjetische Führung ihre Soldaten rücksichtslos opferte und die Verluste oftmals in keinem Verhältnis zu den erreichten Erfolgen standen. Befremdlich muss allerdings erscheinen, dass einige Autoren im Umkehrschluss zur sowjetischen Geschichtsschreibung die Stärken und Verluste der Roten Armee übertreiben und die deutschen Kräfte und Ausfälle minimieren, um die taktische Überlegenheit der Wehrmacht gegenüber den oftmals in sinnlosen Massenangriffen „verheizten" Verbänden der Roten Armee[37] in noch krasserem Licht erscheinen zu lassen. Das auffälligste Beispiel ist ein Beitrag von Dieter Brand zum 60. Jahrestag der Schlacht bei Kursk[38]. Brand behauptet darin,

[34] So z. B. Grigorij Koltunov. Im Jahre 1996 bemerkte er über seine in der Sowjet-Ära veröffentlichten Bücher freimütig: „Ich habe gefälscht und gelogen." Vgl. Wolfgang Will, Wo Panzer Geschichte schrieben, in: Berliner Morgenpost vom 20./21. 7. 1996, Beilage, S. 2.

[35] Vgl. beispielsweise Boris V. Sokolov, Cena Pobedy. Velikaja Otečestvennaja: neizvestnoe ob izvestnom, Moskau 1991; ders., The Battle for Kursk, Orel and Char'kov: Strategic Intentions and Results. A Critical View of the Soviet Historiography, in: Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg? Die Schlachten von Char'kov und Kursk im Frühjahr und Sommer 1943 in operativer Anlage, Verlauf und politischer Bedeutung, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Roland G. Foerster, Hamburg u. a. 1996, S. 69–88; Dmitrij B. Chazanov/Vitalij G. Gorbač, Aviacija v bitve nad orlovsko-kurskoj dugoj. Oboronitel'nyj period, Moskau 2004; Valerij N. Zamulin, Prochorovka – neizvestnoe sražaenie velikoj vojny, Moskau 2005; ders., Kurskij izlom. Rešajščaja bitva Otečestvennoj vojny, Moskau 2007; ders., Zasekrečennaja Kurskaja bitva. Neizvestnye dokumenty svidetel'stvujut, Moskau 2007; Vitalij G. Gorbač, Nad ognennoj dugoj. Sovetskaja aviacija v kurskoj bitve, Moskau 2007.

[36] Neben den russischen und deutschen Forschungen müssen selbstverständlich auch die Arbeiten aus dem angelsächsischen und skandinavischen Raum hervorgehoben werden, insbesondere Walter S. Dunn, Kursk. Hitler's Gamble, 1943, London 1997; David M. Glantz/Jonathan M. House, The Battle of Kursk, Lawrence 1999; Niklas Zetterling/Anders Frankson, Kursk 1943. A Statistical Analysis, London 2000; Steven H. Newton, Kursk. The German View, Eyewitness Reports of Operation Citadel by the German Commanders, New York 2002; Christer Bergström, Kursk. The Air Battle: July 1943, Hersham 2007.

[37] Vgl. dazu beispielsweise Boris V. Sokolov, The Cost of War: Human Losses for the USSR and Germany, 1939–1945, in: The Journal of Slavic Military Studies 1 (1996), S. 152–193; V. E. Korol, The Price of Victory: Myths and Reality, in: Ebenda 2 (1996), S. 417–426; Nikolaj M. Ramaničev, Die Schlachten bei Kursk: Vorgeschichte, Verlauf und Ausgang, in: Foerster (Hrsg.), Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg?, S. 57–67.

[38] Vgl. Dieter Brand, Vor 60 Jahren: Prochorowka. Aspekte der Operation Zitadelle, Juli 1943, im Abschnitt der Heeresgruppe Süd, in: Das schwarze Barett 29 (2003), S. 65–92. Der Beitrag

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die tief gestaffelte sowjetische Verteidigung im Kursker Frontbogen mit ihren zahlreichen Stellungssystemen und Minenfeldern sei im Abschnitt der Heeresgruppe Süd von den deutschen Verbänden „ohne größere Verluste in zwei Tagen durchstoßen" worden. Es habe „bestenfalls taktische Verzögerungen" gegeben, im größeren Zusammenhang sei das sowjetische Stellungssystem „und mit ihr die Stellungstruppe nahezu bedeutungslos" gewesen[39].

Davon wird noch zu sprechen sein. Zunächst aber ein Wort zur Statistik über die deutschen und sowjetischen Verluste sowie über die Ausgangsstärken der beiden Kontrahenten: Sämtliche bisher veröffentlichten Gegenüberstellungen der Panzerkräfte beider Seiten sind nämlich fehlerhaft und deutlich zu niedrig angesetzt. Das gilt auch für die fundamentalen Beiträge von Karl-Heinz Frieser im Standardwerk des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg"[40]. So werden dort auf sowjetischer Seite sämtliche Panzer und Selbstfahrlafetten berücksichtigt, auf deutscher Seite jedoch nur Panzer (genauere Bezeichnung „Panzerkampfwagen", heute „Kampfpanzer"), Sturmgeschütze und schwere Jagdpanzer. Laut Frieser verfügten die deutschen Angriffskräfte zu Beginn der Kursker Schlacht lediglich über 2.365 dieser Fahrzeuge (einsatzbereite), denen 4.938 sowjetische „Panzer und Sturmgeschütze" gegenübergestanden hätten[41], die letztere Zahl stammt von Grigorij Koltunov[42]. Dessen Aufstellung unterscheidet aber nach den sowjetischen Gepflogenheiten zwischen Panzern und „Selbstfahrenden Artillerie-Einrichtungen" („Samochodnye Artillerijskie Ustanovki", abgekürzt: „SAU"), enthält also alle Selbstfahrlafetten (nicht nur Sturmgeschütze!)[43]. Berücksichtigt man aber auf sowjetischer Seite alle

wurde auch in der Österreichischen Militärzeitschrift 5 u. 6 (2003) publiziert und ist nachzulesen auf der Website des Österreichischen Bundesheeres, Teil 1: http://www.milak.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=142 sowie Teil 2: http://www.milak.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=158 (Zugriff: 15. 12. 2007).

[39] Ebenda, S. 88. Hervorhebung durch den Verfasser. Vgl. auch S. 89, wo es heißt, die feindlichen Stellungssysteme seien „in zwei Tagen ohne signifikante eigene Verluste durchstoßen" worden.

[40] Vgl. Karl-Heinz Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (DRZW), Bd. 8: Die Ostfront 1943/44, Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Karl-Heinz Frieser, München 2007, S. 81–208.

[41] Vgl. ebenda, S. 87, S. 91 u. S. 97.

[42] Vgl. Grigorij A. Koltunov, Kurskaja bitva v cifrach, in: Voenno-istoričeskij Žurnal (1968), H. 6, S. 58–68, u. H. 7, S. 77–92.

[43] Selbstfahrlafetten waren Fahrzeuge, die im Unterschied zu Panzern in der Regel keinen drehbaren Turm besaßen; das Geschütz befand sich meist in einem festen Aufbau. Je nach Verwendungszweck unterschied man zwischen Sturmgeschützen (sowie Sturmhaubitzen und Sturmpanzern), die zur direkten Unterstützung angreifender Infanterie gegen gepanzerte und ungepanzerte Ziele dienten, und Panzerjägern (sowie Jagdpanzern), die hauptsächlich für die Panzerbekämpfung vorgesehen waren. Die deutschen, britischen und amerikanischen Armeen besaßen noch eine weitere Gattung von Selbstfahrlafetten, und zwar die „gepanzerte Artillerie" (auch „Panzerartillerie" genannt): Dabei handelte es sich um Artillerie- und schwere Infanteriegeschütze, die auf Panzerfahrgestelle montiert wurden, um eine größere Flexibilität bei der Artillerieunterstützung zu erreichen. Entsprechende Fahrzeuge besaß die Rote Armee,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbstfahrlafetten, so müsste man das auch für die deutsche Seite tun. In den beiden Akten, die Karl-Heinz Frieser für die Berechnung der deutschen Panzerstärken hauptsächlich herangezogenen hat[44], sind aber zahlreiche Selbstfahrlafetten sowie eine ganze Reihe anderer Panzerfahrzeuge gar nicht aufgeführt. Der Grund dafür liegt nicht etwa darin, dass die deutsche Führung ihre Statistiken gefälscht hätte, sondern in der Natur der beiden Dokumente. Es handelt sich nämlich um Aufstellungen des Panzeroffiziers beim Generalstab des Heeres, die der Führung einen raschen Überblick über die Einsatzbereitschaft und die Ausfälle der wichtigsten Kampfwagen bei den Panzer- und Sturmgeschützverbänden geben sollten. In den Statistiken fanden dementsprechend weder leichte Panzer, Panzerbefehlswagen und Artillerie-Selbstfahrlafetten noch leichte Panzerjäger und Beutepanzer Berücksichtigung. Ebenso wenig interessierte den Panzeroffizier die Fahrzeuglage bei den Infanteriedivisionen, obwohl einige davon ebenfalls über Panzer und/oder Selbstfahrlafetten verfügten[45]. Eine vollständige Auflistung wäre kaum praktikabel gewesen, denn die Angaben in den beiden Dokumenten beruhen auf telefonischen (!) Meldungen. Für die rasche Erstellung von aktuellen Statistiken erfüllten sie ihren Zweck; für die Kräfteberechnung durch den Historiker sind sie hingegen denkbar ungeeignet.

So waren bei den Verbänden, die am Angriff auf Kursk teilnahmen, beispielsweise 76 leichte Panzer der Typen P-II und P-38(t) vorhanden, von denen am 30. Juni 1943 fast alle einsatzbereit waren[46]. Diese finden sich jedoch weder in den Akten des Panzeroffiziers noch in den Kräfteaufstellungen in der Literatur. Das Argument, die P-II seien wegen ihrer schwachen Bewaffnung für den Panzerkampf nicht geeignet gewesen und müssten deshalb grundsätzlich nicht berücksichtigt werden[47], trifft nicht zu. Zwar wurden diese Panzer, die nur mit einer 2-cm-Kanone bewaffnet waren, im Jahre 1943 tatsächlich nur noch bei Aufklärungs-

deren Artillerie bis zum Kriegsende von Lastkraftwagen oder Traktoren gezogen wurde, allerdings nicht. Einen sehr guten Überblick über sämtliche deutschen Panzerfahrzeuge des Zweiten Weltkriegs bieten Peter Chamberlain/Hilary L. Doyle, Encyclopedia of German Tanks of World War Two, London ²1993; zu den britischen und amerikanischen Entwicklungen vgl. Peter Chamberlain/Chris Ellis, Britische und amerikanische Panzer des Zweiten Weltkrieges, München 1972.

[44] OKH/Generalinspekteur der Panzertruppen/Der Panzeroffizier beim Chef des Generalstabs des Heeres, Panzerlage Süd, Zusammenstellung der Panzer- und Sturmgeschützlage beim Unternehmen „Zitadelle", Heeresgruppe Süd, in: BA-MA, RH 10/64, sowie OKH/Generalinspekteur der Panzertruppen/Der Panzeroffizier beim Chef des Generalstabs des Heeres, Panzerlage Mitte, Zusammenstellung der Panzer- und Sturmgeschützlage beim Unternehmen „Zitadelle", Heeresgruppe Mitte, in: BA-MA, RH 10/65.

[45] So beispielsweise die 31. Infanteriedivision, die neben 13 Panzerjägern „Marder" zwei Beutepanzer vom Typ T-34 in ihrem Bestand hatte. Für weitere Beispiele vgl. die Übersicht in: Roman Töppel, Die Offensive gegen Kursk 1943 – Legenden, Mythen und Propaganda, Dresden 2001 (Magisterarbeit), Anlage 4.

[46] Vgl. OKH/Generalinspekteur der Panzertruppen, Zusammenstellungen der Panzerlage auf sämtlichen Kriegsschauplätzen Februar 1943 – November 1943 sowie einsatzbereite Panzer und Sturmgeschütze 30. 9. 1943–10. 5. 1944, in: BA-MA, RH 10/60, Bl. 57–59.

[47] So Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 98, Anm. 61, S. 121 f., Anm. 91, u. S. 130, Anm. 139.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einheiten oder als Stabswagen eingesetzt. Trotzdem kämpften sie zum Teil immer noch an vorderer Front mit und erlitten entsprechende Verluste[48]. Außerdem hatten sie auf sowjetischer Seite ihr Gegenstück in dem leichten Panzer T-60, der in den Kräftegegenüberstellungen stets berücksichtigt wird. Auch dieser war nur mit einer 2-cm-Kanone bewaffnet und fand in Aufklärungseinheiten Verwendung. Obwohl der T-60 mittlerweile als unbrauchbar galt und durch den stärkeren T-70 ersetzt wurde, nahmen an der Kursker Schlacht noch zahlreiche T-60 teil[49]. Berücksichtigt man auf sowjetischer Seite alle leichten Panzer, dann kann man sie auf deutscher Seite nicht einfach ignorieren.

Das Gleiche gilt für die leichten Panzerjäger-Selbstfahrlafetten. Auf deutscher Seite standen Anfang Juli 1943 ca. 300 dieser Fahrzeuge zur Verfügung; etwa 70 weitere befanden sich in der Instandsetzung oder in Zuführung aus Deutschland. Sie trugen die Bezeichnung „Marder" und hatten auf sowjetischer Seite ihr Gegenstück in den leichten Selbstfahrlafetten vom Typ SU-76[50]. Die SU-76 war sowohl technisch als auch taktisch mit dem deutschen „Marder" vergleichbar, denn sie war wie dieser als leichter Panzerjäger entworfen worden, auch wenn sie sich in dieser Rolle als wenig brauchbar erwies und später vor allem als Infanterie-Unterstützungsfahrzeug Verwendung fand. Doch während die Selbstfahrlafetten vom Typ SU-76 in jeder Kräftegegenüberstellung auftauchen, sucht man die „Marder" in den meisten Statistiken vergeblich.

Zählt man alle Panzer und Selbstfahrlafetten der Wehrmacht zusammen, die am Unternehmen „Zitadelle" beteiligt waren, so ergibt sich keineswegs eine Zahl von lediglich 2.365 (Frieser) oder gar nur 1.900[51] Panzern, Sturmgeschützen und Jagdpanzern. In Wirklichkeit verfügten die Angriffsverbände am 30. Juni 1943 (laut den Akten des Generalinspekteurs der Panzertruppen) einschließlich aller Fahrzeuge, die sich in der Instandsetzung oder noch in Zuführung befanden, über 3.147 Panzer und Selbstfahrlafetten; davon waren 2.637 einsatzbereit (siehe Tabelle).

[48] Beispielsweise meldete die 7. Panzerdivision während des Unternehmens „Zitadelle" drei P-II als Totalverluste, davon zwei durch Treffer panzerbrechender Geschosse und einen durch Minen. Die 6. Panzerdivision verlor ebenfalls einen P-II als Totalverlust, vgl. Zetterling/Frankson, Kursk 1943, S. 194.

[49] So hatten z. B. die Verbände der Voronežfront am 4. 7. 1943 noch 60 T-60 im Bestand, davon waren 55 einsatzbereit; vgl. Zamulin, Kurskij izlom, S. 932.

[50] Die Abkürzung „SU" stand dabei für „Selbstfahrende Einrichtung" („Samochodnaja Ustanovka"), die Zahl gab das Geschützkaliber an. In diesem Fall handelte es sich um eine 76-mm-Kanone. Zur Entwicklung der sowjetischen Panzerfahrzeuge vgl. John Milsom, Die russischen Panzer. Die Geschichte der sowjetischen Panzerwaffe 1900 bis heute, Stuttgart 1974, sowie Steven J. Zaloga/James Grandsen, Soviet Tanks and Combat Vehicles of World War Two, London u. a. 1984.

[51] So Heinz Magenheimer, Die Militärstrategie Deutschlands 1940–1945. Führungsentschlüsse, Hintergründe, Alternativen, München ²1997, S. 241.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anzahl der Panzerfahrzeuge bei den deutschen Angriffsverbänden am Kursker Frontbogen, 30. Juni 1943[52]

Zustand	Panzer	Sturmgeschütze, Sturmhaubitzen, Sturmpanzer	Panzerjäger auf Selbstfahrlafette, Jagdpanzer	Artillerie auf Selbstfahrlafette	Summe
einsatzbereit	1.621	480	378	158	2.637
in Reparatur oder Zuführung	277	61	80	92	510
insgesamt	1.898	541	458	250	3.147

Diese Zahlen müssen allerdings noch weiter nach oben korrigiert werden, da viele Verbände über „Schwarzbestände" an Beutefahrzeugen verfügten, die nicht gemeldet wurden. Beispielsweise vermerkte der Quartiermeister des III. Panzerkorps am 10. Mai 1943 in seinem Kriegstagebuch, dass die 6. Panzerdivision 14 sowjetische T-34 erbeutet habe, von denen die Instandsetzung etwa die Hälfe wieder einsatzbereit machen könne[53]. Diese Fahrzeuge tauchen in keiner Statistik des OKH auf, und es lässt sich nicht feststellen, wie viele davon an den Kämpfen bei Kursk teilnahmen[54]. Außerdem begann die Schlacht erst am 5. Juli 1943, während sich die oben genannten Stärkeangaben auf den 30. Juni beziehen. In den vier Tagen bis zum Beginn des Unternehmens „Zitadelle" arbeiteten die Instandsetzungsdienste sicherlich auf Hochtouren, um so viele Fahrzeuge wie möglich einsatzbereit zu machen. Zudem trafen einige der noch in Zuführung befindlichen Panzer und Selbstfahrlafetten ein. Deshalb kann man davon ausgehen, dass die Angriffsverbände das Unternehmen „Zitadelle" mit schätzungsweise 1.800 einsatzbereiten Panzern, 500 Sturmgeschützen, 400 Panzerjägern und Jagdpanzern sowie 200 Artillerie-Selbstfahrlafetten begannen – also insgesamt etwa 2.900 einsatzbereiten Panzern und Selbstfahrlafetten. In einem Kräftevergleich lassen sich davon allenfalls die Artillerie-Selbstfahrlafetten vernachlässigen: Diese Fahrzeuge blieben meist hinter den Angriffsspitzen zurück, um wie die Feldartillerie im indirekten Schuss zu wirken[55].

Demgegenüber setzten die drei sowjetischen „Fronten", die den deutschen Angriffsverbänden gegenüberstanden (Voronežfront, Steppenfront, Zentralfront), in der ersten Phase der Schlacht bei Kursk etwa 5.000 Panzer und Selbst-

[52] Vgl. Töppel, Die Offensive gegen Kursk 1943, Anlage 4.

[53] Tätigkeitsbericht des Quartiermeisters des III. Panzerkorps (Abteilung V), 1. 1. 1943–23. 7. 1943, in: BA-MA, RH 24-3/263, Bl. 23.

[54] Vgl. dazu die Stärkemeldungen der 6. Panzerdivision, wiedergegeben in: Zetterling/Frankson, Kursk 1943, S. 46 u. S. 188. Darin sind die T-34-Beutepanzer ebenfalls nicht aufgeführt. Allerdings findet sich in der Regimentsgeschichte des Panzerregiments 11 der 6. Panzerdivision der Vermerk, dass am 9. 7. 1943 vier T-34 einsatzbereit gewesen seien. Vgl. Michael Schadewitz, Panzerregiment 11/Panzerabteilung 65, 1937–1945, Panzerersatz- und Ausbildungsabteilung 11, 1939–1945, Lünen 1987, S. 402.

[55] Dementsprechend hatte die „gepanzerte Artillerie" während des Unternehmens „Zitadelle" auch kaum Verluste zu verzeichnen. So verlor beispielsweise das II. SS-Panzerkorps keine einzige seiner 90 Artillerie-Selbstfahrlafetten. Vgl. Silvester Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943. II. SS-Panzerkorps als Stoßkeil im Großkampf, Osnabrück 1980, S. 165.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fahrlafetten ein[56]. Das war zwar eine deutliche Überlegenheit gegenüber den etwa 2.900 Panzerfahrzeugen der Wehrmacht. Dennoch war das Kräfteverhältnis bei weitem nicht so ungünstig, wie es in der jüngeren Literatur gelegentlich dargestellt wird, zumal die deutsche Panzerwaffe der sowjetischen nicht nur taktisch, sondern mittlerweile auch technisch weit überlegen war. Gerade bei Panzerbegegnungsgefechten mussten die sowjetischen Panzerverbände im Sommer 1943 katastrophale Verluste hinnehmen[57].

Wie glaubwürdig sind zeitgenössische Erfolgsmeldungen?

Nicht nur zu den Ausgangsstärken der Panzerverbände bei Kursk werden in der Literatur Angaben verbreitet, die einer kritischen Überprüfung nicht standhalten, sondern auch zu den Verlusten beider Seiten. Erstaunlich ist dabei eine selbst in jüngsten wissenschaftlichen Arbeiten zu beobachtende Tendenz: Während die grundsätzlich viel zu hohen, oftmals bis zur Absurdität übertriebenen

[56] Diese Schätzung beruht auf vier Summanden: 1. Einem bisher unveröffentlichten sowjetischen Dokument lässt sich entnehmen, dass die Teile der Roten Armee, die bis Mitte Juli 1943 in die Kämpfe bei Kursk eingriffen, über 4.389 Panzer (ohne Selbstfahrlafetten) verfügten; vgl. Spravka o poterjach tankov po dejstvujuščim frontam v bojach s 5. 7. 43 g. po 20. 7. 43 g. (Auskunft über die Panzerverluste der operierenden Fronten in den Kämpfen vom 5. 7.–20. 7. 1943, erstellt vom Stellvertretenden Chef des Stabes der Panzer- und mechanisierten Truppen der Roten Armee, Oberst Zaev, am 23. 7. 1943), Kopie in: Materialsammlung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam (künftig: MGFA). Dass in dieser Aufstellung keine Selbstfahrlafetten aufgeführt sind, ergibt ein Vergleich mit Zamulin, Kurskij izlom, S. 922–932, sowie ders., Zasekrečennaja Kurskaja bitva, S. 766 f. Auf die Dokumente in der Materialsammlung des MGFA hat mich freundlicherweise Karl-Heinz Frieser hingewiesen. 2. Laut Koltunov, Kurskaja bitva v cifrach, S. 61–63, waren am 1. 7. 1943 insgesamt 259 Selbstfahrlafetten einsatzbereit. Zwar griffen nicht alle Verbände der Steppenfront bis zum Ende der deutschen Offensive „Zitadelle" in die Kämpfe ein, aber die bei Koltunov genannten Zahlen sind ohnehin zu niedrig. Laut einer Aufstellung bei Zamulin, Prochorovka, S. 51, besaß z. B. das 1529. schwere Selbstfahrlafettenregiment, das bei der 7. Gardearmee eingesetzt war, zwölf SU-152. Diese sind bei Koltunov nicht berücksichtigt. Alle Zahlen Koltunovs beziehen sich zudem auf den 1. 7. 1943, während die Schlacht erst am 5. 7. 1943 begann. So verfügte die Voronežfront am 1. Juli laut Koltunov über 1.657 Panzer (ohne Selbstfahrlafetten). Bis zum 4. Juli war diese Zahl jedoch auf 1.819 Panzer (ohne Selbstfahrlafetten) gestiegen; vgl. Zamulin, Kurskij izlom, S. 932. 3. Die Voronežfront und die Zentralfront erhielten in den ersten zehn Tagen der Schlacht 328 Panzer als Verstärkungen; vgl. Spravka o poterjach tankovych vojsk frontov, poterjach, nanesënnych imi protivniku, i vyvody o dejstvijach tankovych vojsk protivnika v operacijach s 5-go po 15-e ijulja 1943 goda (Auskunft über die Verluste der Panzertruppen der Fronten sowie über die Verluste, die letztere dem Gegner zugefügt haben, und Schlussfolgerungen über die Handlungen der gegnerischen Panzertruppen in den Operationen vom 5. bis 15. Juli 1943, erstellt vom Stellvertretenden Chef des Stabes der Panzer- und mechanisierten Truppen der Roten Armee, Oberst Zaev, am 19. 7. 1943), S. 2, Kopie in: Materialsammlung des MGFA. 4. Schließlich verfügten die Verbände der Roten Armee noch über eine unbekannte Anzahl Beutefahrzeuge, die nicht in den Akten auftauchen.

[57] Der amerikanische Militärhistoriker David Glantz hat errechnet, dass während des Unternehmens „Zitadelle" auf einen zerstörten deutschen Panzer acht sowjetische kamen; vgl. Glantz/House, The Battle of Kursk, S. 135.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowjetischen Erfolgsmeldungen[58] schon seit längerer Zeit von keinem seriösen Historiker mehr ernst genommen werden, übernehmen vor allem deutsche Autoren die Abschussmeldungen von Wehrmachtsverbänden nach wie vor sehr unkritisch. Zwar waren die deutschen Erfolgsmeldungen in der Regel tatsächlich bei weitem nicht so stark überzogen wie die sowjetischen; doch ist auch hier Vorsicht angebracht. So vermerkte Hauptmann Rolf Henning, der Kommandeur der II. Abteilung/schweres Panzerjägerregiment 656, in einem Erfahrungsbericht, dass die Zahl der von seinen Kompanien als vernichtet gemeldeten Feindpanzer fast immer zu hoch gewesen sei: „Dies konnte von mir einwandfrei in den Fällen festgestellt werden, wo am kommenden Tag der Angriff vorgetragen und die am Vortage abgeschossenen Feindpanzer tatsächlich gezählt werden konnten. Die angegebenen Zahlen waren um etwa 30 Prozent zu hoch und lassen sich dadurch erklären, dass verschiedene Besatzungen auf den gleichen Panzer schossen und beim Ausbrennen eines Feindpanzers jede Besatzung für sich den Erfolg meldete. Es besteht die begründete Annahme, dass diese Feststellung auch bei anderen Truppenteilen gemacht werden kann und somit der Führung ein falsches Bild über die Erfolge übermittelt wird.“[59] Andere Stimmen äußerten sich noch wesentlich kritischer als Henning. Josef Brühl, der am Unternehmen „Zitadelle“ bei der Armeeabteilung Kempf als Fahrer eines Schützenpanzerwagens teilnahm, bemerkte: „Aus meiner naturgemäß begrenzten Soldaten-Sicht kann ich aber sagen, dass die Zählerei feindlicher Verluste immer wie die Weltmeister nach oben korrigiert wurde.“[60]

Schon seinerzeit misstraute die deutsche Führung den Erfolgsmeldungen der eigenen Truppe. Dementsprechend wurden seit Dezember 1942 in den Statistiken des OKH über sowjetische Panzerverluste grundsätzlich 50 Prozent der gemeldeten Abschüsse abgezogen, um ein realistisches Bild zu erhalten[61]. Neuere Forschungen haben allerdings gezeigt, dass ein Abzug von 50 Prozent zu weit

[58] Als Beispiel seien hier die bisher wenig beachteten Erfolgsmeldungen der sowjetischen Luftwaffe bei Kursk erwähnt. Demnach soll die deutsche 9. Panzerdivision innerhalb von 20 Minuten durch sowjetische Schlachtfliegerangriffe 70 Panzer verloren haben. Die 3. Panzerdivision habe innerhalb von neun Stunden 2.000 Gefallene zu beklagen gehabt und 220 Panzer verloren. Die 17. Panzerdivision sei durch Schlachtfliegerangriffe fast aufgerieben worden und habe innerhalb von vier Stunden 240 Fahrzeuge eingebüßt. Vgl. Christopher Shores, Entscheidende Luftschlachten des 2. Weltkriegs, Stuttgart 1988, S. 161. In Wirklichkeit verlor die 9. Panzerdivision während des gesamten Unternehmens „Zitadelle“ lediglich 25 Panzer als Totalverluste. Die 3. Panzerdivision meldete vom 5. bis 17. 7. 1943 nur 9 Panzer (ohne P-II) als Totalausfälle; bis zum 20. 7. 1943 fielen 235 Soldaten der Division, weitere 27 wurden vermisst. Vgl. Zetterling/Frankson, Kursk 1943, S. 115 u. S. 121 f. Die 17. Panzerdivision nahm an der Schlacht überhaupt nicht teil.

[59] Bericht vom 1. 8. 1943, vollständig wiedergegeben in: Karlheinz Münch, Einsatzgeschichte der schweren Panzerjäger-Abteilung 654 1943–1945, ehemalige Panzerjäger-Abteilung 654 1940–1943, Schwetzingen 2002, S. 61–65, Zitat S. 64 f.

[60] Brief von Josef Brühl an das MGFA (damals Freiburg), 24. 3. 1994, via Karl-Heinz Frieser.

[61] Vgl. Bernd Wegner, Von Stalingrad nach Kursk, in: DRZW, Bd. 8, S. 3–79, hier S. 22. Vgl. dazu die vom OKH angefertigten Aufstellungen der deutschen und sowjetischen Panzerverluste 1943/44, in: BA-MA, RH 10/77 K 1, K 2, K 4 u. K 18 (letztere auch abgedruckt in: Fritz Hahn, Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933–1945, Bonn ²1992, Bd. 2, S. 241).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

griff und die Truppenmeldungen im Sommer 1943 tatsächlich „nur“ ca. 40 Prozent über der Wirklichkeit lagen[62].

Dennoch werden die deutschen Erfolgsmeldungen noch immer ohne jede Kritik zitiert. Das wohl markanteste Beispiel ist der Einsatz von deutschen Schlachtfliegern gegen eine sowjetische Panzerbrigade, die das II. SS-Panzerkorps am 8. Juli 1943 aus der Flanke angriff. Diese Episode findet sich in fast jedem Buch über die Kursker Schlacht, wobei der Tenor immer der gleiche ist: Allein durch den Einsatz einiger Panzerjägerstaffeln sei der sowjetische Angriff zerschlagen und die sowjetische Panzerbrigade aufgerieben worden. Doch während sich selbst populärwissenschaftliche Autoren wie Paul (Schmidt) Carell und Janusz Piekalkiewicz bei den Angaben zu den sowjetischen Verlusten noch (vermeintlich) zurückhielten und „nur“ von 50 zerstörten oder schwer beschädigten Panzern schrieben[63], findet sich ausgerechnet in der kürzlich erschienenen Arbeit von Karl-Heinz Frieser die höchste aller bisher genannten Angaben: Demnach seien 84 sowjetische Panzer durch die Schlachtflieger zerstört und 21 weitere beschädigt worden[64].

Die Wirklichkeit sah anders aus. Laut Bericht des Fliegerverbindungsoffiziers beim AOK 2 meldete das VIII. Fliegerkorps am 8. 7. 1943 zwar tatsächlich insgesamt 84 „vernichtete“ und 21 beschädigte Panzer. Diese wurden aber keineswegs durch die eingesetzten Schlachtflieger (Typ Henschel Hs 129) abgeschossen. Im Bericht des Fliegerverbindungsoffiziers heißt es nämlich weiter: „Der erste Einsatz der Panzerjägerstaffeln erwies sich als wirksam. Wenn auch brennende Panzer nicht gemeldet wurden, so muss damit gerechnet werden, dass eine größere Anzahl wirksam beschossen wurde (mehr als 6 Treffer). Besonders in der Abwehr des in [den] späten Nachmittagsstunden von Nordosten gegen SS-‚Das Reich‘ anlaufenden Panzerangriffs konnte nach Einsatz der Panzerjäger festgestellt werden, dass die Russen abdrehten und sich zurückzogen.“[65]

Demnach wurde nicht ein einziger der 84 als „vernichtet“ gemeldeten Panzer von den Panzerjägerstaffeln zerstört, sondern von anderen Flugzeugen des VIII. Fliegerkorps, die am 8. Juli zum Einsatz kamen[66]. Doch auch deren Erfolgsmeldungen müssen bezweifelt werden, enthalten sie doch immanente Widersprüche. So heißt es, dass von den 84 „vernichteten“ Panzern nur 11 Stück in Brand

[62] Vgl. Zetterling/Frankson, Kursk 1943, S. 126.

[63] Vgl. Paul Carell, Verbrannte Erde. Schlacht zwischen Wolga und Weichsel, unveränderter Nachdruck der Originalausgabe, Augsburg 1999, S. 65; Janusz Piekalkiewicz, Unternehmen Zitadelle. Kursk und Orel: Die größte Panzerschlacht des 2. Weltkrieges, Herrsching 1989, S. 158.

[64] Vgl. Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 165.

[65] Bericht des Fliegerverbindungsoffiziers beim AOK 2, auszugsweise Luftwaffenübersicht 6. 7.–24. 8. 1943, Einsatz des VIII. Fliegerkorps und Luftflotte 6, Tageseinsätze 8. 7. 1943, (nach National Archives of the United States, Archives II, College Park, Maryland, Record Group T-312, Reel 1253) wiedergegeben im Internet unter der Adresse http://www.lesbutler.ip3.co.uk/tony/pawel/tagesmld/080743.htm (Zugriff: 26. 2. 2007).

[66] Es handelte sich neben den Aufklärungs- und Jagdflugzeugen um 493 Einsätze von Kampfflugzeugen (Bombern), 701 von Sturzkampfflugzeugen und 133 von Schlachtflugzeugen (ohne die 53 Panzerjäger Henschel Hs 129).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschossen worden seien. Als Totalverlust galt ein Panzer jedoch überhaupt erst, wenn er ausgebrannt oder explodiert war[67]. Panzer, die lediglich getroffen und liegen geblieben waren, konnten von der Truppe oftmals in kurzer Zeit wieder einsatzbereit gemacht werden, solange sie sich auf eigenem Gebiet befanden[68]. Demnach kann man davon ausgehen, dass das VIII. Fliegerkorps am 8. Juli 1943 insgesamt maximal 11 sowjetische Panzer zerstören konnte. Von diesen ging kein einziger auf das Konto der Panzerjägerstaffeln, denn diese hatten lediglich einige Treffer gemeldet, aber keinen in Brand geschossenen Panzer[69].

Von dem vermeintlich großen Abwehrerfolg der Schlachtflieger am 8. Juli 1943 bleibt demnach wenig übrig. Wenn der Bericht des VIII. Fliegerkorps zutreffend ist, gelang ihnen immerhin ein taktischer Erfolg: Durch ihren bloßen Einsatz und den Beschuss der sowjetischen Kampfwagen soll der Panzerverband seinen Angriff abgebrochen und sich zurückgezogen haben. Dies erscheint durchaus denkbar, zumal die deutsche Luftwaffe auf die Soldaten der Roten Armee immer wieder eine starke demoralisierende Wirkung ausübte[70]. Die 50 oder sogar 84 Panzerabschüsse, die den Schlachtfliegern in der Literatur zugeschrieben werden, sind hingegen reine Fiktion.

Das soll nicht heißen, die Abschussmeldungen der deutschen Luftwaffe seien stets derart unglaubwürdig gewesen. Die in den letzten Jahren von russischen Autoren veröffentlichten, auf sowjetischen Akten beruhenden Zusammenstellungen der Verluste der Roten Armee in der Schlacht bei Kursk belegen, dass die deutschen Meldungen zwar oftmals übertrieben waren, in der Regel aber längst nicht so weit von der Realität entfernt lagen, wie es das obige Extrembeispiel suggeriert. So heißt es im Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabs, am ersten Tag des Unternehmens „Zitadelle" habe der Gegner 432 Flugzeuge verloren[71]. Diese Zahl erscheint auf den ersten Blick absurd hoch. Aus sowjetischen Dokumenten geht jedoch hervor, dass die drei sowjetischen Luftarmeen, die an diesem

[67] Vgl. Bericht des Kommandeurs des II./schweren Panzerjägerregiments 656 vom 1. 8. 1943, in: Münch, Einsatzgeschichte der schweren Panzerjäger-Abteilung 654, S. 61–65, hier S. 65, sowie Brief von Josef Brühl vom 24. 3. 1994 an das MGFA, via Karl-Heinz Frieser.

[68] Eine ausführliche Darstellung der Probleme von Bergung und Instandsetzung beschädigter Panzer aus deutscher Sicht bietet Lukas Friedli, Die Panzer-Instandsetzung der Wehrmacht. Organisation, Ausrüstung, Einsatz, Uelzen 2005.

[69] Selbst die von den Panzerjägern gemeldeten Treffer dürften kaum wirksam im Ziel gelegen haben, denn in einem sowjetischen Erfahrungsbericht über die Flugzeuge vom Typ Henschel Hs 129 heißt es: „Die in diesem Flugzeug installierte Kanone durchschießt leicht unsere Panzer; wird der Panzer vom Flugzeug getroffen, brennt er in der Regel". Vgl. Otčët o boevych dejstvijach 29 tankovogo korpusa za period s 7. 7. po 24. 7. 43 g. (Gefechtsbericht des 29. Panzerkorps für die Zeit vom 7. 7.–24. 7. 1943), S. 14, Kopie in: Materialsammlung des MGFA. Zur Gliederung und zum Einsatz der Panzerjägerstaffeln vgl. Wolfgang Dierich (Hrsg.), Die Verbände der Luftwaffe 1935–1945. Gliederungen und Kurzchroniken, Sonderausgabe, Zweibrücken 1993, S. 238–240 u. S. 247–251. Zur Entwicklung des Flugzeugtyps Henschel Hs 129 vgl. Heinz J. Nowarra, Die deutsche Luftrüstung 1933–1945, Koblenz 1993, Bd. 3, S. 28–30.

[70] Dies wird auch durch sowjetische Berichte bestätigt, vgl. z. B. Ramaničev, Die Schlachten bei Kursk, in: Foerster (Hrsg.), Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg?, S. 66.

[71] Vgl. KTB-OKW, Bd. 3/2, S. 755.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tag an den Kämpfen beteiligt waren, immerhin 257 eigene Maschinen als Totalverluste meldeten[72]. Doch wie der russische Historiker Vitalij Gorbač betont, waren die Verluste in Wirklichkeit noch höher. So wurden beispielsweise bei der 2. Luftarmee, die südlich von Kursk operierte, zusätzlich zu den 83 gemeldeten Totalverlusten am 5. Juli noch 23 Flugzeuge zur Notlandung gezwungen[73]. In einer Studie des sowjetischen Generalstabs, die kurz nach den Kämpfen bei Kursk angefertigt wurde, heißt es zu den Verlusten der 2. Luftarmee, dass neben den 83 unwiederbringlichen Verlusten noch mehr als 50 Maschinen beschädigt worden seien[74]. Für die beiden anderen beteiligten Luftarmeen liegen leider keine entsprechenden Zahlen vor. Ebenso fehlen für die sowjetischen Fernkampfflieger sowie die lokale Luftverteidigung von Kursk, die unabhängig von den Luftarmeen operierten, bislang jegliche Verlustangaben[75]. Bei den 257 sowjetischen Verlusten handelt es sich somit um ein absolutes Minimum; es entspricht immerhin 60 Prozent der von den Deutschen am 5. Juli gemeldeten Abschüsse.

Am folgenden Tag, dem 6. Juli 1943, beanspruchten die Verbände der Luftwaffe insgesamt 205 feindliche Flugzeuge als Abschüsse[76]. Die drei sowjetischen Luftarmeen meldeten selbst 170 eigene Maschinen als Verluste[77]. Somit lässt sich der Großteil der gemeldeten Abschüsse dieses Tages aus sowjetischen Quellen bestätigen. An einigen Tagen lagen die Verluste der Luftarmeen im Einzelnen sogar über den Abschusszahlen, die von der deutschen Luftwaffe beansprucht wurden. So meldete das VIII. Fliegerkorps am 8. Juli insgesamt 43 sowjetische Flugzeuge als abgeschossen[78]; die dem Korps gegenüberliegenden beiden sowjetischen Luftarmeen verloren an diesem Tag jedoch 60 Flugzeuge[79].

Insgesamt registrierte die deutsche Luftwaffe (fliegende Verbände sowie Flak) in der Zeit vom 5. bis 15. Juli 1943 1.624 zerstörte sowjetische Flugzeuge[80]. In einer Akte des Luftwaffenführungsstabs, die Karl-Heinz Frieser für die Schätzung der sowjetischen Flugzeugverluste herangezogenen hat, werden sogar 1.961 Abschüsse genannt; hier sind anscheinend die Erfolgsmeldungen der Heeres-Flak mit berücksichtigt[81]. Ein Abgleich mit Zusammenstellungen aus sowjetischen Dokumenten zeigt, dass beide Zahlen zu hoch sind. Allerdings sind sie keineswegs so übertrieben, dass sie als unsinnig bezeichnet werden müssten: Laut ihren eigenen Meldungen verloren die drei sowjetischen Luftarmeen, welche die

[72] Vgl. Gorbač, Nad ognennoj dugoj, S. 57, S. 127 u. S. 482.
[73] Vgl. ebenda, S. 127.
[74] Vgl. David M. Glantz/Harold S. Orenstein, The Battle for Kursk 1943. The Soviet General Staff Study, London/Portland 1999, S. 251.
[75] Die Fernkampfflieger waren mit 320 Flugzeugen an der Schlacht bei Kursk beteiligt, die lokale Luftverteidigung von Kursk verfügte über 208 Maschinen; vgl. Zetterling/Frankson, Kursk 1943, S. 76.
[76] Vgl. KTB-OKW, Bd. 3/2, S. 757; Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 337 f.
[77] Vgl. Gorbač, Nad ognennoj dugoj, S. 68 u. S. 482.
[78] Vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 338.
[79] Vgl. Gorbač, Nad ognennoj dugoj, S. 482.
[80] Vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 337 f.
[81] Vgl. Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 154.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hauptlast der Kämpfe bei Kursk trugen (2., 16. und 17. Luftarmee), vom 5. bis 15. Juli insgesamt 1.182 Maschinen[82]. Dies ist eine Mindestzahl, in der weder die Verluste durch Unfälle noch die Zahlen für die Fernkampfflieger und die lokale Kursker Luftverteidigung enthalten sind. Zudem griffen auch Verbände der sowjetischen 5. und 15. Luftarmee bereits in den ersten Tagen der Schlacht in die Kämpfe ein[83]. Für diese Luftarmeen liegen jedoch erst ab Mitte Juli bzw. August 1943 Verlustzahlen vor[84]. Und schließlich muss berücksichtigt werden, dass viele beschädigte Flugzeuge erst nach dem Abschluss der Kämpfe als Totalverluste nachgemeldet wurden, weil sich ihre Reparatur nicht mehr lohnte[85]. Folglich lassen sich mindestens zwei Drittel der von den Deutschen gemeldeten Flugzeugabschüsse als sowjetische Totalverluste bestätigen; ein Abzug von etwa 30 Prozent dürfte bei den Abschussmeldungen der deutschen Luftwaffe demnach in der Regel ein realistisches Bild ergeben.

Die sowjetischen Erfolgsmeldungen waren hingegen so übertrieben, dass sich für die sowjetische Seite keine analoge Berechnungsgrundlage aufstellen lässt. So meldete allein die 16. Luftarmee im Zeitraum vom 5. bis 8. Juli mehr als 400 abgeschossene deutsche Flugzeuge[86]. Die tatsächlichen deutschen Verluste beliefen sich auf etwa ein Zehntel[87].

Die deutschen Erfolgsmeldungen sind also weitaus zutreffender als die sowjetischen. Dennoch können sie nicht kritiklos übernommen werden. Wie gezeigt wurde, lag die Quote der Fehlmeldungen im Sommer 1943 bei etwa 30–40 Prozent. Gelegentlich kamen aber auch extreme Übertreibungen vor. Das verdeutlicht das Beispiel des Luftwaffeneinsatzes gegen sowjetische Panzer am 8. Juli 1943. Wenn, wie in diesem Fall, die ohnehin unzuverlässigen Meldungen noch falsch interpretiert werden, entsteht ein Bild, das mit der Wirklichkeit des damaligen Geschehens nichts mehr gemeinsam hat. Die Forderung an alle Militärhistoriker muss deshalb lauten: Mehr kritische Distanz gegenüber allen Zahlenmeldungen!

Das Unternehmen „Zitadelle": Eine reibungslose Operation?

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass in der jüngeren deutschen Literatur über die Schlacht bei Kursk mitunter die Tendenz zu beobachten ist, Ausfälle und Unzulänglichkeiten der beteiligten deutschen Verbände zu bagatellisieren,

[82] Vgl. Gorbač, Nad ognennoj dugoj, S. 475, S. 482 u. S. 487.
[83] Vgl. Bergström, Kursk, S. 50, S. 55 u. S. 76.
[84] Vgl. Gorbač, Nad ognennoj dugoj, S. 487 u. S. 497.
[85] Vgl. Chazanov/Gorbač, Aviacija v bitve nad orlovsko-kurskoj dugoj, S. 91 f.
[86] Vgl. Glantz/Orenstein, The Battle for Kursk 1943, S. 259; M. N. Kozhevnikov, The Command and Staff of the Soviet Army Air Force in the Great Patriotic War 1941–1945. A Soviet View, Washington, D. C. o. J., S. 134–136.
[87] Vgl. Bergström, Kursk, S. 120. Im gesamten Monat Juli 1943 verloren die deutschen Verbände, die an den Kämpfen bei Kursk beteiligt waren, insgesamt 421 Maschinen als Totalverluste.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

um deren taktische Überlegenheit gegenüber der Roten Armee in umso stärkerem Maße herauszustellen. Der Beitrag von Dieter Brand ist dafür ein Beispiel[88]. Brand behauptet nicht nur, dass die Angriffsverbände der Heeresgruppe Süd die sowjetischen Verteidigungsstellungen innerhalb von zwei Tagen ohne größere Verluste durchstoßen hätten: Seiner Ansicht nach sei die deutsche Führung – im Gegensatz zur sowjetischen – ein Beispiel für „ein sauberes und stringentes, auch wohl von wechselseitigem Vertrauen getragenes Zusammenwirken über alle Führungsebenen von der HGrp [Heeresgruppe] bis zum Bataillon"[89]. Überprüfen wir diese These am Beispiel der Panzerbrigade 10.

Die Panzerbrigade 10 sollte während des Unternehmens „Zitadelle" eigentlich der schlagkräftigste Panzerverband sein. Sie bestand aus zwei Panzerregimentern, und zwar dem Panzerregiment „Großdeutschland" mit insgesamt 135 Panzern und dem Panzerregiment 39 mit 200 Panzern vom Typ „Panther". Der „Panther" war der neueste deutsche Panzertyp; in der Schlacht bei Kursk wurde er zum ersten Mal eingesetzt. Hitler war von seiner Wirksamkeit so überzeugt, dass er den Termin für das schon mehrfach verschobene Unternehmen „Zitadelle" Ende Juni noch einmal um einige Tage verlegte, um das Eintreffen der „Panther" an der Front abzuwarten[90]. Doch der letztendliche Angriffsbeginn, der 5. Juli 1943, kam für das Panzerregiment 39 noch immer viel zu früh. Die letzten Teile des Regiments trafen erst am 4. Juli, also am Vorabend der Schlacht, im Bereitstellungsraum ein. Aufgrund des engen Zeitplans war weder eine gründliche Ausbildung der Besatzungen erfolgt, noch hatten die zahlreichen technischen Mängel des neuen Panzertyps beseitigt werden können[91]. So mussten noch vor Beginn des Angriffs zwei „Panther" nach Motorbränden als Totalverluste abgeschrieben werden[92].

Schwerwiegender als die mangelhafte Ausbildung und die technischen Probleme erwiesen sich jedoch die Führungsschwierigkeiten innerhalb der Panzerbrigade 10 in den ersten Tagen des Unternehmens „Zitadelle". Die Probleme begannen damit, dass der Brigadestab erst am 3. Juli 1943 in Berlin zum Transport verladen wurde und erst in der Nacht vom 10./11. Juli an der Front eintraf. Deshalb musste für den Kommandeur der Brigade, Oberst Karl Decker, der bereits am 1. Juli zur Truppe vorausgeflogen war, ein provisorischer Ersatzstab gebildet werden[93]. Doch selbst dies wäre wohl nebensächlich geblieben, wenn es nicht zu ernsthaften persönlichen Auseinandersetzungen gekommen wäre, und zwar zwischen Oberst Decker und Oberst Hyazinth Graf Strachwitz. Letzterer kommandierte das Panzerregiment „Großdeutschland", das für das Unternehmen

[88] Vgl. Brand, Vor 60 Jahren.
[89] Ebenda, S. 91.
[90] Vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 163 f.
[91] Vgl. dazu Thomas L. Jentz, Die deutsche Panzertruppe 1933–1945, Bd. 2, Wölfersheim-Berstadt 1999, S. 95–101.
[92] Zu den Ursachen der zahlreichen technischen Ausfälle von „Panthern" vgl. Friedli, Die Panzer-Instandsetzung, S. 162 f.
[93] Vgl. KTB Nr. 1 des Stabs der Panzerbrigade 10, 22. 6. 1943–10. 9. 1943, in: BA-MA, RH 39/630, Bl. 1 f. u. Bl. 10.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Zitadelle“ Deckers Brigadestab unterstellt wurde. Möglicherweise fühlte sich Strachwitz, der zu dieser Zeit bereits eine der höchsten Tapferkeitsauszeichnungen trug und an der Front als „Panzerlöwe“ bekannt war[94], durch diese Unterstellung zurückgesetzt. Vielleicht lag die Ursache der Streitigkeiten auch nur in den verschiedenen Charakteren der beiden Männer. Sicher ist, dass in ihrem Fall ein sehr unterschiedliches Führungsverständnis aufeinander traf. Strachwitz war ein Draufgänger[95], der weder auf die ihm unterstellten Truppen noch auf sich selbst Rücksicht nahm: „Zwei Kopfschüsse, neun schwere, mehrere leichte Verwundungen und ein schwerer Autounfall waren die Quittungen für seine Forschheit.“[96] Decker war hingegen ein eher besonnener Offizier, der seine Verbände nach bewährten taktischen Grundsätzen befehligte. Dass die während des Unternehmens „Zitadelle“ gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Zögerlichkeit, ja sogar der Feigheit, unbegründet waren, zeigte nicht nur eine Untersuchung, die auf Veranlassung der 4. Panzerarmee gegen Decker durchgeführt wurde, sondern auch sein weiterer Werdegang: Mehrfach befördert, ausgezeichnet und im Wehrmachtsbericht genannt, wurde er noch im Frühjahr 1945 als einer der jüngsten Generäle der Wehrmacht zum Kommandierenden General des XXXIX. Panzerkorps ernannt[97].

Während des Unternehmens „Zitadelle“ hatte Decker jedoch einen schweren Stand. Von Beginn an geriet er in Konflikt mit dem ungestümen Strachwitz, der immer wieder eigenmächtig handelte und sich bei den vorgesetzten Dienststellen über den vermeintlich zögerlichen Decker beschwerte. Der Kommandierende General des XXXXVIII. Panzerkorps, General Otto von Knobelsdorff, ergriff Partei für Strachwitz: Knobelsdorff enthob Decker am 6. Juli seines Kommandos und übertrug Strachwitz die Führung der Panzerbrigade 10[98]. Nunmehr erhielt Strachwitz die Gelegenheit, in seinem Sinne über die „Panther“ zu verfügen – mit verheerenden Folgen für deren Besatzungen. Nach dem Urteil Deckers setzte

[94] Strachwitz war im März 1943 das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub und Schwertern verliehen worden; vgl. Florian Berger, Mit Eichenlaub und Schwertern. Die höchstdekorierten Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Wien ^{3}2003, S. 349. Den Namen „Panzerlöwe“ erwähnt Decker in einem Bericht vom 17. 7. 1943. OKH/Generalinspekteur der Panzertruppen. Reiseberichte von Angehörigen des Stabes des Panzeroffiziers beim Chef des Generalstabes des Heeres, der Organisationsabteilung u. a. über Truppenbesuche und dgl., Februar 1943 – April 1944, in: BA-MA, RH 10/54, Bl. 58. Mit Abweichungen (da Rückübersetzung aus dem Englischen) wiedergegeben in: Jentz, Die deutsche Panzertruppe, Bd. 2, S. 96.

[95] Vgl. Günter Fraschka, Mit Schwertern und Brillanten. Die Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung, München ^{8}1989, S. 127.

[96] Ebenda, S. 135 f.

[97] Vgl. Klaus Voss/Paul Kehlenbeck, Letzte Divisionen 1945. Die Panzerdivision Clausewitz, Die Infanteriedivision Schill, Schleusingen 2000, S. 64; vgl. dazu auch Berger, Mit Eichenlaub und Schwertern, S. 53 f. Zum Vorwurf der Feigheit und der Untersuchung des entsprechenden Vorfalls durch die 4. Panzerarmee vgl. KTB des Oberkommandos der 4. Panzerarmee vom 25. 3. 1943–31. 7. 1943, in: BA-MA, RH 21-4/104, Bl. 167. Zu diesem Ereignis aus der Sicht der Panzerbrigade 10 vgl. KTB Nr. 1 des Stabs der Panzerbrigade 10, Bl. 20 f. Weitere Vorwürfe gegen Decker finden sich auch im KTB des Generalkommandos XXXXVIII. Panzerkorps, 1. 7. 1943-31. 7. 1943, in: BA-MA, RH 24-48/115, Bl. 72 f.

[98] Ebenda, Bl. 27.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Strachwitz die Panzer „geradezu irrsinnig“ ein – nämlich ohne Rücksicht auf Flankenschutz oder Minenfelder[99]. Immer wieder fuhren die Panzer in sowjetische Hinterhalte und wurden durch Treffer in die nur verhältnismäßig schwach gepanzerten Seiten zerstört[100].

Doch nicht nur Decker, sondern auch Generaloberst Heinz Guderian, der Generalinspekteur der Panzertruppen, äußerte sich zum Einsatz der „Panther“ unter Strachwitz sehr kritisch. In einem Bericht an das OKH vermerkte Guderian, dass gegen bewährte Grundsätze der Panzertaktik verstoßen worden sei. Guderian hatte die Panzerbrigade am 10. Juli 1943 besucht und sich vor Ort ein Bild der Lage gemacht. Dabei waren ihm die Querelen zwischen Strachwitz und Decker nicht verborgen geblieben. In seinem Bericht vermerkte er dazu: „Wegen persönlicher Auseinandersetzungen funktionierte dieser Brigadestab [Panzerbrigade 10] anfänglich nicht. Persönliche Ansichten dürfen keine Rolle spielen, wenn die Zukunft des Reiches auf dem Spiel steht.”[101]

Zum Unglück für die Panzerbesatzungen klappte auch auf Bataillonsebene die Führung nicht, zumindest bei der Panzerabteilung 52[102]. Ein erfahrener Abteilungskommandeur wäre durchaus in der Lage gewesen, die Folgen von Strachwitz’ rücksichtsloser Führung abzumildern und die Panzer wenigstens im Bataillonsrahmen taktisch richtig einzusetzen. Doch die Panzerabteilung 52 wurde geradezu vom Pech verfolgt. Der eigentliche Abteilungskommandeur, Rittmeister Karl von Sivers, erkrankte vor der Verlegung des Verbands an die Front und musste in Deutschland zurückbleiben. Der Ersatzkommandeur, der erst kurz vor Beginn des Unternehmens „Zitadelle“ eintraf, war völlig unerfahren. Zudem wies er seine Kompaniechefs vor dem ersten Einsatz weder in die Gesamtlage noch in die geplante Kampfführung ein. Als die Panzerabteilung 52 beim ersten Eingreifen in die Kämpfe am 6. Juli von massivem sowjetischem Artilleriefeuer erfasst wurde, verlor er die Nerven und musste die Führung der Abteilung einem der

[99] Bericht Deckers vom 17. 7. 1943, OKH/Generalinspekteur der Panzertruppen. Reiseberichte von Angehörigen des Stabes des Panzeroffiziers beim Chef des Generalstabes des Heeres, in: BA-MA, RH 10/54, Bl. 58. Mit Abweichungen (da Rückübersetzung aus dem Englischen) wiedergegeben in: Jentz, Die deutsche Panzertruppe, Bd. 2, S. 96.

[100] Dies bestätigen auch sowjetische Untersuchungen der ausgefallenen „Panther“, die von den Deutschen beim Rückzug nicht mehr geborgen werden konnten; vgl. Damages of „Panther“ tanks, Kursk, 20 to 28 July 1943, im Internet unter http://www.battlefield.ru/index.php?option=com_content&task=view&id=256&Itemid=123 (Zugriff: 30. 12. 2007).

[101] Bericht Guderians vom 17. 7. 1943 an General Zeitzler, wiedergegeben in: Thomas L. Jentz, Der Panther. Entwicklung, Ausführungen, Abarten, seltene Varianten, charakteristische Merkmale, Kampfwert, Wölfersheim 1997, S. 132–134, sowie (da offenbar in beiden Fällen Rückübersetzung aus dem Englischen) mit etwas abweichendem Wortlaut, in: Ders., Die deutsche Panzertruppe, Bd. 2, S. 98–100. Hier ist Guderians Frontbesuch fälschlich auf den 20. 7. datiert. Vgl. zu den taktischen Fehlern auch den Bericht des Kommandeurs der Panzerlehrgänge „Panther“, wiedergegeben in: Ebenda, S. 96–98, bes. die Punkte 2, 5 u. 6.

[102] Das mit „Panthern“ ausgestattete Panzerregiment 39 setzte sich aus den beiden Panzerabteilungen (= Bataillonen) 51 und 52 zusammen. Die folgenden Ausführungen basieren auf schriftlichen Mitteilungen von Walter Rahn, dem ehem. Ordonnanzoffizier der Panzerabteilung 52, vom 29. 5., 15. 11. u. 13. 12. 2000 an den Verfasser.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kompaniechefs überlassen. Kaum hatte dieser das Kommando übernommen, erhielt sein Panzer einen Volltreffer durch eine sowjetische Panzerabwehrkanone. Der Kompaniechef wurde schwer verwundet und fiel für den weiteren Einsatz aus. Als nächster Ersatzkommandeur wurde ein Oberstleutnant vom OKH eingesetzt. Dieser hatte während des Unternehmens „Zitadelle" eigentlich nur über die technischen Erfahrungen mit dem neuen Panzertyp „Panther" berichten sollen und war mit der Führung der Abteilung völlig überfordert. Bereits nach wenigen Tagen wurde auch er abgelöst. Erst am 22. Juli 1943, als das Unternehmen „Zitadelle" längst abgebrochen worden war, traf der eigentliche Kommandeur, Rittmeister von Sivers, an der Front ein und übernahm wieder seine Panzerabteilung.

Welche fatalen Folgen die Kombination von Strachwitz' Draufgängertum auf Brigadeebene mit den taktischen Führungsfehlern auf Bataillonsebene für die Panzerbesatzungen hatte, geht aus einem Bericht von Walter Rahn, dem Ordonnanzoffizier der Panzerabteilung 52, hervor. Rahn nahm am 7. Juli 1943 als Richtschütze im Kommandeurspanzer an einem Angriff teil: „Die […] Panther rollten auf einen halbkreisförmig ansteigenden Geländeabschnitt zu. Als die vordersten Teile auf ein Minenfeld stießen, gab es keine Befehle, weitere Ausfälle zu verhindern. Die dicht aufgefahrenen Kampfwagen wurden dann von zahlreichen T-34 beschossen, die auf der halbkreisförmigen Anhöhe bis zur Kanone eingegraben waren. Unsere Richtschützen sahen nur das Aufblitzen des Mündungsfeuers und wurden durch die aufgehende Sonne geblendet. Ein Panther nach dem anderen erhielt Treffer und viele brannten aus. Auch beim Kommandeur-Panzer brannte der Motor nach einem Schuss von der rechten Flanke."[103] Von einem „saubere[n] und stringente[n], auch wohl von wechselseitigem Vertrauen getragene[n] Zusammenwirken über alle Führungsebenen […] bis zum Bataillon" (Brand) kann in diesem Fall wohl kaum gesprochen werden.

Nicht nur die Panzerabteilung 52, sondern die gesamte Panzerbrigade 10 einschließlich des Panzerregiments „Großdeutschland" erlitt am 7. Juli 1943 so schwere Verluste, dass sie ihre Angriffe vorübergehend einstellen und zur Verteidigung übergehen musste. Von den ursprünglich 200 „Panthern" des Panzerregiments 39 waren am Abend des 7. Juli noch 20 Stück einsatzbereit, von den 135 Panzern des Panzerregiments „Großdeutschland" noch 32[104]. Gerade die zweite Zahl verdeutlicht, dass die Ursache für die zahlreichen Ausfälle der Panzerbrigade 10 nicht nur in den technischen Mängeln lag, die dem „Panther" noch anhafteten. Auch das Panzerregiment „Großdeutschland" mit seinen bereits bewährten Panzertypen hatte sehr hohe Ausfälle[105]. In erster Linie war es wohl

[103] Brief an den Verfasser vom 15. 11. 2000.

[104] Vgl. KTB Nr. 1 des Stabs der Panzerbrigade 10, Bl. 6 f.

[105] So waren beispielsweise bis zum Abend des 7. Juli alle 15 „Tiger" des Panzerregiments „Großdeutschland" ausgefallen. Allerdings musste keiner davon als Totalverlust abgeschrieben werden; vgl. dazu Wolfgang Schneider, Tigers in Combat, Bd. 2, Winnipeg (Manitoba) 1998, S. 28.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der rücksichtslose Führungsstil von Strachwitz, der bei der massiven und zugleich geschickten sowjetischen Abwehr viele unnötige Verluste zur Folge hatte.

Am 8. Juli setzte die Panzerbrigade 10 ihre Angriffe gegen eine starke sowjetische Abwehr fort. Im Kriegstagebuch heißt es dazu: „Die eigenen Verluste sind schwer. […] Gegen 12.30 Uhr verfügt die Brigade nur noch über 9 einsatzbereite Panzer.“[106] Lediglich neun (!) Panzer waren von den ursprünglich 335 Kampfwagen am 8. Juli 1943 also noch einsatzbereit. Zahlreiche Panzersoldaten waren gefallen oder schwer verwundet worden, vom Panzerregiment „Großdeutschland“ unter anderem der Regimentsadjutant und der Kommandeur der II. Abteilung[107]. Der ursprünglich am besten ausgerüstete und stärkste aller Angriffsverbände war somit nach wenigen Tagen auf einen Bruchteil seiner Kampfstärke zusammengeschmolzen[108]. Und dabei waren noch keineswegs alle sowjetischen Verteidigungsstellungen überwunden, wie Dieter Brand behauptet hat[109].

Dass dies innerhalb von zwei Tagen „ohne signifikante eigene Verluste“ geschehen sei[110], wird jedoch nicht nur durch das Kriegstagebuch der Panzerbrigade 10 widerlegt, sondern auch durch die Berichte des III. Panzerkorps, das ebenfalls von Süden aus in Richtung Kursk vorstieß. Bereits am ersten Angriffstag, dem 5. Juli, hatte das Korps hohe Ausfälle an Menschen und Fahrzeugen durch sowjetische Minen hinnehmen müssen[111]. An den folgenden Tagen stiegen die Verluste noch weiter – nicht nur durch Minen. Die Armeeabteilung Kempf, der das III. Panzerkorps unterstellt war, registrierte am 10. Juli, dass die 19. Panzerdivision beim Kampf um das feindliche Stellungssystem östlich und nordöstlich von Belgorod empfindliche Verluste erlitten habe und ihre Kampfkraft erheblich abgesunken sei[112]. Vom 5. bis 9. Juli wurden insgesamt 1.728 Soldaten der 19. Panzerdivision getötet, verwundet oder gefangen genommen. Die 7. Panzerdivision meldete 1.284, die 6. Panzerdivision 792 und die 168. Infanteriedivision 1.343 Gefallene, Verwundete und Vermisste. Der Kommandierende General des III. Panzerkorps, General Hermann Breith, kam am 11. Juli zu der Schlussfolgerung, dass die 19. Panzerdivision und die 168. Infanteriedivision infolge der hohen Ver-

106 KTB Nr. 1 des Stabs der Panzerbrigade 10, Bl. 7.

107 Vgl. Helmut Spaeter, Die Geschichte des Panzerkorps Großdeutschland, Bd. 2, Duisburg-Ruhrort 1958, S. 192–197.

108 Am 10. 7. musste Strachwitz wegen einer Verletzung das Kommando wieder an Decker übergeben. Außerdem traf am 11.7. der Brigadestab aus Deutschland ein, was Decker die Führung erheblich erleichterte. Zur gleichen Zeit erhielt auch die Panzerabteilung 52 einen fähigen Ersatzkommandeur. Damit hatten die Führungsschwierigkeiten bei der Brigade ein Ende, und die Zahl der einsatzbereiten Panzer stieg wieder an.

109 Brand, Vor 60 Jahren, S. 70 u. S. 88 f. Schema der sowjetischen Verteidigungsstellungen in: Glantz/House, The Battle of Kursk, S. 66, sowie Glantz/Orenstein, The Battle for Kursk 1943, S. 34.

110 Brand, Vor 60 Jahren, S. 89.

111 Vgl. KTB des Stabs Generalkommando III. Panzerkorps, 1. 7. 1943–22. 7. 1943, in: BA-MA, RH 24-3/78, Bl. 221.

112 Vgl. KTB Nr. 2 des AOK 8 (vom 1. 7. 1943–16. 8. 1943: Armeeabteilung Kempf), Ia, Bd. 1, 1. 7. 1943- 31. 7. 1943, in: BA-MA, RH 20-8/83, Bl. 57.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

luste nur noch bedingt zum Angriff geeignet seien[113]. Das III. Panzerkorps und die Panzerbrigade 10 hatten zu dieser Zeit die härtesten Kämpfe des Unternehmens „Zitadelle" bereits hinter sich. Das II. SS-Panzerkorps erlebte den Höhepunkt der Schlacht dagegen erst am 12. Juli 1943, und zwar bei einer kleinen Ortschaft, deren Name in die Weltgeschichte eingehen sollte: Prochorovka.

Prochorovka: Entscheidungsschlacht oder ordinäres Gefecht?

Die Kämpfe zwischen dem II. SS-Panzerkorps und der sowjetischen 5. Gardepanzerarmee am 12. Juli 1943 bei Prochorovka wurden von der sowjetischen Geschichtsschreibung immer wieder als Wendepunkt der Kursker Schlacht geschildert. Dabei soll es zum Aufeinandertreffen von 1.200 bis 1.500 Panzern auf engstem Raum gekommen sein. Die 5. Gardepanzerarmee habe dabei einen entscheidenden Sieg errungen, 400 deutsche Panzer zerstört und die deutsche Offensive „Zitadelle" zum Scheitern gebracht[114]. Die sowjetischen Darstellungen wurden lange Zeit von fast sämtlichen westeuropäischen und amerikanischen Autoren übernommen. Selbst einige jüngere Arbeiten sind noch sehr stark von ihnen geprägt[115].

Das Verdienst, den „Mythos von Prochorovka" zum ersten Mal wissenschaftlich widerlegt zu haben, gebührt unzweifelhaft Karl-Heinz Frieser. Das geschah erstmals 1993 auf einer internationalen Tagung zur Militärgeschichte anhand deutschen und russischen Archivmaterials[116]. Einige Jahre später folgten im englischsprachigen Raum mehrere umfangreiche Arbeiten, die ebenfalls belegten[117], dass die Panzerschlacht bei Prochorovka vom 12. Juli 1943 für die beteiligten sowjetischen Verbände in einem Desaster endete, während die deutschen Verluste überraschend gering ausfielen[118]. Die Ergebnisse der jüngeren Forschung haben Dieter Brand dazu bewogen, der Panzerschlacht bei Prochorovka nicht nur die in der älteren

[113] Vgl. Anlagen zum KTB des Generalkommandos III. Panzerkorps, Ia, 5. 7. 1943–16. 7. 1943, in: BA-MA, RH 24-3/88, Fernschreiben Nr. 8461, unpaginiert.

[114] Ganz wesentlich trugen zur Legendenbildung um die Panzerschlacht bei Prochorovka die Darstellungen des Kommandeurs der 5. Gardepanzerarmee, Generalleutnant Pavel A. Rotmistrov, bei; vgl. insbesondere seine beiden Monografien Tankovoe sraženie pod Prochorovkoj (Moskau 1960) und Stal'naja gvardija (Moskau 1984).

[115] So z. B. Nik Cornish, Images of Kursk. History's Greatest Tank Battle, July 1943, Dulles/VA 2002. Diese Arbeit ist nicht nur vom Text, sondern auch vom Bildmaterial her noch sehr stark der sowjetischen Geschichtsschreibung und Propaganda verhaftet. Positiv von den in jüngerer Zeit veröffentlichten populärwissenschaftlichen Darstellungen ist demgegenüber Will Fowler, Kursk. The Vital 24 Hours, Staplehurst 2005, hervorzuheben, der die Erkenntnisse der neueren Forschung berücksichtigt.

[116] Vgl. Karl-Heinz Frieser, Schlagen aus der Vorhand – Schlagen aus der Nachhand. Die Schlachten von Char'kov und Kursk 1943, in: Foerster (Hrsg.), Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg?, S. 101–135.

[117] Vgl. George M. Nipe, Decision in the Ukraine. Summer 1943, II. SS and III. Panzerkorps, Winnipeg (Manitoba) 1996; Glantz/House, The Battle of Kursk; Zetterling/Frankson, Kursk 1943.

[118] Vgl. zusammenfassend, aber auf Basis eigener Grundlagenforschung auch neue Akzente setzend Töppel, Legendenbildung in der Geschichtsschreibung, S. 381–387.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Literatur übliche Definition als eine der größten Panzerschlachten des Zweiten Weltkriegs abzusprechen; laut Brand handelte es sich bei den Kämpfen vor Prochorovka um „Gefechte, die in ihrer Intensität sicher bemerkenswert, aber für die deutschen Truppen keineswegs extraordinär waren". Die berühmte Panzerschlacht sei, so Brand weiter, nur „ein Gefecht unter anderen" gewesen[119].

In Wirklichkeit war es allein schon ungewöhnlich, dass die sowjetische Führung eine frisch aufgestellte Panzerarmee heranführte, um sie in einem verhältnismäßig kleinen Geländeabschnitt gegen ein einzelnes deutsches Panzerkorps einzusetzen, noch dazu in einem Frontalangriff. Die Angriffsverbände der 5. Gardepanzerarmee trafen außerdem nur auf zwei der drei Divisionen des II. SS-Panzerkorps, und zwar auf die SS-Panzergrenadierdivisionen „Leibstandarte Adolf Hitler" (Kurzformen: „Leibstandarte" oder „LAH") und „Das Reich". Die Panzer der dritten Division (SS-Panzergrenadierdivision „Totenkopf") stießen am 12. Juli 1943 dagegen auf Teile anderer sowjetischer Armeen[120].

Die 5. Gardepanzerarmee verfügte einschließlich unterstellter Einheiten über fünf Panzer- und mechanisierte Korps, von denen am 12. Juli 1943 vier gegen die beiden SS-Divisionen „Leibstandarte" und „Das Reich" eingesetzt wurden. Die Division „Das Reich" wurde von zwei sowjetischen Korps, dem 2. Gardepanzerkorps und dem 2. Panzerkorps, angegriffen, die beide bereits in den Tagen zuvor schwere Verluste erlitten hatten. Von ihren ursprünglich 447 Panzern waren am Vorabend der Panzerschlacht bei Prochorovka noch 233 übrig geblieben, von denen 224 einsatzbereit waren[121]. Die Division „Das Reich" konnte dagegen 68 Panzer, 27 Sturmgeschütze und 12 Panzerjäger „Marder" einsetzen, zusammen also 107 Panzerfahrzeuge (ohne Berücksichtigung von Artillerie-Selbstfahrlafetten, die nicht für den Kampf gegen Panzer vorgesehen waren)[122]. Ein derartiges Kräfteverhältnis von 2 : 1 war für die Schlacht bei Kursk nicht außergewöhnlich. Zudem erstreckte sich der Gefechtsabschnitt der Division „Das Reich" am 12. Juli 1943 über etwa 8 km, sodass sich die Wucht der sowjetischen Angriffe weitaus mehr verteilte als bei der Nachbardivision, der „Leibstandarte". Insofern kann man der Aussage von Dieter Brand, die Panzerschlacht bei Prochorovka sei für die deutschen Truppen nicht außergewöhnlich gewesen, zumindest für die Kämpfe im Abschnitt der Division „Das Reich" zustimmen[123]. Völlig anders lagen die Dinge hingegen bei der „Leib-

[119] Brand, Vor 60 Jahren, S. 88.

[120] Vgl. dazu die hervorragende Karte in: Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 183.

[121] Vgl. Zamulin, Prochorovka, S. 337 f. Zur Unterstützung der beiden Korps wurde außerdem ein zusätzliches Panzerregiment eingesetzt, und zwar das 55. Gardepanzerregiment. Allerdings wurde dieses nach kurzer Zeit wieder aus den Kämpfen herausgelöst, um an anderer Stelle verwendet zu werden. Deshalb bleibt es hier unberücksichtigt. Vgl. dazu Glantz/House, The Battle of Kursk, S. 191 u. S. 203. Zu den Ausgangsstärken der beiden Korps vgl. Spravka o poterjach tankov po dejstvujuščim frontam v bojach s 5. 7. 43 g. po 20. 7. 43 g., Kopie in: Materialsammlung des MGFA.

[122] Vgl. Anlagen zum Kriegstagebuch Nr. 6, Generalkommando II. SS-Pz.Korps, Feindlageberichte und Tagesmeldungen, 1. 6. 1943–2. 8. 1943, in: BA-MA, RS 2-2/18, Bl. A 256 u. Bl. A 258.

[123] Für die Division „Das Reich" war z. B. der 8. 7. 1943, an dem sie die Hauptlast der Kämpfe gegen mehrere sowjetische Panzerkorps zu tragen hatte, ein härterer Kampftag als der 12. 7.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

standarte". In ihrem nur etwa 6 km breiten Gefechtsabschnitt griffen zwei sowjetische Panzerkorps an, die vorher noch nicht im Kampf gestanden hatten, und zwar das 18. Panzerkorps und das 29. Panzerkorps, die am Vorabend der Schlacht zusammen über 365 einsatzbereite Panzer und Selbstfahrlafetten verfügten[124]. Die „Leibstandarte" konnte den beiden sowjetischen Korps nur 67 Panzer, 24 Sturmgeschütze und 20 Panzerjäger „Marder" entgegensetzen, zusammen also 111 Panzerfahrzeuge (ohne Artillerie-Selbstfahrlafetten)[125].

Die sowjetischen Angriffe massierten sich besonders auf der Höhe 252,2 südwestlich von Prochorovka. Dort entstand eine derartig dichte Panzerkonzentration, wie es sie im Zweiten Weltkrieg wohl kaum ein zweites Mal gegeben haben dürfte. Für die beteiligten Soldaten beider Seiten war dies alles andere als gewöhnlich. Ein Panzerfahrer der „Leibstandarte" schrieb: „Bei diesen Angriffen hatte ich das Gefühl, dass der Russe seine Panzer aus dem ganzen Land zusammengezogen haben muss. Sie kamen in einer so unwahrscheinlich hohen Anzahl wie Rinder-Großherden bei einer Stampede. – Der Tod auf Ketten."[126] Ein anderer Panzersoldat der „Leibstandarte" vermerkte in einem Feldpostbrief, er habe noch nie im Krieg ein derartiges Gefecht „gegen zehnfach überlegenen Panzerfeind" erlebt[127]. Ähnliche Aussagen finden sich in sämtlichen Berichten von Angehörigen der „Leibstandarte"[128]. Die Truppengeschichte der Division spricht

1943; vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 65–74. Eine Vorstellung von der Härte der Kämpfe an den einzelnen Tagen vermitteln auch die täglichen Meldungen über die personellen Verluste der Division bei Otto Weidinger, Division Das Reich. Der Weg der 2. SS-Panzer-Division „Das Reich". Die Geschichte der Stammdivision der Waffen-SS, Bd. 4: 1943, Osnabrück ²1986, S. 217.

[124] Vgl. Zamulin, Prochorovka, S. 337. In Spalte 3 der Tabelle, beim 18. Panzerkorps, liegt ein Rechenfehler vor. Die Gesamtzahl der Panzer belief sich nicht auf 134, sondern auf 144. Diese Zahl deckt sich genau mit einer Meldung des Korps vom 11. 7. 1943, 16.00 Uhr (Boevye donesenja štaba 18-go tankovogo korpusa za period s 11 ijulja po 15 ijulja 1943 goda), Kopie in: Materialsammlung des MGFA.

[125] Vgl. Anlagen zum Kriegstagebuch Nr. 6, Generalkommando II. SS-Pz.Korps, Bl. A 255 u. Bl. A 258. Die in der Meldung zur Panzerlage der „Leibstandarte" vermerkte Zahl von nur 10 einsatzbereiten Sturmgeschützen ist offensichtlich falsch (und auf Bl. A 255 auch mit einem Fragezeichen versehen). Aus einer Meldung vom 11. 7., 24.00 Uhr, also unmittelbar vor der Panzerschlacht bei Prochorovka, ist ersichtlich, dass sich von den insgesamt 35 Sturmgeschützen der „Leibstandarte" nur 10 in der Instandsetzung befanden; ein Sturmgeschütz war bis dahin als Totalverlust abgeschrieben worden. OKH, Panzerlage Süd, in: BA-MA, RH 10/64, Bl. 22, Bl. 47 u. Bl. 63. Außerdem meldete die „Leibstandarte" am 10. 7. 21 einsatzbereite Sturmgeschütze und am 13. 7. 20; vgl. Anlagen zum Kriegstagebuch Nr. 6, Generalkommando II. SS-Pz.Korps, Bl. A 248 u. Bl. A 287. Eine Schwankung von 21 einsatzbereiten Fahrzeugen auf 10 und dann wieder auf 20 innerhalb von vier Tagen ist äußerst unwahrscheinlich.

[126] Walter Schüle (Hrsg.), Violett! Panzerwarnung! Panzerschlacht bei Prochorowka, 12. Juli 1943. Erinnerungen ehemaliger Angehöriger der 6./SS-Pz.Rgt. 1 LSSAH, Ebersbach an der Fils 1997 (Ms.), S. 34.

[127] Zitat nach Rudolf Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 3, Osnabrück 1982, S. 267.

[128] Vgl. beispielsweise Willi Detering u. a., 7./8. Kompanie Leibstandarte SS Adolf Hitler. Chronik 1935–1945, o. O., o. J., S. 138–143; Schüle (Hrsg.), Violett!, S. 19–65; Patrick Agte, Jochen Peiper. Kommandeur Panzerregiment Leibstandarte, Berg am Starnberger See 1998, S. 132–143.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von einer „Panzerschlacht bisher nicht erlebten Ausmaßes“, und in der Chronik der mit „Tigern“ ausgestatteten Panzerkompanie, die ohnehin immer im Brennpunkt der Kämpfe stand, ist von einem „ungewöhnlich heftigen Kampf“ die Rede[129]. Auch die zeitgenössischen Kriegstagebücher verdeutlichen, dass die Panzerschlacht bei Prochorovka keineswegs ein ordinäres Gefecht für die Truppe war. Im Kriegstagebuch der 4. Panzerarmee heißt es unter dem 12. Juli 1943, das II. SS-Panzerkorps habe während des ganzen Tages „heftigste“ Angriffe abzuwehren gehabt[130]. Und im Kriegstagebuch der „Leibstandarte“ sind so viele Panzerabschüsse und gefangen genommene Rotarmisten verzeichnet wie an keinem anderen Tag des Unternehmens „Zitadelle“[131]. Dieselbe Quelle offenbart, dass es auf sowjetischer Seite zeitweilig zu einem Zusammenbruch der Moral gekommen sein muss: Im Abschnitt der „Leibstandarte“ wurden am 12. Juli 1943 nicht weniger als 466 sowjetische Überläufer gezählt[132].

Die von dem russischen Historiker Valerij Zamulin unlängst veröffentlichten Zusammenstellungen der sowjetischen Verluste offenbaren das ganze Ausmaß des Gemetzels südwestlich von Prochorovka. Allein die im Gefechtsabschnitt der „Leibstandarte“ angreifenden Verbände der 5. Gardepanzerarmee verloren 2.503 Soldaten[133]. Davon wurden 762 getötet und 1175 verwundet; von den übrigen 566 Rotarmisten gerieten 100 in Gefangenschaft, der Rest desertierte[134]. Außerdem wurden im Gefechtsabschnitt der „Leibstandarte“ laut der Aufstellung von Zamulin insgesamt 256 sowjetische Panzer und Selbstfahrlafetten abgeschossen. Davon brannten 153 aus und mussten als Totalausfälle abgeschrieben werden.

Über die deutschen Panzerverluste bei Prochorovka ist in der Literatur viel spekuliert worden. Selbst die Unterlagen des Panzeroffiziers beim Generalstab des Heeres geben zu dieser Frage keinen eindeutigen Aufschluss, da von den drei Divisionen des II. SS-Panzerkorps zwischen dem 10. und dem 13. Juli 1943 keine Meldungen über die Totalausfälle an Panzern vorliegen. Deshalb konnten die Verluste bislang stets nur geschätzt werden[135]. Dass nun die Frage nach den Totalverlusten zumindest bei der Division „Leibstandarte“ dennoch beantwortet werden kann, ist das Verdienst von Walter Schüle, einem Teilnehmer der Schlacht. Aus den Unterla-

[129] Vgl. Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 3, S. 262; Werner Wendt, Tiger. 1. SS-Panzer-Division „Leibstandarte SS Adolf Hitler“, 4./schw. SS Pz.-Rgt. LAH, umbenannt in 13./schw. SS Pz.-Rgt. 1 LAH, von der Aufstellung im November 1942 bis zur Auflösung im März 1944, Gütersloh 1988 (Ms.), S. 19.

[130] KTB des Oberkommandos der 4. Panzerarmee, in: BA-MA, RH 21-4/104, Bl. 152.

[131] KTB der Leibstandarte Adolf Hitler, Ib, 1. 4. 1943–3. 8. 1943, in: BA-MA, RS 3-1/36, unpaginiert.

[132] An den anderen Tagen des Unternehmens „Zitadelle“ vermerkte das KTB folgende Zahlen sowjetischer Überläufer: 5. Juli: 0; 6. Juli: 4; 7. Juli: 8; 8. Juli: 4; 9. Juli: 0; 10. Juli: 8; 11. Juli: 45; 13. Juli: 45; 14. Juli: 10; 15. Juli: 70; 16. Juli: 0; 17. Juli: 0.

[133] Vgl. Zamulin, Prochorovka, S. 402 (Tabelle 26), u. S. 508.

[134] Zahl der Gefangenen und Überläufer im KTB der Leibstandarte Adolf Hitler, Ib, 1. 4. 1943–3. 8. 1943, in: BA-MA, RS 3-1/36, unpaginiert.

[135] Die erste realistische Schätzung, die auf der Auswertung der Akten des Panzeroffiziers basierte, bei Frieser, Schlagen aus der Vorhand, in: Foerster (Hrsg.), Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg?, S. 120.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen, die er in jahrelanger Recherche über die Panzerschlacht bei Prochorovka aus der Sicht beteiligter deutscher Soldaten zusammengetragen hat, geht hervor, dass das Panzerregiment der „Leibstandarte“ am 12. Juli insgesamt nur vier (!) Panzer verlor[136]. Ein derartiges Verlustverhältnis von 153 sowjetischen gegen 4 deutsche Totalausfälle offenbart die ganze Haltlosigkeit der sowjetischen Darstellung. 75 weitere sowjetische Panzer wurden im Gefechtsabschnitt der Division „Das Reich“ abgeschossen; 44 davon mussten als Totalverluste abgeschrieben werden[137]. Die Division „Das Reich“ meldete im Zeitraum vom 10. bis zum 13. Juli hingegen nur einen einzigen eigenen Panzer als Totalverlust[138].

Die deutschen personellen Verluste betrugen ebenfalls nur einen Bruchteil der sowjetischen. Die „Leibstandarte“ verzeichnete 48 Gefallene, 321 Verwundete und 5 Vermisste, zusammen 374 Soldaten[139]. Die Division „Das Reich“ verlor insgesamt 243 Mann; 41 davon fielen, 190 wurden verwundet und 12 vermisst[140]. Die Gegner der Division „Das Reich“, die Verbände des sowjetischen 2. Panzerkorps und des 2. Gardepanzerkorps, verloren laut Zamulin 674 Soldaten, davon 181 Gefallene und Vermisste, laut einer anderen Quelle 826 Mann, davon 344 Tote und Vermisste[141]. Insgesamt standen somit ca. 3.200 sowjetischen personellen Ausfällen etwa 620 deutsche gegenüber[142]. Doch so gering die deutschen Verluste im Vergleich zu den sowjetischen erscheinen mögen – von der Truppe selbst wurden sie als schwerer Aderlass empfunden. Besonders galt das für das II. und III. Bataillon des SS-Panzergrenadierregiments 2 der „Leibstandarte“. Diese beiden Einheiten hatten am Morgen des 12. Juli 1943 auf der Höhe 252,2 südwestlich von Prochorovka gelegen, genau im Zentrum des sowjetischen Angriffs. Ein Panzergrenadier des II. Bataillons schrieb über die Situation nach der Schlacht: „Unsere Kompanien hatten außer den großen Menschenverlusten kein intaktes MG mehr. […] Sandig[143] ließ noch am 12.07.43 die Trosse auskämmen. Ergebnis: Schuster, Schneider und Barbier, alle, alle sahen wir.“[144] Das III. Bataillon musste ebenfalls hohe Verluste

[136] Vgl. Schüle (Hrsg.), Violett!, v. a. S. 38. Diese Zahl lässt sich durch die Akten des Panzeroffiziers bestätigen: So sind zwei der Panzer, die bereits am 12. 7. als sichere Totalverluste galten, in der Meldung vom 13. 7. aufgeführt; die beiden anderen Fahrzeuge, welche die Truppe noch zu bergen gehofft hatte, wurden am 14. 7. als Totalverluste nachgemeldet; OKH, Panzerlage Süd, in: BA-MA, RH 10/64, Bl. 22, Bl. 63 u. Bl. 67.

[137] Vgl. Zamulin, Prochorovka, S. 402 f. (Tabelle 26). In Zeile 19 der Tabelle liegt ein Rechenfehler vor; vgl. dazu die Zeilen 20 u. 21.

[138] OKH, Panzerlage Süd, in: BA-MA, RH 10/64, Bl. 22 u. Bl. 63.

[139] Vgl. Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 3, S. 268.

[140] Vgl. Weidinger, Division Das Reich, Bd. 4, S. 217.

[141] Vgl. Zamulin, Prochorovka, S. 402 f. (Tabelle 26); Lev Lopuchovskij, Prochorovka bez grifa sekretnosti, Moskau 2006, S. 603.

[142] Die 5. Gardepanzerarmee verlor am 12. 7. 1943 noch weitere 427 Soldaten und 27 Panzer (davon 16 als Totalverluste); vgl. Zamulin, Prochorovka, S. 403 f. (Tabelle 26). Allerdings gehörten diese zu Einheiten, die offenbar nicht gegen die beiden Divisionen „Leibstandarte“ und „Das Reich“ zum Einsatz kamen und folglich nicht an der Panzerschlacht bei Prochorovka (im engeren Sinne) teilnahmen.

[143] Sturmbannführer Rudolf Sandig, Kommandeur II./SS-Panzergrenadierregiment 2 der „Leibstandarte“.

[144] Detering u. a., 7./8. Kompanie, S. 143.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hinnehmen. Es verlor unter anderem 17 seiner Schützenpanzerwagen als Totalausfälle, und zwar buchstäblich im Nahkampf mit sowjetischen Panzern. Ein Angehöriger dieses Bataillons meinte nur: „Es war die Hölle!“[145]

Zumindest im Abschnitt der „Leibstandarte“ war die Panzerschlacht bei Prochorovka demnach alles andere als ein ordinäres Gefecht. Sie war zwar nicht die Entscheidungsschlacht, welche die sowjetische Geschichtsschreibung stets in ihr sehen wollte, denn am Verlauf und am Ausgang der Schlacht bei Kursk änderte sie wenig[146]. Aber sie war einer der Höhepunkte der Kämpfe des Sommers 1943 und auf taktischer Ebene eine der härtesten Schlachten des Zweiten Weltkriegs.

Hitlers strategische Priorität: Italien oder Ostfront?

Warum entschied Hitler am 13. Juli 1943, das Unternehmen „Zitadelle“ abzubrechen? Was war ausschlaggebend – die Lage an der Ostfront oder die angloamerikanische Landung auf Sizilien? Auf den ersten Blick mögen solche Fragen zweitrangig erscheinen, denn die verschiedenen Fronten waren strategisch voneinander abhängig; eine Krise der Wehrmacht auf dem Kriegsschauplatz im Mittelmeer und später an der Westfront beeinflusste immer auch die Lage im Osten und umgekehrt. Allerdings hat die Diskussion um den Abbruch des Unternehmens „Zitadelle“ noch mehr Gründe. Zum einen steht sie ganz im Zeichen einer Überbetonung des westlichen Kriegsschauplatzes, die vor allem zur Zeit des Kalten Kriegs in der westlichen Literatur gang und gäbe war, aber auch heute noch durchaus üblich ist. Zum anderen haben die Erinnerungen Mansteins eine Legende geschaffen, die nach wie vor verbreitet wird – die Legende vom „verschenkten Sieg“ bei Kursk: Hitler habe die Offensive abgebrochen, als das Unternehmen „Zitadelle“ gerade seinen Höhepunkt erreicht und ein deutscher Sieg „in greifbarer Nähe“ gelegen habe. Grund für Hitlers Entscheidung sei in erster Linie gewesen, dass die Westalliierten auf Sizilien gelandet waren (Operation „Husky“) und die Italiener nicht gegen sie gekämpft hätten, sodass für Hitler eine militärische Verstärkung Italiens auf Kosten der Ostfront unabdingbar wurde[147].

Obwohl die Behauptung vom verlorenen Sieg in jüngerer Zeit in Frage gestellt wurde[148], findet sie weiterhin Befürworter. So argumentiert Karl-Heinz Frieser, der Abbruch des Unternehmens „Zitadelle“ sei „vorprogrammiert“ gewesen; Hitler hätte sich von vornherein darauf festgelegt, die Offensive an der Ostfront einzustellen, sobald die Westalliierten auf Sizilien landen würden. Diese Landung habe „geradezu zwangsläufig“, „fast automatisch“ zur Einstellung des Unternehmens „Zitadelle“ geführt und Hitler „fast reflexartig“ zum Abtransport starker Panzerverbände bewogen[149]. Frieser stützt sich dabei im Wesentlichen auf zwei

[145] Zitat nach Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 3, S. 263; zu den Verlusten an Schützenpanzerwagen vgl. Agte, Jochen Peiper, S. 136.
[146] Zur zusammenfassenden Bewertung der Panzerschlacht bei Prochorovka vgl. Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 129–135.
[147] Vgl. Erich von Manstein, Verlorene Siege. Erinnerungen 1939–1944, Bonn [14]1993, S. 500–505.
[148] Vgl. Töppel, Legendenbildung in der Geschichtsschreibung, S. 387–392.
[149] Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 140, S. 146 u. S. 148.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Quellen: zum einen auf Mansteins Memoiren und zum anderen auf nachträgliche mündliche Aussagen von Johann Adolf Graf von Kielmansegg, seinerzeit Angehöriger der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres. Dass aber gerade Kielmansegg nach dem Krieg Legenden über das Unternehmen „Zitadelle" verbreitet hat, beklagte schon General Friedrich Hoßbach in seiner erwähnten Niederschrift vom 12. Juli 1951[150].

In Wirklichkeit war der Abbruch des Unternehmens „Zitadelle" keineswegs vorprogrammiert. Die deutsche Führung hatte sich schon seit Mai 1943 darauf vorbereitet, die europäische Südflanke notfalls auch allein zu verteidigen[151]. Mit seiner Entscheidung für „Zitadelle" stand für den Wehrmachtführungsstab zudem fest, dass ausschließlich Verbände aus dem Westen und die bereits in Italien stehenden Divisionen eingesetzt würden, falls Italien aus dem Achsen-Bündnis ausscheide und die Wehrmacht den Kampf in Italien allein führen müsste[152]. Demnach kam weder die Passivität der Italiener für Hitler überraschend, noch war ein Abzug von Verbänden aus dem Osten oder gar der Abbruch des Unternehmens „Zitadelle" geplant. Am 26. Juli 1943, also einen Tag nach dem Sturz Mussolinis und mehr als zwei Wochen nach der alliierten Landung auf Sizilien, erklärte Hitler bei einer Lagebesprechung: „Ich habe diese Entwicklung eigentlich immer befürchtet. Das war auch der ganze Grund, warum ich immer die Sorge hatte, hier im Osten [im Frühjahr 1943] frühzeitig loszuschlagen, weil ich mir immer dachte, es geht im Süden sofort der Tanz los: die Engländer werden das ausnutzen, die Russen werden brüllen, die Engländer werden landen, und bei den Italienern lag doch der Verrat, ich möchte geradezu sagen, in der Luft. Unter diesen Umständen lag mir daran, wenigstens so lange zu warten, bis mehrere Verbände bereit sind. Es ist hier doch so, dass wir im Westen Verbände besitzen. Denn ich bin entschlossen, hier natürlich blitzartig zuzuschlagen, genau wie ich es im Falle Jugoslawiens gemacht habe."[153]

Hitler hielt also die Abwehrkraft der Wehrmacht selbst zwei Wochen nach der alliierten Landung auf Sizilien noch für ausreichend. Man muss jedoch nicht einmal Hitlers Aussagen heranziehen, um zu belegen, dass die Landung auf Sizilien nicht zum Abbruch der deutschen Offensive an der Ostfront führte. Allein die Chronologie zeigt, welche Ereignisse wirklich den Ausschlag gaben.

Denn die Landung auf Sizilien kam für die deutsche Führung keineswegs überraschend. So heißt es am 9. Juli 1943 im Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabs, dass die alliierte Landungsarmee im westlichen Mittelmeer im Wesentlichen angriffsbereit zu sein scheine und der Angriff gegen Sizilien, Kalabrien und Sardinien jeden Tag beginnen könne[154]. Hätte die am folgenden Tag startende Operation „Husky" tatsächlich „fast automatisch" (Frieser) die Einstellung des Unterneh-

[150] IfZ-Archiv, ZS/A 31, Bd. 2, Bl. 47.
[151] Vgl. Gerhard Schreiber, Das Ende des nordafrikanischen Feldzugs und der Krieg in Italien 1943 bis 1945, in: DRZW, Bd. 8, S. 1111.
[152] Vgl. KTB-OKW, Bd. 3/2, S. 783.
[153] Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen, S. 369 f.
[154] Vgl. KTB-OKW, Bd. 3/2, S. 764.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mens „Zitadelle“ bewirkt, hätte Hitler die deutsche Offensive bei Kursk schon am 10. oder 11. Juli 1943 eingestellt. Doch nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: Am 10. Juli 1943 entschied das Oberkommando der Wehrmacht, bis zur weiteren Klärung der Lage keine zusätzlichen Panzerverbände nach Italien zu schicken[155]. An der Ostfront ging die Offensive „Zitadelle“ weiter; sie erreichte am 12. Juli im Südabschnitt in der Panzerschlacht bei Prochorovka einen Höhepunkt. Am selben Tag begann jedoch die sowjetische Offensive gegen die Heeresgruppe Mitte bei Orël (Operation „Kutuzov“), die sofort zu einer schweren Krise führte und Models 9. Armee zur endgültigen Einstellung ihrer Angriffe bei Kursk zwang[156]. Daraufhin berief Hitler die Oberbefehlshaber der beiden Heeresgruppen, die Generalfeldmarschälle von Kluge und von Manstein, ins Führerhauptquartier. Wie bereits erwähnt, führte Hitler in der Besprechung vom 13. Juli laut Mansteins Erinnerungen in erster Linie die Landung auf Sizilien als Grund dafür an, dass er das Unternehmen „Zitadelle“ abbrechen wolle[157]. Mansteins Aufzeichnungen sind jedoch nicht die einzige Quelle, die Hitlers Entscheidung zur Einstellung der Offensive dokumentiert. Auch General Zeitzler hat sich in seiner unveröffentlichten Studie dazu geäußert; seine Aufzeichnungen werfen ein völlig anderes Licht auf die strategischen Prioritäten Hitlers. Laut Zeitzler spielte sich im Führerhauptquartier folgende Szene ab: „Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Feldmarschall v. Kluge, bat deshalb [wegen der sowjetischen Offensive bei Orël] Hitler um die Einstellung des Angriffs ‚Zitadelle‘. Hitler tobte. ‚Natürlich. Sofort einstellen!‘ Das waren seine Worte und ganz scharf ‚Nein!‘ Dann voll Wut: ‚Der Russe erreicht alles! Und wir gar nichts mehr!‘ Hitler wollte weiter angreifen.“[158] Zeitzler führte weiter aus, dass Hitler wegen der Lage bei der Heeresgruppe Mitte jedoch „zwangsläufig“ den Befehl zum Abbruch der Offensive geben musste.

Zwar scheint – wie bereits festgestellt – Zeitzlers Studie wenig glaubhaft, da er vor allem bemüht war, Hitler die Schuld an allen militärischen Fehlentscheidungen zuzuschreiben. Bemerkenswert ist jedoch, dass Zeitzler die Landung der Westalliierten auf Sizilien bei Hitlers Entscheidungsfindung zum Abbruch von „Zitadelle“ überhaupt nicht erwähnt.

Zwei weitere zeitgenössische Dokumente stützten Zeitzlers Darstellung: zum einen die tagebuchartigen Aufzeichnungen Kielmanseggs, die Anfang der 1990er-Jahre der Öffentlichkeit präsentiert wurden[159]. Kielmanseggs besorgte Notizen vom 12. und 13. Juli 1943 beziehen sich in erster Linie auf die Lage bei der Heeres-

[155] Vgl. ebenda, S. 766.

[156] Gefechtsbericht der 9. Armee und der 2. Panzerarmee über die Schlacht im Orelbogen vom 5. Juli bis 18. August 1943, bearbeitet von Hauptmann Hellmut Wendtlandt, hrsg. vom AOK 9, in: BA-MA, RH 20-9/155, S. 2–4.

[157] Vgl. Manstein, Verlorene Siege, S. 501 f.

[158] Zeitzler, Das Ringen um die großen Entscheidungen, in: BA-MA, ZA 1/1734 (Studie D-406), Bl. 75 f.

[159] Vgl. Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Bemerkungen eines Zeitzeugen zu den Schlachten von Char'kov und Kursk aus der Sicht des damaligen Generalstabsoffiziers Ia in der Operationsabteilung des Generalstabs des Heeres, in: Foerster (Hrsg.), Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg?, S. 146.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gruppe Mitte, zu der, wie er am 12. Juli schrieb, alle verfügbaren Kräfte abgegeben werden müssten. Das zweite Dokument ist ein ausführlicher Funkspruch Mansteins vom 22. Juli 1943 an den Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, Generaloberst Eberhard von Mackensen, in dem es heißt, der Abbruch des Unternehmens „Zitadelle" sei der Heeresgruppe Süd infolge der Lageentwicklung bei der Heeresgruppe Mitte aufgenötigt worden. Auch in Mansteins Funkspruch wird die Lage im Mittelmeerraum mit keinem Wort erwähnt[160].

In der Tat wurde zunächst auch kein einziger Verband vom Kursker Frontbogen nach Italien verlegt. Stattdessen einigte man sich am 13. Juli im Führerhauptquartier darauf, dass Manstein in den folgenden Tagen noch versuchen solle, eine begrenzte Angriffsoperation gegen die südlich von Kursk stehenden sowjetischen Verbände durchzuführen. Diese Operation erhielt den Decknamen „Roland"[161]. In der Zwischenzeit zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab, dass am Südabschnitt der Ostfront eine weitere sowjetische Offensive unmittelbar bevorstand, und zwar gegen das strategisch wichtige Donecbecken. Am 14. Juli meldeten die beiden deutschen Armeen, die am Donec und am Mius standen, Angriffsvorbereitungen der Roten Armee[162]. Die sowjetische Führung gab sich auch gar keine Mühe, ihre Absichten zu verschleiern, im Gegenteil: Sie wollte die Deutschen dazu bringen, starke Verbände ins Donecbecken zu verlegen, um ihre Front bei Kursk und Orël zu entlasten und bei ihren Gegenoffensiven in diesem Raum leichteres Spiel zu haben[163]. Doch noch immer gingen die Kämpfe südlich von Kursk weiter. Am 15. Juli gelang den deutschen Verbänden sogar ein letzter Angriffserfolg: Die SS-Panzergrenadierdivision „Das Reich" des II. SS-Panzerkorps vereinigte sich an diesem Tag mit der 7. Panzerdivision des III. Panzerkorps[164]. Damit war der Keil, der sich im Verlauf des Unternehmens „Zitadelle" zwischen den beiden Korps gebildet hatte, beseitigt. Am folgenden Tag, dem 16. Juli 1943, ergingen an die Angriffsverbände südlich von Kursk Befehle zur Umgliederung für das von Manstein geplante Angriffsunternehmen „Roland"[165]. Die Landung der Angloamerikaner auf Sizilien lag nun bereits sechs Tage zurück, und noch immer war kein einziger Verband zur

[160] Anlagen zum KTB Nr. 11 des Panzerarmee-Oberkommandos 1, Chefsachen, 1. 5. 1943–31. 8. 1943, in: BA-MA, RH 21-1/95, Bl. 1.

[161] Vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 268 f.; Frieser, Die Schlacht im Kursker Bogen, in: DRZW, Bd. 8, S. 141–143. Die von Frieser leider recht unkritisch übernommene Behauptung Kielmanseggs, die Operationsabteilung des Generalstabs des Heeres habe Hitlers Befehl zur Einstellung von „Zitadelle" absichtlich um mehrere Tage verzögert, um der Heeresgruppe Süd die Gelegenheit zu geben, das Unternehmen „Roland" anlaufen zu lassen, ist nicht glaubwürdig. Sie widerspricht allen anderen vorliegenden Quellen und liefert lediglich einen weiteren Beleg für den höchst zweifelhaften Wert der nachträglichen Aussagen Kielmanseggs.

[162] Vgl. Kurt Mehner (Hrsg.), Die geheimen Tagesberichte der Deutschen Wehrmachtführung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Die gegenseitige Lageunterrichtung der Wehrmacht-, Heeres- und Luftwaffenführung über alle Haupt- und Nebenkriegsschauplätze, Bd. 7, Osnabrück 1988, S. 126; vgl. dazu beispielsweise Anlagen zum KTB Nr. 11 des Panzerarmee-Oberkommandos 1, Ia, Juli 1943, in: BA-MA, RH 21-1/98, Bl. 208 u. Bl. 210.

[163] Vgl. Nipe, Decision in the Ukraine, S. 107–112; Glantz/House, The Battle of Kursk, S. 245; Lopez, Koursk, S. 207–211.

[164] Vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 126.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verlegung nach Italien aus der Front gezogen worden. Stattdessen erhielten Mansteins schlagkräftigste Verbände den Befehl, bei Kursk weiter anzugreifen!

Am 17. Juli begann der erwartete sowjetische Angriff gegen das Donecbecken[166]. Erst jetzt erging der Befehl an die Panzerverbände der Heeresgruppe Süd, die Vorbereitungen für „Roland" einzustellen und das II. SS-Panzerkorps sofort aus der Front herauszulösen[167]. Das Korps sollte jedoch nicht nach Italien verlegt werden, wie in der Literatur immer wieder behauptet wird[168]. In Wirklichkeit erhielt es am 18. Juli, nachdem es seine zugewiesenen Versammlungsräume im Raum Belgorod erreicht hatte, den Befehl zur Verlegung ins Donecbecken, und zwar in den Raum nördlich von Stalino[169].

In den folgenden Tagen wurden noch weitere von Mansteins Panzerverbänden aus der Front südlich von Kursk herausgezogen und verlegt: die 3. Panzerdivision ebenfalls ins Donecbecken, die Panzergrenadierdivision „Großdeutschland" in den Raum westlich von Orël. Die restlichen vier der insgesamt neun Panzer- und Panzergrenadierdivisionen, die südlich von Kursk am Unternehmen „Zitadelle" beteiligt gewesen waren, verblieben im Raum Char'kov[170]. Eine Verlegung von Verbänden nach Italien zum Kampf gegen die Westalliierten war nicht geplant. Das belegt auch ein Eintrag im Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabs vom 17. Juli 1943: „Solange in Italien kein Umschwung eintritt, nach dem man alles riskieren kann, hat es nach Auffassung des Führers keinen Sinn, weitere deutsche Truppen nach Süditalien zu schicken und damit die letzten Reserven festzulegen."[171]

Selbst eine Woche später, also zwei Wochen nach der Landung auf Sizilien, hatte sich an Hitlers Prioritäten noch nichts geändert. Die Verbände, die am Angriff auf Kursk teilgenommen hatten, standen entweder noch immer bei Char'kov, im Raum Orël oder im Donecgebiet. So erging am 23. Juli an das II. SS-Panzerkorps der Befehl zum Angriff gegen die sowjetischen Kräfte, die über den Donec vorgestoßen waren[172]. Nunmehr verschärfte sich jedoch die Lage in Italien durch die Absetzung Mussolinis (25. Juli 1943). Erst jetzt entschloss sich

165 KTB des Oberkommandos der 4. Panzerarmee, in: BA-MA, RH 21-4/104, Bl. 174; vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 134 u. S. 140.

166 Vgl. dazu Nipe, Decision in the Ukraine, S. 69 ff.; Zusammenfassender Gefechtsbericht „Die Juli-Abwehrschlacht der 6. Armee am Mius vom 17. 7.–2. 8. 1943", KTB AOK 6, Bd. 5, 17. 7.–17. 8. 1943, in: BA-MA, RH 20-6/303, Bl. 2–25.

167 KTB des Oberkommandos der 4. Panzerarmee, in: BA-MA, RH 21-4/104, Bl. 176 f.; vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 140.

168 Zuletzt durch Brand, Vor 60 Jahren, S. 71 u. S. 85. Die sowjetischen Angriffe gegen das Donecbecken erwähnt Brand gar nicht.

169 Vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 155.

170 Vgl. Rolf Stoves, Die gepanzerten und motorisierten deutschen Großverbände 1939–1945. Divisionen und selbständige Brigaden, Wölfersheim-Berstadt 1994, S. 29, S. 58, S. 62, S. 84, S. 132 u. S. 255.

171 KTB-OKW, Bd. 3/2, S. 799.

172 Vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 163, sowie die nach S. 152 abgedruckte Originalkarte mit dem Bereitstellungs- und Angriffsplan für die beiden Divisionen „Leibstandarte" und „Das Reich".

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler, die „Leibstandarte“ nach Italien zu schicken[173]. Dass er gerade diese Division auswählte, hatte vor allem politische Gründe. Zwei Monate zuvor, am 19. Mai 1943, hatte Hitler in einer Lagebesprechung erklärt, dass im Falle eines Umsturzes in Italien vor allem seine alten SS-Divisionen dorthin geschickt werden müssten. Sie seien „Propagandisten“ und würden durch ihr Auftreten den italienischen Faschisten den Rücken stärken[174]. Zu dieser Zeit stand Hitler noch ganz unter dem Eindruck der Kapitulation der deutschen und italienischen Streitkräfte in Nordafrika. Er rechnete jederzeit mit einem politischen Umschwung in Italien, hielt die Abwehrkraft der Verbände im Westen noch für zu schwach und glaubte, er könne nicht auf Kräfte von der Ostfront verzichten. Wenig später war das schon nicht mehr der Fall. Dennoch war der Gedanke, mit der „Leibstandarte“ die Italiener zu beeindrucken, Ende Juli 1943 wieder aktuell, zumal die Offensive „Zitadelle“ mittlerweile längst abgebrochen worden war und Hitler nunmehr glaubte, diese Division an der Ostfront zeitweilig entbehren zu können. Die „Leibstandarte“ sollte indes nicht gegen die Angloamerikaner auf Sizilien oder in Süditalien zum Einsatz kommen, sondern die wichtige Verkehrsverbindung über den Brenner sichern und bei einem Ausscheiden Italiens aus dem Achsen-Bündnis die italienischen Truppen in Norditalien entwaffnen[175]. Die Entscheidung, die „Leibstandarte“ nach Italien zu verlegen, fiel allerdings erst 16 Tage nach der alliierten Landung auf Sizilien. Von den Panzerverbänden, die am Unternehmen „Zitadelle“ beteiligt gewesen waren, war die „Leibstandarte“ zudem der einzige, der nach Italien geschickt wurde. Sämtliche anderen gepanzerten Einheiten sowie alle Luftwaffenverbände, die an der Offensive gegen Kursk teilgenommen hatten, verblieben an der Ostfront[176].

Dass die alliierte Landung auf Sizilien keinen unmittelbaren Einfluss auf den Abbruch des Unternehmens „Zitadelle“ an der Ostfront hatte, lässt sich also klar belegen. Wäre die Offensive erfolgreich verlaufen, hätte Hitler sie mit Sicherheit nicht einstellen lassen. Schließlich erwartete er von einem Sieg bei Kursk den nötigen militärischen und politischen Auftrieb, um sich im Anschluss gestärkt und mit dem entsprechenden Rückhalt den anderen Fronten zuwenden zu kön-

[173] Vgl. ebenda, S. 168 f.; KTB-OKW, Bd. 3/2, S. 837. Zunächst sollte auch die SS-Panzergrenadierdivision „Das Reich“ nach Italien geschickt werden. Schließlich wurde nur die „Leibstandarte“ verlegt, und die gab vor ihrem Abtransport von der Ostfront sogar noch fast alle ihre Panzer an die dort verbleibenden Divisionen „Das Reich“ und „Totenkopf“ ab. Vgl. Stadler (Hrsg.), Die Offensive gegen Kursk 1943, S. 168, und Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 3, S. 283.

[174] Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen, S. 207; Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht, Bd. 2, S. 336.

[175] Vgl. Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 3, S. 287.

[176] Zur Gliederung der am Unternehmen „Zitadelle“ beteiligten Verbände vgl. Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 331–336. Zu den Einsätzen der gepanzerten Einheiten und Luftwaffenverbände in Form kurzer Chroniken vgl. Stoves, Die gepanzerten und motorisierten deutschen Großverbände; Dierich (Hrsg.), Die Verbände der Luftwaffe; Wolfgang Schneider, Tigers in Combat, Bd. 1, Winnipeg (Manitoba) 1994, sowie ders., Bd. 2; Florian Freiherr von und zu Aufsess, Sturmgeschütze marsch! Die Einsatzwege der Sturmgeschütz-Batterien, -Abteilungen und -Brigaden, Schwabach 2007.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nen. Der Sieg bei Kursk sollte „für die Welt wie ein Fanal wirken“[177]. Er sollte nicht nur dem deutschen Volk neues Vertrauen einflößen, sondern auch die Moral der Verbündeten festigen und die Neutralen bei der Stange halten[178]. Der erhoffte Sieg im Osten war für Hitler viel wichtiger als die Landung auf Sizilien, die ohnehin längst erwartet wurde. Erst der Sturz Mussolinis veranlasste ihn, eine Division von der Ostfront nach Italien zu verlegen. Zu dieser Zeit war „Zitadelle“ jedoch bereits kein Thema mehr und die Hoffnung auf den Sieg im Osten – mit all den gewünschten Rückwirkungen auf die Italiener – zerstört.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der jüngeren Literatur zur Kursker Schlacht hat gezeigt, dass nach wie vor Legenden verbreitet werden, die einer kritischen Prüfung nicht standhalten. Am Beispiel des Unternehmens „Zitadelle“, der großen Panzerschlacht par excellence, wurde deutlich, dass die nachträglichen Aussagen beteiligter Militärs weiterhin das Bild der Ereignisse prägen. Im Gegensatz zu deren retrospektiven Äußerungen war Hitler anfangs jedoch sogar gegen eine Offensive bei Kursk. Die Idee kam von Manstein, Zeitzler griff sie auf, und Kluge sowie dessen Ia Tresckow wurden ihre stärksten Befürworter. Auch Model stand der Operation im Gegensatz zu den Behauptungen in der Literatur positiv gegenüber. Aber nicht nur über die Vorgeschichte, auch über Verlauf und Ende der Kursker Schlacht werden einige Legenden verbreitet. Daher wurde bis heute vermutet, Hitler habe das Unternehmen „Zitadelle“ vor allem wegen der angloamerikanischen Landung auf Sizilien abgebrochen. Die zeitgenössischen Quellen sprechen indes eine andere Sprache. Sie zeigen, dass die Lage an der Ostfront ausschlaggebend war und die alliierte Operation „Husky“ keinen unmittelbaren Einfluss auf die Sommerkämpfe an der Ostfront hatte.

Fasst man alles zusammen und vergegenwärtigt man sich die Zählebigkeit dieser Legenden, so scheint mehr Skepsis gegenüber diesen retrospektiven Darstellungen angebracht. Aber auch die zeitgenössischen Quellen bedürfen einer entsprechenden Kritik. Sowohl bei den Kräftegegenüberstellungen als auch bei den Verlustzahlen wurde dies deutlich. Nach wie vor werden beispielsweise deutsche Erfolgsmeldungen mit der Realität gleichgesetzt, obwohl sich bereits das OKH über ihre Unhaltbarkeit im Klaren war. Hinzu kommt die Tendenz, die Ausfälle der Wehrmacht zu bagatellisieren oder die deutsche Offensive „Zitadelle“ sogar als führungsmäßig reibungslose Operation hinzustellen. Derartige Ansichten sind jedoch im Lichte zeitgenössischer Quellen nicht haltbar.

Fast 70 Jahre nach den Ereignissen ist es an der Zeit, die Geschichte der Schlacht bei Kursk in einer Weise darzustellen, die beiden Seiten gerecht wird und weder alte Legenden in neue Gewänder steckt noch zur Bildung neuer Mythen beiträgt.

---

[177] Operationsbefehl Nr. 6 vom 15. 4. 1943, wiedergegeben in: Klink, Das Gesetz des Handelns, S. 292–294, Zitat S. 292.

[178] Vgl. ebenda, S. 329.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die britische Reaktion auf die „Neue Ostpolitik" der Bundesrepublik Deutschland wissen wir bisher viel weniger als über die der USA und Frankreichs. Willy Brandts Einschätzung, sein Kurs sei in Großbritannien auf weniger Skepsis gestoßen als bei den anderen beiden Westmächten, hallt in der Forschung nach. Dominik Geppert zeigt aber jetzt, dass auch auf der Insel die Dinge komplizierter lagen: Alte Befürchtungen gegenüber Deutschland beeinflussten die Rezeption der Ostpolitik ebenso wie der letztlich entscheidende britische Pragmatismus.

Dominik Geppert

Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik

Die Zeitgeschichtsforschung hat in den vergangenen Jahren unser Wissen über die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik enorm vergrößert. Im Zentrum stand dabei zum einen die Frage nach den Wurzeln dieser Politik in den fünfziger und frühen sechziger Jahren[1] und zum anderen die Einordnung in den größeren Zusammenhang der Ära weltweiter Entspannung im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren[2]. In beiden Fällen erweiterten Historiker ihre Perspektive über den nationalen deutschen Kontext hinaus und nahmen auch die von „Zustimmung und Irritationen" geprägten Reaktionen und Positionen der Westmächte in den Blick[3]. Dabei spielte nicht nur die „realistische" Sicht auf nationale Interessen eine Rolle, sondern zunehmend auch Fragen nach – national unterschiedlichen – ideologischen Vorprägungen und kulturellen Wahrnehmungsmustern. Den USA und Frankreich wurde in diesem Kontext größere Aufmerksamkeit geschenkt als Großbritannien, nicht nur wegen des besonderen Charakters der Bonner Beziehungen zu Washington und Paris als zentralen Partnern im atlantischen Bündnis beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft,

[1] Vgl. Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–63, Wiesbaden 2001; ders., Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ 51 (2003), S. 521–563; Gottfried Niedhart, The East-West Problem as Seen from Berlin: Willy Brandt's Early Ostpolitik, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Europe, Cold War and Co-existence 1953–1965, London 2004, S. 285–296.

[2] Vgl. den Überblick von Gottfried Niedhart/Oliver Bange, Die „Relikte der Nachkriegszeit" beseitigen. Ostpolitik in der zweiten Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 415–448.

[3] Vgl. Gottfried Niedhart, Zustimmung und Irritationen. Die Westmächte und die deutsche Ostpolitik 1969/70, in: Ursula Lehmkuhl u. a. (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt, Stuttgart 2003, S. 227–245.

VfZ 3/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0048

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sondern auch weil John F. Kennedy und Charles de Gaulle als wichtige konzeptionelle Wegbereiter der Détentepolitik galten[4].

Dementsprechend liegen zu den amerikanischen und französischen Reaktionen auf die deutsche Ostpolitik seit längerem monographische Untersuchungen vor[5], während es zur britischen Einstellung lediglich zwei Überblicke in Aufsatzform gibt, die sich thematisch auf die politisch-diplomatische Führungsebene in London und chronologisch auf die Jahre 1967 bis 1971 beziehungsweise 1969 bis 1975 beschränken[6]. Daher wissen wir über die Herausbildung der britischen Position weniger als über Frankreich und die USA: Das gilt für die Entwicklung im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre ebenso wie für die Frage nach Wandel oder Kontinuität bei der Wahrnehmung deutscher Ostpolitik und die Funktion der Öffentlichkeit – von den Medien bis zu den politischen Parteien – bei der Ausprägung der britischen Haltung. Zur Charakterisierung der britischen Position folgten die meisten Historiker der Einschätzung Willy Brandts, der 1989 in seinen Erinnerungen notierte, das Misstrauen gegen die von ihm initiierte Politik sei nach seinem Eindruck in London geringer ausgeprägt gewesen als in Washington oder Paris[7]. In Zuspitzung von Brandts Urteil heißt es in einem der jüngsten wissenschaftlichen Beiträge zum Thema, „that British voices from the left to the right supported Ostpolitik and were far less sceptical than American or French observers. […] British politicians proved to be highly supportive of a policy they had long believed to be the correct one."[8]

Eine genauere Analyse der britischen Regierungsakten macht jedoch deutlich, dass die Dinge auch in London komplizierter lagen. Im Folgenden werden zunächst skizzenhaft die Einschätzungsunterschiede zwischen der Bundesregierung und der Londoner Führung in der Zeit der Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 beleuchtet. Darauf folgt eine eingehendere Untersuchung der britischen Sicht auf den Abschluss des Moskauer Vertrages zwischen der Bundes-

[4] Vgl. Arne Hofmann, The Emergence of Détente in Europe: Brandt, Kennedy and the Formation of Ostpolitik, London 2006; ders., Small Steps towards New Frontiers? Ideas, Concepts and the Emergence of a Détente Strategy in the Thinking of Willy Brandt and John F. Kennedy, in: Historical Research 79 (2006), S. 429–449; Maurice Vaïsse, La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969, Paris 1998.

[5] Vgl. Andreas Wilkens, Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990; Stephan Fuchs, „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert". Kissinger, Brandt und die Ostpolitik, Hamburg 1999; Markus Bernath, Wandel ohne Annäherung. Die SPD und Frankreich in der Phase der neuen Ostpolitik 1969–1974, Baden-Baden 2001.

[6] Vgl. Roger Morgan, Willy Brandt's „Neue Ostpolitik": British Perceptions and Positions, 1969–1975, in: Adolf M. Birke u. a. (Hrsg.), An Anglo-German Dialogue: the Munich Lectures on International Relations, München 2000, S. 179–200; Gottfried Niedhart, The British Reaction towards Ostpolitik. Anglo-West German Relations in the Era of Détente 1967–1971, in: Christian Haase (Hrsg.), Debating Foreign Policy. The Public and British Foreign Policy since 1867, Berlin 2003, S. 130–152.

[7] Vgl. Willy Brandt, Erinnerungen, Berlin 1989, S. 189.

[8] Stefan Berger/Norman LaPorte, Ostpolitik before Ostpolitik: The British Labour Party and the German Democratic Republic (GDR), 1955–1964, in: European History Quarterly 36 (2006), S. 396–420, hier S. 409 u. S. 415.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

republik und der Sowjetunion im Sommer 1970, der als Herzstück der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition gelten kann. Dabei wird zu zeigen sein, dass die außenpolitischen Eliten Großbritanniens den Vertrag zunächst durchaus mit Argwohn betrachteten und in Denkmuster einordneten, die von überkommenen historischen Vorurteilen nicht frei waren. Angesichts der Langlebigkeit derartiger historisch bedingter Sorgen drängt sich die Frage auf, in welchem Verhältnis zueinander überkommene Perzeptionsschemata und pragmatische Interessenwahrnehmung standen: Warum unterstützte London die westdeutsche Ostpolitik trotz der skizzierten Zweifel? Wieso funktionierte die deutsch-britische Zusammenarbeit in den Jahren der Ostpolitik weitgehend reibungsfrei, obwohl doch offenkundig alte Befürchtungen und Vorurteile über Deutschland keineswegs verschwunden waren? Diesen Fragen geht der zweite Teil des Beitrags nach, indem er nicht nur auf den pro-zyklischen Charakter der Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik verweist, sondern auch auf die Dialektik deutscher Ost- und britischer Europapolitik, auf den Personen- und Generationswechsel in der britischen Politik und Diplomatie, auf die wirtschaftlichen Überlegungen der britischen Regierung und nicht zuletzt auf die Rezeption bundesdeutscher Ostpolitik in den politischen Parteien und den Medien Großbritanniens.

I. Interessendivergenzen und historische Belastungen

Großbritannien, die Sowjetunion und die Ostpolitik der Großen Koalition

Die Haltung der außenpolitischen Eliten Großbritanniens gegenüber der Sowjetunion blieb auch im beginnenden Entspannungszeitalter von tiefem Misstrauen geprägt. Das lag nicht zuletzt an den gewaltigen Rüstungsanstrengungen, die man in der UdSSR nach dem erzwungenen Rückzug Nikita Chruschtschows und dem als demütigend empfundenen Ausgang der Kuba-Krise in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre unternommen hatte. Innerhalb von fünf Jahren war das sowjetische Verteidigungsbudget um wenigstens ein Drittel angewachsen; manche Experten sprachen sogar von einer Verdoppelung des Militärhaushaltes[9]. Besonders argwöhnisch beobachtete man in London den Ausbau sowjetischer Positionen im Mittelmeer, im Nahen Osten und im Indischen Ozean: Regionen, die aus historischen wie strategischen und handelspolitischen Gründen zu den besonderen Interessengebieten britischer Außenpolitik zählten[10]. Hinzu kam ein bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre zurückreichender, zäher Streit über die Spionagetätigkeit von Angehörigen der sowjetischen Botschaft in London, der

[9] Offiziell wuchsen die Militärausgaben von neun auf 13 Milliarden Rubel, einige westliche Experten bezifferten das Wachstum sogar mit einem Anstieg von 30 auf 42 Milliarden Rubel. Außerdem vermehrte sich die Zahl strategischer Waffen im sowjetischen Arsenal zwischen 1964 und 1970 von etwa 472 auf 1.470; die jährliche Produktion von Panzern stieg von 3.100 (1966) auf mehr als 4.250 (1970). Zahlen bei David Holloway, The Soviet Union and the Arms Race, New Haven/CT 1983, S. 58–60, S. 114 u. S. 122.

[10] Siehe Documents on British Policy Overseas, Reihe 3 (DBPO III), Bd. I: Britain and the Soviet Union, 1968–1972, London 1997, S. 4.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1971 mit der Ausweisung von 105 mutmaßlichen Geheimagenten endete[11]. Eine Politik westlicher Entspannungsvorleistungen schien aus dieser Perspektive unangebracht, zumal Großbritannien weniger direkt von einem Abbau ost-westlicher Spannungen profitierte als die Bundesrepublik mit ihren deutschlandpolitischen Sonderinteressen oder die an Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion interessierten USA sowie Frankreich, das unter de Gaulle eine eigenständige *détente* betrieb, um seinen außenpolitischen Spielraum gegenüber den Vereinigten Staaten zu vergrößern. Zugleich waren sich die britischen Diplomaten der Tatsache bewusst, dass ihre kritischere Haltung („tougher and more outspoken than other NATO governments") es der Sowjetunion erleichterte, den Westen auseinanderzudividieren[12].

Ähnliche Überlegungen hatten am Anfang der ostpolitischen Neuorientierung in der Großen Koalition aus Union und SPD gestanden, die am 1. Dezember 1966 in der Bundesrepublik mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler und Willy Brandt als Außenminister gebildet wurde. Schon im Oktober hatte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Karl Carstens, der kurz darauf als außenpolitischer Berater Kiesingers ins Kanzleramt überwechselte, in einem Memorandum davor gewarnt, Bonns Deutschlandpolitik drohe zunehmend mit der Ostpolitik der westlichen Verbündeten in Konflikt zu geraten und die Bundesrepublik zu isolieren[13]. Die Schlussfolgerung, die man in Bonn aus dieser Erkenntnis zog, bestand darin zu akzeptieren, dass Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen künftig nicht länger die Lösung der Deutschen Frage zur Voraussetzung haben konnten, sondern dass umgekehrt erst eine allgemeine Entspannung in Europa Verbesserungen in Deutschland möglich machen würde. Daher strebte die Große Koalition eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion auf der Basis des Gewaltverzichts und der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes an. Dies lief auf eine stillschweigende Aushöhlung der Hallstein-Doktrin hinaus, wie die Vereinbarungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien und Rumänien 1967/68 zeigten[14].

In London unterstützte man diese Politik, veranschlagte ihre Erfolgsaussichten allerdings recht gering. Grund zur Skepsis sah man vor allem in dem Umstand, dass die DDR nicht in den Neuansatz einbezogen war und die Bundesregierung weiterhin am Alleinvertretungsanspruch festhielt. Der britische Botschafter in Bonn, Frank Roberts, würdigte in einem Bericht vom August 1967 die Bemühun-

[11] Vgl. ebenda, besonders Nr. 19, S. 91–93, Nr. 76 u. Nr. 77, S. 388–396.
[12] Ebenda, Nr. 16, S. 84, Anm. 8.
[13] Vgl. Hartmut Philippe, „The Germans Hold the Key". Anglo-German Relations and the Second British Approach to Europe, Augsburg 2007, S. 51, Anm. 8; zum Hintergrund vgl. Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger. Ein Kanzler zwischen den Zeiten, Stuttgart 2006; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, Bonn 2004; Dirk Krögel, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Sicherheitspolitik der Großen Koalition, München 1997.
[14] Vgl. Gottfried Niedhart, Ostpolitik: The Role of the Federal Republic of Germany in the Process of Détente, in: Carole Fink u. a. (Hrsg.), 1968: The World Transformed, Cambridge 1998, S. 173–192.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen der Großen Koalition um eine Kurskorrektur, wies aber zugleich auf den fortbestehenden Widerspruch zwischen der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung und dem Festhalten an der überkommenen Deutschlandpolitik hin. Entsprechend wenig überrascht zeigte man sich in London, dass Anfang 1968 ostdeutscher und auch polnischer Druck auf die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Staaten zu einer erneuten Verhärtung der kommunistischen Positionen führte, die sich im Zuge der Niederschlagung des Prager Frühlings zu einer regelrechten Kampagne gegen die Bundesrepublik ausweitete[15].

Zugespitzt kann man sagen, dass es der britischen Regierung in dieser Phase besonders leicht fiel, die Neue Ostpolitik der Großen Koalition vorbehaltlos zu unterstützen, eben weil deren Erfolgsaussichten begrenzt schienen. Als sich das mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition und der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Herbst 1969 änderte, diskutierte man im britischen Kabinett ernsthaft die Gefahr, bei einem möglichen Wettlauf nach Moskau ins Hintertreffen zu geraten. Nachdem die Bundesrepublik größere ost- und deutschlandpolitische Beweglichkeit an den Tag legte, die Vereinigten Staaten bilaterale Gespräche mit der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Atomwaffen (SALT) aufgenommen hatten und auch Frankreich sich für ein System bilateraler Kontakte mit der UdSSR ausgesprochen hatte, während von London keine vergleichbaren Initiativen ausgegangen waren, drohte Großbritannien – und nicht mehr die Bundesrepublik – der Unbeweglichkeit und des mangelnden Enthusiasmus für eine Entspannung zwischen Ost und West geziehen zu werden[16].

Der Edmonds-Zwischenfall in Moskau im August 1970

Vor diesem Hintergrund wurde das, was Gottfried Niedhart treffend als die „revisionistischen Elemente" der Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik beschrieben hat, in Großbritannien skeptisch betrachtet[17]. Anders als die Bundesrepublik hatte das Land kein Interesse an einer grundlegenden Veränderung des außenpolitischen Koordinatensystems. Das bipolare System des Kalten Krieges hatte seinen nationalen Interessen gut entsprochen. Als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges und als ältester Verbündeter der USA kämpfte Großbritannien sozusagen über seiner Gewichtsklasse. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und trotz des Verlustes seines Empires hatte es im Kalten Krieg lange Zeit wenigstens die Illusion des alten Großmachtstatus aufrechterhalten können. Insignien dieses Status waren nicht zuletzt der Besitz eigener Nuklearstreitkräfte und die Siegerrechte in Berlin und Deutschland[18].

---

[15] Vgl. Niedhart, British Reaction, in: Haase (Hrsg.), Debating Foreign Policy, S. 137–139.

[16] Auszug aus Schlussfolgerungen der Kabinettssitzung vom 11. 12. 1969, abgedruckt in: DBPO III, Bd. I, Nr. 39, S. 197–200, hier S. 199.

[17] Vgl. Gottfried Niedhart, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 233–266.

[18] Vgl. Ian Clark, Nuclear Diplomacy and the Special Relationship. Britain's Deterrent and America, 1957–1962, Oxford 1994; Brian White, Britain, Détente and Changing East-West Rela-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Entsprechend misstrauisch reagierten Beamte des britischen Außenministeriums auf die Anfänge der Neuen Bonner Ostpolitik. Sir Thomas Brimelow, Unterstaatssekretär im Foreign and Commonwealth Office, schrieb im Februar 1970 an den britischen Botschafter in Moskau, Sir Duncan Wilson, die bundesrepublikanische Ostpolitik könne in Zukunft sowohl die britischen Interessen in der Deutschen Frage als auch die britische Position in Berlin gefährden[19]. Fünf Monate später bemerkte Staatssekretär Sir Denis Greenhill, er habe das ungute Gefühl, man werde von den Deutschen bewusst in eine Situation hineinmanövriert, in der britische Rechte fundamental berührt würden. Diese Bemerkung bezog sich vor allem auf die Wechselwirkung zwischen den deutschen Verhandlungen mit Moskau und den Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte, die im März 1970 begonnen hatten[20]. Zu Spannungen kam es immer dann, wenn die britische Seite den Eindruck gewann, der Tatendrang der Deutschen entwinde britischen Händen das Heft des Handelns und gefährde die Siegerrechte Großbritanniens in Berlin und „Deutschland als Ganzem"[21].

Insbesondere fürchteten die Briten wie auch die Franzosen und Amerikaner, dass es bei der Aushandlung des Moskauer Vertrages zu keiner ausdrücklichen, schriftlich fixierten Erklärung der Sowjetunion kommen könnte, die den Fortbestand alliierter Rechte in Gesamtdeutschland auch nach Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bestätigte. Zwar bemühte sich die deutsche Delegation um Außenminister Walter Scheel und den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Egon Bahr, die am 26. Juli in Moskau eintraf, in zähen Verhandlungen vom sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko eine derartige Zusicherung zu erhalten; doch stellten sich die Sowjets auf den Standpunkt, dass die Rechte der Siegermächte in einem Vertrag mit der Bundesrepublik nichts zu suchen hätten und auch in keinem Vertrag Bonns mit den Westmächten in beiderseitig bindender Form aufgetaucht seien[22]. Das einzige Zugeständnis, zu dem sich Gromyko bereitfand, war eine mündliche Erklärung zusammen mit Scheel am 6. August, einen Tag vor der geplanten Paraphierung

tions, London 1992, Kapitel 6; Elizabeth Barker, Britain in a Divided Europe, 1945–1970, London 1971, Kapitel 20–22.

[19] Brimelow an Wilson (Moskau), 13. 2. 1970, auszugsweise abgedruckt in: DBPO III, Bd. I, S. 243, Anm. 2.

[20] Greenhill-Memorandum, 13. 7. 1970, zit. in: Ebenda, S. 242; vgl. auch Morgan, „Neue Ostpolitik", in: Birke u. a. (Hrsg.), An Anglo-German Dialogue, S. 180.

[21] Vgl. Ruete an AA, 4. 12. 1969, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1969, Bd. II, bearb. von Franz Eibl und Hubert Zimmermann, München 2000, Nr. 386, S. 1361; Aufzeichnung von Stadens, 8. 10. 1971, in: AAPD 1971, Bd. III, bearb. von Martin Koopmann, Matthias Peter und Daniela Taschler, München 2002, Nr. 340, S. 1512.

[22] Gespräch Scheels mit den Vertretern der drei westlichen Alliierten in Moskau, 6. 8. 1970, in: AAPD 1970, Bd. II, bearb. von Ilse Dorothee Pautsch, Daniela Taschler, Franz Eibl, Frank Heinlein, Mechthild Lindemann und Matthias Peter, München 2001, Nr. 372, S. 1405 f.; The National Archives of the United Kingdom (künftig: TNA), FCO33/1028, Bl. 4 f., Bericht von Edmonds über Sowjetisch-deutschen Vertrag, 2. 9. 1970. Zum innenpolitischen Kontext in der Bundesrepublik vgl. auch Julia von Dannenberg, The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR, Oxford 2008.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Vertrages, in der von der „*Frage* der Rechte der Vier Mächte“ die Rede war. Das erschien aus britischer Sicht allzu unverbindlich, vage und missverständlich. Die Vorbehalte gingen so weit, dass der Gesandte Robert H. Edmonds, der damals in Abwesenheit von Botschafter Wilson die britischen Interessen in der UdSSR vertrat, noch in derselben Nacht um ein Gespräch in der Deutschen Botschaft bat und Scheel drängte, die anstehende Paraphierung aufzuschieben, damit die Regierungen der drei westlichen Alliierten Gelegenheit erhielten, den Vertragstext genau zu studieren. Scheel, der Edmonds Ansinnen zurückwies und den Vertrag wie geplant abzeichnete, hat diese Nachtsitzung rückblickend als die dramatischste politische Situation seiner Amtszeit als Außenminister bezeichnet[23].

In Bonn tendierte man dazu, den Vorfall als Alleingang eines übereifrigen Adlatus abzutun. Paul Frank, der Scheel als frisch ernannter Staatssekretär im Auswärtigen Amt nach Moskau begleitet hatte, fragte sich im Rückblick, „ob dieser freundliche Diplomat nicht ‚Hauptmann von Köpenick‘ spielte und ob er überhaupt von seiner Regierung entsprechende Anweisung hatte“[24]. Die inzwischen zugänglichen britischen Regierungsakten machen jedoch deutlich, dass Edmonds’ Vorbehalte in London geteilt wurden und dass dieser sein Vorgehen nicht nur mit seinen französischen und amerikanischen Kollegen in Moskau eng abgestimmt hatte, sondern auch von seiner Londoner Zentrale ausdrücklich entsprechend instruiert worden war[25]. Der Gesandte war aufgrund seiner Beobachtung des Fortgangs der Verhandlungen zu dem Schluss gekommen, dass sowohl Bahr als auch Frank und letztlich auch Scheel den alliierten Vorbehaltsrechten keine besondere Priorität in den Verhandlungen mit der sowjetischen Seite einräumten. Für sie sei es in erster Linie darum gegangen, solche Änderungen durchzusetzen, die für die Gewinnung einer Mehrheit im Bundestag entscheidend waren, wozu die alliierten Rechte in Bezug auf Gesamtdeutschland nicht gehörten, wohl aber der Wiedervereinigungsvorbehalt und die Berlin-Frage. „The primary German objective“, bilanzierte er in einem Bericht an seine Londoner Zentrale, „was therefore quite different – understandably so – from that of the three governments [in Washington, Paris und London].“[26]

Das Problem für die Alliierten bestand darin, dass Bahr und Scheel in Moskau direkt mit den Sowjets verhandeln konnten, während sich die westlichen Diplomaten in der sowjetischen Hauptstadt sowohl untereinander als auch mit den Regierungen in ihren jeweiligen Heimatländern abstimmen mussten und zugleich Rücksicht auf den Fortgang der Berlin-Verhandlungen zu nehmen hatten, die parallel in Bonn stattfanden. Das versetzte sie in der hektischen Endphase der Verhandlungen zwischen Scheel und Gromyko, die von der sowjetischen Seite mit großer Geschwindigkeit vorangetrieben wurden, in die ungüns-

[23] Vgl. Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel, Stuttgart 1983, S. 346.
[24] Paul Frank, Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur, Stuttgart 1981, S. 300.
[25] Siehe hierzu und zum Folgenden Anthony J. Nicholls, Always Good Neighbours – Never Good Friends? Anglo-German Relations 1949–2001, London 2005, S. 11–16.
[26] TNA, FCO33/1026, Edmonds an Bendall, 8. 8. 1970.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tige Lage, nicht schnell genug auf Veränderungen reagieren zu können. Konzertierter Druck auf die westdeutsche Delegation war auf diese Weise kaum auszuüben. Im britischen Fall kamen Schwierigkeiten bei der Übertragung telegrafischer Botschaften von und nach London hinzu, die durch einen Bummelstreik der damit beauftragten Angestellten des „Diplomatic Wireless Service" verursacht wurden. Die Übermittlung einer persönlichen Nachricht des britischen Außenministers Sir Alec Douglas-Home, der seinen Bonner Amtskollegen am 6. August noch einmal eindringlich bat, keinen Vertrag zu paraphieren, in dem der Verweis auf die Siegerrechte fehlte, wurde auf diese Weise um entscheidende Stunden verzögert[27].

Diese Kommunikationspannen führte das britische Foreign Office gegenüber dem sichtbar verstimmten Auswärtigen Amt ins Feld, um Edmonds' Verhalten zu erklären, das Brimelow in einem Brief an Frank als „persönliche Erkundigung" des Moskauer Gesandten charakterisierte. Hätte Edmonds nicht solche Schwierigkeiten mit der Nachrichtenübermittlung gehabt, so Brimelow, hätte er sich nicht genötigt gesehen, seine Anfrage vorzubringen: „As it was, your arguments against any postponement of the initialling of the Treaty were seen to be compelling, and they were accepted without reserve."[28] Schadensbegrenzung dieser Art erschien umso dringlicher, als das Hamburger Magazin *Der Stern* den Moskauer Zwischenfall mittlerweile öffentlich gemacht hatte. In der ersten Kabinettssitzung nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion, so *Der Stern*, habe Scheel seine Kollegen darüber informiert, wie der Zeitplan der Verhandlungen in Moskau in letzter Minute beinahe über den Haufen geworfen worden wäre – nicht durch die Sowjets, sondern durch Großbritannien. Scheel habe in der Ministerrunde betont, so der Artikel, wie sehr die Bundesrepublik von der UdSSR bei den Gesprächen als gleichrangiger Partner behandelt worden sei, wohingegen die Briten bis zum Schluss bestrebt gewesen seien, „to withhold the right of equality"[29]. Damit war das Magazin auch nicht weiter von der Wahrheit entfernt als Brimelow in seinem gedrechselt formulierten Schreiben an Staatssekretär Frank: Das britische Außenministerium führte die Urteilskraft eines einzelnen Diplomaten und die Streikneigung der britischen Arbeitnehmerschaft ins Feld, um davon abzulenken, dass der Gesandte eindeutige Instruktionen erhalten hatte, so zu handeln, wie er es tat. Während man Edmonds nach außen hin den Schwarzen Peter zuschob, bescheinigte man ihm intern, sich unter schwierigsten Bedingungen bestmöglich aus der Affäre gezogen zu haben[30].

[27] Ebenda.
[28] TNA, FCO33/1027, Brimelow an Frank, 15. 8. 1970.
[29] Wiedergabe des Stern-Artikels im Bericht von Richards (Botschaft Bonn), in: TNA, FCO33/1026, Richards an Foreign Office (FO), 13. 8. 1970.
[30] Einschätzung von Staatssekretär Greenhill, zit. in: TNA, FCO33/1028, McCluney (FCO) an Daunt, 19. 8. 1970.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die britische Einschätzung des Moskauer Vertrages

Dieser Zwischenfall, der ohne weitergehende diplomatische Folgen blieb, wäre kaum von Belang, wenn er nicht ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Haltung des britischen außenpolitischen Establishments in der Anfangsphase der Neuen Ostpolitik werfen würde. Knapp eine Woche nachdem Scheel und Gromyko den Vertrag in Moskau paraphiert hatten, forderte Premierminister Edward Heath, der im Juni den Labour-Politiker Harold Wilson an der Regierungsspitze abgelöst hatte, vom Foreign Office eine umfassende Einschätzung des deutsch-sowjetischen Vertragswerks: „[Is] this from our point of view a satisfactory document? Who in our judgement has got most out of it? What do we see flowing from it?“[31]

Die ausführliche Analyse, die Edmonds zwei Wochen später zur Beantwortung dieser Fragen nach London sandte, gelangte zu dem Ergebnis, dass kurz- und mittelfristig Moskau, nicht Bonn die größeren Vorteile auf seiner Seite hatte; die einzige Ausnahme stellte in Edmonds' Augen die ausdrückliche Anerkennung der DDR dar, zu der sich die Bundesregierung nicht bereitgefunden hatte. Ansonsten habe sich die Sowjetunion durchgesetzt, insbesondere in der Frage der Grenzziehung in Mitteleuropa, bei der sie förmliche deutsche Zugeständnisse erreicht habe, hinter die kein Bundeskanzler mehr zurückkönne. Umgekehrt seien die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes nicht in einer irgendwie bindenden Form festgehalten worden. Auch der Brief zur deutschen Einheit, auf den die Bundesregierung Wert gelegt hatte, sei außerhalb des Vertragswerks geblieben und von der Sowjetregierung nicht einmal offiziell entgegengenommen worden: „Although they have been careful not to say so in public, the Russians must be privately congratulating themselves on having won their essential points on the central issues of the German question, so laboriously argued for 20 years.“[32]

Hinzu kamen aus Edmonds' Sicht ökonomische Vorteile für Moskau durch den verbesserten Zugang zu westdeutscher Technologie und engere Wirtschaftskontakte; schon jetzt exportiere die Bundesrepublik mit 298 Millionen Rubel jährlich soviel wie kein anderes westliches Land in die UdSSR. Gleichzeitig boten bilaterale Vereinbarungen wie der Moskauer Vertrag der Sowjetunion die Möglichkeit, den Vertiefungs- und Erweiterungsprozess der Europäischen Integration zu hintertreiben. In diesem Sinne interpretierte der Gesandte eine Äußerung von KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew gegenüber Brandt, die der deutsche Botschafter Allardt seinen westlichen Kollegen in Moskau mitgeteilt hatte: „You Germans are the greatest country in Europe“, soll Breschnew gesagt haben. „It is time for you to play your part.“ Auf strategischer Ebene schließlich erlaube es der neue Vertrag der UdSSR, Truppenkontingente aus Mitteleuropa in den Fernen Osten an die Grenze zu China zu verlegen[33].

[31] TNA, FCO33/1027, Moon (Privatsekretär des Premierministers) an Barrington (FCO), 12. 8. 1970.
[32] TNA, FCO33/1028, Bericht über den sowjetisch-deutschen Vertrag vom 12. 8. 1970, 25. 8. 1970, Abschnitte 6 u. 7.
[33] Ebenda, Abschnitte 8–10.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Während Edmonds die sowjetischen Vorteile auf mehr als fünf Manuskriptseiten ausbreitete, benötigte er für den langfristigen Nutzen, den der Moskauer Vertrag der westlichen Seite einzubringen versprach, nur zwei Seiten: An erster Stelle nannte er die Beendigung einer Belagerungsmentalität in Osteuropa sowie den Tod des deutschen Schreckgespenstes, das nach 1945 die Regierungen gerade in Polen und der Tschechoslowakei an die UdSSR zu binden geholfen hatte. Wenn sich die Beziehungen der osteuropäischen Staaten zu Westdeutschland entkrampften, könne dies der Stabilisierung Mitteleuropas nur zuträglich sein[34].

Aus britischer Sicht würden diese Vorzüge freilich durch negative Rückwirkungen des sowjetisch-deutschen Vertrages auf die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und London teilweise wieder entwertet, so Edmonds. Zum einen drohte eine beträchtliche Expansion des westdeutschen Handels mit der UdSSR auf Kosten anderer westlicher Staaten zu gehen, was gerade auch Großbritannien traf; britische Unternehmer müssten mit einer verschärften westdeutschen Konkurrenz rechnen und mit einem verminderten Interesse der Sowjets auf den Feldern wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich. Zum anderen zeichne sich ein Szenario ab, bei dem mit Frankreich und der Bundesrepublik die beiden mächtigsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften über Sonderbeziehungen („a special relationship“) mit der Sowjetunion verfügten, was zu unabsehbaren Konsequenzen für die britischen Beziehungen zur EWG führen könne[35]. Insgesamt bewertete Edmonds den Moskauer Vertrag aus britischer Perspektive trotz allem als halbwegs zufriedenstellend. Bundeskanzler Brandt habe mit einer Politik des kalkulierten Risikos nichts aufgegeben, was Deutschland nicht schon längst verspielt gehabt hätte, und die britische Regierung habe gut daran getan, ihn dabei voll zu unterstützen[36].

Angesichts der vorangegangenen Argumentationskette und der Gewichtung der Vor- und Nachteile für die verschiedenen beteiligten Staaten konnte diese vorsichtig optimistische Gesamtwürdigung kaum als uneingeschränkter Beifall für das Vertragswerk gelten, zumal der Gesandte sie unter den Vorbehalt stellte, dass die westlichen Alliierten ein wirklich zufriedenstellendes Abkommen mit der UdSSR in der Berlin-Frage erzielten. Der bezeichnende Unterschied in der Beurteilung des Moskauer Vertrages („reasonably satisfactory“) und den Anforderungen, die an das Berlin-Abkommen der Siegermächte gestellt wurden („really satisfactory“), dürfte den Beamten in Whitehall nicht entgangen sein. Um ganz sicherzugehen, vermerkte Edmonds auch noch die bereits erkennbare westdeutsche Bereitschaft, sich mit Blick auf die Berlin-Frage mit halben Lösungen zufriedenzugeben[37].

Mit dieser Bewertung rannte der Moskauer Gesandte in London offene Türen ein. Brimelow hatte bereits zehn Tage zuvor in einem Memorandum notiert,

[34] Ebenda, Abschnitte 11–13.
[35] Ebenda, Abschnitt 15.
[36] Ebenda, Summary.
[37] Ebenda, Abschnitt 17.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn die Bonner Regierung aus innenpolitischen Gründen danach strebe, die Ratifizierung des Vertrages zügig voranzutreiben, könne es leicht geschehen, dass sie Amerikaner, Franzosen und Briten dazu dränge, einen Ausgang der Berlin-Verhandlungen zu akzeptieren, der „less than satisfactory" sei[38]. Die Befürchtung des Unterstaatssekretärs deckte sich mit der Einschätzung, zu der Premierminister Heath ein gutes Jahr später, im September 1971, gelangte, als man ihm das fertige Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vorlegte. Er widersprach seinem Außenminister, Douglas-Home, der das Abkommen in seinem Bericht als „a fair bargain for the three powers and the Federal Government" bezeichnet hatte. Das Berlin-Abkommen sei alles andere als ein guter Handel, so Heath. „What has happened is that the Soviet Union having *de facto* removed the rights which we and our allies are entitled *de jure*, has now succeeded in securing considerable benefits for itself and the GDR by promising to restore them in part."[39]

Die historische Dimension der britischen Vorbehalte

In all diesen Überlegungen schwangen stets auch Sorgen vor einer Neuauflage der deutsch-sowjetischen Kooperation aus der Zwischenkriegszeit mit. Die Furcht vor der Unzuverlässigkeit der deutschen Diplomatie und die Angst, Deutschland und die Sowjetunion könnten gegen den Willen des Westens zu enger Zusammenarbeit zurückfinden, prägten die Politik Großbritanniens in Mitteleuropa weit über 1945 hinaus und hallten noch in den Diskussionen über die Anfänge der sozial-liberalen Ostpolitik zu Beginn der siebziger Jahre deutlich vernehmbar nach[40]. Edmonds sprach diese unterschwelligen Ängste in seiner Analyse explizit an, indem er daran erinnerte, dass die Sowjetunion beim Abschluss des Moskauer Vertrages der symbolischen Bedeutung von Gedenktagen großen Stellenwert eingeräumt hatte. Die Unterzeichnung durch Brandt und den sowjetischen Ministerpräsidenten Alexei Nikolajewitsch Kossygin am 12. August trennte nur 24 Stunden vom neunten Jahrestag des Mauerbaus[41]. Die förmliche Zustimmung der eigens nach Moskau gereisten Staats- und Parteichefs der Warschauer Pakt-Staaten fand am 23. August statt, als sich der Molotow-Ribbentrop-Pakt zum 31. Mal jährte, was aus Edmonds Sicht wiederum auf den Rapallo-Vertrag von 1922 verwies. Zwar glaube er nicht, so der Gesandte, dass spätere Historiker den Moskauer Vertrag einmal als ein weiteres „Rapallo" charakterisieren würden, doch ließen sich gewisse Parallelen und formale Ähnlichkeiten aufzeigen[42].

[38] Brimelow an Edmonds (Moskau), 14. 8. 1970, abgedruckt in: DBPO III, Bd. I, S. 250–258, hier S. 251.

[39] Heath an Douglas-Home, 1. 9. 1971, auszugsweise abgedruckt in: Ebenda, S. 377.

[40] Siehe Klaus Larres, Germany and the West: The „Rapallo Factor" in German Foreign Policy from the 1950s to the 1990s, in: Ders./Panikos Panayi (Hrsg.), The Federal Republic of Germany Since 1949. Politics, Society and Economy Before and After Unification, London 1996, S. 285–301.

[41] Der Bundeskanzler entzog sich der exakten Koinzidenz durch eine vorzeitige Abreise aus Moskau.

[42] TNA, FCO33/1028, Bericht Edmonds über den sowjetisch-deutschen Vertrag vom 12. 8. 1970, 25. 8. 1970, Abschnitt 19.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Edmonds bewegte sich mit diesem Hinweis auf Argumentationspfaden, die von britischen Diplomaten und Politikern seit Jahrzehnten gut ausgetreten waren. Auch wenn von dem besiegten Deutschland allein keine Bedrohung mehr ausging, in Verbindung mit Russland stellte es immer noch eine tödliche Gefahr dar. Mit diesem Argument hatte man beispielsweise 1948 im Foreign Office angesichts von Stalins Berlin-Blockade einen Vorschlag von General Sir Brian Robertson abgelehnt. Der Oberkommandierende in der britischen Besatzungszone hatte angeregt, die Westmächte sollten sich aus Berlin und weiten Teilen Westdeutschlands zurückziehen und die Bildung einer deutschen Zentralregierung ermöglichen[43]. Das gleiche Argumentationsmuster tauchte in allen Krisensituationen der folgenden Jahre wieder auf, sei es bei den Diskussionen um die britische Haltung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1952, sei es bei der Reaktion auf Malenkows „Friedensoffensive" vom März 1953 oder angesichts von Adenauers Reise nach Moskau im Herbst 1955[44]. Er sei immer davon ausgegangen, warnte der britische Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick im Frühjahr 1954, die eigentliche deutsche Gefahr liege „in the Germans' traditional inclination to do a deal with the East"[45].

Die britischen Befürchtungen waren keineswegs auf die fünfziger Jahre beschränkt. Auch bei der Wahrnehmung der ostpolitischen Neuorientierung der Bundesrepublik in den Jahren nach 1968 tauchte das Gespenst von Rapallo in den Vorstellungen britischer Politiker und Diplomaten gleichsam reflexartig wieder auf. Noch vor dem Machtwechsel von Kiesinger zu Brandt schrieb Botschafter Wilson aus Moskau im Juli 1969 an seinen Außenminister, den Labourpolitiker Michael Stewart, theoretisch bestehe eine Möglichkeit für die sowjetische Führung, sich die industriellen und finanziellen Ressourcen der Bundesrepublik zu erschließen, in einem bilateralen Pakt nach dem Vorbild von Rapallo. Der Botschafter fügte sogleich hinzu, er halte diese Option unter den gegenwärtigen Umständen für äußerst unwahrscheinlich, wolle sie aber für die Zukunft nicht völlig ausschließen[46]. Ein gutes Jahr später, am 14. August 1970, schrieb Brimelow ein langes Memorandum an die britische Botschaft in Moskau. Darin bezweifelte er ebenfalls, dass die Sowjetunion kurz- oder mittelfristige Pläne hege, die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herauszulocken. Er bemerkte aber auch, die sowjetische Führung habe über die Jahre hinweg immer wieder mit der Idee eines neuen Rapallo gespielt und es sichtlich genossen, Großbritannien damit Angst einzujagen: „They may still entertain hopes that one day they may be able to impose a radical change on the balance of power in Europe by playing

[43] Vgl. Lothar Kettenacker, Britain as One of the Four Powers in Berlin, in: Jeremy Noakes u. a. (Hrsg.), Britain and Germany in Europe 1949–1990, Oxford 2002, S. 163–183, hier S. 171.
[44] Vgl. Spencer Mawby, Containing Germany. Britain and the Arming of the Federal Republic, Houndmills/Basingstoke 1999; Yvonne Kipp, Eden, Adenauer und die deutsche Frage. Britische Deutschlandpolitik im internationalen Spannungsfeld 1951–1957, Paderborn 2002.
[45] Kirckpatrick-Memorandum, 29. 5. 1954, zit. in: Mawby, Germany, S. 151.
[46] Vgl. Wilson (Moskau) an Stewart, 14. 7. 1969, abgedruckt in: DBPO III, Bd. I, S. 179–187, hier S. 183.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the card of German reunification."[47] Premierminister Heath schließlich kommentierte den Moskauer Vertrag Anfang September 1970 im Kabinett mit der Bemerkung, enge Beziehungen zwischen Deutschland und Russland seien in der Vergangenheit selten zum britischen Vorteil gewesen. Die Bonner Ostpolitik dürfe daher unter keinen Umständen zu einer Lockerung der Westbindungen der Bundesrepublik führen[48].

Auch die britische Presse vermerkte aufmerksam, wenn in der Sowjetunion im Zusammenhang mit der deutschen Ostpolitik von „Rapallo" die Rede war. Die *Times* berichtete im April 1972 über einen Artikel in der *Pravda*, der darauf hinwies, dass Rapallo ein Modell für die Beziehungen der UdSSR nicht nur zur Bundesrepublik, sondern auch zu Frankreich sein könnte. Damit spielte die Parteizeitung der KPdSU auf genau jene Konstellation einer doppelten deutschen und französischen „special relationship" mit Moskau an, die man in London fürchtete[49]. Die linke Wochenzeitschrift *New Statesman* hatte der Neuen Ostpolitik schon im August 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages eine Titelgeschichte gewidmet. Sie vermutete, dass die Bundesrepublik unter Brandt eine Art „deutschen Gaullismus" betreiben werde – eine ähnlich eigenwillige Politik, wie der im Jahr zuvor zurückgetretene französische Staatspräsident. Unter der Überschrift „Willy de Gaulle" argwöhnte der Leitartikler des Blattes, der größte Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Ostpolitik bestehe darin, dass Brandt Erfolg gehabt habe, wo de Gaulle gescheitert sei: „[H]is four-hour interview with Brezhnev last week was more important than any of the General's Siberian cavalcades"[50].

Der Karikaturist des *Daily Express*, Michael Cummings, spitzte die britischen Sorgen vor der außenpolitischen Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die Sowjetunion satirisch zu, indem er Brandt als Marlene Dietrich in der Kostümierung als ebenso verruchter wie verführerischer „Blauer Engel" aus Josef von Sternbergs UFA-Film von 1930 darstellte: zu seinen Füßen kniete Generalsekretär Breschnew (als Professor Unrat), einen Blumenstrauß in der einen Hand, mit der anderen zärtlich nach Brandts Fingern tastend. Die allseitige und potentiell unheimliche Attraktivität Westdeutschlands wurde dadurch hervorgehoben, dass neben Brandt Liebesbriefe von de Gaulle, Heath, Georges Pompidou und Richard Nixon zu sehen waren. Bonn, so lautete die Botschaft, kann zwischen verschiedenen diplomatischen Partnern wählen. Dass die Wahl zugunsten des Westens ausfallen würde, schien keinesfalls gesichert, wenn man die historischen Hinweise in Rechnung stellte, mit denen der Karikaturist seine Zeichnung spickte. Schon der Blaue Engel verwies unmissverständlich auf die Zwischen-

[47] Brimelow an Edmonds (Moskau), 14. 8. 1970, abgedruckt in: Ebenda, S. 250–258, hier S. 256.
[48] Zit. bei Gottfried Niedhart, Auf dem Weg zur Anerkennung: Die DDR in der britischen Politik 1967–1973, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin 2002, S. 153–172, hier S. 158; vgl. auch den Bericht von Botschafter von Hase (London) an das Auswärtige Amt vom 2. 1. 1971, in: AAPD 1971, Bd. I, S. 3.
[49] The Times vom 17. 4. 1972, S. 5.
[50] New Statesman vom 21. 8. 1970, S. 193 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kriegszeit; um jeden Zweifel auszuräumen, erinnerten zusätzlich ein Eisernes Kreuz als Schubladengriff und vier Pickelhauben als Kommodenfüße am Schminktisch hinter Brandt an Deutschlands militaristische Vergangenheit, die möglicherweise von einer friedfertigeren Gegenwart nur zeitweilig verdrängt worden war[51].

II. Interessenergänzung und öffentlicher Stimmungswechsel

Der pro-zyklische Charakter der deutschen Ostpolitik

Nimmt man die Sichtweisen und Deutungsmuster aus Diplomatie, Politik und Publizistik ernst, so verweisen sie auf beträchtliche unterschwellige Vorbehalte gegenüber der Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik. Ein wichtiger Grund, warum das Zusammenspiel zwischen den Regierungen in Bonn und London in dieser Zeit dennoch erstaunlich reibungsfrei verlief, ist sicherlich in dem zu sehen, was man als den pro-zyklischen Charakter der deutschen Politik jener Jahre beschreiben kann: die Einbettung der deutschen Ostpolitik in den Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen[52]. Die Bemühungen der Bundesrepublik, ihre Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere zur

[51] Vgl. Daily Express vom 10. 8. 1970.
[52] Vgl. Werner Link, Détente auf deutsch und Anpassung an Amerika: Die Bonner Ostpolitik, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 2, Stuttgart/München 2001, S. 56–65.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjetunion und zur DDR, zu verbessern, bildeten schließlich nur einen Teil der diplomatischen Initiativen in dieser Zeit. Die Entspannungspolitik spielte nicht nur in den deutsch-britischen Beziehungen eine Rolle, sondern auch im Verhältnis Großbritanniens zu den USA[53]. Die Bundesregierung war schon unter Kiesinger und dann auch unter Brandt darauf bedacht, die drei Westmächte über ihre Schritte aufs Genaueste zu informieren. Die Ostpolitik sollte nicht als neuer deutscher Sonderweg erscheinen, sondern im Gegenteil als Beendigung dessen, was Richard Löwenthal den deutschen Sonderkonflikt mit dem Osten genannt hat[54]. Die inzwischen zugänglichen Regierungsakten belegen, dass die britische Regierung dieses Bemühen gesehen und gewürdigt hat[55]. Das galt auch für den Fortgang der Verhandlungen, die Scheel und Bahr im Sommer 1970 in der sowjetischen Hauptstadt führten und über die sie die Moskauer Vertreter der drei Westmächte akribisch, in der Schlussphase fast täglich, unterrichteten[56].

Schon im Januar 1970 hatte der britische Botschafter in Bonn, Sir Roger Jackling, gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Georg Ferdinand Duckwitz, „geradezu emphatisch", wie dieser schrieb, die Unterstützung Londons für die Neue Ostpolitik betont und sie als den einzig möglichen Versuch bezeichnet, „aus den bestehenden Spannungsverhältnissen herauszukommen"[57]. Ein halbes Jahr später empfahl Jackling der frisch ins Amt gekommenen Heath-Regierung, die Ostpolitik der Bundesrepublik weiterhin zu unterstützen, „because it appears to coincide with our own aim of reducing tensions in Europe"[58]. Jacklings Haltung hatte Tradition. Britische Vorschläge für ein politisches und militärisches *disengagement* in Mitteleuropa reichten bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre zurück, bis zu Churchills Entspannungsinitiativen nach Stalins Tod in den Jahren 1953 und 1954[59]. Es folgte eine Reihe weiterer Vorstöße: Anthony Edens Idee einer Sicherheitszone entlang des Eisernen Vorhangs oder Harold Macmillans „Friedensplan" während der zweiten Berlinkrise[60]. In

[53] Vgl. Henry Kissinger, The White House Years, New York 1979, bes. Kapitel 11; David Dimbleby/David Reynolds, An Ocean Apart. The Relationship between Britain and America in the 20th Century, London 1988, bes. Kapitel 13.

[54] Vgl. Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Ders./Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604–699, hier S. 604.

[55] Siehe etwa Duckwitz an AA, 5. 11. 1969, in: AAPD 1969, Bd. II, Nr. 349, S. 1226; Boss (Brüssel) an AA, 3. 12. 1970, in: AAPD 1970, Bd. III, Nr. 583, S. 2173.

[56] TNA, FCO33/1028, Bl. 4 f., Bericht Edmonds über den sowjetisch-deutschen Vertrag, 2. 9. 1970; vgl. auch die Aufzeichnung über das Gespräch von Bahr mit Vertretern der Drei Mächte in Moskau, 3. 8. 1970, in: AAPD 1970, Bd. II, Nr. 357, S. 1358–1362, sowie das entsprechende Gespräch von Scheel, 6. 8. 1970, in: Ebenda, Nr. 372, S. 1405 f.

[57] Aufzeichnung Duckwitz, 23. 1. 1970, in: AAPD 1970, Bd. I, Nr. 17, S. 67.

[58] Jackling an FO, 25. 6. 1970, in: DBPO III, Bd. I, S. 243.

[59] Vgl. Klaus Larres, Churchill's Cold War. The Politics of Personal Diplomacy, New Haven/CT/London 2002.

[60] Vgl. Daniel Gossel, Briten, Deutsche und Europa. Die Deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945–1962, Stuttgart 1999, S. 131–222; Victor Mauer, Macmillan und die Berlin-Krise 1958–59, in: VfZ 44 (1996), S. 229–256; John P. S. Gearson, Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis. 1958–62: The Limits of Interest and Force, London 1998.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Labourpartei machten sich Parteichef Hugh Gaitskell und der Sicherheitsexperte Denis Healey im Frühjahr 1957 für eine militärisch ausgedünnte Zone in Mitteleuropa stark, die dem wenige Monate später bekannt gewordenen Rapacki-Plan nicht unähnlich war[61]. Gaitskells Nachfolger Harold Wilson sprach sich als Oppositionsführer 1963 dafür aus, dass die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Entspannung leisten solle, indem sie die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze anerkenne[62]. Großbritannien hatte 1963 das Atomteststoppabkommen und 1968 den Kernwaffensperrvertrag unterzeichnet und damit deutlich gemacht, dass es der Entspannung Vorrang vor deutschen Wünschen nach einer strikten Anwendung der Hallstein-Doktrin einräumte[63].

In mancher Hinsicht näherte sich die Bundesrepublik mit der Neuen Ostpolitik britischen Vorstellungen an. Die Anerkennung der Tatsache, dass eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht möglich sei, die Akzeptanz der Oder-Neiße-Linie, die Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung im November 1969 – all das waren Aspekte der Ostpolitik, die der britischen Interessenlage entsprachen. Insofern konvergierte die Politik beider Länder. Man kann freilich noch einen Schritt weiter gehen und argumentieren, dass Großbritannien und die Bundesrepublik ihre Positionen geradezu vertauschten: Während für Bonn die strikte Nichtanerkennungspolitik der Adenauerzeit außen- und deutschlandpolitisch in Sackgassen geführt hatte, erlebten britische Politiker ihre Entspannungsinitiativen seit 1953 ebenfalls als eine Kette von Enttäuschungen. Während sich die Bundesrepublik der Entspannung zuwandte, nahm London, insbesondere nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, Abstand von allzu optimistischen Erwartungen an die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen[64]. Nun waren es die Briten, die ihre deutschen Verbündeten davor warnten, Risiken im Osten einzugehen und übertriebene Hoffnungen auf diplomatische Initiativen zu setzen. „Die sonst so entspannungsfreudigen Briten", berichtete Botschafter von Hase im Juni 1970 aus London, „sind spätestens seit der CSSR-Krise 1968 davon überzeugt, dass Konzessionen an den Osten dessen Appetit nur weiter reizen"[65].

[61] Vgl. Denis Healey, A Neutral Zone, in: Observer vom 2. 2. 1958; Hugh Gaitskell, The Challenge of Co-Existence, London 1957; Lawrence Black, "The Bitterest Enemies of Communism": Labour Revisionists and the Cold War, in: Contemporary British History 15 (2001), Nr. 3, S. 26–62, hier S. 30 f.; Kenneth O. Morgan, Hugh Gaitskell and Foreign Affairs, in: Contemporary Record 7 (1993), Nr. 2, S. 312–320, hier S. 317 f.

[62] Vgl. Philip Ziegler, Wilson: The Authorised Life of Lord Wilson of Rievaulx, London 1995, S. 149 f.

[63] Vgl. Susanna Schrafstetter, Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Statussicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968, München 1999.

[64] Vgl. Geraint Hughes, British Policy towards Eastern Europe and the Impact of the "Prague Spring" 1964–1968, in: Cold War History 4 (2004), Nr. 2, S. 115–139, hier S. 129–131.

[65] Hase (London) an AA, 13. 6. 1970, in: AAPD 1970, Bd. II, Nr. 268, S. 982; vgl. auch Morgan, „Neue Ostpolitik", in: Birke u. a. (Hrsg.), An Anglo-German Dialogue, S. 186 f.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Dialektik deutscher Ost- und britischer Europapolitik

Britische Bedenken hinsichtlich allzu zuversichtlicher Erwartungen Bonns an die Entspannungspolitik traten allerdings seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verstärkt gegenüber anderen Überlegungen in den Hintergrund. Das außenpolitische Interesse Großbritanniens war in dieser Zeit nicht vorrangig auf den Ost-West-Konflikt gerichtet, sondern auf den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft[66]. Das galt schon für die Labour-Regierung bis Juni 1970, die noch in ihrem Wahlkampfmanifest von 1964 den Verbindungen zum Commonwealth Priorität vor der Europäischen Integration eingeräumt hatte, zwei Jahre später jedoch aus einer Mischung ökonomischer und politischer Überlegungen heraus umschwenkte[67]. Die folgende konservative Regierung unter Heath erklärte den EG-Beitritt schließlich zu ihrem wichtigsten außenpolitischen Ziel[68].

In London glaubte man, dass die Ostpolitik der Bundesrepublik diesem Ziel auf verschiedene Weise nutzen würde. Man sah, dass Bonn aus innen- wie außenpolitischen Gründen an einer britischen Mitgliedschaft gelegen war[69]. Die Bonner Regierung, so vermerkte der diplomatische Leiter der britischen Delegation Con O'Neill nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen, betrachtete „its East European policy as being rooted in a successful development of its West European policy". Je umstrittener die Brandt'sche Ostpolitik innenpolitisch wurde, desto entschiedener habe die christdemokratische Opposition die Bemühungen der sozial-liberalen Koalition um einen britischen EG-Beitritt unterstützt[70]. Eine um Großbritannien und andere Staaten erweiterte Europäische Gemeinschaft, eventuell irgendwann einmal sogar mit einer gemeinsamen Außenpolitik, würde außerdem bei den Nachbarn Deutschlands in Ost und West die Sorge vor einer Dominanz der Bundesrepublik mindern – und das war für die Bonner Regierung angesichts ihrer unabhängigen Ostpolitik gerade im Hinblick auf das Verhältnis zu Frankreich wichtiger denn je, wie man in London vermutete[71].

Entscheidender als die Haltung Bonns, das einen britischen EG-Beitritt schon seit Jahren unterstützte, war aus Londoner Sicht die Position Frankreichs, an des-

[66] Streng juristisch gesehen gab es weiterhin drei Europäische Gemeinschaften: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG); seitdem die Institutionen der drei jedoch 1967 vereinigt worden waren, wurde es üblich, einfach nur von der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu sprechen.

[67] Vgl. Helen Parr, A Question of Leadership: July 1966 and Harold Wilson's European Decision, in: Contemporary British History 219 (2005), S. 437–458; Oliver Daddow (Hrsg.), Harold Wilson and European Integration: Britain's Second Application to Join the EEC, London 2002.

[68] Siehe N. Piers Ludlow, Constancy and Flirtation: Germany, Britain, and the EEC, 1956–1972, in: Noakes u. a. (Hrsg.), Britain and Germany, S. 95–112; Hugo Young, This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair, London 1998, Kapitel 6 u. 7.

[69] Vgl. etwa von Hase (London) an AA, 3. 11. 1971, in: AAPD 1971, Bd. III, Nr. 379.

[70] Der Abschlussbericht vom Frühjahr 1972, aus dem dieses Zitat stammt, wurde erst im Jahr 2000 publiziert: Con O'Neill, Britain's Entry into the European Community: Report by Sir Con O'Neill on the Negotiations of 1970–1972, London 2000, S. 313.

[71] Vgl. Edward Heath, The Course of My Life, London 1998, S. 361.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sen Veto die beiden vorangegangenen Beitrittsversuche gescheitert waren. Daher konzentrierte man sich nach dem Rücktritt de Gaulles eher auf Paris als auf Bonn[72]. Auch in diesen Gesprächen war für London die Neue Ostpolitik von Nutzen. „Herr Brandt's independent Ostpolitik played a major part in affecting French attitudes", urteilte O'Neill nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen[73]. Die Briten waren überzeugt, dass den Franzosen angesichts des wachsenden Einflusses Bonns an einem stärkeren Gegengewicht innerhalb der EG gelegen war und dass damit die Widerstände gegen einen britischen Beitritt schwinden würden[74]. „[One] reason", schloss O'Neill im Rückblick,

> "and perhaps the main reason, why the French were prepared to let us in was the French feeling that Germany was becoming too powerful and needed to be balanced, inside the Community, by us. […] French apprehensions were based not only on Germany's sheer economic weight; there was also the fact that Germany was at last, as demonstrated by the Ostpolitik, beginning to play an independent role in Europe and to prove the hollowness of the Gaullist belief that France alone, among the countries of Western Europe, could conduct a genuine dialogue and real negotiations with the Soviet Union."[75]

Einen ähnlichen Versuch, die deutsche Ostpolitik als Instrument britischer Interessenpolitik einzusetzen, scheint London auch gegenüber den USA unternommen zu haben. In Gesprächen mit den Amerikanern sprachen sich die Briten ebenfalls für eine Unterstützung der Neuen Ostpolitik aus, ließen jedoch gleichzeitig Bedenken hinsichtlich einer stärker national geprägten Bonner Außenpolitik durchblicken. Premierminister Wilson scheint bei einem Treffen mit Nixon im Januar 1970 explizit erklärt zu haben, die Vereinigten Staaten sollten den britischen EG-Beitritt unterstützen, weil dieser helfen könnte, „nationalistische Ambitionen" der Deutschen zu begrenzen[76].

Die Bedeutung von Personen und Generationen

Dies blieb jedoch taktisches Geplänkel. Nicht zuletzt die personelle Konstellation an der Spitze der deutschen Regierung trug dazu bei, das Misstrauen in London einzudämmen. Aus britischer Sicht kam der Person Brandts hierbei eine entscheidende Bedeutung zu, während man an dessen Vorgänger im Kanzleramt keine allzu großen Erwartungen geknüpft hatte. Premierminister Wilson rech-

[72] Siehe neben O'Neill, Entry, auch Christopher Lord, Britain's Entry into the European Community under the Heath Government of 1970–74, London 1993; Uwe Kitzinger, Diplomacy and Persuasion: How Britain Joined the Common Market, London 1973.

[73] O'Neill, Entry, S. 344.

[74] Vgl. Heath, Course, S. 361. Zum historischen Hintergrund der diplomatischen Dreiecksbeziehung zwischen London, Bonn und Paris siehe Martin P. C. Schaad, Bonn between London and Paris?, in: Noakes u. a. (Hrsg.), Britain and Germany, S. 67–93.

[75] O'Neill, Entry, S. 312.

[76] So jedenfalls bei Kissinger, White House Years, S. 416. Wilson erwähnt diesen Aspekt des Gesprächs in seinen Erinnerungen nicht; vgl. Harold Wilson, The Labour Government 1964–1970, London 1971, S. 753 f.; Aufzeichnung Brandts über ein Gespräch mit Nixon, 11. 4. 1970, in: AAPD 1970, Bd. I, Nr. 153, S. 595.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nete Kiesinger dem auf Frankreich fixierten Flügel der Union zu. Er sei aus kulturellen und geographischen Gründen nach Paris ausgerichtet, eher ein zweiter Adenauer als ein zweiter Erhard[77]. Brandt hingegen war nicht nur Sozialdemokrat, also ein Parteifreund Wilsons, sondern stand als norddeutsch-protestantisch geprägter Politiker, der überdies fließend Englisch sprach, den Briten auch geographisch und kulturell näher. Er hatte zwar als Regierender Bürgermeister von Berlin immer wieder Auseinandersetzungen mit den alliierten – auch den britischen – Militärkommandanten der Stadt zu bestehen gehabt. Dem linken Parteiflügel der Labour Party hatte er zudem Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre als gefährlicher Scharfmacher und unverbesserlicher Kalter Krieger gegolten[78]. Doch das war inzwischen weitgehend vergessen. Der Entspannungspolitiker Brandt avancierte zu einer Heldengestalt für die Labour-Partei, die auch der linke Flügel nicht mehr kritisierte[79]. Mehr noch: Über Parteigrenzen hinweg vertraute man Brandt, „der mit der Ostpolitik identifiziert wird und dessen Erfahrung im Umgang mit der UdSSR und DDR in seinen Berliner Jahren [die britische Regierung] überzeugt sein lässt, dass er mögliche Gefahren richtig bewertet", wie Botschafter Hase Anfang 1971 nach Bonn kabelte[80].

Mit Wilsons Nachfolger als Premierminister, dem Tory-Führer Edward Heath, verband den Bundeskanzler darüber hinaus das europapolitische Engagement. Heath war einer der nicht sehr zahlreichen überzeugten „Europäer" in der britischen Politik. Er hatte seine Jungfernrede im Unterhaus 1950 zum Schuman-Plan gehalten, den er als einer von wenigen Abgeordneten enthusiastisch begrüßte. Gern betonte er seine Herkunft aus Broadstairs an der äußersten Ostspitze von Kent, gleichsam in Sichtweite des Kontinents[81]. In den Beitrittsgesprächen war der Kanzler für Heath und die britische Diplomatie „a powerful card of last resort", wie es im britischen Abschlussbericht über die Verhandlungen hieß. „He was certainly much more disposed to intervene in our favour than his predecessor Dr. Kiesinger had been in 1967 [beim zweiten gescheiterten Beitrittsgesuch Großbritanniens]."[82] Brandt und Heath, beide eher kontaktscheu und introvertiert, scheinen auch einen persönlichen Draht zueinander gefunden zu haben. Klaus Harpprecht, seit 1972 als Redenschreiber für Brandt tätig, hat in seinen Notizen aus dem Kanzleramt von einer „Fastfreundschaft" gesprochen[83]. Heath schrieb später, das einzige, was ihn an Brandt irritiert habe, seien die zunehmend

[77] Vgl. Wilson, Labour Government, S. 368.
[78] Vgl. Peter Merseburger, Willy Brandt, 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 371.
[79] Siehe Denis Healey, The Time of My Life, London 1989, S. 359; vgl. auch den Workshop "Willy Brandt – a German Hero?" am DHI London (16. 2. 2004), Bericht in: Bulletin of the German Historical Institute London 26 (2004), Nr. 1, S. 159 f.
[80] Hase (London) an AA, 2. 1. 1971, in: AAPD 1971, Bd. I, Nr. 1, S. 3; vgl. auch Hase an AA, 13. 6. 1970, in: AAPD 1970, Bd. II, Nr. 268, S. 983.
[81] Vgl. Heath, Course, S. 1–22; John Campbell, Edward Heath, London 1993.
[82] O'Neill, Entry, S. 315.
[83] Klaus Harpprecht, Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Januar 1973 – Mai 1974, Reinbek 2000, S. 159.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

langen Gesprächspausen gewesen, in die der Kanzler, offensichtlich schweren Gedanken nachhängend, verfallen sei[84]. Insgesamt stimmte die Chemie zwischen den Regierungschefs während der zentralen Jahre der Neuen Ostpolitik – anders als etwa zu Zeiten Macmillans, der fand, Adenauer sei ein „falscher und streitsüchtiger alter Mann“[85].

Einen beträchtlichen Anteil an diesem Wandel der persönlichen Beziehungen auf höchster Ebene hatte der Abtritt jener Generation britischer Politiker, die noch von den Erlebnissen in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs geprägt worden war. Zwischen 1940 und 1963 waren alle britischen Premierminister – Churchill, Attlee, Eden und Macmillan – Veteranen des Ersten Weltkriegs, die in ihren Kabinetten von Männern mit ähnlichen Erfahrungen umgeben waren. Erst seit Mitte der sechziger Jahre strebten ehemalige Soldaten und Offiziere des Zweiten Weltkriegs wie Healey in der Labour Party oder Heath bei den Tories in die vordersten Ränge der Politik, deren Bild von Deutschland und den Deutschen weniger negativ festgefahren war – nicht zuletzt deshalb, weil ihre Generation keinen vergleichbar traumatischen Blutzoll entrichtet hatte wie ihre Väter im Ersten Weltkrieg[86].

Eine ähnliche Wachablösung fand etwa zu derselben Zeit im diplomatischen Dienst statt, wo die auf das Commonwealth und die „special relationship“ mit den USA fixierten älteren Jahrgänge sukzessive jüngeren Beamten Platz machten, die ihre eigene Laufbahn und die nationalen Interessen ihres Landes eng mit der europäischen Integration verknüpft sahen[87]. Nicht mehr Rapallo, München 1938 oder der Molotow-Ribbentrop-Pakt waren die prägenden Erfahrungen dieser Diplomatengeneration, sondern Suez 1956 sowie die zunehmend als eine Reihe von Fehlentscheidungen wahrgenommenen verpassten Gelegenheiten Großbritanniens, frühzeitig in aktiver und gestaltender Weise an der europäischen Integration teilzunehmen[88]. Besonders deutlich wird das an den Lebenswegen und Karriereverläufen der beiden diplomatischen Chefunterhändler bei den britischen Beitrittsverhandlungen zur EG von 1969 bis 1970. Con O’Neill hatte sein Land schon zwischen 1963 und 1965 als Botschafter bei der Gemeinschaft in Brüssel vertreten; nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen

[84] Vgl. Heath, Course, S. 606.

[85] Zit. bei Richard Aldous, A Family Affair. The Art of Personal Diplomacy, in: Ders./S. Lee (Hrsg.), Harold Macmillan and Britain’s World Role, Basingstoke 1996, S. 10.

[86] Vgl. John Ramsden, Don’t Mention the War. The British and the Germans since 1890, London 2006, S. 266.

[87] Sowohl Brimelow als auch Greenhill gehörten von ihrem Geburtsjahrgang und von ihrer fachlichen Expertise her zur erstgenannten Gruppe; vgl. Curtis Keeble, Brimelow, Thomas, Baron Brimelow (1915–1995), in: Oxford Dictionary of National Biography, Oxford 2004 [http://www.oxforddnb.com/view/article/59781, eingesehen am 4. 12. 2007]; John Ure, Greenhill, Denis Arthur, Baron Greenhill of Harrow (1913–2000), in: Oxford Dictionary of National Biography; online edn, Oct 2006 [http://www.oxforddnb.com/view/article/74883, eingesehen am 4. 12. 2007].

[88] Vgl. Young, Blessed Plot, S. 172–213; siehe auch Helen Parr, “Gone Native“: The Foreign Office and Harold Wilson’s Policy towards the EEC, 1964–67, in: Daddow (Hrsg.), Harold Wilson, S. 75–94.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dienst fungierte er 1974/75 während des britischen Referendums über den Verbleib in der EG als Direktor der „Britain in Europe"-Kampagne[89]. Sein Stellvertreter John Robinson, der als „militante Vorhut" der europäischen Sache im Foreign Office bezeichnet worden ist, hatte seinen Werdegang in noch stärkerem Maße auf die europäische Integration ausgerichtet: Anfang der sechziger Jahre gehörte er zur britischen Delegation, die nach Macmillans Kurswechsel in der Europapolitik über das erste britische Aufnahmegesuch verhandelte; nach de Gaulles Veto 1963 blieb er in Brüssel, ehe er 1968 die Leitung der Abteilung für europäische Wirtschaftsintegration im Foreign and Commonwealth Office übernahm[90].

Ökonomische Überlegungen der britischen Regierung

Neben den Auswirkungen dieser Generationenwechsel, persönlichen Affinitäten sowie der Dialektik von deutscher Ost- und britischer Europapolitik spielten handfeste ökonomische Überlegungen eine Rolle. Gerade die britische Verwaltungsbürokratie in Whitehall hoffte, die Beziehungen, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR, würden sich als Folge der westdeutschen Entspannungspolitik verbessern lassen. Seit den fünfziger Jahren hatte es vereinzelt Kontakte zwischen britischen Privatunternehmen und der DDR gegeben. Die britische Regierung weigerte sich jedoch standhaft, längerfristige Handelsverträge abzuschließen oder Bürgschaften für Handelskontakte mit Ostdeutschland in Aussicht zu stellen. Seit Mitte der sechziger Jahre kam es deswegen immer wieder zu Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungsapparates. Das Schatzamt, das Handelsministerium und später auch das Technologieministerium versprachen sich angesichts der chronisch schwachen Volkswirtschaft einiges von verstärkten Handelsbeziehungen. Das Innenministerium tendierte dazu, Visa-Anträge aus der DDR wohlwollend zu behandeln. Sie alle wollten die Nichtanerkennungsdoktrin lockerer auslegen und verwiesen darauf, dass andere westliche Länder, zum Beispiel Frankreich, insbesondere aber die Bundesrepublik selbst, in dieser Hinsicht weniger Skrupel hatten. Das Foreign Office hingegen warnte beharrlich vor Spannungen in den Beziehungen mit Bonn und Washington[91].

Erst die Neue Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung erlaubte es dem britischen Außenministerium, seine Bedenken beiseite zu schieben und auf die Linie der anderen Ministerien einzuschwenken. Die Regierung Brandt–Scheel war gerade einmal zehn Tage im Amt, da berichtete Botschafter Blankenhorn aus

[89] Vgl. Roy Denman, O'Neill, Sir Con Douglas Walter (1912–1988), rev., in: Oxford Dictionary of National Biography [http://www.oxforddnb.com/view/article/39892, eingesehen am 4. 12. 2007].

[90] Vgl. Roy Denman, Robinson, John Armstrong (1925–1998), in: Oxford Dictionary of National Biography [http://www.oxforddnb.com/view/article/69317, eingesehen am 4. 12. 2007].

[91] Vgl. Henning Hoff, Großbritannien und die DDR. Diplomatie auf Umwegen, München 2003, S. 431–442; Klaus Larres, Britain and the GDR in the 1960s: The Politics of Trade and Recognition by Stealth, in: Noakes u. a. (Hrsg.), Britain and Germany, S. 187–217; ders., Britain and the GDR. Political and Economic Relations 1949–1989, in: Ders./Elizabeth Meehan (Hrsg.), Uneasy Allies, Oxford 2000, S. 63–98.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

London, das Foreign Office unterstütze die neuformulierte Deutschlandpolitik Bonns, habe aber Gesprächsbedarf angemeldet, vor allem hinsichtlich der „Ausgestaltung der britischen Handels- und Kulturbeziehungen zur DDR“[92]. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits zu inoffiziellen Treffen zwischen Beamten der britischen Regierung und einer DDR-Delegation in London gekommen. Aus diesen Gesprächen ging wenig später das erste langfristige, sich über drei Jahre erstreckende Handelsabkommen zwischen der DDR und Großbritannien hervor. Auf britischer Seite hatte der Arbeitgeberverband CBI (Confederation of British Industry) stellvertretend für die Regierung gehandelt; auf DDR-Seite die KfA Ltd., offiziell eine ostdeutsche Privatfirma in London, tatsächlich aber bereits der Kern der späteren DDR-Botschaft. Die Briten hatten in dem Abkommen erstmals die Bezeichnung „German Democratic Republic“ ohne Anführungszeichen akzeptiert[93].

Brandt machte zwei Wochen später im Gespräch mit dem britischen Außenminister deutlich, dass er anders als seine Vorgänger nichts gegen ein derartiges Vorgehen einzuwenden habe. Man solle es der DDR nicht zu schwer machen, so Brandt, „der Vorteile des internationalen Austauschs auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kultur teilhaftig zu werden. Eine stärkere Formalisierung des Handels könne keinen Schaden tun.“[94] Damit war der Damm gebrochen. Im Sommer 1970 wurden sogenannte „GDR Committees“ innerhalb der CBI und der Londoner Handelskammer gegründet, die bald mehr als 400 Firmen repräsentierten. Ein Jahr darauf wurde das erste offizielle Büro des CBI in Ost-Berlin eröffnet. Die Handelskontakte hielten allerdings nicht, was sich manche Briten in Regierung und Privatwirtschaft davon versprochen hatten – vor allem weil die DDR zwar daran interessiert war, nach Großbritannien zu exportieren, sich aber gegen britische Importe weitgehend abschottete[95].

Die Ostpolitik in der Parteienlandschaft und Medienöffentlichkeit Großbritanniens

Wie mittlerweile in zahlreichen Studien detailliert nachgewiesen werden konnte, hatte die DDR die Verbesserung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Großbritannien mit beträchtlichem Aufwand, aber mäßigem Erfolg vorbereitet, indem sie sich jahrelang systematisch bemühte, auf die öffentliche Meinung in Großbritannien einzuwirken[96]. Einige Parlamentarier, vor allem auf der Linken der Labour-

[92] Blankenhorn (London) an AA, 31. 10. 1969, in: AAPD 1969, Bd. II, Nr. 340, S. 1201.

[93] Vgl. Hoff, Großbritannien, S. 441 f.; Niedhart, Anerkennung, in: Bauerkämper (Hrsg.), Britain and the GDR, S. 164–169; Marion Howarth, Die DDR-Präsenz in Großbritannien vor und nach der diplomatischen Anerkennung, in: DeutschlandArchiv 32 (1999), S. 591–600.

[94] Gespräch Brandts mit Stewart, 14. 11. 1969, in: AAPD 1969, Bd. II, Nr. 362, S. 1282.

[95] Vgl. Larres, Britain and the GDR, in: Ders./Meehan (Hrsg.), Uneasy Allies, S. 89 f.

[96] Neben Hoff, Großbritannien, sind hier vor allem zu nennen: Henning Hoff, „... Largely the Prisoners of Dr. Adenauer's Policy“. Großbritannien und die DDR (1949–1973), in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 185–206; ders., The GDR and the Labour Party, 1949–1989, in: Stefan Berger/Norman LaPorte (Hrsg.), The Other Germany: Perceptions and Influences in British-East German Relations, 1945–1990, Augsburg 2005, S. 125–140; Stefan Berger/Darren Lilleker, The British

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partei, die sich für die DDR interessierten und für die Anerkennung des SED-Regimes einsetzten, wurden immer wieder eingeladen[97]. Stefan Berger und Norman LaPorte haben gezeigt, dass deren Aktivitäten seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre beinahe den Charakter einer „Paralleldiplomatie" neben der offiziellen Außenpolitik der britischen Regierung angenommen hatten[98]. Im Unterhaus existierte seit 1966 überdies ein inoffizielles Britain-GDR Committee, das freilich keinen großen Einfluss besaß. 1971 wurde ein British Committee for the Recognition of the GDR ins Leben gerufen, dem unter anderem der Labour-Politiker und ehemalige Minister Richard Crossman angehörte, außerdem der frühere stellvertretende Stadtkommandant von Berlin Geoffrey McDermott, aber auch einige liberale und konservative Politiker[99]. Höhepunkt der Aktivitäten des Komitees war ein Leserbrief an die *Times*, den Crossman zusammen mit dem liberalen Parteiführer David Steel und anderen im Juni 1971 schrieb und in dem die Anerkennung der DDR gefordert wurde – nicht zuletzt mit Verweis auf die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik, aber auch im Hinblick auf den großen ökonomischen Erfolg der DDR[100].

Die interessanteste und schillerndste Figur in diesem Geflecht großenteils obskurer, randständiger Personen war Richard Crossman, ein enger politischer Freund Wilsons, der zwischen 1964 und 1970 verschiedene Ministerämter innehatte und von 1970 bis 1972 die linke Wochenzeitschrift *New Statesman* herausgab. Crossman sprach deutsch, hatte 1930 ein Jahr in Deutschland verbracht, eine deutsche Frau geheiratet und im Zweiten Weltkrieg die Deutschlandabteilung der Dienststelle für Psychologische Kriegsführung geleitet[101]. Nach dem Krieg hielt er seine Verbindungen aufrecht, stand in Kontakt sowohl mit Ernst Reuter als auch mit Brandt, aber seit Ende der fünfziger Jahre auch mit SED-Politikern wie Albert Norden. Als Parlamentsabgeordneter für Coventry war er an den Städtekontakten mit Dresden beteiligt, die seit den fünfziger Jahren existierten[102]. Interessant sind Crossmans deutschlandpolitische Ansichten, über die wir mittlerweile durch die Arbeiten von Henning Hoff, Stefan Berger und Norman LaPorte recht gut informiert sind; sie ähneln teilweise frappierend den Konzepten, die Anfang der sechziger Jahre im

Labour Party and the German Democratic Republic during the Era of Non-Recognition, 1949–1973, in: Historical Journal 45 (2002), S. 433–458; Hans-Georg Volz, Verordnete Völkerfreundschaft. Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR–Großbritannien und der Britain-GDR Society. Möglichkeiten und Grenzen, Leipzig 2004.

97 Siehe Hoff, Großbritannien, S. 127–169 u. S. 257–275; David Childs, British Labour and Ulbricht's State, in: Adolf M. Birke/Günther Heydemann (Hrsg.), Britain and East Germany Since 1918, München 1992, S. 95–106.

98 Berger/LaPorte, Ostpolitik, S. 399–408.

99 Vgl. Hoff, Großbritannien, S. 386–407; ders., Dr. Adenauer's Policy, in: Pfeil (Hrsg.), DDR, S. 191–197.

100 Vgl. Childs, British Labour, in: Birke/Heydemann (Hrsg.), Britain and East Germany, S. 103.

101 Oxford Dictionary of National Biography, From the earliest times to the year 2000, Bd. 14, Oxford 2004, S. 452–454. Vgl. auch Hoff, Großbritannien, insbes. S. 270–275 u. S. 349–351; Berger/LaPorte, Ostpolitik, S. 410–413.

102 Vgl. Merrilyn Thomas, Communing with the Enemy: Covert Operations, Christianity and Cold War Politics in Britain and the GDR, Oxford 2005.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Umkreis von Brandt in Berlin entwickelt wurden – vom unerschütterlichen Antikommunismus, auf dem sie beruhten, über die Betonung von Koexistenz und Kooperation bis hin zur faktischen Anerkennung der DDR, für die Crossman deutlich früher öffentlich warb als Brandt und Bahr[103]. „One of the main weaknesses of West German policy", schrieb Crossman im Sommer 1965 an Wilson,

> "flows from the glaring contradiction between the ostensible aim of achieving reunification and the cold war waged against the Ulbricht regime. […] the Ulbricht regime is strengthened by West German attempts to overthrow it, and can only be 'killed with kindness'. In an atmosphere of cold war, Ulbricht and Ulbrichtism flourish. In an atmosphere of *détente*, conditions are created for an easing of the tyranny under which the East Germans suffer."[104]

Diese Analyse klingt zwar wie eine radikalere Variante von Bahrs Konzept eines „Wandels durch Annäherung"[105] und zugleich wie eine Vorwegnahme der ostpolitischen Strategie unter Bundeskanzler Brandt; doch darf man Crossmans Rolle als Vordenker deutscher Ostpolitik nicht überbewerten. Die Königswinter-Konferenzen, auf denen er regelmäßig westdeutsche Politiker traf, scheinen in ihrer Wirkung als Ideenbörse für neue Ansätze in der Ostpolitik begrenzt gewesen zu sein[106]. Jedenfalls taucht Crossman weder in Brandts und Bahrs Erinnerungsschriften auf noch in den bisher erschienenen Bänden der Berliner Ausgabe wichtiger Reden, Artikel und Briefe Brandts. Außerdem war Crossman selbst in der Regierungszeit der Labour-Partei zwischen 1964 und 1970 zunächst als Wohnungsbauminister, später als Sprecher des Unterhauses und Gesundheitsminister weit von den Schalthebeln der Außenpolitik entfernt. Schließlich sollte auch sein Einfluss auf die öffentliche Meinung als Herausgeber des *New Statesman* in den Jahren 1970 bis 1972 nicht überschätzt werden. Denn selbst die konservative britische Presse stellte dem sozialdemokratischen Bundeskanzler inzwischen bessere Noten aus als etwa dem ersten Regierungschef Adenauer. „Under Adenauer the Germans learned to forget; under Brandt they are learning", urteilte George Gale, Chefredakteur der konservativen Wochenzeitschrift *Spectator* im August 1970:

> "The West and the East need not especially like or admire the Germany we and they have now got; but both East and West have much to be thankful for […] thanks to Adenauer, Germany became no worse than it was and better than we feared, and […] thanks to Brandt, Germany may now become better than we hoped, and, more particularly, a better neighbour than it has ever been."[107]

---

[103] Vgl. Hoff, Großbritannien, bes. S. 270–275 u. S. 349–351; Berger/LaPorte, Ostpolitik, S. 410–413.

[104] Crossman an Wilson, 11. 8. 1965, zit. nach Hoff, Großbritannien, S. 349. Die Formel des „Killing with Kindness" hatte Crossman der britisch-irischen Politik entlehnt; sie kennzeichnete ursprünglich den Versuch, *home rule*-Bestrebungen dadurch auszuhebeln, dass man die Kritikpunkte der irischen Nationalisten auf pragmatische Weise einzeln anging, ohne in der Grundfrage Kompromissbereitschaft zu zeigen.

[105] So Hoff, Großbritannien, S. 351.

[106] Zum Hintergrund vgl. Christian Haase, Pragmatic Peacemakers. Institutes of International Affairs and the Liberalization of West Germany 1945–73, Augsburg 2007, S. 191–218.

[107] George Gale, Willy Brandt's Modern Europe, in: Spectator vom 15. 8. 1970, S. 151 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wichtiger als die Einschätzung politischer Wochenzeitschriften war das Urteil der großen Tageszeitungen wie *The Times*, *Guardian* und *Daily Telegraph*. Diese interpretierten die Neue Ostpolitik vor allem als Hinnahme der Teilung Deutschlands durch die Bundesrepublik. Europa werde erleichtert sein, bemerkte die *Times* anlässlich der im Dezember 1972 bevorstehenden Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages, „that the Germans have found a way of coming to terms with their own division. Nothing in history is ever final, but this week's treaty does seem to establish a European order that will not be changed by any factor now conspicuous on the European landscape."[108]

Die deutsche Botschaft in London, die das britische Pressecho genau verfolgte, sprach im Januar 1971 von einem „positiven Gesamtbild". Nur der konservative *Daily Telegraph* melde seit langem konsequent Bedenken an[109]. Tatsächlich hatte der *Daily Telegraph* bereits die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im August 1970 mit skeptischen Worten kommentiert. „Misgivings about the West German-Russian treaty", so sein Leitartikler, „are not removed by the full text. The Russians have achieved a priceless consolidation, strengthening and *de jure* acceptance of their East European empire. The status quo, for the whole of Europe, has been put in a very deep freeze."[110]

Insgesamt jedoch begrüßte die öffentliche Meinung des Landes die Unterstützung der britischen Regierung für die deutsche Ostpolitik oder stand ihr zumindest nicht im Wege. Der britische Sinn für Pragmatismus und Realismus, tiefsitzende Ängste vor der Macht eines vereinigten Deutschlands, die Tatsache, dass der Antikommunismus in Großbritannien nie so stark verwurzelt gewesen war wie in der Bundesrepublik oder in den USA, und vielleicht sogar hier und dort heimliche Sympathien für den *underdog* DDR, der sich gegen die wirtschaftlich übermächtige Bundesrepublik behaupten musste – all diese Faktoren trugen dazu bei, dass die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik überwiegend positiv bewertet wurde, dass Irritationen wie die geschilderten Unstimmigkeiten in der Berlin-Frage begrenzt und die verschiedenen Schritte in dem komplexen Vertragsgeflecht verlässlich aufeinander abgestimmt werden konnten. Großbritannien hielt bis Anfang 1973 an seiner Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR fest. Erst nachdem der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag unterschrieben worden war, erfolgte die offizielle Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien am 9. Februar 1973.

Ausblick und Schlussfolgerungen

Freilich waren westdeutsche und britische Interessen auch danach nicht deckungsgleich; unterschiedliche politische Akzentsetzungen bestanden fort. Dies wurde etwa bei der Haltung Großbritanniens zur KSZE-Konferenz deutlich, die

[108] The Times vom 8. 11. 1972; vgl. auch The Times vom 12. 8. 1970 und vom 20. 5. 1972, sowie The Guardian vom 13. 8. 1970.
[109] Hase (London) an AA, 2. 1. 1971, in: AAPD 1971, Bd. I, Nr. 1, S. 4.
[110] Daily Telegraph vom 12. 8. 1970.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in den Jahren nach Abschluss des Grundlagenvertrages aus britischer Sicht die ostpolitische Agenda bestimmte. Wieder war die erste Reaktion Skepsis, ja Ablehnung. Man fürchtete, bestenfalls werde es ein bedeutungsloses diplomatisches Geplänkel geben, schlimmstenfalls gelinge es der Sowjetunion, den Westen zu spalten. Die Bundesrepublik habe ein Interesse an der Konferenz, von der sie sich konkrete Verbesserungen in der praktischen Zusammenarbeit mit der DDR verspreche, hieß es in einem Memorandum des Foreign Office vom April 1972; Großbritannien hingegen besitze ein solches Interesse nicht. Die Deutschen argwöhnten daher, „that our view of the conference is negative and that we regard it as primarily an occasion for judicious political warfare (which of course we do)"[111]. Erst allmählich begannen manche Diplomaten, dem Unternehmen positive Seiten abzugewinnen: Man konnte die außenpolitischen Abstimmungsmechanismen innerhalb der EG testen; vielleicht gelang es sogar, in humanitären Fragen in die Offensive zu kommen und die Anwendung der Breschnew-Doktrin zu begrenzen. Der Abschlussbericht des britischen Delegationsleiters vom 25. Juli 1975 fiel daher verhalten positiv aus:

> "Starting from the premise that the West had no practical alternative to the recognition of the status quo and that the *Ostverträge* had already taken a large step in this direction, I believe that we can conclude that a satisfactory price was extracted for this recognition, while the potentially awkward consequences were avoided."[112]

Einen Tag später, am 26. Juli 1975, hielt die frisch gekürte Parteichefin der britischen Konservativen, Margaret Thatcher, ihre erste große Rede zur Außenpolitik. *Détente* sei ein schönes Wort, behauptete sie. Aber das ändere nichts an der Tatsache, dass durch das gesamte letzte Jahrzehnt der Entspannung hindurch die Sowjetunion ihre Militärmacht ausgebaut habe, weiter ausbaue und keinerlei Anstalten mache, in ihren Rüstungsanstrengungen nachzulassen. Wenn es zu wirklicher Entspannung kommen solle, müsse sich die Sowjetunion von Grund auf ändern: „No flood of words emanating from a summit conference will mean anything unless it is accompanied by some positive action by which the Soviet leaders show that their ingrained attitudes are really beginning to change."[113]

Thatchers Meinung war zu diesem Zeitpunkt eine Außenseiteransicht, umstritten sogar in ihrer eigenen Partei, die sich zudem inzwischen in der Opposition befand. Aber die Rede wies doch in mancher Hinsicht in die Zukunft. Während sich in der Bundesrepublik die Christdemokraten allmählich mit den Ergebnissen der sozial-liberalen Ostpolitik abzufinden begannen, schwenkten die britischen Konservativen auf einen stärker konfrontativen Kurs ein. Anders als für das

[111] Braithwaite an Allen, 25. 4. 1972, in: DBPO III, Bd. 2: The Conference on Security and Cooperation in Europe, 1972–75, London 1997, S. 40.
[112] Hildyard an Callaghan, 25. 7. 1975, in: Ebenda, S. 447–454, hier S. 451.
[113] Ansprache vor der Chelsea Constituency Association, 26. 7. 1975, abgedruckt in: Robin Harris (Hrsg.), The Collected Speeches of Margaret Thatcher, London 1998, S. 23–28, hier S. 25–27. Zum Hintergrund siehe John Campbell, Margaret Thatcher, Bd. 1: The Grocer's Daughter, London 2000, S. 338–342; Dominik Geppert, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979, München 2002, S. 142–144.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geteilte Deutschland war die Entspannungspolitik für Großbritannien in den siebziger und achtziger Jahren nicht von überragendem nationalen Interesse, sondern lediglich eine unter mehreren außenpolitischen Optionen[114].

Aufs Ganze gesehen waren die britische und die deutsche Außenpolitik in der Ära der Entspannung somit eher von Interessenergänzung als von Interessenidentität geprägt. Daneben blieb gerade in der Anfangsphase der Neuen Ostpolitik genug Raum für unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und das Fortwirken überkommener Denkmuster und Vorurteile. Die ersten Reaktionen der britischen Diplomatie auf den Moskauer Vertrag im August 1970 zeigten das unmissverständlich, auch wenn die Differenzen und der historisch verwurzelte Argwohn selten so offenkundig zutage traten wie in jenem Sommer. London betrachtete nicht nur die fehlende Verankerung alliierter Vorbehaltsrechte mit Misstrauen, sondern auch die damit möglicherweise verbundenen wirtschaftlichen und strategischen Verschiebungen. Aus britischer Sicht profitierte der Westen – und insbesondere das eigene Land – mittelfristig deutlich weniger von dem Vertragswerk als die Sowjets, „[who] have gained the substance of the argument which has continued on German problems since the formation of the two German states"[115]. Vor dem Hintergrund derartiger Bedenken ist es bezeichnend, dass am 6. August 1970 nicht der amerikanische oder französische Botschafter in Moskau intervenierten, sondern der britische Gesandte, der aus protokollarischen Gründen jede nur erdenkliche Rechtfertigung besessen hätte, sich im Windschatten seiner höherrangigen Kollegen zu halten[116].

Zugleich jedoch macht das Bemühen der britischen Offiziellen, die Wogen nach dem Edmonds-Zwischenfall sofort wieder zu glätten, auch deutlich, wie viel aus britischer Sicht dafür sprach, die ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung zu unterstützen und der Furcht vor einer Neuauflage deutscher Schaukelpolitik keine allzu große Bedeutung beizumessen. Im Unterschied zu Rapallo wurde letztlich weder der Moskauer noch später der Warschauer, der Prager oder der Grundlagenvertrag von London als deutscher Alleingang wahrgenommen, auch wenn die Zweifel in dieser Hinsicht nur langsam wichen. Die Ostpolitik deckte sich vielmehr mit dem britischen Ziel des Abbaus von Spannungen in Europa. Sie erleichterte aus britischer Sicht den EG-Beitritt und ermöglichte es Großbritannien, seine Wirtschaftskontakte zur DDR zu intensivieren. Die Konstellation von Personen an den Regierungsspitzen beider Länder wirkte sich ebenso günstig aus wie ein allmählicher Generationswechsel in Politik und Diplomatie. Die ostpolitischen Initiativen der Bonner Regierung spielten keine Rolle im Parteienstreit, und auch die veröffentlichte Meinung des Landes stand ihnen eher positiv, jedenfalls nicht ablehnend gegenüber. Das Oszillieren zwischen der Fortexistenz anti-deutscher Stereotypen auf der Wahrnehmungsebene und pragmatischer Zusammenarbeit auf der operativen Ebene kann dabei durchaus als Struktur-

[114] Siehe hierzu DBPO III, Bd. 3: Détente in Europe, 1972–1976, London 2001.
[115] TNA, FCO33/1028, Bericht Edmonds über den sowjetisch-deutschen Vertrag vom 12. 8. 1970, 25. 8. 1970, Summary.
[116] Vgl. Nicholls, Neighbours, S. 11 u. S. 15.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

merkmal britischer Deutschlandpolitik nach 1945 gedeutet werden. Donald Cameron Watt, einer der führenden britischen Diplomatiehistoriker seiner Zeit, hatte bereits 1965 zwei deutlich voneinander unterschiedene, ja miteinander konfligierende Einstellungen seiner Landsleute gegenüber Deutschland beschrieben: auf der einen Seite „the traditional realism of Britain's political and professional diplomatic leadership" und auf der anderen „emotional attitudes of hostility", die er vor allem in der öffentlichen Meinung Großbritanniens verortete[117].

Demgegenüber zeigten die britischen Reaktionen auf die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik Anfang der siebziger Jahre ein ambivalenteres Bild, bei dem sowohl in der professionellen Diplomatie und in der Politik als auch in der Öffentlichkeit Großbritanniens gefühlsmäßige Vorbehalte wie rationale Nützlichkeitserwägungen sichtbar wurden. Insgesamt ließ der Rapallo-Reflex allmählich nach, ohne indes völlig zu verschwinden, wie knapp zwei Jahrzehnte später bei der Haltung Margaret Thatchers zur deutschen Wiedervereinigung deutlich wurde[118]. Wenn sich die britische Seite in den multilateralen Verhandlungen und bilateralen Abstimmungen der deutschen Ostpolitik Anfang der siebziger Jahre insgesamt als weniger sperrig erwies als die amerikanische oder französische, so lag das weder an einer fugenlosen Übereinstimmung mit der Bonner Politik noch an grenzenlosem Vertrauen in die bundesdeutsche Diplomatie. Den Ausschlag gaben vielmehr eine nüchterne Abwägung der diplomatischen und wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens sowie die Stimmungslage in Politik und Medien.

[117] Donald Cameron Watt, Britain Looks to Germany. British Opinion and Policy towards Germany since 1945, London 1965, S. 152 u. S. 154.

[118] Margaret Thatcher, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf u. a. 1993, S. 1084, sah eine Gefahr darin, „dass sich Deutschland – zunächst im Banne Gorbatschows und später von der Aussicht auf die Wiedervereinigung geködert – vom westlichen Bündnis fort- und zur Neutralität hinbewegen könnte".

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Somalia und Mogadischu waren nicht erste Wahl. Andreas Baader, der Chef der Roten Armee Fraktion, und seine Mitgefangenen wollten im Falle einer Freipressung in andere Länder ausreisen. Die Bundesregierung vereitelte diese Pläne und legte sich dann auch auf eine Politik der Unnachgiebigkeit fest, als ein palästinensisches Kommando die Lufthansa-Maschine „Landshut" entführte und die Freilassung der Häftlinge in Stammheim verlangte. Der Historiker Tim Geiger vom Institut für Zeitgeschichte schildert diese Ereignisse und die geschickte Verhandlungstaktik von Hans-Jürgen Wischnewski in Somalia. Er zeigt aber auch, mit welchen Mitteln Bundeskanzler Helmut Schmidt und sein Mann vor Ort operierten, als sie die Regierung von Siad Barre zur Mithilfe veranlaßten. Vor allem mit Blick auf die selbstauferlegte Verpflichtung, keine Waffen in Krisenregionen zu liefern, gingen sie bis hart an die Grenze des Erlaubten.

Tim Geiger

Die „Landshut" in Mogadischu

Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977

Der 30. Jahrestag des „Deutschen Herbsts" 1977, in dem der Linksterrorismus in der Bundesrepublik seinen Höhepunkt erreichte, hat erwartungsgemäß eine Flut neuer Publikationen hervorgebracht. Noch immer beherrschen indes Erinnerungswerke ehemaliger Akteure und journalistische Sachbücher das Feld. Obwohl teils gut recherchiert, können diese Darstellungen letztlich kaum mehr sein als nützliche Vorstudien für die mit Ablauf der 30-Jahre-Sperrfrist für amtliches Schriftgut einsetzende wissenschaftliche Aufarbeitung[1].

In der Terrorismusforschung dominiert bislang der Fokus auf die Täter, deren Biographien, ideologisches Selbstverständnis bzw. ihre Perzeption in der Öffentlichkeit. Allerdings gibt es Ansätze, diese Verengung zu überwinden. Neuerdings wird die lange marginalisierte Opferperspektive stärker ins Blickfeld gerückt[2], aber auch die bislang historiographisch kaum erforschte Reaktion des Staates auf die terroristische Herausforderung[3]. Kaum beachtet wird dagegen die außenpolitische Dimension des Problems. Dabei stellte der Terrorismus der „Roten Armee Fraktion" (RAF) und anderer linksextremistischer Gruppierungen keineswegs nur ein innen- und gesellschaftspolitisches Problem dar. Seit Anfang der 1970er

[1] Vgl. dazu die Studien des Hamburger Sozialwissenschaftlers Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bände, Hamburg 2006.

[2] Vgl. Anne Siemens, Für die RAF war er das System, für mich der Vater. Die andere Geschichte des deutschen Terrorismus, München 2007.

[3] Vgl. dazu das Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin, URL: http://www.ifz-muenchen.de/anti-terror-politik.html (17. 6. 2008), sowie den Tagungsbericht von Sabine Bergstermann vom 31. 3. 2008, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2134>.

VfZ 3/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0049

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jahre traten die außenpolitischen Implikationen des Terrorismus immer stärker zutage.

Die grenzüberschreitende Aktivität der RAF, die in Westeuropa, im Ostblock und im Nahen Osten Ausbildungs- und Rückzugsgebiete fand, ist ebenso bekannt wie ihre transnationale Vernetzung mit radikalen Palästinensern und europäischen Terrorgruppen wie den „Brigate rosse" oder der „action directe"[4]. Dagegen ist die außenpolitische Dimension staatlichen Handelns im Anti-Terror-Kampf bislang kaum ins Bewußtsein gedrungen. Symptomatisch dafür ist, daß die in der vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts herausgegebenen Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" (AAPD)[5] veröffentlichten amtlichen Dokumente zur Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" nicht angemessen zur Kenntnis genommen werden. Dabei sind die AAPD, die seit 1994 alljährlich, exakt nach Ablauf der Sperrfrist die wichtigsten Akten des Außenministeriums, darunter vorwiegend einstige Verschlußsachen, erschließen, die international schnellste, zeitnächste und kontinuierlichste diplomatische Edition[6], in der natürlich auch Probleme des Terrorismus ihren Niederschlag finden. Die bundesdeutsche Außenpolitik war seit dem Anschlag palästinensischer Extremisten auf die israelische Olympia-Mannschaft am 5. September 1972 in München intensiv mit diesem Problem konfrontiert, als ein dilettantischer Befreiungsversuch im Fiasko endete und einen Monat später mit der durch Entführung einer deutschen Passagiermaschine erzwungenen Freipressung der Attentäter ein unrühmliches Nachspiel fand[7]. Auch bei der Entführung des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz und der ebenfalls erzwungenen Freilassung von fünf inhaftierten Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni" im Februar 1975 war das Auswärtige Amt maßgeblich in die Aktivitäten der Bundesregierung involviert[8]. Ähnliches gilt für den Überfall der RAF auf die Bot-

[4] Vgl. dazu insbesondere Christopher Daase, Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 905–929.

[5] Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, bearb. von Amit Das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008.

[6] Überblick erschienener AAPD-Bände unter URL: http://www.ifz-muenchen.de/auswaertige_politik_verzeichnis.html (15. 6. 2008). Zur Benutzung vgl. die „Editorischen Vorbemerkungen" im ersten Teilband jedes AAPD-Jahrgangs; ferner Ilse Dorothee Pautsch, Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland". Ein Arbeitsbericht über die Erschließung der Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, in: Archivar 61 (2008), S. 26–32; Gregor Schöllgen, Die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Traditionslinien, Aufbau, Themen, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 459–467.

[7] Vgl. Majid Sattar, Folgen eines Anschlags, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 11. 2006, S. 10.

[8] Vgl. dazu Matthias Dahlke, „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft". Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975, in: VfZ 55 (2007), S. 641–678. Dahlke arbeitet überwiegend mit Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (künftig: PA-AA), berücksichtigt aber nicht die in den AAPD gedruckten früheren V[erschluß-]S[achen]-Dokumente bzw. den durch die Edition angelegten Bestand B 150 (offengelegte VS-Doku-

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft in Stockholm im April 1975[9]. Die Relevanz des Auswärtigen Amts – und seiner Akten für eine quellenbasierte Geschichtsschreibung des westdeutschen Linksterrorismus – kann hier gar nicht überschätzt werden.

Im Bestreben, die Terrorismusforschung stärker auf diesen Quellenbestand aufmerksam zu machen, wird im Folgenden anhand jüngst deklassifizierter Akten des Auswärtigen Amts das bisher wenig ausgeleuchtete außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung untersucht, mit dem Bonn 1977 den Kampf gegen den Terror absicherte.

Dabei werden im ersten Abschnitt die Bemühungen der Bundesregierung betrachtet, von jenen Ländern eine Nicht-Aufnahme-Garantie zu erhalten, welche die in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim inhaftierten Führungskader der „ersten RAF-Generation" als Ausreiseziele genannt hatten. Um den Druck auf die Bundesregierung zur Freilassung der RAF-Häftlinge zu erhöhen, entführten palästinensische Verbündete der RAF das Passagierflugzeug „Landshut". Der fünftägige Irrflug der Lufthansa-Maschine im Nahen Osten und Ostafrika wurde zur – eben auch außenpolitischen – Bewährungsprobe der Regierung Schmidt–Genscher. Deren Agieren soll im zweiten Abschnitt behandelt werden. Abschließend gilt es die internationalen Implikationen zu beleuchten, die die erfolgreiche Befreiung der entführten „Landshut" in Mogadischu für die Bundesrepublik nach sich zog.

I) Kein Austausch! Die Missionen des Staatsministers Wischnewski

Mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer, des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, am 5. September 1977 erreichte die Welle der RAF-Gewalt jenes Jahres ihren Höhepunkt. Bereits am 7. April waren Generalbundesanwalt Siegfried Buback mit zwei Begleitern, am 30. Juli der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, von RAF-Kommandos umgebracht worden[10]. Ein Anschlag der „Baader-Meinhof-Bande" auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe scheiterte am 25. August lediglich, weil die selbstgebaute „Stalin-Orgel" nicht funktionierte.

Nach dem Vorbild der aus terroristischer Perspektive erfolgreichen Lorenz-Entführung wollte die RAF mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten elf, vorwiegend in Stammheim inhaftierte Gesinnungsgenossen freipressen („Big Rausholе"). Doch anders als erwartet, reagierte die Regierung Schmidt unnachgiebig und mit dem erkennbaren Willen, Zeit für die vom Bundeskriminalamt mit Hochdruck vorangetriebene Großfahndung zu gewinnen. Am 12. September 1977 teilten die Schleyer-Entführer mit, die Länder, in die ihre Gesinnungsgenos-

mente). Vgl. aber z. B. Drahtbericht (DB) Nr. 59 des Botschafters Held, Sanaa, 7. 3. 1975, in: AAPD 1975, bearbeitet von Michael Kieninger, Mechthild Lindemann und Daniela Taschler, München 2006, Dok. 45, S. 234–236.

[9] Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten (MDg) Kinkel, 24. 4. 1975, in: Ebenda, Dok. 94, S. 428–432; Telefonat des Bundeskanzlers Schmidt mit Schwedens Ministerpräsident Palme, 24. 4. 1975, in: Ebenda, Dok. 95, S. 432 f.

[10] Vgl. dazu Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 379 ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sen auszufliegen seien, könnten „der Bundesregierung nur von den Gefangenen selbst genannt werden“[11]. Auf Fragebogen bejahten alle Betroffenen ihre Ausreisebereitschaft. Andreas Baader als die auch in der Haft unangefochtene Führungsfigur nannte fünf potentielle Aufnahmestaaten: Vietnam, Algerien, Libyen, Südjemen und Irak[12].

Die Bundesregierung dachte jedoch nicht an einen Austausch. Einen Tag nach Schleyers Kidnapping hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt im großen Politischen Beratungskreis („Großer Krisenstab“) drei Ziele festgelegt:

– „die Geisel Hanns Martin Schleyer lebend zu befreien,
– die Entführer zu ergreifen und vor Gericht zu stellen,
– die Handlungsfähigkeit des Staates und das Vertrauen in ihn im In- und Ausland nicht zu gefährden; das bedeute auch: die Gefangenen, deren Freilassung erpreßt werden sollte, nicht freizugeben.“[13]

Insofern verfolgten die drei Missionen, die der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischnewski, während der folgenden vierzehn Tage in die genannten Länder unternahm, nur ein Ziel: den Gewinn zusätzlicher Fahndungszeit[14]. Allerdings zwang das Drohpotential der Terroristen die Bundesregierung, unter massivem Zeitdruck ernsthaft mit den genannten Ländern zu verhandeln. Das Gesprächsergebnis, auf das die Bundesregierung abzielte, war freilich den Intentionen der Entführer diametral entgegengesetzt: Den Erpressern sollte „bewiesen“ werden, daß die genannten Länder ihre Aufnahme verweigerten. So ließen sich die RAF-Häftlinge weiter in Gewahrsam halten, ohne Schleyers Leben zusätzlich zu gefährden. Dieses Ergebnis war keineswegs leicht zu erreichen, haftete doch den von Baader genannten Staaten allesamt das Stigma an, mit den von der RAF verfochtenen sozialistischen Zielen bzw. mit dem internationalen Terrorismus zu sympathisieren.

Für diese diffizile Mission, die im Geheimen durchgeführt werden musste, fand sich in Hans-Jürgen Wischnewski die ideale Besetzung. Der SPD-Bundestagsabgeordnete hatte sich während des algerischen Unabhängigkeitskrieges gegen Frankreich in den 1950er Jahren tatkräftig für die *Front de Libération Nationale* engagiert, 1961 hatte er sogar kurzzeitig die Kriegskasse der algerischen Befreiungsfront verwahrt[15]. Dies verschaffte ihm ein brillantes Entrée in den maghrebi-

[11] Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine „Landshut“ (künftig: Dokumentation), hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn ^{2}1977, S. 34 u. S. 37.

[12] Vgl. ebenda, S. 41 f. bzw. S. 16*–25*.

[13] Ebenda, S. 18. Wischnewski berichtet rückblickend, er habe gemäß Schmidts Auftrag, das „Undenkbare“ zu überlegen, kurzzeitig erwogen, zum Schein auf ein Austauschgeschäft einzugehen, sofern nach Schleyers Freilassung die erneute Verhaftung der Freigepreßten im Ausland sichergestellt sei. Dieses letztlich unrealistische Gedankenspiel habe der Kanzler indes kategorisch verworfen. Vgl. Hans-Jürgen Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989, S. 206.

[14] Vgl. ebenda, S. 207.

[15] Zu Wischnewskis Algerien-Engagement vgl. ebenda, S. 105–123, bes. S. 110 ff.; ferner Claus Leggewie, Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nischen, später in den gesamten arabischen Raum, den der rührige Wischnewski geschickt für sein Land und seine Partei auszubauen verstand[16]. Auch ohne Regierungsamt, aber in wichtigen Parteifunktionen tätig[17], hatte Wischnewski regen Anteil an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten[18], die 1965 mit Bonn gebrochen hatten, nachdem es zwischen der Bundesrepublik und Israel zum Austausch von Botschaftern gekommen war. Zudem hatte er im September 1970 Erfahrungen als internationaler Krisenmanager gesammelt, als Terroristen der *PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine)* drei Zivilflugzeuge, u. a. mit deutschen Geiseln, nach Amman entführten[19]. Nicht umsonst hatte Willy Brandt für Wischnewski den Spitznamen „Ben Wisch" geprägt[20].

Neben profunder außenpolitischer Erfahrung und internationaler Vernetzung besaß Wischnewski ein enges Vertrauensverhältnis zum Bundeskanzler. Schmidt hatte Wischnewski 1976 nach nur zweijähriger Tätigkeit als Staatsminister im Auswärtigen Amt ins Bundeskanzleramt berufen. Zusammen mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Manfred Schüler, und dem Leiter des Bundespresseamts, Klaus Bölling, bildete der Staatsminister Schmidts legendäres „Kleeblatt", also dessen „Küchenkabinett" und engsten Beraterkreis[21].

Daß Baader neben Vietnam Algerien als bevorzugtes Aufnahmeland nannte, lag an der konstitutiven Bedeutung, die der Algerien-Krieg als blutiges Kolonialabenteuer für die Entstehung der „Neuen Linken" in der Bundesrepublik bzw. der Studentenbewegung hatte, aus deren Radikalisierung die RAF hervorgegangen war[22]; im Algerienkrieg hatte sich in den Augen der Linken der vermeintlich systemimmanente imperialistisch-repressive Charakter des kapitalistischen Systems entlarvt. Zudem galt der Maghreb-Staat als Zufluchtsort des internationalen

1984, S. 145–164; Jean-Paul Cahn, Le parti social-démocrate allemand face à la guerre d'Algérie (1958–1962), in: Revue d'Allemagne et des Pays de Langue allemande 31 (1999), S. 589–602, hier S. 596 ff.

[16] Generalkonsul von Nostitz, Algier, vermerkte am 24. 8. 1962, Wischnewski habe als Oppositionsabgeordneter weiter gehen können als der zur Rücksichtnahme auf Frankreich verpflichtete Auswärtige Dienst: „Sein Wirken ist für uns ein erster Brückenschlag". In: Siegfried von Nostitz, Algerisches Tagebuch 1960–1962, Düsseldorf 1971, S. 196.

[17] 1968–1972 war Wischnewski SPD-Bundesgeschäftsführer, 1979–1982 stellvertretender SPD-Vorsitzender. Von 1966–1968 hatte er das Entwicklungshilfeministerium geleitet.

[18] Vgl. DB Nr. 117 des Botschaftsrats (BR) Nowak, Beirut, 27. 3. 1972, bzw. Schreiben des Bundesministers (BM) Scheel an Bundeskanzler Brandt, 30. 3. 1972, in: AAPD 1972, bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler und Fabian Hilfrich, München 2003, Dok. 76 u. 79.

[19] Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 127–138.

[20] Vgl. ebenda, S. 123; ferner AAPD 1973, bearb. von Matthias Peter, Michael Kieninger, Michael Ploetz, Mechthild Lindemann und Fabian Hilfrich, München 2004, Dok. 209, S. 1095.

[21] Vgl. Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 494 f.; Kay Müller/Franz Walter, Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004, S. 121 f.

[22] Vgl. dazu Christoph Kalter, Das Eigene im Fremden. Der Algerienkrieg und die Anfänge der Neuen Linken der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007), S. 142–161.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Terrorismus. Am 22. Dezember 1975, dem Tag nach dem Überfall auf die OPEC-Zentrale in Wien, hatten sich die verantwortlichen Terroristen, darunter Ilich Ramírez Sánchez („Carlos“) und Hans-Joachim Klein, mit ihren Geiseln nach Algier abgesetzt. Dort hatten sie alle Geiseln freigelassen und sich den Behörden gestellt[23]. Ungehindert konnten sie das Land verlassen[24]. In der Bundesregierung war bekannt, daß „Carlos“ mit einem Komplizen Anfang September 1976 von Algier über Belgrad in den Irak ausgereist war[25].

Angesichts dieser Vorgeschichte schien es nicht ausgeschlossen, daß die algerische Regierung den RAF-Häftlingen sicheren Unterschlupf gewähren könnte. Entsprechend delikat blieb Wischnewskis erste Reise, die am 14. September 1977 mit einem Motorschaden des Flugzeugs und einer Notlandung auf einem französischen Militärflughafen zunächst unter keinem guten Stern stand, dann aber doch zum Ziel in Algier führte[26]. Dort wurde Wischnewski von seinem alten Bekannten Mouloud Kassem freundlich empfangen, dem Staatsminister für religiöse Angelegenheiten und in den 1950er Jahren stellvertretendem Leiter der inoffiziellen Vertretung der algerischen Exilregierung in Bonn. Das Gespräch mit Staatspräsident Boumedienne dagegen verlief komplizierter als erwartet. Dieser war ungehalten, weil sein Land in der Bundesrepublik terroristischer Sympathien bezichtigt wurde. Boumedienne hatte kurz zuvor den nun in der Gewalt der RAF befindlichen Arbeitgeberpräsidenten nach Algerien eingeladen und fürchtete jetzt, die Bundesregierung werde seinem Land die Schuld an Schleyers Tod zuschieben, falls die Freipressung der RAF-Häftlinge an der Weigerung Algeriens scheitern würde, die Inhaftierten aufzunehmen[27]. Nur zögerlich rang sich Boumedienne zu einer verklausulierten Entscheidung durch. Am 24. September teilte er Wirtschaftsminister Hans Friderichs und dessen designiertem Nachfolger Otto Graf Lambsdorff mit, „daß sich für die algerische Regierung die Frage der Aufnahme der deutschen Terroristen nicht stelle, solange kein förmlicher Wunsch der Bundesregierung vorliege. Selbst wenn ein solcher Antrag käme, müsse er sorgfältig abwägen zwischen Algeriens Reputation im Ausland und den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.“[28]

---

[23] Vgl. „Die Terroristen von Wien wollen die Nahost-Staaten zu einer extremistischen Politik zwingen“, und „Die Terroristen von Wien in Algerien“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. bzw. 24. 12. 1975, S. 1.

[24] Vgl. „Algier läßt OPEC-Terroristen frei“, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 1. 1976, S. 1, sowie die Aufzeichnung des Botschafters Grabert, Wien, vom 26. 1. 1976, in: PA-AA, B 83 Ref. 511, Bd. 1006.

[25] Vgl. Telefonat des Bundeskanzlers Schmidt mit Frankreichs Präsident Giscard d’Estaing, 8. 9. 1976, in: AAPD 1976, bearbeitet von Matthias Peter, Michael Ploetz und Tim Geiger, München 2007, Dok. 279, S. 1283.

[26] Vgl. dazu Wischnewski, Leidenschaft, S. 186 u. S. 207.

[27] Vgl. ebenda, S. 208.

[28] Aufzeichnung über ein Gespräch des Bundeswirtschaftsministers Friderichs mit Präsident Boumedienne am 24. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905; vgl. ferner Drahterlaß (DE) Nr. 861 des Staatssekretär (StS) van Well an BM Genscher, z. Z. New York, 29. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erneute Zweifel an der algerischen Standfestigkeit im Anti-Terror-Kampf keimten auf, als am 28. September 1977 Angehörige der japanischen „Roten Armee" ein Passagierflugzeug der *Japan Airlines* entführten und nach einem Irrflug über Dhaka, Kuwait und Damaskus am 4. Oktober nach Algier lenkten. Anders als die Bundesregierung erklärte sich Japan bereit, den Forderungen der Kidnapper zu entsprechen, d. h. Lösegeld zu zahlen und neun inhaftierte Terroristen freizulassen[29]. Zwar wußte Bonn, daß Algerien auf ausdrückliche Bitte der japanischen Regierung handelte, während alle anderen 26 von Tokio befragten Länder den Hijackern Überflug- und Landegenehmigungen versagt hatten[30]. Gleichwohl konterkarierte dieser Präzedenzfall die unnachgiebige Linie der Bundesregierung im Fall Schleyer, der eindringlich für ein ähnliches Vorgehen in seiner Sache plädierte[31]. Die Sorge um das Leben des Entführten bewog Bonn dazu, sich dem Ansinnen von Briten und Amerikanern zu entziehen, gemeinsam in Algier zu demarchieren, da das Land zur Zufluchtsstätte von Terroristen zu werden drohe[32].

Bundeskanzler Schmidt empfand die Haltung Algeriens dennoch als „zweideutig"[33] und sah das Land „als Stützpunkt oder organisatorischer Rückhalt" der deutschen Terroristen[34]. Das Bundesinnenministerium teilte diese Auffassung und erwog nach Schleyers Ermordung sogar eine Einschränkung oder Einstellung der Polizeihilfe für Algerien[35]. Als Regierungssprecher Klaus Bölling dem Mittelmeerstaat nach Pressemeldungen über die Freilassung der japanischen Flugzeugentführer Kooperation mit dem internationalen Terrorismus vorwarf, drohte eine ernsthafte Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses[36].

Wischnewski versuchte dem nach der Befreiung der „Landshut" entgegenzuwirken, indem er am 22. Oktober im ZDF verkündete, die Bundesrepublik habe kei-

[29] Vgl. „Tokio beugt sich den Luftpiraten", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 9. 1977, S. 1. Zum Verlauf der JAL-Entführung vgl. AAPD 1977, Dok. 302, S. 1446 f., Anm. 7.

[30] Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ernst-Jörg von Studnitz, 4. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

[31] Wiedergabe des Briefes von Schleyer vom 8. 10. 1977, in: Dokumentation, S. 77 f.

[32] Aufzeichnung von Studnitz, 7. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977. Botschafter Michael Jovy, Algier, prognostizierte, Algerien werde die Bundesregierung nicht im Stich lassen, „tue dies jedoch nicht mit großer Begeisterung"; vgl. Aufzeichnung von Studnitz, 10. 10. 1977, in: Ebenda.

[33] Gespräch mit dem britischen Premierminister Callaghan, 18. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 205, S. 1413.

[34] Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten Suárez, 3. 11. 1977, in: Ebenda, Dok. 313, S. 1503.

[35] Aufzeichnung des MDg Jesser vom 21. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

[36] Algeriens Botschafter Mohamed Sahnoun rügte bei van Well die Pressedarstellung seines Landes und klagte, die Botschaft erhalte trotz Drohbriefen nur unzureichenden Polizeischutz. Vgl. AAPD 1977, Dok. 302, S. 1445–1447. Sahnouns Behauptung, Boumedienne habe Wischnewskis Mission „überhaupt nicht verstanden" und dessen Anliegen erst durch telefonische Erklärungen der Botschaft begriffen (ebenda, S. 1446), wies Wischnewski in einem Schreiben an van Well vom 10. 11. 1977 zurück und erklärte sie mit der Verärgerung des Botschafters über seine Nicht-Beteiligung, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nen Anlaß zur Klage über Algerien, das wertvolle Hilfe geleistet habe[37]. Auch das Auswärtige Amt bemühte sich um Schadensbegrenzung, zumal bei einer Tagung der Sozialistischen Internationalen in Madrid aus der Umgebung des algerischen Präsidenten dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und damit der Bundesrepublik Gesprächsbereitschaft über Fragen des Terrorismus signalisiert worden war. Ein derartiger, im Geschäftsbereich der Innenministerien zu führender Dialog sollte nach Meinung des Krisenstabes weiterverfolgt werden[38]. Bundeskanzler Schmidt wandte sich schließlich direkt an Boumedienne, um Mißverständnisse auszuräumen und die offene Frage von Sicherheitskontrollen für deutsche Passagiermaschinen in Algerien zu klären[39]. Gleichwohl führten die Implikationen des „Deutschen Herbsts" insgesamt zu Spannungen und Belastungen in den westdeutsch-algerischen Beziehungen.

Für Libyen, das Wischnewski noch am 14. September von Algier aus besuchte, galt erstaunlicherweise das Gegenteil. Dabei war die Ausgangssituation problematischer, denn die Beziehungen zu Libyen stagnierten. Trotz florierender Wirtschaftsbeziehungen – Libyen rückte 1976 an die Spitze westdeutscher Erdöllieferanten, umgekehrt stellte die Bundesrepublik den zweitwichtigsten Handelspartner des Wüstenstaates[40] – gab es seit 1972 keine direkten Gespräche auf Leitungsebene[41], obwohl Tripolis Interesse an engeren Beziehungen zu Bonn signalisierte. Angesichts der Unberechenbarkeit von Staatschef Muamar el-Ghadafi und „einer extremen libyschen Haltung in fast allen weltpolitisch relevanten Fragen: Nahost-Konflikt, Afrika- und Dritte-Welt-Politik", war dies wenig erstaunlich, zumal Libyen, wie die für Afrika zuständige AA-Abteilung vermerkte, „wohl nicht ganz zu Unrecht in dem Rufe steht, den internationalen Terrorismus zu unterstützen"[42]. Mehrfach klagte das libysche Außenministerium, es gebe Informationen, daß bundesdeutsche Stellen international vor Libyen als Hort des Terrorismus gewarnt hätten[43]. Umgekehrt tat sich Libyen als treibende Kraft hervor, um auf der Konferenz der *Organization of African Unity* vom 2. bis 5. Juli 1977 in Libreville eine Verurteilung der Bundesrepublik wegen Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheidstaat, angeblich auch im militärisch-nuklearen

[37] Vgl. DE Nr. 151 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort an Botschaft in Algier, 25. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

[38] Aufzeichnung des Ministerialdirektors (MD) Lahn, 26. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

[39] DE Nr. 169 von Montfort an Botschaft in Algier, 11. 11. 1977, in: Ebenda.

[40] Schriftbericht Nr. 564 des Botschafters Neubert, Tripolis, 10. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

[41] Vgl. Aufzeichnung Jesser, 19. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 368, S. 1774.

[42] Aufzeichnung Lahn, 6. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

[43] DB Nr. 51 des Botschafters Werner, Tripolis, 7. 2. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 1146 (310), B 150, Aktenkopien 1977; DB Nr. 329 des Botschafters Neubert, Tripolis, 4. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931. Montfort teilte der Botschaft am 29. 9. mit, Nachforschungen im AA und BMI hätten keine Anhaltspunkte für Warnungen der Bundesregierung vor Libyen ergeben. Hinter den Informationen der Libyer würden „offensichtlich gezielte Maßnahmen interessierter dritter Staaten stehen". DE Nr. 117, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bereich, zu erwirken[44]. Ungeachtet all dessen war im Auswärtigen Amt bereits vor Wischnewskis Sondermission die Erkenntnis gereift, es könne mit Blick „auf eine mögliche Eindämmung des libyschen Störpotentials, aber auch im Interesse einer ungestörten Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen" zweckmäßig sein, auf eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Libyen zu setzen. Dafür seien zunächst Gespräche auf Abteilungsleiter-, später auf Staatssekretärsebene anzuvisieren[45].

Die Kooperationsbereitschaft von Wischnewskis Gesprächspartner, dem libyschen Innenminister Yunis Belgassem, in puncto RAF erwies sich jedenfalls als „außerordentlich groß"[46]. Drei Tage nach der Kurzvisite des Staatsministers konnte Botschafter Oskar Neubert verbindlich aus Tripolis melden, „Libyen werde in keinem Falle – auch dann nicht, wenn Bundesregierung sich unter Druck der Verbrecher genötigt sehen sollte, ausdrücklich darum zu bitten, – die Verbrecher aufnehmen"[47].

Libyens Hilfe in der Stunde der Not blieb nicht ohne Folgen: Ungeachtet fortdauernder Irritationen über die Involvierung des Landes in Aktivitäten des internationalen Terrorismus – Bundeskanzler Schmidt erklärte zu Klagen des spanischen Ministerpräsidenten Suárez über Libyens Unterstützung für den baskischen Terrorismus, „auch nach unserem Eindruck flössen erhebliche Beträge dem Terrorismus aus Libyen zu"[48] – fanden im Dezember 1977 deutsch-libysche Konsultationen auf Direktorenebene statt[49]. Diese Gespräche würden, so bilanzierte der Beauftragte des Auswärtigen Amts für Nah- und Mittelostpolitik, Ministerialdirigent Walter Jesser, zwar kaum „die libysche Einstellung zu wichtigen Fragen der Weltpolitik beeinflussen", aber „sich als vertrauensbildende Maßnahmen positiv auf die bilateralen Beziehungen auswirken"; sie sollten darum fortgesetzt werden[50]. Nach dem Besuch von Bundesinnenminister Gerhart Baum in Libyen im Sommer 1978 kam es offenbar zu einer weitreichenden Kooperation, nämlich einer paramilitärischen Ausbildung von Polizei und Personenschutz – gleichsam als Gegenleistung für Libyens fortgesetzte Mitwirkung beim Versuch, exterritoriale Rückzugsgebiete der RAF auszutrocknen[51].

---

[44] Vgl. DB Nr. 514 des Botschafters Lankes, Addis Abeba, 7. 7. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 176, S. 912–916.

[45] Aufzeichnung Lahn, 6. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

[46] Wischnewski, Leidenschaft, S. 208.

[47] DB Nr. 354 vom 14. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

[48] Gespräch Schmidts mit Suárez, 3. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 313, S. 1503. Am 18. September bestellte Libyens Außenminister Treiki Botschafter Neubert ein, um „in sehr scharfer Form" erneut Presseberichte zurückzuweisen, in denen Libyen als „Terroristenhochburg" bezeichnet wurde. Aufzeichnung Lahn, 19. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 11157 (311), B 150, Aktenkopien 1977.

[49] Vgl. Aufzeichnung Jesser, 19. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 368, S. 1774–1780. Allerdings intensivierte Libyen zeitgleich seine Kontakte zur DDR; vgl. Jochen Staadt, in: Libysche Hilfe für die DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 4. 2008, S. 5.

[50] Aufzeichnung Jesser für StS van Well, 20. 12. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

[51] Vgl. „Deutsche Hilfe für Libyen schon 1979" bzw. „Weshalb Gaddafi die RAF für geisteskrank hielt", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 4. 2008, S. 1 u. S. 3. Der Spiegel berichtete

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am 17. September brach Staatsminister Wischnewski zu seiner zweiten Mission auf. Der Irak sollte die am wenigsten erfolgreiche Reisestation werden. Auch zu Bagdad waren die diplomatischen Beziehungen erst wenige Jahre zuvor wiederaufgenommen worden[52]. Die Bundesrepublik gehörte zwar zu den wichtigsten industriellen Lieferanten des Zweistromlands, doch gab es trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung politisch wenig Berührungspunkte. Dem Irak falle es schwer, vermerkte das Auswärtige Amt, ein latentes Mißtrauen gegen die Bundesrepublik zu überwinden, gelte diese doch als Symbol des vom sozialistisch-nationalistischen Baath-Regime abgelehnten kapitalistischen Westen. Außerdem kreide man ihr an, daß sie eine als einseitig pro-israelisch empfundene Nahostpolitik verfolge. Umgekehrt sah man es am Rhein ungern, daß Irak als einziger arabischer Staat weiterhin durch einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR verbunden war[53]. Zudem lagen Hinweise für eine Verbindung von Linksterroristen zum Irak bzw. dort beheimateten extremistischen Palästinenser-Organisationen vor: Ein „Stern"-Journalist berichtete nach Recherchen über George Habaschs PFLP, daß diese Palästinenser-Vereinigung zweifelsohne Kontakte zu den deutschen Terroristen pflege und von der Aktion gegen Schleyer gewußt habe: „Nach Entführung habe man sich über ‚das gelungene Unternehmen' gefreut und sich auf den Empfang der 11 Häftlinge vorbereitet, deren Freilassung Entführer forderten. Ihre Aufnahme sei in Bagdad vorgesehen."[54] In der Tat hatten sich zwei der RAF-Führungskader, Brigitte Mohnhaupt und Peter-Jürgen Boock, im Frühjahr im Irak aufgehalten. Dort hatten sie mit Wadi Haddad, dem auf Flugzeug-Entführungen spezialisierten Leiter einer PFLP-Abspaltung, der PFLP-SC („Special Command"), die Frage erörtert, in welche Staaten die befreiten RAF-Mitglieder ausgeflogen werden könnten[55]. Davon wußte Bonn allerdings nichts, als Wischnewski in den Irak aufbrach.

In Wischnewskis Memoiren, lange die einzige Quelle für die Mission im Vorfeld des bekannteren Mogadischu-Einsatzes, wird der Irak-Aufenthalt knapp geschildert. Da er, Wischnewski, nur den stellvertretenden Außenminister habe sprechen können, dessen „Kooperationsbereitschaft nicht besonders ausgeprägt war", habe er gebeten, „uns die Antwort in zwei Tagen über die Bonner Botschaft zukommen zu lassen. Wir haben niemals eine Antwort erhalten." Verstärkt wird der Negativeindruck durch den Hinweis, spätere Ermittlungen hätten ergeben,

1979 von einem Geheimbesuch Gaddafis im September 1978 in der Bundesrepublik, bei dem es zu Kontakten mit dem Bundeskriminalamt gekommen sei. Vgl. „Auf Allah geschoben", in: Der Spiegel vom 15. 9. 1979, S. 65 u. S. 68.

[52] Vgl. DB Nr. 12 des StS Sachs, z. Z. Bagdad, 26. 2. 1974, in: AAPD 1974, bearb. von Daniela Taschler, Fabian Hilfrich und Michael Ploetz, München 2005, Dok. 59, S. 227 f.

[53] Aufzeichnung des Referats 311 vom 25. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119912.

[54] DB Nr. 240 des Botschafters Jovy, Algier, 17. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977.

[55] Vgl. Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, München [14]1998, S. 454 f.; Thomas Skelton-Robinson, Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969–1980), in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 828–905, hier S. 885; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 427. Skelton-Robinson zufolge war Irak allerdings als Aufnahmeland verworfen worden, weil der Organisationssitz der PFLP-SC nicht gefährdet werden sollte.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die „Landshut"-Entführer ihre Flugtickets in Bagdad erworben haben[56]. Im Licht der nun zugänglichen Botschaftsberichte stellt sich manches differenzierter dar. Deutlich wird dabei, wie überfallartig Irak mit der westdeutschen Besuchsvisite konfrontiert wurde. Zwischen 16 und 17 Uhr Ortszeit, so Botschafter Fritz Menne, sei in Bagdad die Nachricht vom in derselben Nacht bevorstehenden Besuch des Staatsministers eingegangen[57]. Durchaus anerkennend schreibt Menne, die irakische Seite habe dem Besuchswunsch dennoch stattgegeben, obwohl keine Mitteilung der Botschaft aus Bonn vorgelegen habe. Der Staatssekretär im irakischen Außenministerium, Abdul Malik al-Yassin, habe mit dem Protokollchef ab 2 Uhr nachts auf die Ankunft Wischnewskis gewartet, der eine Stunde später eintraf. Da der irakische Außenminister den deutschen Gast wegen des am gleichen Tag stattfindenden Staatsbesuchs des somalischen Präsidenten Siad Barre nicht selbst empfangen konnte, führte Yassin die Gespräche mit Wischnewski[58]. Nach Rücksprache mit seinem Dienstchef teilte Yassin Wischnewski kurz vor dessen Weiterflug mit, der Irak werde die vorgetragene Bitte prüfen: „Irakische Seite hoffe, Antwort werde Bundesregierung befriedigen."[59]

Als nach einigen Tagen keine diesbezügliche Nachricht vorlag, beauftragte das Kanzleramt Botschafter Menne, sich nach der irakischen Entscheidung zu erkundigen[60]. Beunruhigend wirkten Gespräche der baathistischen Staatsführung mit PFLP-Generalsekretär Habasch in Bagdad, über deren Inhalt nichts in Erfahrung zu bringen war. Daß Habasch sich dabei für eine Aufnahme der elf RAF-Terroristen aussprach, schien durchaus denkbar. Hinzu kam, daß eine Tageszeitung der staatlich gelenkten irakischen Presse die Bundesrepublik als Polizeistaat anprangerte und argumentierte, „daß aus diesem Grunde intelligente Fanatiker mit starkem Vorstellungsvermögen den Guerilla-Pfad gewählt hätten"[61].

Die irakische Seite zeigte sich überhaupt zunehmend weniger kooperativ. Gegenüber Menne täuschte Yassin am 27. September Unwissenheit vor: Es sei in den Gesprächen mit Wischnewski doch lediglich darum gegangen, „die irakische Seite über die Entwicklung des Falles Schleyer zu unterrichten, in dem das Land Irak ja genannt worden sei, und die irakische Seite zu einer Erklärung zu veranlassen, daß sie den Terrorismus verdamme". Von einer Ablehnung, Häftlinge aufzunehmen, sei keine Rede gewesen, behauptete Yassin, der sich auch über das Bekanntwerden der Geheimgespräche beklagte[62]. Damit zeichnete sich das Scheitern der Gespräche ab. Zwecks Schadensbegrenzung empfahl der Botschafter eine Sprachrege-

[56] Wischnewski, Leidenschaft, S. 209.
[57] DB Nr. 169, 25. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.
[58] Ebenda. Menne bilanzierte, die Wahrnehmung des Besuchs sei „als außerordentlich aufmerksam, prompt und effizient zu bezeichnen". Der Staatsminister habe daher bedauert, kein Gastgeschenk mitgebracht zu haben.
[59] DB Nr. 159 von Menne, Bagdad, 18. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.
[60] DE Nr. 87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Peter Schönfeld, 22. 9. 1977, in: Ebenda.
[61] DB Nr. 171 von Menne, Bagdad, 25. 9. 1977, in: Ebenda.
[62] DB Nr. 173 von Menne, Bagdad, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 260, S. 1265. Die auf dpa-Meldungen gestützte Nachricht über Wischnewskis Reise in den Irak und nach Südjemen

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lung, die beiden Seiten half, das Gesicht zu wahren: Angesprochene Länder könnten schließlich ihre Haltung entweder explizit durch eine Erklärung, Terroristen aufzunehmen oder nicht, kundtun – oder implizit durch Schweigen. Letzteres lasse sich als fortdauernde Prüfung der Sachlage interpretieren: „Schweigen könnte für die eine Seite den Vorteil bedeuten, sich nicht ausdrücklich festlegen zu müssen, und für die andere Seite den Vorteil, daß eine Erklärung ‚Wir werden sie aufnehmen' nicht ergehe."[63] Auf diese Notlösung rekurrierten fortan beide Seiten.

Zu diesem Zeitpunkt war der Bundesregierung noch nicht bekannt, daß etliche der gesuchten Schleyer-Entführer seit Ende September in Bagdad in unmittelbarer Nachbarschaft des Diplomatenviertels logierten[64]. Dort bot ihnen der Führer der PFLP-SC, Wadi Haddad, eine „revolutionäre" Hilfsaktion an, um die deutschen Gesinnungsfreunde aus der Sackgasse zu befreien, in die die RAF wegen der Unnachgiebigkeit der Bundesregierung im Falle der Schleyer-Entführung geraten war: eine Geiselnahme in der bundesdeutschen Botschaft in Kuwait oder die Entführung eines deutschen Passagierflugzeugs[65]. Die RAF wählte die zweite Variante. Den Ausschlag dürften dabei die erhöhten Schutzvorkehrungen an Auslandsvertretungen[66], die abschreckende Erfahrung mit der Botschaftsbesetzung in Stockholm und das Kalkül gegeben haben, daß die Regierung Schmidt nicht wegen einiger Diplomaten zum Einlenken bewogen werden könne. Die Weichen für die nächste Eskalationsstufe, die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut", wurden also bereits gestellt, als die Bundesregierung noch damit beschäftigt war, einer Aufnahme der Häftlinge im Ausland vorzubeugen.

Von Bagdad kommend, traf Wischnewski am 18. September 1977 in der Hauptstadt Südjemens ein. Der deutschen Öffentlichkeit galt die Demokratische Volksrepublik Jemen (DVRJ), zu der die Bundesrepublik am 16. September 1974 diplomatische Beziehungen aufgenommen, aber noch keinen Botschafter entsandt hatte[67], als Terroristenhort. Hier wirkte nach, daß im Frühjahr 1975 die durch die

fand Eingang in die internationale Presse; vgl. z. B. „Kidnap request to Arabs", in: The Guardian vom 22. 9. 1977, S. 6.

[63] DB Nr. 173 von Menne, Bagdad, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 260, S. 1266.

[64] Vgl. Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 549–551; Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 886. „Der Stern" berichtete am 10. 11. 1977 detailliert über die Anwesenheit von RAF-Angehörigen im Irak, die nahe Bagdads von Haddads PFLP-SC für terroristische Aufgaben gedrillt würden. Vgl. „Weltweit werden wir die Deutschen jagen", in: Stern vom 10. 11. 1977. Im AA wies der irakische Botschafter den Bericht als Unfug zurück und verlangte eine Distanzierung der Bundesregierung von dem Artikel. Aufzeichnung Jesser, 11. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119912. Allerdings reifte dort die Erkenntnis, daß nach BND-Informationen „die Darstellung im ‚Stern' zum Teil dem dortigen Lagebild" entspreche. Aufzeichnung Montfort „Terroristen im Irak", 7. 12. 1977, in: Ebenda.

[65] Vgl. Peter-Jürgen Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer. Eine dokumentarische Fiktion, Frankfurt a. M. 2002, S. 135–146; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 426.

[66] Mit Runderlaß vom 6. 10. 1977 waren alle Vertretungen zu verstärktem Schutz der Niederlassungen und der Goethe-Institute angehalten worden. Aufzeichnung von Studnitz vom 10. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

[67] Die Aufgaben in Aden wurden vom bundesdeutschen Botschafter im nordjemenitischen Sanaa wahrgenommen, vor Ort agierte auf Gesandtenebene lediglich ein Geschäftsträger ad interim. Im Sommer 1976 wurde angeordnet, Botschafter Franke in Sanaa möge sein Beglaubi-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz freigepreßten Straftäter in den Südjemen ausgeflogen und dort untergetaucht waren[68]. Verdrängt wurde dabei, daß Aden deren Aufnahme zunächst verweigert und erst auf Bitten der Bundesregierung in der Hoffnung auf mehr Entwicklungshilfe umgeschwenkt war[69]. Die Bundesrepublik hatte danach die Auslieferung nur lax betrieben: Im Mai 1975 hatte das Bundesinnenministerium in Aden ausrichten lassen, die zuständigen Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin wollten sich nicht zu einer Abschiebung der fünf Ex-Häftlinge in ein Drittland äußern; sie seien jedoch zu deren Rücknahme bereit[70]. Daß Südjemen angesichts dieser Erklärung von einer Überstellung an die Bundesrepublik absah[71], überraschte nicht, zumal die erhoffte wirtschaftliche Kompensation ausblieb[72]. Als sich die betroffenen Bundesländer nach rund einem Jahr endlich auf ein Auslieferungsgesuch einigten[73], teilte Aden mit, die deutschen Terroristen seien nicht mehr im Lande, bzw. hätten das von der Bundesregierung doch zunächst erbetene Asyl erhalten[74].

Die danach einsetzenden kritischen Medienberichte über Südjemen fanden, wie der scheidende Botschafter Günter Held dem jemenitischen Außenminister Mohammed Ali Muti sagte, allerdings darin ihre Berechtigung, daß Südjemen den freigepreßten Gewalttätern nicht nur sicheren Aufenthalt gewährte. Diese konnten sich in dem gegenüber westlichen Ausländern hermetisch abgekapselten Land frei bewegen und sogar eine paramilitärische Ausbildung in den Trainingscamps der PFLP absolvieren[75]. So war der Süden der arabischen Halbinsel 1976 zum wichtigen Refugium für die RAF geworden, wo auch die Entscheidung über Schleyers Entführung fiel[76].

---

gungsschreiben für die Doppelakkreditierung im Südjemen verzögern. Aufzeichnung Montfort, 20. 8. 1976, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 108804.

[68] Vgl. Dahlke, Krisenbereitschaft, S. 663 ff.; Jacques Schuster, Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte, Berlin 1997, S. 294 ff.; Michael März, Die Machtprobe 1975. Wie RAF und Bewegung 2. Juni den Staat erpressten, Leipzig 2007, S. 54 ff.

[69] Vgl. DB Nr. 59 des Botschafters Held, Sanaa, 7. 3. 1975, in: AAPD 1975, Dok. 45, S. 234–236.

[70] DE Nr. 1876 des MDg Dreher, 7. 5. 1975, in: PA-AA, VS-Bd. 10797 (511), B 150, Aktenkopien 1975.

[71] DB Nr. 152 von Held, Sanaa, 11. 5. 1975, in: Ebenda.

[72] In einem Protokoll mit der südjemenitischen Regierung hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dezember 1974 Entwicklungshilfe und ein Rahmenabkommen über technische bzw. Kapitalhilfe in Höhe von 10 Millionen DM für 1975 in Aussicht gestellt; vgl. Aufzeichnung des MDg Dreher vom 3. 2. 1975, in: PA-AA, VS-Bd. 10767 (501), B 150, Aktenkopien 1975. Angesichts des ausbleibenden Vertragsabschlusses beklagte Aden, die Bundesregierung habe offenbar das Interesse am Jemen verloren. Vgl. DB Nr. 208 von Held, Sanaa, 3. 6. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 174, S. 807 f.

[73] Aufzeichnung Dreher vom 3. 2. 1976, in: PA-AA, VS-Bd. 10797 (511), B 150, Aktenkopien 1976. Durch die alliierten Vorbehaltsrechte der Drei Mächte in bezug auf Berlin kam es zu weiteren Verzögerungen; vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lücking vom 16. 1. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 11, S. 45–48.

[74] Vgl. DB Nr. 11 von Held, Aden, 2. 2. 1976, in: Ebenda, Dok. 25, S. 100 f.

[75] Vgl. DB Nr. 208 von Held, Sanaa, 3. 6. 1976, in: Ebenda, Dok. 174, S. 808.

[76] Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 882 f.; Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997, S. 246.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Reputation Südjemens in der Bundesrepublik war ferner abträglich, daß Aden sich eindeutig im Ostblock verortete, arbeitete man doch eng mit der Sowjetunion und der DDR zusammen. Ost-Berlin gewährte großzügige Kredite und eine „Solidaritätshilfe" von mehr als 10 Millionen Mark[77]. Bezeichnenderweise hatte das für internationale Beziehungen zuständige SED-Politbüromitglied Werner Lambertz den Südjemen unmittelbar vor Wischnewski besucht[78]. Zudem gab es Hinweise auf Verbindungen zwischen dem im Jemen einflußreichen Geheimdienst der DDR und untergetauchten westdeutschen Linksterroristen[79], ohne daß Bonn bereits das im vollen Umfang erst nach dem Zusammenbruch der DDR bekanntgewordene Ausmaß an Stasi-Unterstützung für die RAF[80] durchschaute.

Bei Wischnewskis Stippvisite erwies sich die starke DDR-Präsenz in Aden allerdings als hilfreich, erkrankte doch der Pilot der Bundeswehrmaschine schwer an einer Fischvergiftung. Der um Hilfe gebetene DDR-Botschafter Günter Scharfenberg arrangierte eine effiziente medizinische Behandlung, die dem Piloten das Leben rettete[81]. Vor Wischnewskis Rückkehr nach Bonn am 20. September hatte Südjemens Außenminister dezidiert dargelegt, nach den unguten Erfahrungen bei der Lorenz-Entführung werde sein Land auf keinen Fall jemanden aufnehmen. In Bonn, wo am 9. Oktober nochmals eine entsprechende ausdrückliche Erklärung Adens einging[82], vernahm man dies mit Genugtuung.

---

[77] Aufzeichnung vom 1. 4. 1977, „Stand der bilateralen Beziehungen DDR – VDRJ", in: PA-AA, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), ZR 2380/79; Schriftbericht der bundesdeutschen Vertretung vom 18. 6. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119926. Am 2. 9. 1977 informierte der Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, seinen südjemenitischen Kollegen Ali Nasser Mohammed, daß die DDR der Verschiebung des Rückzahlungstermins des 1974 gewährten Kredites auf 1980 zugestimmt habe, in: PA-AA, MfAA, Bd. 2360/79.

[78] Aufzeichnung vom 17. 9. 1977 über ein Gespräch von Lambertz mit Politbüromitglied und VDRJ-Minister Abdel Aziz Abdul Walli am 16. 9. 1977, in: Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (künftig: SAPMO), DY/30/IVB2/20/124. Lambertz hatte sich bereits von 11. bis 13. 6. 1977 im Südjemen aufgehalten; vgl. Dokumente zur Außenpolitik der DDR 1977. Bd. 1, Berlin (Ost) 1978, S. 645, und erneut am 5. und 9. Dezember; vgl. „Bericht über den Aufenthalt des Sonderbotschafters" Lambertz vom 16. 12. 1977, in: SAPMO, DY/30/IVB2/20/124.

[79] Botschafter Held berichtete am 3. 6. 1976, „daß zuverlässige europäische Diplomatenfrau eine der Terroristinnen in Begleitung geheimdienstlichen Mitglieds DDR-Botschaft Aden mit Sicherheit in öffentlichem Club in Aden gesehen haben will". Vgl. DB Nr. 208, in: AAPD 1976, Dok. 174, S. 808.

[80] Vgl. dazu Michael Müller/Andreas Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992; Martin Jander, Differenzen im antiimperialistischen Kampf. Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 1, S. 696–713; Tobias Wunschik, Baader-Meinhof international?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–41 (2007), S. 23–29; Jochen Staadt, Eine deutsche Waffenbrüderschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 10. 2007, S. 12. Unter Ideologie-Aspekten Michael Ploetz, Mit RAF, Roten Brigaden und Action Directe. Terrorismus und Rechtsextremismus in der Strategie von SED und KPdSU, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 7 (2007), S. 117–144.

[81] Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 209.

[82] Aufzeichnung von Studnitz, 10. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine ebenso eindeutige Ablehnung erwirkte Wischnewski bei seiner letzten Mission in Südostasien. Dabei hatten die Stammheim-Häftlinge große Hoffnungen auf Vietnam gesetzt, schließlich besaß der Vietnamkrieg für ihr Weltbild und ihre Politisierung eine herausragende Bedeutung[83]. Die Bundesregierung hatte die Visite in Hanoi bis zuletzt verzögert[84], waren doch die Beziehungen zum kommunistischen Vietnam noch gänzlich ungefestigt[85]. Noch im Frühjahr 1977 hatte die Bundesregierung entschieden, Vietnam lediglich technische Hilfe in Höhe von drei Millionen DM, nicht aber die von Hanoi gewünschte Kapitalhilfe zu gewähren[86]. Gleichwohl hoffte die vietnamesische Seite auf ein größeres wirtschaftliches Engagement Westdeutschlands[87].

Am 25. September 1977 unterrichtete Wischnewski den vietnamesischen Botschafter wenige Stunden vor Abflug seiner Maschine über den Zweck der Reise[88], während Bonns Botschafter in Hanoi, Peter Scholz, trotz Nachfrage nicht ins Bild gesetzt wurde[89]. Man hatte ihn lediglich angewiesen, die Ankunft des Staatsministers in 25 Stunden flugtechnisch vorzubereiten und „an höchstmöglicher Stelle Gesprächstermin für Dienstag, 26. 9. zu vereinbaren"[90]. Begründet (oder verschleiert) wurde das überstürzte Gesuch mit der Diskussion aktueller Fragen, weil die Bundesregierung befürchtete, ihr Anliegen könne ansonsten im Vorfeld abgewiesen werden. In überzogener Hoffnung auf ein wirtschaftliches Hilfsangebot stimmte die vietnamesische Seite dem Besuch Wischnewskis zu. Als sie aber durch ihre Bonner Vertretung die Hintergründe des Blitzbesuches erfuhr, war Enttäuschung vorprogrammiert. Insofern gaben nicht nur widrige Wetterverhält-

[83] Vgl. Martin Klimke/Wilfried Mausbach, Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege. Die RAF und der Vietnamkonflikt, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 1, S. 620–643. Wischnewskis Vietnam-Mission wird dort nicht erwähnt.

[84] Das Bundeskriminalamt teilte den Schleyer-Entführern am 25. 9. 1977 die Nichtaufnahmeabsicht Libyens und Südjemens mit; Algerien und Irak hätten noch nicht endgültig entschieden. Die Befragung des, wie es fälschlich hieß, „von Baader letztgenannten Landes Vietnam" sei eingeleitet; vgl. Dokumentation, S. 63.

[85] Die Bundesrepublik und die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) nahmen am 23. 9. 1975 diplomatische Beziehungen auf; vgl. AAPD 1975, Dok. 82 und Dok. 271. Dieses Datum galt nach der Vereinigung von Nord- und Südvietnam 1976 als Beginn der diplomatischen Beziehungen zur Sozialistischen Republik Vietnam; vgl. AAPD 1976, Dok. 239.

[86] Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oldenkott, Bundeskanzleramt, 17. 3. 1977, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, Helmut-Schmidt-Archiv 1/HSAA 008695.

[87] Aufzeichnung „Deutsch-vietnamesische Beziehungen", November 1977, in: PA-AA, Ref. 302, Bd. 105191.

[88] DB Nr. 114 des Botschafters Scholz, Hanoi, 10. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977; vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 210.

[89] Studnitz vermerkte am 14. 10. 1977, das im AA beim Fall Schleyer federführende Büro Staatssekretäre sei nicht befugt gewesen, den Botschafter über den Reisezweck zu unterrichten, „da es sich um eine vom Bundeskanzleramt durchgeführte Mission handelte, deren Inhalt geheim bleiben sollte". PA-AA, VS-Bd. 11185 (340), B 150, Aktenkopien 1977.

[90] DE Nr. 68 des StS van Well, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977. Scholz antwortete, die Landung von Wischnewskis Boeing 707 sei in Nordvietnam technisch unmöglich. DB Nr. 87, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nisse und technische Probleme den Ausschlag dafür, Wischnewski am 27. September nicht in Hanoi, sondern protokollarisch niedriger in Ho-Chi-Minh-Stadt, dem vormaligen Saigon, zu empfangen[91]. Wischnewskis Gesprächspartner, der zweite Bürgermeister Lê Quang Chan, zuvor Staatssekretär im Außenministerium der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, stellte nach Rücksprache mit Hanoi klar, daß Vietnam eine Aufnahme der westdeutschen Linksextremisten ablehne, „auch wenn welche dabei sein sollten, die früher schon einmal für uns demonstriert haben“[92]. Dieses Votum war der Bundesregierung hochwillkommen. Botschafter Scholz bilanzierte, falls die Terroristen auf Asyl in Vietnam gehofft hätten, zeuge dies „von deren totaler Unkenntnis hiesigen Regimes, das zwar in sozialistischer Solidarität in seinen Proklamationen auch Revolutionäre in kapitalistischen Ländern ermuntert, das aber nie Kriminelle in seinem Staatsgebiet und seiner Ordnung tolerieren würde und das bei allem Bekenntnis zum Sieg des Sozialismus über die kapitalistischen Länder von diesen vorerst Hilfe erwartet“[93].

Über den Schweizer Rechtsanwalt Denis Payot ließ die Bundesregierung am 30. September den Schleyer-Entführern mitteilen, keines der von Baader genannten Länder sei zur Aufnahme der elf Häftlinge bereit[94]. Allerdings hatte bereits drei Tage zuvor Jan-Carl Raspe in Stammheim Angola, Mosambik, Guinea-Bissau und Äthiopien als weitere potentielle Ausreiseländer genannt[95]. Zu Missionen in diese Ländern kam es aber nicht mehr, denn die mit der PFLP vereinbarte Entführung einer deutschen Passagiermaschine wurde kurz darauf zur Nagelprobe im Ringen mit der terroristischen Herausforderung.

II) Die Entführung der „Landshut“

Am 13. Oktober 1977, 14.38 Uhr MEZ, meldete die Flugsicherung im südfranzösischen Aix-en-Provence eine Routenabweichung der Lufthansa-Maschine „Landshut“, die 86 Passagiere und fünf Besatzungsmitglieder von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main befördern sollte. Der seit der Schleyer-Entführung permanent tagende Bonner Krisenstab ging sofort von einem weiteren Gewaltakt der RAF aus. Gegen 17 Uhr brachte die von den „Landshut“-Entführern via Tower in Mailand übermittelte Forderung nach „Freilassung aller in der Bundesrepublik inhaftierten ‚Kameraden‘“ darüber Gewißheit[96].

[91] Vgl. DB Nr. 99 des Botschafters Scholz, Hanoi, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 266, S. 1293 f. Da sich die vietnamesische Einfluggenehmigung verzögerte, mußte Wischnewski auf dem US-Stützpunkt Andersen Air Force Base auf der Insel Guam zwischenlanden, pikanterweise eine jener Luftbasen, welche amerikanische Bomberverbände während des Vietnamkrieges genutzt hatten. Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 210 f.

[92] Ebenda, S. 211; DE Nr. 861 des StS van Well an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter, z. Z. New York, 29. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

[93] DB Nr. 99 des Botschafters Scholz, Hanoi, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 266, S. 1295.

[94] Vgl. Dokumentation, S. 71.

[95] Vgl. ebenda, S. 67.

[96] Vgl. ebenda, S. 85 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesinnenminister Werner Maihofer telefonierte daraufhin mit seinem italienischen Amtskollegen Francesco Cossiga, denn die gekaperte Boeing 737 stand seit 15.45 Uhr auf dem römischen Flughafen Fiumicino[97]. Die Bundesregierung erwartete vom NATO- und EG-Partner aktive Unterstützung ihrer harten Anti-Terror-Politik. Maihofer drängte darauf, den Start der entführten Maschine mit allen Mitteln zu verhindern – sei es durch die Blockierung der Startbahn, die zögerlich eingeleitet wurde, oder ein Zerschießen der Reifen beim Start. Daran dachte der italienische Christdemokrat, wie er anderntags Botschafter Hans Arnold darlegte, zu keiner Zeit: Da die Flughafenverwaltung dem Verlangen der Kidnapper, die Maschine aufzutanken, eigenmächtig entsprochen hatte, hätte eine Beschießung des startenden Flugzeugs leicht zu einer Explosion und damit einem Blutbad unter den Passagieren führen können[98]. Unbehelligt hob die „Landshut" um 17.42 Uhr Richtung Zypern ab.

Cossigas Rechtfertigung vermochte nicht zu überzeugen[99]. Zu offensichtlich war Italiens Bestreben, das entführte Flugzeug schnellstmöglich loszuwerden, zu durchsichtig erschien das Kalkül, nicht durch einen energischen Zugriff selbst ins Fadenkreuz des internationalen Terrorismus zu geraten. Bundeskanzler Schmidt rügte daher die „negativen Erfahrungen" mit Italien, das aus Furcht vor Habaschs PFLP eingeknickt sei[100]. Ähnlich harsch urteilte die Opposition[101].

Letztlich überschätzte die Bundesrepublik das Ausmaß europäischer Solidarität und Risikobereitschaft, während sie gleichzeitig die fortdauernde Wirkmächtigkeit antideutscher Ressentiments aus Weltkriegstagen unterschätzte. Denn während sich Westdeutschland über Italiens mangelnde Kooperationsbereitschaft ereiferte, war dort umgekehrt die Empörung über die zwei Monate zurückliegende Flucht des verurteilten Kriegsverbrechers Herbert Kappler[102] aus italienischer Haft noch keineswegs abgeklungen. Mit Verweis auf das Aus-

[97] Vgl. ebenda, S. 86 f.

[98] DB Nr. 1500 des Botschafters Arnold, 14. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 10023 (312), B 150, Aktenkopien 1977.

[99] Nach Arnold seien die Darlegungen des italienischen Innenministers „von Unbehagen und Verlegenheit geprägt" gewesen. DB Nr. 1500, 14. 10. 1977, in: Ebenda.

[100] Gespräch Schmidts mit Premierminister Callaghan, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 295, S. 207. Die Drahtzieherschaft von Haddads PFLP-Splittergruppe war Schmidt zu diesem Zeitpunkt unbekannt, ebenso das Schisma zwischen Habasch und Haddad. Cossiga hatte Arnold erklärt, Italiens gute Beziehungen zur PLO, zu Habasch und zum israelischen Geheimdienst Mossad für die Lösung der Angelegenheit nutzen zu wollen; DB Nr. 1500, 14. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 10023 (312), B 150, Aktenkopien 1977.

[101] Vgl. Walther Leisler Kiep, Was bleibt, ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch, Berlin/Wien 1999, S. 207 (Eintrag vom 17. 10. 1977).

[102] SS-Obersturmbannführer Kappler hatte am 24. 3. 1944 die als Vergeltung für einen Partisanenanschlag befohlene Erschießung von 320 italienischen Geiseln in den Ardeatinischen Gräben durchführen lassen. Am 20. 7. 1948 wurde er in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er dabei die Ermordung 15 weiterer Geiseln anordnete. Seit 1955 setzten sich alle Bundesregierungen für Kapplers Begnadigung ein. Vgl. Gespräch Schmidts mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, 18. 1. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 7, S. 32 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lieferungsverbot des Grundgesetzes verweigerte die deutsche Justiz eine Rücküberstellung des entflohenen Sträflings[103]. Angesichts der historischen Reminiszenzen war Italiens Zustimmung zu einem von Deutschen verantworteten oder gar in deutscher Regie durchgeführten Anti-Terror-Einsatz in Rom im Grunde unvorstellbar.

Nach der Landung der „Landshut" in Larnaka setzte sich Innenminister Maihofer mit dem als Außenminister amtierenden zyprischen Finanzminister Andreas Patsalides in Verbindung. Dabei dürfte auch ein Einsatz der GSG-9 erörtert worden sein[104]. Die auf Anti-Terror-Kampf spezialisierte Einheit des Bundesgrenzschutzes war bereits zur Verfolgung der „Landshut" losgeschickt worden[105]. Inzwischen lagen auch erste Angaben über die Flugzeugentführer vor: Dank eines in die Positionsmeldung eingestreuten Hinweises von „Landshut"-Kapitän Jürgen Schumann stand fest, daß es sich um zwei Frauen und zwei Männer handelte[106]. Auch wenn deren Identität unbekannt blieb, gab es frühzeitig Hinweise darauf, daß Palästinenser an der Aktion beteiligt waren. Am Flughafen Larnaka versuchte daher neben der zyprischen Regierung und der bundesdeutschen Botschaft ein Vertreter der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), die Entführer zum Aufgeben zu bewegen, und zwar mit dem Argument, ihre Aktion schade der palästinensischen Sache[107]. Jassir Arafats Organisation, die sich zur Verbesserung ihrer Reputation seit geraumer Zeit von Flugzeugentführungen distanzierte, ließ der Bundesregierung zudem über ihren Repräsentanten in Bonn ausrichten, sie stehe in keinerlei Verbin-

[103] Am 14./15. 8. 1977 gelang Kappler die Flucht aus dem Militärhospital in Rom. Ein Treffen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Andreotti wurde daraufhin verschoben. Vgl. Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, 6. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 236, S. 1167–1170. Zur empörten Reaktion der italienischen Presse auf den Fall Kappler vgl. DB Nr. 1169 des Botschafters Arnold, 17. 8. 1977, in: PA-AA, Ref. 203, Bd. 110235.

[104] Vgl. Dokumentation, S. 87. Außenminister Genscher besuchte zu diesem Zeitpunkt die Volksrepublik China; vgl. AAPD 1977, Dok. 285, S. 1379–1385.

[105] Vgl. Dokumentation, S. 87; nach Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 597, erreichte die GSG-9 Zypern erst nach Abflug der „Landshut". Regierungssprecher Bölling hatte in der Nacht des 13. 10. 1977 mitgeteilt, die Einheit werde nur mit Einverständnis der Regierung vor Ort eingesetzt; vgl. „Bölling: Wir suchen eine Lösung der Menschlichkeit", in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 1.

[106] Vgl. Dokumentation, S. 87 u. S. 76*. In populären Darstellungen werden demgegenüber die späteren Signalzeichen des Piloten hervorgehoben: Während des Aufenthalts in Dubai vom 14. bis 16. Oktober schmuggelte Schumann vier unbenutzte Zigarren in nach außen transportierte Abfallbehälter und orderte vier Zeitungen, „jeweils zwei von unterschiedlichen Sorten", um Aufschluß über die Entführer zu geben. „Der Herbst der Terroristen", in: Der Spiegel vom 29. 9. 1997, S. 175.

[107] Vgl. „Macht keinen Quatsch – das schadet nur unserer Sache'", in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 3. Der PLO-Vertreter mußte sich als „Feigling und Verräter" beschimpfen lassen. Ein Hinweis auf die palästinensische Identität war die Aussage des sich als „Captain Mahmoud" bezeichnenden Leiters des Entführungskommandos, Zohair Yousif Akache, man habe „in Tel Zataar gekämpft". Dieses im Ostteil Beiruts gelegene Palästinenserlager war 1976 von christlichen Milizen ausgelöscht worden. DB Nr. 369 des Legationsrats Freiherr von Maltzahn, z. Z. Damaskus, 16. 10. 1976, in: PA-AA, Ref. 310, Bd. 108752.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung zu den Kidnappern; die PLO werde „alles in ihrer Macht Stehende zur Rettung der Geiseln" unternehmen[108].

Spätestens nach dem Ultimatum an die Bundesregierung[109] und der Begleiterklärung, die „alle Revolutionäre der Welt", „freien Araber" und „alle palästinensischen Massen" zum Kampf gegen die Front „der imperialistischen, reaktionären, zionistischen Allianz" aufrief[110], bestätigte sich der Verdacht, daß zumindest ein Teil der Entführer aus dem Lager der Palästinenser kam. Dafür sprach auch, daß neben der Freilassung der elf inhaftierten RAF-Genossen auch die Haftentlassung von zwei in der Türkei einsitzenden Palästinensern[111] sowie ein Lösegeld von 15 Millionen US-Dollar – anderenfalls würden Schleyer und alle „Landshut"-Insassen exekutiert[112] – gefordert wurde; die von der „Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus" gewählten Selbstbezeichnungen als „Kommando Martyr Halimeh"[113] bzw. „Operation Kofre Kaddum"[114] wiesen in die gleiche Richtung. Die exakte Zusammensetzung der Hijacker-Gruppe blieb indes unklar, so daß zunächst von einem gemeinsamen deutsch-palästinensischen Kommando ausgegangen wurde[115].

---

[108] Aufzeichnung Jessser vom 14. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705. Schmidt hob daher am 20. 10. 1977 hervor, die PLO-Führung habe sich lange vor Befreiung der „Landshut" von der Entführung distanziert; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, Bonn 1977, S. 37–58.

[109] Der RAF-Kontaktmann im Fall Schleyer, der Genfer Rechtsanwalt Payot, übermittelte am 14. 10. 1977, 1.10 Uhr MEZ die erste, in Englisch verfaßte Mitteilung der Flugzeug-Entführer. Vgl. Dokumentation, S. 88 f.

[110] Vgl. ebenda, S. 90–92, hier S. 90.

[111] Die PFLP-Mitglieder Mehdi Mohammed Zihl und Hussein Mohammed al-Raschid hatten am 11. 8. 1976 auf dem Flughafen Istanbul vier wartende Passagiere eines El-Al-Fluges nach Tel Aviv getötet und zwanzig weitere verletzt. Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 881.

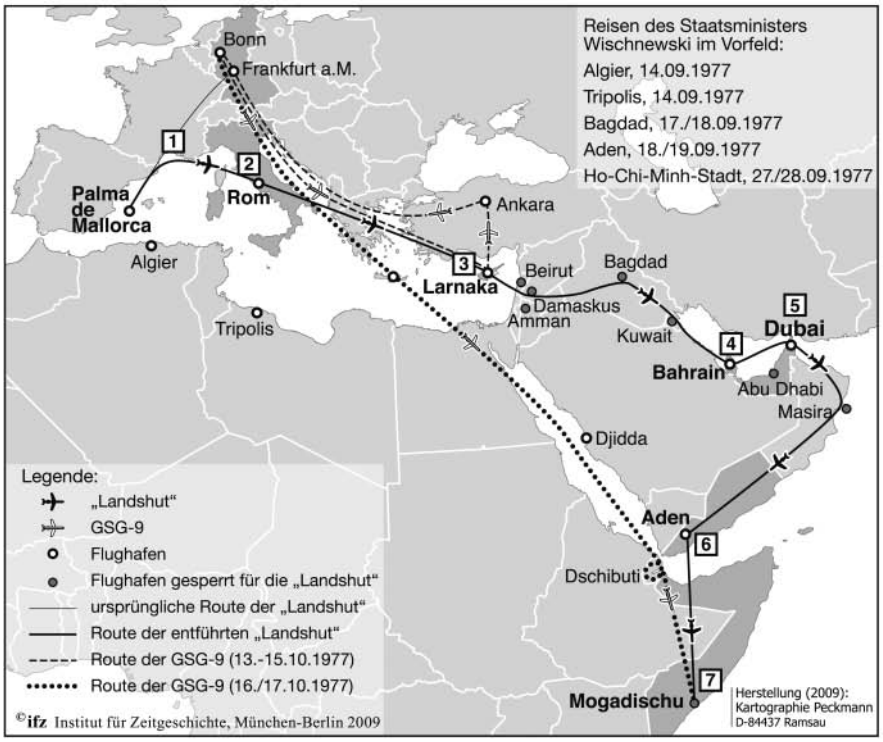
[112] Weiterhin sollten die RAF-Gefangenen mit dem Lösegeld über Istanbul bis 16. 10. 1977, 8.00 Uhr GMT (= 9 Uhr MEZ) nach Vietnam, Somalia oder Südjemen ausgeflogen werden. Vgl. Dokumentation, S. 86 f.

[113] „Halimeh" war der Deckname des „Revolutionäre Zellen"-Mitglieds Brigitte Kuhlmann, die am 27. 6. 1976 mit Wilfried Böse an der von der PFLP-SC durchgeführten Entführung einer Air-France-Maschine auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris teilnahm. Beide wurden von einem israelischen Spezialkommando, das die gekaperte Maschine am 28. 6. 1976 im ugandischen Entebbe befreite, erschossen. Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 879 f. Zur israelischen Entebbe-Aktion vgl. DB Nr. 440 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 4. 7. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 217, S. 1011–1013.

[114] Kofre Kaddum war ein von Israel zerstörtes Palästinenserdorf bei Nablus; vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 434.

[115] Schmidt sprach am Morgen des 14. 10. 1977 beim Telefonat mit Premierminister Callaghan von zwei deutschen und zwei arabischen Entführern, in: PA-AA, B 150, Aktenkopien 1977. Diese Information teilte AA-Staatssekretär van Well auch dem Krisenstab mit; vgl. Friedrich Zimmermann, Kabinettstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991, München 1991, S. 201; vgl. auch „‚Macht keinen Quatsch – das schadet nur unserer Sache'", in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 3. Abweichend war teils von drei Deutschen und einem Araber die Rede; vgl. „Die Terroristen drohen mit Massenmord", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 10. 1977, S. 1; „Arzt durfte nicht an Bord gehen", in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Anmerkungen zur Karte mit „Landshut“- und GSG-9-Route

1) Aix-en-Provence, 13.10.1977, 14.38 Uhr MEZ: Flugsicherung Aix-en-Provence meldet Routenabweichung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ von Palma de Mallorca nach Frankfurt a. M.

13.10.1977, 19.55 Uhr MEZ: Eine Lufthansa-Maschine vom Typ 727 startet in Frankfurt a.M. und nimmt gegen 22.00 Uhr MEZ in Bonn/Köln die GSG-9 auf.

2) Rom, 13.10.1977, 15.45-17.42 Uhr MEZ: Entführte „Landshut“ in Rom-Fiumicino; das Flugzeug wird betankt.

3) Larnaka, 13.10.1977, 20.28-22.50 Uhr MEZ: „Landshut“ in Larnaka; das Flugzeug wird betankt.
13.10.1977, ca. 23.20 Uhr MEZ: Lufthansa-Maschine mit GSG-9 landet in Larnaka.

4) Bahrain, 14.10.1977, 01.52-03.24 Uhr MEZ: „Landshut“ in Bahrain; das Flugzeug wird betankt.

5) Dubai, 14.10.1977, 05.51 Uhr MEZ - 16.10.1977, 12.19 Uhr MEZ: Aufenthalt der „Landshut“ in Dubai; das Flugzeug wird betankt.
14.10.1977, 23.35 Uhr MEZ - 16.10.1977, 16.21 Uhr MEZ: Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski in Dubai.

14.10.1977, morgens - 15.10.1977, 18.35 Uhr MEZ: Aufenthalt der GSG-9-Maschine in Ankara bis zur Rückbeorderung nach Köln/Bonn.

16.10.1977, Insel Masira (zu Oman), Flughafen gesperrt; „Landshut“ dreht Richtung Südjemen ab.

16.10.1977, ca. 22 Uhr MEZ - 17.10.1977, 07.09 Uhr MEZ: Wischnewski in Djidda.

6) Aden, 16.10.1977, 15.55 Uhr MEZ - 17.10.1977, 02.02 Uhr MEZ: „Landshut“ in Aden;
Ermordung des Flugkapitäns Jürgen Schumann; das Flugzeug wird betankt.

7) Mogadischu, 17.10.1977, 04.34 Uhr MEZ: Landung der „Landshut“ in Mogadischu.
17.10.1977, 11.44 Uhr MEZ: Ankunft des Staatsministers Wischnewski in Mogadischu.
17.10.1977, 17.30 Uhr MEZ: Nach mehrstündigem Kreisen über Dschibuti landet GSG-9-Maschine in Mogadischu.
18.10.1977, 00.05-00.12 Uhr MEZ: „Operation Feuerzauber“: Befreiung der entführten „Landshut“ durch GSG-9.
18.10.1977, 04.50 Uhr MEZ: Abflug der befreiten Insassen der „Landshut“ aus Mogadischu.
18.10.1977, 05.00 Uhr MEZ: Abflug des Staatsministers Wischnewski und der GSG-9 aus Mogadischu.

Nach verweigerter Landeerlaubnis in Beirut, Damaskus, Amman und Kuwait und einem kurzen Zwischenstopp in Bahrain erzwangen die „Landshut"-Entführer am 14. Oktober, 5.51 Uhr MEZ, die Landung in Dubai[116]. Der bundesdeutsche Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Hans Joachim Neumann, war zuvor vom Auswärtigen Amt angewiesen worden, den dortigen Staatspräsidenten zu bitten, die Lufthansa-Maschine landen zu lassen und dann festzuhalten. Scheich Zayed bin Sultan al-Nahayan war jedoch an diesem Freitag, dem „islamischen Sonntag", wegen eines Staatsbesuchs nicht erreichbar. Das Außenministerium reagierte abweisend und meinte, das kleine Land könne in der Angelegenheit nicht helfen[117]. Kooperativer zeigte sich das Verteidigungsministerium: Es ließ den Botschafter im Hubschrauber aus der Hauptstadt Abu Dhabi nach Dubai bringen, wo die „Landshut" am Flughafenrand, von Truppen und Sanitätseinheiten umstellt, stand. Die Verhandlungsführung mit den Entführern übernahm der energische Verteidigungsminister Mohammed bin Rashid al-Maktum, der Sohn des Regenten von Dubai. In auf Englisch und Arabisch geführten, als kluge psychologische Kriegsführung gelobten Gesprächen versuchte der Scheich, die Hijacker in den folgenden 48 Stunden zum Aufgeben oder zumindest zur Freilassung von Frauen, Kindern und Kranken zu bewegen[118].

In Bonn tagten unterdessen das Bundeskabinett, der kleine Krisenstab und der große politische Beratungskreis pausenlos. Beschlossen wurde, alle Verhandlungsoptionen auszuschöpfen und gegebenenfalls eine Geiselbefreiung durch die Polizei zu wagen. Die Freilassung der RAF-Häftlinge wurde ausgeschlossen. Am Nachmittag des 14. Oktober wurde Wischnewski im Auftrag der Bundesregierung erneut auf Sondermission geschickt – ausgestattet mit uneingeschränkten Handlungsvollmachten und 10 Millionen DM für den Fall einer Freikauf-Option[119]. Außerdem konsultierte der Bundeskanzler die wichtigsten Verbündeten. Der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing ermutigte Schmidt, trotz der Gefährdung von über 90 unschuldigen Menschen der Erpressung nicht nachzugeben. Geprägt von Frankreichs etatistischem Politikverständnis argumentierte Giscard, es gehe „nicht nur um den deutschen Staat, sondern um die Autorität der europäischen Staaten an sich"[120]. Dieser Appell an ein gesamteuropäisches Verantwortungsbewußtsein verfehlte seine Wirkung nicht[121].

---

[116] Vgl. Dokumentation, S. 87 u. S. 92.

[117] Vgl. Hans Joachim Neumann, Die Entführung der „Landshut", in: Reinhard Bettzuege (Hrsg.), Auf Posten … Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik, München/Landsberg 1996, S. 185–191, hier S. 185.

[118] Vgl. ebenda, S. 186; Wischnewski, Leidenschaft, S. 219.

[119] Vgl. ebenda, S. 217 f.; Dokumentation, S. 95 f.

[120] Telefonat Schmidts mit Giscard d'Estaing, 14. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 284, S. 1377 f., hier S. 1378.

[121] Am 1. 12. 1977 erklärte Schmidt Italiens Ministerpräsident Andreotti, Giscards Rat zur Standhaftigkeit, „sonst müßten in Zukunft alle nachgeben", sei ihm eine große Hilfe gewesen, in: AAPD 1977, Dok. 345, S. 1653.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Praktische Hilfe ergab sich aus Schmidts Telefongesprächen mit dem britischen Premierminister James Callaghan, den der Kanzler angesichts des großen britischen Einflusses in den Golf-Scheichtümern gebeten hatte, auf Dubai einzuwirken[122]. In London wurde daraufhin ein Ad-hoc-Stab aus Vertretern des Außen- und Verteidigungsministeriums, Geheimdienstes, sonstiger Arabien-Experten und dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate eingerichtet, zu dem auch der Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Jürgen Ruhfus, hinzugezogen wurde[123]. Neben Kartenmaterial stellte die britische Regierung zwei Sicherheitsexperten ihrer Elitetruppe *Special Air Service* (SAS), Blendgranaten und kugelsichere Spezialwesten zur Verfügung, die später in Mogadischu zum Einsatz kommen sollten[124]. In Dubai selbst stellte Generalkonsul St. John Armitage weisungsgemäß sicher, daß nichts unterblieb, was Großbritannien an Hilfe leisten konnte. Und das war angesichts der traditionellen Präsenz von Briten in den Polizei- und Streitkräften des Golf-Emirats nicht wenig[125].

Staatsminister Wischnewski gelang es noch in der Nacht des 14. Oktober, Befürchtungen der VAE über eine deutsche Bevormundung zu zerstreuen und ein Vertrauensverhältnis zu Scheich Mohammed aufzubauen, indem er dessen Führungsverantwortung unterstrich und den deutschen Begleit-Troß auf ein Minimum reduzierte[126]. Nachdem alle Gespräche mit den Hijackern ergebnislos geblieben waren – selbst Wischnewskis Angebot, sich im Austausch gegen die zivilen Geiseln in deren Gewalt zu begeben[127], wurde brüsk abgewiesen –, wuchs die Bereitschaft des VAE-Verteidigungsministers, das Flugzeug stürmen zu lassen. Die Befreiungsaktion sollte von lokalen Einheiten durchgeführt werden, deutsche und britische Experten sollten sie dabei, wenn nötig, unterstützen[128]. Doch zeigte sich, daß der für solch heikle Einsätze notwendige Ausbildungsstand nicht vorhanden war. Die Bundesregierung bemühte sich deshalb, die Zustimmung für den Einsatz deutscher Spezialkräfte zu erhalten. Meldungen, die GSG-9 stehe

[122] Telefonate Schmidts mit Callaghan, 14. 10. 1977, in: PA-AA, Bundeskanzleramt, Az: 21-30100(56), Bd. 43, B 150, Aktenkopien 1977.

[123] Vgl. ebenda; Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, 21. 10. 1977, in: Ebenda; Jürgen Ruhfus, Aufwärts. Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992, Sankt Ottilien 2006, S. 229 f. (dort fehldatiert); Bernard Donoughue, Downing Street Diary. With James Callaghan in No. 10, London 2008, S. 248; „Conclusions of a Meeting of the Cabinet on 20 October 1977", CM(77) 32nd Conclusions, S. 1, in: The National Archives, Kew/Großbritannien, CAB/128/62/10.

[124] Vgl. Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 614.

[125] Vgl. Neumann, Entführung, in: Bettzuege (Hrsg.), Auf Posten, S. 188; Zimmermann, Kabinettstücke, S. 202.

[126] Vgl. Neumann, Entführung, in: Bettzuege (Hrsg.), Auf Posten, S. 188.

[127] Vgl. dazu Wischnewski, Leidenschaft, S. 220; Neumann, Entführung, in: Bettzuege (Hrsg.), Auf Posten, S. 188.

[128] Vgl. DE Nr. 405 Lewalter für BM Genscher, 15. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 288, S. 1394. Schmidt teilte Callaghan am 16. 10. 1977 mit, es stünden 30 VAE-Fallschirmspringer, drei deutsche und zwei britische Sicherheitsexperten sowie „mehrere Briten in dem Dienst von Dubai" zur Verfügung; vgl. AAPD 1977, Dok. 289, S. 1395 f. Nach Neumann, Entführung, in: Bettzuege (Hrsg.), Auf Posten, S. 188, wurde bereits an einer Boeing 737 ein Einsatz trainiert.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereits in Ankara, schürten am 15. Oktober allerdings erhebliche Unruhe, so daß Wischnewski um 17.41 Uhr MEZ gezwungen war, Gerüchte über eine bevorstehende Erstürmung der „Landshut" zu dementieren[129].

Tatsächlich mußte die Grenzschutztruppe am Nachmittag desselben Tages aus der türkischen Hauptstadt abgezogen werden. Seit dem Morgen des 14. Oktober stand eine Lufthansa-Maschine mit der GSG-9 an Bord im militärischen, jedoch leicht einsehbaren Teil des Flughafens Ankara. Als die Presse am Tag darauf über die Anwesenheit „eines Zugs deutscher Soldaten" berichtete, erbat die Türkei deren Verlegung. Der Bundeskanzler veranlaßte daraufhin eine Demarche an Ministerpräsident Süleyman Demirel, der den Verbleib der GSG-9 sicherstellen sollte. Insofern überraschte es, daß das Bundesinnenministerium wenige Stunden später die Rückkehr der Einheit nach Köln anordnete[130]. Bonn und Ankara deuteten den Vorgang offenbar völlig unterschiedlich: Für den Bundeskanzler stand fest, „daß die GSG-9-Einheit von Ankara auf türkischen Druck habe abgezogen werden müssen"[131]. Dagegen lobte der deutsche Botschafter Ulrich Sahm die Haltung des NATO-Partners „als außerordentlich hilfreich und verständnisvoll", monierte aber, sein wegen der zwei in Istanbul inhaftierten Palästinenser in den Entführungsfall involviertes Gastland sei „auf die wiederholten Bitten um Übermittlung der Absichten der Bundesregierung […] ohne jede Antwort geblieben"[132]. Tatsächlich hat wohl nur der glückliche Ausgang der Entführung wenige Tage später eine aus dieser Episode resultierende Eintrübung der deutsch-türkischen Beziehungen verhindert.

An Bord der „Landshut" spitzte sich unterdessen die Lage weiter zu, da die Spritreserven ausgingen und damit die Kühlsysteme ausfielen. Zu Todesangst und bestialischem Gestank kamen nun Temperaturen von über 50 Grad Celsius[133]. Am Morgen des 16. Oktober erzwangen die Entführer die Auftankung der „Landshut". Diese erfolgte wenige Minuten vor der angedrohten Exekution der ersten Geiseln[134]. Damit wurde ein Abflug immer wahrscheinlicher. Die Bundesregierung wollte ihn unbedingt verhindern. Nach ihrer Einschätzung „sei im ganzen Mittleren Osten kein Flughafen für die weitere Behandlung des Falles so

[129] Vgl. „Krisenstäbe tagen fast ohne Pause", in: Die Welt vom 17. 10. 1977, S. 2. Schmidt spricht von „erheblichem Druck", den Dubai angesichts der „unbegründete[n] Befürchtung" ausgeübt habe, „wir könnten die Einheit ohne Einverständnis der Regierung von Dubai einsetzen"; Telefonat mit Callaghan, 16. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 289, S. 1396.

[130] Vgl. DB Nr. 974 des Botschafters Sahm, Ankara, 20. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 299, S. 1436–1438.

[131] So Schmidt im Telefonat mit Callaghan, 16. 10. 1977, in: Ebenda, Dok. 289, S. 1396.

[132] DB Nr. 974 von Sahm, Ankara, 20. 10. 1977, in: Ebenda, Dok. 299, S. 1438. Die Türkei hatte bereits bei der ersten Unterrichtung am 14. 10. 1977 signalisiert, sich in der Frage einer Freilassung an der Bundesregierung zu orientieren; vgl. DB Nr. 940 von Sahm, in: PA-AA, VS-Bd. 10023 (312), B 150, Aktenkopien 1977.

[133] Vgl. die Zeitzeugenberichte in: Siemens, System, S. 204–216; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 435 f.

[134] Vgl. „Der Herbst der Terroristen", in: Der Spiegel vom 29. 9. 1997, S. 179.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

geeignet wie der von Dubai", vertraute Schmidt seinem Kollegen Callaghan am Telefon an[135]. Der Premierminister möge Einfluß auf Dubai ausüben, um den Start der Maschine zu verhindern, bzw. eine Aktion der in Dubai befindlichen Einsatzkräfte zu erwirken, falls mit der Erschießung von Passagieren begonnen würde. Ferner sollte Callaghan das saudi-arabische Königshaus zu entsprechender Interpellation in den Emiraten bewegen. Schließlich bat Schmidt, die britische Militärbasis auf Zypern benutzen zu dürfen, um die GSG-9 näher an Einsatzorte im Mittleren Osten heranführen zu können, falls es doch zum Weiterflug der „Landshut" kommen sollte. Erneut sagte der britische Regierungschef Hilfe zu[136].

In eindringlichen Telefongesprächen mit Scheich Mohammed und Präsident Zayed versuchte Schmidt, den Weiterflug der „Landshut" zu verhindern. Der Verteidigungsminister zeigte sich zwar kooperationswillig, machte aber deutlich, an Vorgaben seiner Regierung gebunden zu sein[137]. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate dagegen appellierte mehrfach an den Kanzler, aus humanitären Gründen den Entführern nachzugeben und so die Geiseln zu retten[138]. Schmidt hielt dagegen, erinnerte an die von den freizupressenden Terroristen begangenen Mordtaten, die sich dann wiederholen würden, und brachte, als Hilfsangebot kaschiert, die Entsendung weiterer Sicherheitsexperten nach Dubai ins Spiel. Ein polizeilicher Zugriff sei trotz aller damit verbundenen Risiken alternativlos, denn ein Abflug des entführten Flugzeugs würde „mit Sicherheit den Tod aller Passagiere verursachen"[139].

Daß die „Landshut" noch während seines Telefonats mit dem Staatschef abfliegen durfte, empörte den Bundeskanzler. Wischnewski brachte dafür mehr Verständnis auf: Der konservative Präsident habe in einem Land mit vielen palästinensischen Gastarbeitern schwerlich einen Einsatz deutscher Spezialkräfte gegen Araber billigen können[140]. Selbst der enge NATO- und EG-Partner Italien hatte sich ja nicht zu einem solchen Schritt durchringen können.

---

[135] Telefongespräch Schmidts mit Callaghan, 16. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 289, S. 1394. Auch im Telefonat mit VAE-Verteidigungsminister Mohammed drängte Schmidt, einen Abflug gegebenenfalls durch Zerschießen der Reifen zu verhindern; vgl. ebenda, Dok. 290, S. 1397 f., hier S. 1398.

[136] Callaghan empfahl eine eigene Kontaktaufnahme mit dem Regenten von Dubai und riet von der Einwirkung über Saudi-Arabien angesichts der gespannten Beziehungen der Nachbarstaaten ab. Wegen der explosiven Stimmung auf der geteilten Insel sei Großbritannien hinsichtlich der Zypern-Basis zurückhaltend; vgl. ebenda, S. 1396 f. Die GSG-9 logierte letztendlich auf Kreta.

[137] Vgl. AAPD 1977, Dok. 290, S. 1397 f. Ergänzend übermittelte das Kanzleramt Fernschreiben an Präsident Zayed und den als VAE-Vizepräsidenten amtierenden Regenten von Dubai; vgl. Dokumentation, S. 106.

[138] Vgl. Telefongespräch Schmidts mit Präsident Zayed, 16. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 291, S. 1399–1402.

[139] Ebenda, S. 1401.

[140] Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 221.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aden, die nächste Station der „Landshut", wurde zum Wendepunkt in dem Entführungsdrama. Folgt man den Zeugnissen mehrerer Beteiligter, sollte die Entführung nach Haddads Plänen spätestens in Südjemen enden: Hier wähnte man sich vor einem militärischen Zugriff sicher. Vorgesehen war, das Kommando „Martyr Halimeh" durch PFLP-SC-Mitglieder vor Ort zu erneuern und die Geiseln bis zum Gefangenenaustausch in eines der Trainingcamps zu bringen[141]. Doch statt Hilfe erhielten die Entführer in Aden einen eisigen Empfang: Trotz Spritmangels wurde der „Landshut" die Landeerlaubnis verweigert, die Rollbahn verbarrikadiert, die Funknavigation eingestellt. Nach der riskanten Notlandung neben der blockierten Flugbahn wurde die Maschine vom Militär umstellt und ultimativ zum Weiterflug aufgefordert[142]. Damit wurde für die Entführer klar, daß sie endgültig die Kontrolle über die Aktion verloren hatten: Fortan beherrschten die Ereignisse sie und nicht umgekehrt. Selbst die Ermordung des Piloten Jürgen Schumann, der bei einer Außenbord-Untersuchung der „Landshut" kurz verschwunden war, um mit den jemenitischen Behörden eine unblutige Lösung der Entführung zu erörtern[143], läßt sich als unausgesprochenes Eingeständnis des Scheiterns deuten.

Die rigide Sperrung des Luftraums durch Südjemen betraf auch den der „Landshut" nacheilenden Wischnewski, der am Abend des 16. Oktober gezwungen war, ins saudische Djidda auszuweichen[144]. Dort verhandelte er mit dem Geschäftsträger der Demokratischen Volksrepublik (Süd-)Jemen. Zusätzlich bat Bundeskanzler Schmidt Saudi-Arabiens König Khalid und Kronprinz Fahd telegrafisch, auf die DVRJ einzuwirken und sie zum Festhalten der „Landshut" zu bewegen[145]. Der gerade in Saudi-Arabien weilende CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wurde ebenfalls in diesem Sinne aktiv[146]. Tatsächlich engagierte sich das konservative Königreich, das erst im Vorjahr diplomatische Beziehungen mit Aden aufgenommen hatte[147], finanziell stark in Südjemen, was dessen sozialistische Bruderstaaten mißtrauisch beäugten[148].

---

[141] Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 888, mit Verweis auf Stefan Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent ... Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 49; Heinrich Breloer, Todesspiel. Von der Schleyer-Entführung bis Mogadischu. Eine dokumentarische Erzählung, Köln 1997, S. 241 f., mit Verweis auf Aussagen der überlebenden Entführerin Souheila Andrawes; Aust, Baader-Meinhof-Komplex, mit Verweis auf Aussagen Peter-Jürgen Boocks; vgl. Boock, Entführung, S. 173 f.

[142] Vgl. Jürgen Vietor, in: Siemens, System, S. 216; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 445.

[143] Vgl. „Der wahre Held der ‚Landshut'", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 11. 2007, S. 46.

[144] Vgl. Dokumentation, S. 107; Wischnewski, Leidenschaft, S. 222.

[145] Aufzeichnung Jesser, 3. 11. 1977, in: PA-AA, Unterabteilung (UA) 31, Bd. 135632. Jesser vermerkt allerdings auch, daß bei Wischnewskis Aufenthalt in Djidda das Mißtrauen gegen das Eingreifen eines deutschen Kommandos im arabischen Raum deutlich geworden sei.

[146] DB Nr. 560 des Botschafters Schlagintweit, Djidda, 20. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119948.

[147] DB Nr. 125 des Botschafter Montfort, Djidda, 11. 3. 1976, in: Ebenda, Bd. 108833.

[148] Gespräch Lambertz mit Abdel Aziz Abdul am 16. 9. 1977, in: SAPMO, DY/30/IVB2/20/124.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Von den einflußreichen Mächten in Südjemen, die sich nun der deutschen Interessen annehmen sollten, käme für die Bundesrepublik nur Saudi-Arabien und die UdSSR in Betracht, urteilte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Kanzleramt. Von einer entsprechenden Bitte an die DDR riet Ruhfus ab, da die Gefahr bestehe, „daß wir uns Honecker politisch verpflichten". Zudem werde Ost-Berlin sein kaschiertes Engagement bei den jemenitischen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten „nicht durch eine entsprechende Unterstützungsaktion an den Tag bringen wollen"[149]. Doch in der Stunde der Not galten solche Bedenken wenig: Selbst Hans-Dietrich Genscher, der sonst aus deutschlandpolitischen Gründen selten das Gespräch mit seinem DDR-Kollegen suchte, telefonierte am Abend des 16. Oktober mit Außenminister Oskar Fischer. Dieser wies um 22 Uhr DDR-Botschafter Scharfenberg an, auf ein kooperatives Verhalten zur Beilegung des Geiseldramas hinzuwirken[150].

Ob die DDR vor Ort tätig wurde, bleibt allerdings unklar[151]. Ehemalige RAF-Angehörige vermuten, Ost-Berlin habe mitgeholfen, einen PFLP-Kommando-Wechsel in Aden zu verhindern oder Bonn sogar Informationen über die schlechte Bewaffnung der Kidnapper geliefert[152], um dem SPD-Kanzler Schmidt aus der Bedrängnis zu helfen und ihn als Partner in der Entspannungspolitik zu stärken[153]. Aktenbeweise dafür fehlen indes[154], auch wenn Ost-Berlin in den Folgejahren ein gesuchter Gesprächspartner Bonns blieb, wenn es um Terroristen im Jemen ging[155].

---

[149] Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, 16. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705.

[150] Vgl. Aufzeichnung des MDg Bräutigam, Bundeskanzleramt, 17. 10. 1977 über ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Ständigen Vertretung [StäV] der DDR in Bonn (und MfS-Mitarbeiter), Ralf-Peter Devaux, in: AAPD 1977, Dok. 294, S. 1408 f. Das SED-Zentralorgan berichtete zeitverzögert über das Telefonat der Außenminister; vgl. „Erklärung des BRD-Kanzlers", in: Neues Deutschland vom 20. 10. 1977, S. 7.

[151] LR I Daum, Aden, berichtete am 1. 11. 1977, Scharfenberg habe ihm eine Weisung von Außenminister Fischer und entsprechende Aktivitäten bestätigt; SB Nr. 294, in: PA-AA, UA 31, Bd. 135632. Am 18. 10. 1977 ließ Genscher seinen Dank an Fischer übermitteln; DE Nr. 1185 des MD Blech an StäV Ost-Berlin, in: PA-AA, Ref. 210, Bd. 116467.

[152] Vgl. Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 271, Anm. 1509, u. S. 273 f., Anm. 1521; Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 889; Breloer, Todesspiel, S. 242.

[153] Ein Gespräch zwischen dem Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, Günter Gaus, und dem ZK-Mitglied der SED, Herbert Häber, am Tag der „Landshut"-Befreiung und den Selbstmorden in Stammheim verdeutlicht den Konnex. Gaus betonte, das „einzig Gute an den Ereignissen der letzten Tage bestehe darin, daß die Position der Bundesregierung und vor allem die von Schmidt gestärkt sei [...]." Bei einem anderen Ausgang „hätte man sich fürchten müssen", in: Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 143.

[154] DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann traf unmittelbar nach Abflug der „Landshut" am 17. 10. 1977 in Südjemen ein; SB Nr. 279 des LR I Daum, Aden, 19. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 11926. In Akten der Nationalen Volksarmee über diesen Besuch findet der „Landshut"-Fall aber keine über Presseberichte hinausgehende Vertiefung; Bundesarchiv–Militärarchiv Freiburg, NVA, Politorgane, AZN 8290.

[155] Vgl. Gespräch Honeckers mit Gaus, 3. 11. 1980, in: Bonn und Ost-Berlin. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 551; Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999, S. 149.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch zur Sowjetunion suchte Bonn am 16./17. Oktober Kontakt. Genscher und sein Staatssekretär Günther van Well sprachen über die Entführung mit Botschafter Valentin Falin, der zusagte, in Südjemen für die Bundesregierung zu intervenieren; in Moskau versprach der Abteilungsleiter des Außenministeriums, Alexander Bondarenko, die Angelegenheit an höherer Stelle vorzutragen[156]. Diese im Kalten Krieg keineswegs selbstverständliche Kooperationsbereitschaft steht jedoch im Kontrast zu der Tatsache, daß Wadi Haddad, der „mastermind" der „Landshut"-Entführung, enge Verbindungen mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB unterhielt[157]. Ohne Auswertung russischer Quellen bleibt daher die Rolle der östlichen Supermacht bei der „Landshut"-Entführung weiter im Dunkeln[158].

Das von der „Landshut" nach dem Abflug aus Aden angesteuerte Ziel hieß Mogadischu, wo die Maschine am 17. Oktober um 4.34 Uhr MEZ landete. Die Bundesregierung dürfte davon kaum überrascht gewesen sein. Bereits in der ersten Mitteilung der Kidnapper war Somalia als mögliches Aufnahmeland für die RAF-Häftlinge genannt worden, weshalb Bonn sofort Kontakt zu dem ostafrikanischen Land aufgenommen hatte[159]. Obwohl von einem somalischen Diplomaten in Kenia zu hören war, sein Land sei zu solch einem Schritt bereit[160], hatte Somalia am 15. Oktober erklärt, weder zur Aufnahme der RAF-Häftlinge noch der „Landshut"-Entführer bereit zu sein[161]. Wenig Gutes verhießen aus Bonner Sicht jedoch die Trainingscamps extremistischer Palästinenser in Somalia sowie Hinweise auf eine Verstrickung des Landes in die Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe im Vorjahr[162]. Vor allem aber war Somalia – was die Situation zusätzlich verkomplizierte – Kriegsgebiet.

Am Horn von Afrika überlagerten sich Ende der 1970er Jahre indigene ethnisch-nationale Konflikte mit der globalen Ost-West-Konfrontation. Nachdem in den 1975 unabhängig gewordenen Staaten Angola und Mosambik Moskau-orientierte Befreiungsbewegungen die Regierungsmacht errungen hatten, fürchteten die USA, die östliche Supermacht mißbrauche die Détente-Politik für eine unge-

[156] Aufzeichnung des MD Meyer-Landrut, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705. Genschers Dankschreiben an Außenminister Gromyko, 18. 10. 1977, in: Ebenda, DE des MD Blech. Schmidt dankte am 20. 10. 1977 der UdSSR und der DDR für ihre Hilfe, vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, S. 3758.

[157] Vgl. dazu Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, The Mitrokhin Archive II. The KGB and the World, London 2005, S. 246–255.

[158] Sowjetische Militärberater in Somalia sollen durch Bewegung ihrer MIGs dazu beigetragen haben, daß der Einflug der GSG-9-Maschine von den Terroristen nicht bemerkt worden sei; vgl. Breloer, Todesspiel, S. 270.

[159] Vgl. Dokumentation, S. 89 u. S. 101. Zeitverzögert wurden auch die inhaftierten RAF-Angehörigen nach ihrer Bereitschaft zur Ausreise nach Somalia befragt, die von allen bejaht wurde; vgl. ebenda, S. 103 f.

[160] Vgl. „Krisenstäbe tagen fast ohne Pause", in: Die Welt vom 17. 10. 1977, S. 2.

[161] Vgl. „Somalia lehnt die Aufnahme der Häftlinge ab", in: Ebenda, S. 1.

[162] Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 889; Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 464; Breloer, Todesspiel, S. 237 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bremste Expansion im rohstoffreichen afrikanischen Kontinent. In Äthiopien, der strategischen Zentralmacht am Horn von Afrika, die als der älteste Kooperationspartner der USA in Afrika galt, drohte die Sowjetunion ihren Siegeszug fortzusetzen[163]: Der „Provisorische Militärverwaltungsrat", der 1974 Kaiser Haile Selassie gestürzt hatte, radikalisierte sich und richtete sich zunehmend auf den Ostblock aus. Der Abschluß eines Militärabkommens mit der UdSSR im Dezember 1976 und die Schließung aller amerikanischen Einrichtungen in Äthiopien im April 1977 markierten einen ungewöhnlichen Frontwechsel im Kalten Krieg[164].

Allerdings hegte auch Somalia, seit 1969 der wichtigste Verbündete der UdSSR in der Region, massive Vorbehalte gegen die sowjetische Annäherung an seinen Nachbarn. Somalia empfand sich als Opfer kolonialer Grenzziehungen und erhob deshalb Gebietsansprüche gegen seine Nachbarn: gegen Kenia, gegen das 1977 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassene Dschibuti und gegen Äthiopien, dessen Provinz Ogaden aufgrund der ethnischen Zusammensetzung als unverzichtbarer Bestandteil des eigenen Staates reklamiert wurde[165]. Um den verhaßten größeren Nachbarn zu schwächen, unterstützte Somalia die gegen Addis Abeba gerichtete Sezessionsbewegung in Eritrea[166] und die im Ogaden aktive „Westsomalische Befreiungsfront" (WSLF). Sowjetischen Bestrebungen, den Antagonismus ihrer Verbündeten Somalia, Äthiopien und Südjemen durch die Schaffung einer Föderation zu überwinden[167], scheiterten. Somalia weigerte sich, „die ideologische Solidarität mit dem Regime in Äthiopien über seine nationalen Interessen zu stellen und auf seine territorialen Forderungen zu verzichten"[168]. Die UdSSR setzte seither verstärkt auf Äthiopien. Sowjetische Waffenlieferungen für Addis Abeba ließen Mogadischu seinerseits über ein „renversement des alliances" nachdenken, steigerten aber vor allem die Spannungen mit Äthiopien. Diese mündeten im Juli 1977 in militärische Auseinandersetzungen, auch wenn Mogadischu seine aggressiven Absichten hinter angeblich eigenständigen

[163] Der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Carter sah daher die Entspannungspolitik im Sand des Ogaden begraben; vgl. Zbigniew Brzezinski, Power and Principle. Memoirs of the National Security Adviser 1977–1981, London 1989, S. 189; Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Müller, 20. 1. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 8, S. 38 f.

[164] Vgl. Girma Ghebresillasie, Kalter Krieg am Horn von Afrika. Regional-Konflikte: Äthiopien und Somalia im Spannungsfeld der Supermächte 1945–1991, Baden-Baden 1999, S. 69 ff.; Peter Woodward, US Foreign Policy and the Horn of Africa, Aldershot 2006, S. 20 f.

[165] Zur somalischen Irredenta-Sicht vgl. Aufzeichnung des Ref. 312, 16. 7. 1976, in: PA-AA, Ref. 312, Bd. 108214; Gespräch van Well mit Botschafter Bokah, 7. 6. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 147, S. 763; Gespräch Schmidts mit Staatspräsident Tito, 27. 5. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 134, S. 701.

[166] SB des Botschafter Lankes, Addis Abeba, 31. 3. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116756.

[167] Vgl. die Aufzeichnung des sowjetischen Gesandten in Addis Abeba, Sinitis, vom 30. 3. 1977, URL: http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034E359-96B6-175C-985E7AB956FA4EB3&sort=Collection&item=The%20Horn%20of%20Africa%20Crisis (15.6.08); „Castro Mission To Somalia Reported", in: International Herald Tribune vom 18. 3. 1977, S. 1.

[168] Aufzeichnung des Ref. 312 vom 2. 6. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aktivitäten der WSLF zu kaschieren versuchte[169]. Die somalische Seite erzielte zunächst weitreichende Geländegewinne, bis ihre Offensive an den strategisch wichtigen Orten Harar und Dire Dawa Ende September 1977, also kurz vor Ankunft der „Landshut", zum Stehen kam[170]. Angesichts der strategischen Bedeutung des Horns von Afrika weitete sich der Ogaden-Krieg rasch zu einem Stellvertreterkrieg aus, in dem sich nicht nur die Interessen der Supermächte kreuzten: Im Bestreben, das Rote Meer gleichsam in ein arabisches Binnenmeer zu verwandeln, unterstützten die meisten arabischen Staaten, insbesondere Saudi-Arabien und Sudan, das islamisch geprägte und seit 1974 der Arabischen Liga angehörende Somalia[171]. Äthiopien dagegen erhielt Waffen aus Israel[172], den Ostblockstaaten und aus Kuba, das sogar eigene Kampftruppen entsandte[173].

Die Bundesrepublik gewährte Mogadischu seit 1962 Ausrüstungshilfe für die Polizei. Für 1977 waren darüber hinaus acht Millionen DM Kapitalhilfe und fünf Millionen technische Hilfe vorgesehen[174]. Innenpolitisch war diese Hilfe umstritten, stellten doch CDU und CSU deren Sinn in Frage, da sie lediglich dem Machterhalt eines sozialistischen Polizeistaatsregimes diene. Auch das Auswärtige Amt sah im Frühjahr 1977 wenig politische Gemeinsamkeiten: Somalia vertrete stets „die Haltung der radikalsten Staaten der Dritten Welt und der S[owjet]-U[nion]/DDR". Abgelehnt wurde darum ein von somalischer Seite angeregter Besuch von Genscher in Mogadischu[175]. Ungeachtet dessen lud der somalische Botschafter in Bonn, Yusuf Adan Bokah, im Mai 1977 Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei in sein Land ein. Bokah machte dabei deutlich, „daß sich die somalische Außenpolitik in einer Richtungsänderung befinde". Offen ließ er dabei, ob ein Bruch mit der UdSSR angestrebt sei[176]. Der Besuch des somalischen Verteidigungsministers in Moskau einen Monat später deutete in eine andere Richtung, doch Bokah signalisierte dem Auswärtigen Amt erneut Mogadischus Bereitschaft zum Lagerwechsel: Der Marxismus habe angesichts von Somalias Verwurzelung im Islam einen schweren Stand. Die Sowjetunion werde

[169] Vgl. dazu Europa-Archiv 32 (1977), Teil 3, Z 149, Z 153, Z 165 u. Z 173.

[170] Vgl. „Der Krieg im Ogaden", in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe vom 30. 9. 1977, S. 5; Volker Matthies, Kriege am Horn von Afrika, Berlin 2005, S. 144 ff.

[171] Vgl. dazu Gespräch Schmidts mit Tito, in: AAPD 1977, Dok. 134, S. 701; DB Nr. 390 des Botschafters Schlagintweit, Djidda, 7. 7. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116760; Gespräch van Well mit den Außenministern de Guiringaud, Owen und Vance, 7. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 352, S. 1695.

[172] Vgl. AAPD 1977, Dok. 297, S. 1425, Anm. 6, bzw. Dok. 378, S. 1810 f.

[173] Vgl. dazu deutsch-somalisches Regierungsgespräch, 30. 11. 1977, in: Ebenda, Dok. 341, S. 1632.

[174] Aufzeichnung Lahn, 20. 1. 1977, in: PA-AA, Ref. 304, Bd. 102919.

[175] Aufzeichnung des Ref. 312, 6. 1. 1977 (irrtümlich auf 1976 datiert), in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827. Bonns Botschafter Horst Becker bezeichnete, „Opportunismus, Schaukelpolitik und Unberechenbarkeit" als „Hauptelemente somalischer Politik"; DB Nr. 4, 14. 1. 1977, in: Ebenda.

[176] Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Schacky, 2. 6. 1977, in: Ebenda, Bd. 116826. Schon am 24. 3. 1977 hatte Schlei dem Kanzler angedeutet, verstärkte Entwicklungshilfe in Somalia könne sinnvoll werden, da sich eine politische Umorientierung des Landes andeute; vgl. AAPD 1977, Dok. 74, S. 379.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihre Hilfe einstellen, da Somalia auf seine Souveränität und Unabhängigkeit poche. Somalia werde bald nach neuen Freunden Ausschau halten: „I hope you also made your preparations."[177] In der Tat nahm Bonn die nach Ausbruch des somalisch-äthiopischen Krieges unterbrochene Ausrüstungshilfe für Somalia rasch wieder auf, um „die der Sowjetunion entgegengesetzten Kräfte und damit die sich anbahnende Lösung Somalias von der Sowjetunion zu unterstützen"[178].

Bei einer „Fact-finding"-Mission nach Somalia konstatierte Genschers Planungsstabschef Klaus Kinkel Mitte September, daß Somalias Abkehr vom Ostblock „weiter fortgeschritten sei, als wir es bisher für möglich gehalten hätten"[179]. Der somalische Außenminister habe die Sowjetunion wegen ihrer Unterstützung für das „faschistische Regime" in Addis Abeba heftig attackiert: „Wenn Äthiopiens jetziger Weg Sozialismus sei, verzichte Somalia auf diese Form von Sozialismus." In Erwartung einer baldigen Gegenoffensive dränge Somalia auf Waffenlieferungen des Westens, dem an der Verhinderung einer strategischen Vorrangstellung der UdSSR am Horn von Afrika gelegen sein müsse. Mogadischu sei über die westliche Zurückhaltung enttäuscht, zumal die USA und Großbritannien zunächst Hilfe zugesagt hätten[180]. Kinkel machte jedoch auch deutlich, daß die Bundesrepublik lediglich Wirtschaftshilfe leisten könne: „Waffenlieferungen kämen auf keinen Fall in Frage."[181] Dies bekräftigte Außenminister Genscher auch gegenüber seinem somalischen Kollegen am Rande der UN-Vollversammlung am 30. September[182].

In New York beschlossen die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik eine gemeinsame Horn-von-Afrika-Kontaktgruppe[183]. Bei deren Zusammentritt am 4. Oktober 1977 herrschte Einigkeit, daß Somalia sich militärisch übernommen habe. Spätestens in sechs Monaten sei eine Kriegswende zu erwarten, denn während die UdSSR ihre Lieferungen an Mogadischu eingestellt habe, werde Äthiopien mit um so mehr Waffen versorgt. Doch blieb die Bereitschaft gering, dem Frontenwechsler Somalia aus der Notlage zu helfen, zumal die als eigentliche Interessenvertreter des Westens am Horn geltenden Regierungen in Kenia und Dschibuti den somalischen Irredentismus fürchteten. Der britische Vertreter brachte das Dilemma des Westens auf den Punkt: „Einerseits könne er wegen des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen keine Waffen an

[177] Gespräch van Well mit Bokah, 7. 6. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 147, S. 763–766, hier S. 764.
[178] Aufzeichnung des MDg Pfeffer, 1. 8. 1977, in: PA-AA, Ref. 304, Bd. 102913. Die Ausrüstungshilfe für Äthiopien wurde erst im September wieder aufgenommen; DB Nr. 2267 Lahn, z. Z. New York, 30. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178692.
[179] Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat Kaestner vom 30. 9. 1977 über Kinkels Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Somalia, John Loughran, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408.
[180] DB Nr. 152 Kinkel, z. Z. Mogadischu, 14. 9. 1977, bzw. DB Nr. 374 desselben aus Nairobi, 15. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 116826.
[181] Aufzeichnung Kaestner vom 30. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408.
[182] DB Nr. 2284 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse von der Gablentz, z. Z. New York, 30. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178692.
[183] Aufzeichnung Jesser, 9. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Somalia liefern, womit er andererseits der Sowjetunion die Möglichkeit eröffne, sich in Äthiopien und in der Region überhaupt zu etablieren." Nur langfristige Entwicklungshilfe für die ganze Region könne den sowjetischen Einfluß eindämmen, lautete das nüchterne Fazit. Waffenlieferungen an Somalia schlossen alle Teilnehmer aus – Frankreich allerdings nur, weil Mogadischu statt angebotener Defensivwaffen moderne Großkampfsysteme verlangt hatte[184].

Bei der Landung der „Landshut" in Mogadischu befanden sich die deutsch-somalischen Beziehungen also in einem alles andere als belastungsfähigen Zustand. Sprechendes Indiz dafür war die Vakanz des Botschafterpostens in Somalia während der Oktober-Tage[185]. Da Präsident Siad Barre, wie Regierungssprecher Bölling rückblickend formuliert, „weiß Gott kein Vollblutdemokrat" war[186] und sein Regime nach den jüngsten Volten als unberechenbar galt, hatte Wischnewski, der am 17. Oktober um 11.44 Uhr MEZ in Mogadischu eintraf, eine wahre Herkules-Aufgabe zu bewältigen.

Auch in Bonn lief das Krisenmanagement am 17. Oktober auf Hochtouren. Um 7.50 Uhr bat Genscher im Namen der Bundesregierung den somalischen Botschafter, den Weiterflug des entführten Flugzeuges zu verhindern und alle Möglichkeiten zur Rettung der Geiseln zu prüfen, auch „Maßnahmen durch somalische Kräfte". Obwohl das Bundeskriminalamt bereits gewußt haben dürfte, daß man es mit einem rein palästinensischen Entführungskommando zu tun hatte[187], betonte Genscher, die Entführer seien drei Deutsche und ein Araber, um so einem arabischen Solidarisierungseffekt vorzubeugen. Die PLO habe sich von der Aktion distanziert, die „also nicht die Aktion einer Befreiungsbewegung sei, sondern ein Verbrechen deutscher Krimineller". Wenn Somalia „in dieser Frage von nationaler Bedeutung helfe", könne es „sofort und in Zukunft mit umfassender deutscher Hilfe rechnen"[188]. Auf dieser Linie argumentierte um 8.10 Uhr auch der Bundeskanzler: Schmidt wiederholte die irreführende These, der Araber werde „von den deutschen Terroristen nur zur Tarnung benutzt". Er bot Somalia Hilfe zur Beendigung der Entführung an: „In etwa sechs Stunden könne ein Flugzeug mit deutschen Polizeispezialisten in Mogadischu sein, wenn

[184] SB Nr. 597 des Gesandten Noebel, London, über die Konsultation der Horn-von-Afrika-Kontaktgruppe am 4. 10. 1977, 18. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 297, S. 1421–1428, Zitat S. 1427. In deutsch-amerikanischen Planungsstabsgesprächen am 26./27. 9. 1977 hatte Kinkel bekräftigt, Bonn liefere keine Waffen in Spannungsgebiete, kündigte aber – bereits vor Erstürmung der „Landshut"! – eine Aufstockung der Wirtschafts- und Fortsetzung der Ausrüstungshilfe für Somalia an. Sein Appell an die USA, auf ihr Waffenangebot zurückzukommen, verwarf Planungsstabschef Anthony Lake unter Verweis auf den Kongreß und das Prinzip restriktiver Waffenexporte. Vgl. Aufzeichnung Kinkel, 7. 10. 1977, Ref. 204, Bd. 110299.

[185] Am 29. 8. 1977 erteilte das AA der Botschaft in Mogadischu Weisung, den bisherigen Botschafter Horst Becker im somalischen Außenministerium abzumelden; vgl. Schrifterlaß Müller, in: PA-AA, Ref. 320, 116827. Als Geschäftsträger fungierte daher im entscheidenden Zeitraum Legationsrat I. Klasse Michael Libal.

[186] Vgl. „Klaus Böllings Lehren aus dem Deutschen Herbst", in: Die Welt vom 18. 10. 2007.

[187] „Haben wir Fehler gemacht?", in: Der Spiegel vom 7. 9. 1987, S. 51.

[188] Aufzeichnung Lewalter, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die somalische Regierung dies wünsche. Sie könne aber auch alleine vorgehen." Bei den bereits auf dem Weg nach Dschibuti befindlichen Polizeikräften handele es sich um Experten, die auf die Befreiung entführter Flugzeuge spezialisiert seien. Für den Fall somalischer Kooperationsbereitschaft machte Schmidt weitreichende Zusagen: „Wenn die somalische Regierung sich in dem von uns erbetenen Sinne verhalte, so würde dies unser Verhalten gegenüber Somalia auf lange Sicht ganz entscheidend bestimmen. Somalia könne dann mit aller Hilfe von deutscher Seite rechnen."[189] Diese Argumente wiederholte Schmidt eine Stunde später in einem Telefonat mit Somalias Staatschef. Siad Barre sagte dabei zu, die Ankunft des mit allen Vollmachten ausgestatteten deutschen Sonderemissärs abzuwarten, bevor er eine Entscheidung treffen würde; er ließ aber auch die Befürchtung durchklingen, daß eine Militäraktion mit dem Tod aller Flugzeuginsassen enden könne[190]. In einem unmittelbar nach Wischnewskis Ankunft geführten Telefonat gestand der Kanzler, er sei angesichts der schlechten Telefonverbindung nicht sicher, ob der Präsident „alles verstanden hat"[191].

Ohne zu wissen, wie Somalia reagieren würde, wurde am Morgen des 17. Oktober im Großen Krisenstab und Kabinett entschieden, daß angesichts eines neuen Ultimatums der „Landshut"-Entführer ein polizeilicher Zugriff durch somalische oder deutsche Kräfte erfolgen müsse[192]. Der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Heinz Ruhnau, informierte Wischnewski über diese Entscheidung, betonte jedoch, die somalische Souveränität solle gewahrt bleiben. Die GSG-9, deren Hilfe der Kanzler angeboten habe, werde mit ihrer Maschine solange über Dschibuti kreisen, bis sie Landeerlaubnis für Mogadischu erhalte. Zu einem der entscheidenden Punkte, die Wischnewski in den anstehenden Gesprächen zu klären hatte, legte Ruhnau in wegen der nicht abhörsicheren Leitung verklausulierter Form dar, der Staatsminister sei ermächtigt, den Somaliern „Hilfe auch auf anderen Feldern anzubieten. Mit Ausnahme der Schwelle, über die wir nicht rüberkommen." Das spielte auf somalische Waffenwünsche an. Wischnewski verstand: „Ja, die Schwelle ist, wir dürfen ja bestimmte Dinge nicht verkaufen. An denen sind die aber natürlich bei ihrer Lage am meisten interessiert. Aber die Mittel, mit denen man so was transportiert, die kann man ihnen geben."[193] In seinen Handlungsanweisungen betonte Schmidt, der das Telefonat von Ruhnau fortsetzte, bei der in Aussicht gestellten Vertiefung der bilateralen Beziehungen sei „insbesondere auch das gemeint, was Hans Apel verwaltet". Während Wischnewski mit der somalischen Regierung verhandelte, sollten seine Begleiter Ulrich

[189] Gespräch Schmidts mit Bokah, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 292, S. 1402–1404, hier S. 1403.
[190] Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, über das Telefonat Schmidts mit Siad Barre am 17. 10. 1977, in: PA-AA, Bundeskanzleramt, Az: 21-30160 (56), Bd. 43, B 150, Aktenkopien 1977.
[191] Telefonat Schmidts mit Wischnewski, z. Zt. Mogadischu, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 293, S. 1406.
[192] Vgl. Dokumentation, S. 109.
[193] Telefonat mit Wischnewski, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 293, S. 1404–1408, hier S. 1405.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wegener und Gerhard Boeden, der eine für die GSG-9, der andere im Kanzleramt für Terrorismusfragen zuständig, mit somalischen Sicherheitsorganen den Zugriff vorbereiten[194]. Nun zahlte sich die jahrelange bundesdeutsche Hilfe bei der somalischen Polizeiausbildung aus.

Bei seiner Ankunft, so Wischnewski, waren zunächst „Spannung und Mißtrauen […] geradezu spürbar"; außer ihm durfte niemand das Flugzeug verlassen[195]. Im Gespräch mit dem Präsidenten wandte Wischnewski all seine Überzeugungskraft auf. Er bekundete – trotz der Ermordung des Piloten – weitere Verhandlungsbereitschaft mit den Terroristen, denen bei Freilassung der Geiseln auch jetzt noch freier Abzug, ja selbst das mitgeführte Lösegeld gewährt werden könne. Erst als die Somalier die Erfolglosigkeit aller Gesprächsversuche mit den Entführern erkannten und als sich mit der angekündigten Flugzeugsprengung die Lage immer mehr zuspitzte, steuerte Wischnewski auf einen Einsatz der GSG-9 zu. Er beteuerte dabei, daß die somalische Souveränität gewahrt bleiben sollte, und versicherte, um das zu untermauern, daß alle vom deutschen Kommando gemachten Gefangenen selbstverständlich somalischer Gewalt unterständen. Dafür erntete er bei Siad Barre freilich nur Unverständnis: „Was, Gefangene wollen Sie auch machen?"[196] Nach weiteren Gesprächen, nun auch der Sicherheitsexperten beider Länder, gab Somalia die Erlaubnis zum Einsatz der GSG-9. Förderlich war dabei gewiß auch, daß Staaten wie Saudi-Arabien, Großbritannien und die USA das Ansinnen der Bundesregierung unterstützten[197].

Durch geschickte Hinhalteverhandlungen und Dank der Notlüge, die Bundesregierung erfülle nun doch alle Forderungen, die freigepreßten Häftlinge seien bereits im Anflug, gelang es Wischnewski, der GSG-9 soviel Zeit zu verschaffen, wie sie für den Zugriff brauchte[198]. Selbst die kurz nach 19 Uhr MEZ im israelischen Fernsehen und über die Agence-France-Presse-Zentrale Paris verbreitete Meldung, eine deutsche Anti-Terror-Einheit sei in Mogadischu gelandet, gefährdete das Unternehmen nicht mehr, denn seit 21.30 Uhr hielten die Agenturen diese Nachricht auf Drängen der Bundesregierung zurück[199]. Praktische europäische Solidarität vor Ort leisteten neben den zwei britischen SAS-Männern fünf

194 Ebenda, S. 1407. Apel war Bundesfinanzminister.

195 Wischnewski, Leidenschaft, S. 223.

196 Ebenda, S. 224.

197 Wischnewski in der Bundespressekonferenz, 19. 10. 1977, in: Dokumentation, S. 72* f. u. S. 76*; DB Nr. 2177 des Gesandten Noebel, London, 17. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 204, Bd. 110341; Aufzeichnung Lewalter über Genschers Gespräch mit Bokah, 17. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705; DB Nr. 560 des Botschafters Schlagintweit, Djidda, 22. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119948.

198 Vgl. Breloer, Todesspiel, S. 262 f.; Aufzeichnung des Funkverkehrs zwischen dem Tower Mogadischu und der „Landshut" „Hier spricht Captain Märtyrer Mahmud", in: Der Spiegel vom 28. 11. 1977, S. 123–137.

199 Vgl. Dokumentation, S. 112 f. Erstaunlicherweise hat dieser Vorgang im PA-AA keinen Niederschlag gefunden, obwohl sich die Beziehungen zu Tel Aviv seit der Regierungsübernahme Menachem Begins im Juni 1977 schwieriger gestalteten; vgl. DB Nr. 1169 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, in: AAPD 1977, Dok. 337, S. 1613–1617. Für Spannungen sorgte ferner die Bonn offiziell erst im Frühjahr mitgeteilte Überstellung der Terroristen Brigitte Schulz und

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

italienische Ärzte, die in einem Notlazarett die medizinische Versorgung der geschwächten Geiseln und der Verwundeten sicherstellten[200].

Am 18. Oktober, zwölf Minuten nach Mitternacht deutscher Zeit, konnte Wischnewski telefonisch dem Krisenstab in Bonn den erfolgreichen Abschluß der Befreiungsaktion („Aktion Feuerzauber") melden[201]: Alle Geiseln waren am Leben, ein GSG-9-Mann war verletzt, drei Terroristen wurden getötet, die überlebende Vierte wurde in somalische Haft überführt. 45 Minuten später überbrachte Wischnewski dem somalischen Präsidenten den Dank der Bundesregierung, wobei er bereitwillig eine Presseerklärung unterschrieb, „daß somalische Sicherheitskräfte unter Beteiligung einiger ‚deutscher Experten' die Befreiung vorgenommen hätten". Trotz dieser Erklärung, die Siad Barre helfen sollte, das Gesicht zu wahren, und trotz eines ähnlich formulierten Runderlasses des Auswärtigen Amts[202] konnte nicht verhindert werden, daß die Presse national wie international von einer deutschen Befreiungsaktion sprach.

Die Freude über die Befreiung des „Landshut" war freilich nicht ungetrübt. Ebenfalls am 18. Oktober 1977 begingen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim Selbstmord, und am 19. Oktober fand man die Leiche Schleyers im elsässischen Mulhouse. An der internationalen Dankesschuld der Bundesregierung änderte dies nichts. Als Anerkennung für Londons gute Dienste wurden Premierminister Callaghan und Außenminister Owen neben der gemeinsamen Pressekonferenz zu Sitzungen des Großen Krisenstabs und des Bundeskabinetts eingeladen[203]. Besondere Ehrungen wurden vor allem Somalia zuteil: Botschafter Bokah, dem Bundesminister Genscher extra gedankt und besonderen Sicherheitsschutz zugesagt hatte[204], durfte – ein einmaliger Vorgang für Diplomaten einer fremden Macht – an einer Kabinettssitzung teilnehmen[205], kurz danach wurde er auch im Bundestag mit Beifall begrüßt[206]. Der Kanzler nahm am 21. Oktober sogar demonstrativ am Botschaftsempfang zum somali-

Thomas Reuter aus Kenia in israelische Haft; vgl. dazu AAPD 1977, Dok. 64, Anm. 16, und Dok. 81.

[200] Vgl. Schmidt im Deutschen Bundestag, 20. 10. 1977, Stenographische Berichte, 8. WP, Bd. 103, S. 3758.

[201] Zur Dramatik des Vorgangs vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 407–411; zur GSG-9-Aktion vgl. Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 81.

[202] In Ortex Nr. 109 vom 21. 10. 1977 hieß es: „Entgegen ersten Berichten wurde die Befreiungsaktion nicht allein durch Angehörige des Bundesgrenzschutzes, sondern zusammen mit dem somalischen Militär durchgeführt." Vgl. PA-AA, Ref. 012 II, Bd. 106594.

[203] Vgl. Dokumentation, S. 117; Zimmermann, Kabinettstücke, S. 208. Manuskript der Pressekonferenz in: PA-AA, Ref. 204, Bd. 110341.

[204] Aufzeichnung Kinkel, 18. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408. Bokah erklärte bei dieser Gelegenheit, die Selbstmorde von Stammheim seien der Beweis, daß Gefangene in der Bundesrepublik „einfach ein zu gutes Leben" hätten: „Hoffentlich trete jetzt eine Änderung ein."

[205] „Beifall des Kabinetts für Somalias Botschafter in Bonn", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 10. 1977, S. 1; Hans-Jochen Vogel, Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996, S. 79.

[206] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, S. 3757.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Nationalfeiertag teil, obwohl er sich solchen Veranstaltungen sonst entzog[207]. Führende bundesdeutsche Politiker wurden nicht müde, Somalia für die Zusammenarbeit zu danken, und zu verkünden, diese Hilfe in der Not bleibe unvergessen[208].

III) Die Folgen von Mogadischu

Nach der erfolgreichen Befreiungsaktion trafen Glückwünsche aus aller Welt in Bonn ein, teils verbunden mit Bitten um eine Polizeiausbildung durch die GSG-9. Jenseits des Eisernen Vorhangs mehrten sich jedoch kritische Stimmen, denn nach der Ausnahmesituation trat der Ost-West-Gegensatz wieder zutage, so bei der Frage, ob Flugzeugentführer grundsätzlich auszuliefern seien[209]. Die Bundesregierung tat sich schwer, diese Frage uneingeschränkt zu bejahen, weil nicht auszuschließen war, daß Fluchtwillige aus sozialistischen Ländern auf diesem Wege ihre Ausreise zu erzwingen versuchten. Die Polemik des bulgarischen Staatsfernsehens, das aus den jüngsten Antiterrorismus-Maßnahmen der Bundesregierung den Schluß zog, daß Bonn auf dem Weg zu einer Diktatur sei, beschäftigte sogar das deutsch-bulgarische Außenministertreffen[210]. Mit Verschwörungstheorien schürte vor allem die DDR Zweifel an den Todesfällen in Stammheim. SED-Chefpropagandist Karl-Eduard von Schnitzler zog vom Leder, der Bundesgrenzschutz sei „aggressiv nach außen, anti-demokratisch und terroristisch nach innen, das ist diese Elitetruppe, ganz im Sinne der früheren Leibstandarte" Adolf Hitlers[211]. Das Auswärtige Amt bilanzierte, die Bundesrepublik werde in bekannter Manier „als faschistoid und für den Weltfrieden gefährlich" denunziert. Als Motiv hinter der Kampagne sah man die Verunsicherung des SED-Regimes über die breite Anteilnahme der DDR-Bevölkerung am Schicksal der „Landshut" und über die gesamtdeutschen Gefühle, die dabei anscheinend geweckt wurden[212].

---

[207] So Schmidt zum sowjetischen Botschafter Falin, 26. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 305, S. 1463; Vgl. „Kanzler dankte dem somalischen Botschafter", in: Die Welt vom 22./23. 10. 1977, S. 2.

[208] Genscher erklärte Bokah am 18. 10. 1977, „daß die Bundesregierung die Hilfe der somalischen Regierung nicht vergessen werde"; Aufzeichnung Kinkel, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408. Innenminister Maihofer verkündete bei Rückkehr der GSG-9: „Somalia hat durch diese Hilfe in Not an Deutschland einen Freund gewonnen, der es in seinen eigenen Nöten niemals vergessen wird", zit. nach Wischnewski, Leidenschaft, S. 233 f. Schmidt führte am 20. 10. 1977 über das künftige Verhältnis zu Somalia aus, „wir dürfen das nie vergessen. Es hat Einfluß auf unsere zukünftigen Beziehungen zu jenem Staat und seinem Volk", in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, S. 3758.

[209] Aufzeichnung des Staatsministers von Dohnanyi, 2. 11. 1977 über Gespräch mit Falin am 26. 10. 1977, VS-Bd. 14056 (010), in: PA-AA, B 150, Aktenkopien 1977. Der deutsche Botschafter in Peking schilderte allerdings rückblickend, sein sowjetischer Kollege habe angesichts der Toten von Stammheim der Bundesrepublik falsche Rücksichtnahme bescheinigt: „Warum denn nur drei! Warum nicht gleich alle?" Erwin Wickert, China von innen gesehen, Stuttgart 1982, S. 210.

[210] Gespräch Genschers mit Außenminister Mladenow am 20./21. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 214, Bd. 13333.

[211] SB Gaus, Ost-Berlin, 11. 11. 1977, in: PA/AA, Ref. 210, Bd. 115063.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zwiespältig fielen die Reaktionen der arabischen Welt aus, vor allem als bekannt wurde, daß die „Landshut“ von einem rein palästinensischen Kommando entführt worden war[213]. Somalia werde da und dort Verrat an der arabischen Sache vorgeworfen, hieß es vom Sitz der Arabischen Liga in Kairo[214]. Aus Bagdad meldete Botschafter Menne, daß PFPL-Vertreter den somalischen Botschafter bedrohten[215]. Das Auswärtige Amt war überzeugt, Pressemeldungen über den Aufenthalt von RAF-Angehörigen im Irak seien zutreffend, denn Bagdad habe diesbezügliche Anfragen ausweichend beantwortet. Gleichwohl wurde Anfang Dezember entschieden, nicht länger nachzuforschen. Diese selbstverordnete Zurückhaltung ging sogar so weit, daß die Nahostabteilung dafür plädierte, die wenig chancenreiche Bitte des Bundeskriminalamts, in Bagdad ermitteln zu dürfen, „im Interesse der ohnehin bereits schwer belasteten deutsch-irakischen Beziehungen“ nicht weiterzuleiten[216]. Auf Staatssekretärsebene wurde dieses Ansinnen zwar zurückgewiesen, aber zugleich signalisiert, das BKA-Ersuchen ohne Nachdruck zu betreiben[217]. Auch als es galt, die Frage zu entscheiden, ob die Auslieferung der überlebenden „Landshut“-Entführerin Souhaila Andrawes beantragt werden sollte, plädierte das Auswärtige Amt für Zurückhaltung: Die Warnung, ein solcher Schritt bringe Somalia in Schwierigkeiten und drohe, „das terroristische Potential in arabischen Ländern gegen uns neu und heftig zu mobilisieren“, blieb im Kanzleramt und im Justizministerium nicht ohne Eindruck[218].

Dieses vorsichtige Agieren der Bundesregierung widerspricht der populären Vorstellung, unter Helmut Schmidt habe Bonn eine harte, unbeugsame Linie gegenüber dem Terrorismus vertreten[219]. Allerdings entspricht dieses Verhalten

[212] Aufzeichnung des MD Blech, 24. 11. 1977, in: Ebenda.
[213] Aufzeichnung Jesser, 3. 11. 1977, in: PA-AA, UA 31, Bd. 135632.
[214] DB Nr. 2035 des Botschafters Steltzer, Kairo, 2. 11. 1977, in: Ebenda.
[215] DB Nr. 199, 2. 11. 1977, in: Ebenda.
[216] Aufzeichnung Jesser, 9. 12. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119912.
[217] Vermerk van Well, 14. 12. 1977, in: Ebenda.
[218] Aufzeichnung des StS Hermes, 8. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977. Bereits am 26. 10. 1977 hatte der Botschafter im Libanon, Wolfgang-Rüdiger von Pachelbel-Gehag, über Pläne zur Freipressung Andrawes' berichtet; vgl. DB Nr. 296, in: PA-AA, VS-Bd. 11146 (310), B 150, Aktenkopien 1977. 1978 wurde Andrawes in Somalia zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach einem Jahr in den Irak abgeschoben. 1994 wurde sie auf Ersuchen der Bundesanwaltschaft in Norwegen verhaftet und 1996 zu 12 Jahren Haft verurteilt. Ein Jahr später wurde Andrawes nach Norwegen überstellt und erhielt dort 1999 aus gesundheitlich-familiären Gründen Haftverschonung. Vgl. Siemens, System, S. 241 f. u. S. 245.
[219] In dieses Schema passen eher Überlegungen vom November 1977 für einen Zugriff auf den vermuteten Unterschlupf deutscher Terroristen in einem Palästinenserlager in Beirut. Der Nachrichtendienst kam allerdings zum Schluß, daß dies nur außerhalb des stark befestigten Lagers geschehen könne. Erwogen wurde eine Kontaktaufnahme des GSG-9-Kommandeurs zum israelischen Partnerdienst. Vgl. DB Nr. 331 des Botschafters von Pachelbel-Gehag vom 16.11. bzw. 18. 11. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977. Der Bundeskanzler gab sein Plazet für alles, „was die Zustimmung der Regierung von Libanon findet und mit unseren Gesetzen übereinstimmt“; Aufzeichnung Genscher, 21. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 331, S. 1588.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genau der aus der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik erklärbaren, hier wie generell handlungsleitenden Maxime, jede außenpolitische Sonderstellung zu vermeiden und statt dessen im schützenden multilateralen Kontext zu agieren. Konsequenterweise forcierte die Bundesregierung daher ihre UNO-Initiative gegen Geiselnahme, die seit Jahresbeginn in New York in einem Sonderausschuß behandelt wurde[220]. Zugleich regte sie an, das Thema ins Schlußdokument der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz einzuführen[221].

Gerade weil die Bundesrepublik trotz ihres wirtschaftlichen Gewichts und ihrer gestiegenen weltpolitischen Bedeutung primär auf partnerschaftliche Kooperation setzte, traf sie die auch in Westeuropa aufflammende Kritik, sie sei auf dem Weg zu einem autoritären Polizeistaat, besonders hart[222]. Tatsächlich hielt man es – angesichts vermeintlicher deutscher Effizienz – in vielen Ländern für undenkbar, daß Pistolen in den Hochsicherheitstrakt der Justizvollzugsanstalt Stammheim geschmuggelt werden konnten. Den dortigen Todesfällen haftete deshalb vielerorts das Odium von Staatsmord an. Reminiszenzen an die NS-Vergangenheit waren schnell zur Hand. Wieder geisterte das Bild des „häßlichen Deutschen" durch die Gazetten Europas[223].

Frankreich war dabei nur ein Fall unter vielen. Dort lief bereits eine Kampagne gegen „Berufsverbote"[224], und auch der Fall des Stuttgarter RAF-Anwalts Klaus Croissant, der tief ins terroristische Netzwerk verstrickt war und seiner Verhaftung durch einen Asylantrag in Frankreich entkommen wollte, belastete die bilateralen Beziehungen, obwohl die französische Regierung alles tat, um im Sinne Bonns auf die Justiz einzuwirken[225]. Auch Frankreichs Ministerpräsident Raymond Barre versicherte am 20. Oktober in Bonn, antideutsche Polemiken seien nicht repräsentativ. Frankreich habe an den Entführungsfällen starken Anteil genommen

[220] Zur UNO-Initiative vgl. AAPD 1976, Dok. 24, Dok. 130, Anm. 12, Dok. 233, Anm. 14, und Dok. 348; AAPD 1977, Dok. 132, Anm. 12, Dok. 228 und Dok. 320, Anm. 16. Die UNO-Generalversammlung beauftragte am 16. 12. 1977 den Sonderausschuß mit der Vorlage eines Konventionsentwurfs. Vgl. ebenda, S. 1132, Anm. 14.

[221] DE van Well an die KSZE-Delegation in Belgrad, 2. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 200, Bd. 113226.

[222] Selbst Schmidt warnte, die Regierung müsse die Balance zwischen Stärkung der Strafverfolgungsbehörden und übertriebenen Reaktionen wahren und vermeiden, „daß die deutsche Publizistik und Innenpolitik von einer McCarthystischen Welle erfaßt werde". AAPD 1977, Dok. 345, S. 1652.

[223] Vgl. „Wie sehen uns die Franzosen", in: Der Spiegel vom 21. 11. 1977, S. 132–154 u. S. 26–32; DB Nr. 2689 des Botschafters Herbst, Paris, vom 25. 10. 1977, Nr. 3213 vom 26. 10. 1977 und Nr. 3281 vom 31. 10. 1977, in: PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1005.

[224] Vgl. Gespräch Schmidts mit Erstem Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterrand, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 264, S. 1283.

[225] Zum Fall Croissant vgl. Telefonat Schmidts mit Giscard d'Estaing, 19. 7. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 198, S. 1001 f.; DB Nr. 2194 des Botschafters Herbst, Paris, 26. 7. 1977, in: Ebenda, Dok. 205, S. 1029–1032; Aufzeichnung des MD Fleischhauer, 30. 8. 1977, in: Ebenda, Dok. 230, S. 1138–1140; Telefonat Schmidts mit Giscard, 13. 9. 1977, in: Ebenda, Dok. 242, S. 1187–1189; Gespräch Schmidts mit Frankreichs Ministerpräsidenten Barre, 20. 10. 1977, in: Ebenda, Dok. 298, S. 1432 f. Croissant wurde am 17. 11. 1977 den deutschen Behörden überstellt; SB Nr. 3369 des Botschafters Herbst, Paris, 24. 11. 1977, in: PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1347.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und beurteile das Verhalten der Bundesregierung mehrheitlich positiv[226]. In Italien häuften sich ebenfalls kritische Pressеberichte[227]. Nach dem 18. Oktober kam es zu Demonstrationen und Gewaltakten gegen deutsche Niederlassungen, von denen sich die Regierung in Rom umgehend distanzierte[228].

Der Bundeskanzler sorgte sich dennoch um das Ansehen der Bundesrepublik, so daß er Auswärtiges Amt und Presseamt um Vorschläge zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit in Westeuropa bat[229]. Während das Außenministerium Personalaufstockungen in den Presseabteilungen der Botschaften für ausreichend hielt[230], regte das Bundespresseamt die Schaffung eines Informationszentrums in Paris nach dem Vorbild des New Yorker „German Information Center" an. Das Auswärtige Amt torpedierte dieses Projekt mit dem Argument, solch ein Zentrum werde als Propaganda-Instrument empfunden und wirke kontraproduktiv, da die französische Medienkritik an der Bundesrepublik nicht auf Informationsdefiziten beruhe, sondern auf ein Bündel historischer, wirtschaftlicher und innenpolitischer Motive zurückgehe[231].

Weit schwieriger waren andere Probleme zu lösen, die sich aus der Aktion in Mogadischu ergaben. Am 31. Oktober teilte Geschäftsträger Michael Libal mit, Siad Barre bitte die Bundesregierung „um militärische und politische Unterstützung gegen die ausländische Einmischung in den westsomalisch-äthiopischen Konflikt", konkret um „politisch-diplomatische Unterstützung, Waffenhilfe, eine Sicherheitsgarantie gegen einen äthiopischen Angriff". Dieses Ersuchen, das Somalia auch an andere Staaten gerichtet habe, werde mit dem sowjetischen Hegemonialstreben am Horn von Afrika begründet, das der Westen verhindern müsse[232]. Schneller als erwartet sah sich die Bundesrepublik also aufgefordert, die Dankesschuld für die „Landshut"-Befreiung einzulösen und den Worten Taten im Bereich von Politik, Wirtschaft und Militär folgen zu lassen. Vor allem letzteres war jedoch problematisch, galt doch der eherne Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

Gegenüber Botschafter Bokah verwies Bundeskanzler Schmidt daher am 3. November auf Deutschlands langfristige Entwicklungshilfeprojekte und auf das am 31. Oktober beschlossene Sofortprogramm für Somalia, das einen Kredithilferahmen von 25 Millionen DM und noch für 1977 rund sechs Millionen DM an technischer Hilfe vorsah. Das beinhaltete neben Traktoren und Planierraupen

[226] Gespräch Schmidts mit Barre, 20. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 298, S. 1433 f., hier S. 1433.
[227] DB Nr. 1952 des Botschafters Arnold, Rom, 26. 10. 1977, in: PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1005; Gespräch Schmidts mit Andreotti, 1. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 345, S. 1650 f.
[228] Aufzeichnung Lewalter, 28. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178683.
[229] Schreiben Schmidts an Genscher, 20. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 202, Bd. 115638.
[230] Aufzeichnung des MD Blech, 21. 11. 1977, in: Ebenda.
[231] Aufzeichnung Hermes, 8. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977.
[232] DB Nr. 181 Libal, Mogadischu, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826. Vergleichbare Bitten gingen an die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Iran; Aufzeichnung Lahn, 15. 11. 1977, in: Ebenda, Bd. 116827.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Lieferung von circa 30 10-Tonnen-LKWs[233]. Die Tatsache ignorierend, daß solch schwere Lastwagen auch militärisch nutzbar waren, betonte Schmidt, Bonn dürfe keine Waffen „an Krisengebiete außerhalb der NATO" liefern oder Sicherheitsgarantien für Länder außerhalb des Atlantischen Bündnisses übernehmen. „Die Bundesregierung könne aber finanzielle Unterstützung geben, die auch für Verteidigungszwecke verwendet werden könne. Eine solche Vereinbarung müsse aber strikt vertraulich bleiben. Er gehe davon aus, daß dies auch im somalischen Interesse liege." Zur Regelung der Einzelheiten verwies der Kanzler auf den bewährten Krisenmanager Wischnewski, wobei er die Notwendigkeit eines klandestinen Vorgehens noch einmal unterstrich: „Es werde sehr schwierig werden, eine deutsche finanzielle Zuwendung so zu verkleiden, daß ihre Zweckbestimmung (Verwendung für Waffenkäufe) verborgen bleibe. Wir würden hierüber nachdenken und bemüht sein, bald eine Entscheidung zu finden."[234]

Das Auswärtige Amt, das am 8. November über dieses Kanzlergespräch unterrichtet wurde, reagierte wenig erfreut auf die sich hart am Rande der Legalität bewegende Entscheidung. Ohne Kenntnis von Schmidts Äußerung war an diesem Tag in der Abteilungsleiterbesprechung eine Finanzhilfe, die auch für Waffenkäufe verwendet werden könne, „geradezu als Beispiel eines Fehlers, den wir im fraglichen Konflikt unbedingt vermeiden müssen", bezeichnet worden[235]. Bereits am 27. Oktober hatte sich Äthiopiens Botschafter Haile Gabriel Dagne im Auswärtigen Amt beklagt, daß die Bundesregierung nach den Ereignissen von Mogadischu ihre Neutralität im Horn-von-Afrika-Konflikt aufzugeben beginne. Berichte, Flugzeuge mit übermalten deutschen Hoheitszeichen würden Waffen nach Mogadischu transportieren, hatte Staatssekretär van Well als Falschmeldung dementiert[236]. Auch Kinkel hatte in Addis Abeba Waffenlieferungen an Somalia kategorisch ausgeschlossen und betont, trotz der „Landshut"-Befreiung behalte die Bundesregierung ihre Neutralitätspolitik bei; darum werde auch die Kapital- und technische Hilfe für Äthiopien aufgestockt[237].

Das Auswärtige Amt negierte daher das Kanzlerwort. Van Well verfügte, es bleibe beim bisherigen Kurs: „Keine direkten oder indirekten Finanzhilfen für

---

[233] Vgl. Gespräch Schmidts mit Botschafter Bokah, 3. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 315, S. 1513–1517, hier S. 1513 f., sowie Aufzeichnung Lahn vom 22. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116760.

[234] Gespräch Schmidts mit Bokah, 3. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 315, S. 1514 u. S. 1516.

[235] Handschriftlicher Vermerk Lewalter, 8. 11. 1977, in: Ebenda, S. 1513, Anm. 1.

[236] Aufzeichnung des Legationssekretärs von Stenglin betr. Gespräch van Well mit Dagne am 27. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826. Der Leiter des Referats Rüstungsexportpolitik, Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch, vermerkte am 12. 12. 1977, eine von einer mittelamerikanischen Gesellschaft gecharterte „Condor"-Maschine habe in Mogadischu wohl aus Iran, Saudi-Arabien und Pakistan stammende, dort im Lizenzverfahren produzierte deutsche Infanteriewaffen entladen, was „von interessierter Seite als Beteiligung der Bundesregierung konstruiert" werden könne. Nicht auszuschließen sei, daß eine westdeutsche Rüstungsfirma somalische Waffenwünsche aus Auslandsdependancen bediene. PA-AA, VS-Bd. 11170 (320), B 150, Aktenkopien 1977.

[237] Vgl. Aufzeichnung des Legationssekretärs Ischinger, 8. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 317, S. 1520–1524; DB Nr. 822 Kinkel, z. Z. Addis Abeba, 3. 12. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 116826.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Waffenkäufe. Nur KH + TH. Aber großzügige Warenhilfe."[238] Diese Linie vertrat das Amt auch beim zweiten Treffen der Horn-von-Afrika-Kontaktgruppe. Dort schlossen der amerikanische und westdeutsche Vertreter jede Waffenhilfe für Somalia aus, während Paris und London eine weitere Erörterung dieser Frage für angebracht hielten[239]. Trotz des immer offeneren Eingreifens des Ostblocks auf Seiten Äthiopiens – geschätzt wurde, rund 300 sowjetische, 200 bis 300 kubanische und ca. 100 Militärberater aus der DDR seien in äthiopischen Einheiten aktiv – verwarf die Kontaktgruppe die Option eines indirekten militärischen Engagements in dem Konflikt[240].

Die Entwicklung am Horn von Afrika spitzte sich weiter zu, als Somalia am 13. November endgültig mit dem Ostblock brach, den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR von 1974 kündigte, ihr die Verfügungsgewalt über alle militärischen Einrichtungen entzog, die sowjetischen Experten des Landes verwies und auch zu Kuba wegen dessen Eingreifen auf Seiten Äthiopiens die diplomatischen Beziehungen abbrach[241]. Libal diagnostizierte, damit versuche Somalia sich einen moralischen Anspruch auf Schutz durch den Westen zu sichern[242]. Einige Tage zuvor hatte Botschafter Bokah im Kanzleramt daran erinnert, welchen Schwierigkeiten sich sein Land wegen der Flugzeugbefreiung ausgesetzt sehe – die UdSSR habe ihre Waffenlieferungen eingestellt, Algerien und Libyen hätten ihr Mißfallen kundgetan. Trotz dieser moralischen Pression blieb Wischnewski standhaft: Zuerst müsse in der Horn-von-Afrika-Gruppe eine koordinierte Antwort gefunden und sich die Bundesregierung intern schlüssig werden, „welche Art der Hilfe die für Somalia nützlichste und wirkungsvollste sei". Die Ressortabstimmung mit Auswärtigem Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sei auf gutem Wege[243]. Tatsächlich vertraten die Ministerien jedoch unterschiedliche Positionen. Zunächst schien das zu Zurückhaltung neigende Auswärtige Amt die Oberhand zu behalten: Es erwirkte eine Verschiebung des für Dezember vorgesehenen Besuchs von Entwicklungsministerin Schlei in Somalia; die Visite könne „als politische Geste im Sinne einer einseitigen Unterstützung der somalischen Position im Ogaden aufgefaßt" und „so kurz nach dem Rauswurf der Sowjetunion" als „Belohnung für die somalische Entscheidung verstanden werden und Hoffnungen erwecken, die wir nicht erfüllen können"[244].

[238] Handschriftlicher Vermerk van Well, 9. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 315, S. 1513, Anm. 1.
[239] Vgl. DB Nr. 2390 Müller, z. Z. London, 11. 11. 1977, in: Ebenda, Dok. 322, S. 1547.
[240] Vgl. ebenda, S. 1546–1548, bzw. SB Nr. 750 des Botschafters Ruete, London, 15. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 11166 (320), B 150, Aktenkopien 1977. Auf derselben Linie verlief die Erörterung in der NATO; DB Nr. 1455 des Gesandten Boss, Brüssel, 25. 11. 1977, in: Ebenda.
[241] DB Nr. 205 Libal, Mogadischu, 14. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116828.
[242] DB Nr. 206 Libal, Mogadischu, 14. 11. 1977, in: Ebenda.
[243] Vgl. Gespräch Wischnewskis mit Bokah, 11. 11. 1977, in: PA-AA, Bundeskanzleramt, Az: 21-30100 (56), Bd. 43, B 150, Aktenkopien 1977.
[244] Aufzeichnung Lahn, 15. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827. Genscher vermerkte, auch Schmidt halte derzeit jeden Ministerbesuch in Somalia für inopportun; vgl. AAPD 1977, Dok. 331, S. 1586.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Somalia zwang Bonn jedoch zu einer Entscheidung, als es den Besuch einer Regierungsdelegation ankündigte[245]. In einer Ressortbesprechung im Kanzleramt am 25. November insistierte Staatsminister Wischnewski, die Bundesrepublik müsse Wort halten, „ohne unsere Außen- und Entwicklungspolitik zu sprengen"[246]. Hilfe müsse rasch erfolgen und deutlich jenseits normaler Entwicklungshilfsroutine liegen. Es sei notwendig, „eine flexible Form der Hilfe zu finden und insbesondere einen möglichst großen Teil der für finanzielle Zusammenarbeit vorgesehenen Mittel in Warenhilfe umzuwandeln". Die hochrangig besetzte Runde[247] einigte sich, von den für 1977/1978 vorgesehenen Mitteln 25 Millionen DM in Warenhilfe umzuwandeln. Diese sollte „in einer Form gewährt werden, die Somalia das größtmögliche Maß an Verfügungsfreiheit gewährt". Bei der Warenhilfe-Liste solle großzügig verfahren und für 1979 ein weiteres Projekt im Rahmen finanzieller Zusammenarbeit in Aussicht gestellt werden. Nach außen gelte es, Umfang und Art der Hilfe herunterzuspielen bzw. zu verschleiern. Lediglich über die nun 100, aus Überschußbeständen des Verteidigungsministeriums bereitgestellten LKWs konnte noch keine Einigung erzielt werden, da weder das AA noch das BMZ Verantwortung dafür übernehmen wollten[248].

Formal korrekt konnte der Bundeskanzler am 30. November gegenüber Somalias Vizepräsidenten Hussein Kulmie Afrah und Außenminister Abdurahman Jama Barre erneut darauf verweisen, Waffenlieferungen in Spannungsgebiete jenseits der Nato seien nicht möglich. Schmidt betonte aber zugleich, die Bundesrepublik werde Somalia 1977/78 wirtschaftliche Hilfe von 76 Millionen DM zur Verfügung stellen. Ein Drittel davon werde Warenhilfe sein, was Somalia „die größtmögliche Freiheit" gebe, „dafür zu kaufen, was Sie aus Ihrer eigenen Sicht für vordringlich halten". Allerdings dürfe die Bundesrepublik „nicht als großer Finanzier Somalias dastehen. Deshalb wollen wir unsere Hilfe nach außen herunterspielen."[249] Hilfreich wäre, wenn Somalia sich öffentlich zur Unverletzlichkeit

[245] DB Nr. 216 Libal, Mogadischu, 22. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827. Aus der Delegationsbeteiligung von Militärs folgerte Libal, „daß zumindest in Paris und London auch über Waffenlieferungen gesprochen werden soll". Bereits in der Vorwoche hatte Mogadischu um eine geheime Anti-Terror-Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik gebeten. Nach Libal werde das Barre-Regime „selbst bei Abwendung von der Sowjetunion noch auf absehbare Zeit ein autoritärer Polizeistaat" bleiben; DB Nr. 203, 13. 11. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14067 (010), B 150, Aktenkopien 1977.

[246] Aufzeichnung über Ressortbesprechung am 25. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827.

[247] Teilnehmer waren neben Wischnewski u. a. Entwicklungshilfeministerin Schlei, StS van Well in Vertretung des erkrankten Außenministers Genscher und der Parlamentarische StS des Finanzministeriums, Haehser.

[248] Aufzeichnung des MDg Loeck, Bundeskanzleramt, in: PA-AA, VS-Bd. 532 (014), B 150, Aktenkopien 1977. Wischnewski konnte gegenüber der somalischen Delegation auf die beachtliche Aufstockung der Somaliahilfe, darunter 100 Militär-Lastkraftwagen, „einschließlich Reparatur- und Transportkosten", verweisen. „Vermerk über die Gespräche der somalischen Delegation im Bundeskanzleramt am 30. 11. 1977" von Libal, in: PA-AA, VS-Bd. 11165 (320), B 150, Aktenkopien 1977.

[249] Gespräch Schmidts mit somalischer Regierungsdelegation, 30. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 341, S. 1634 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Grenze mit Kenia bekenne. Die somalische Seite ging auf das großzügige, nur in der heiklen Waffenfrage bewußt vage formulierte Angebot umgehend ein. Bokah sagte auch, wo sein Land einkaufen wollte: in Ägypten, das schon einige Jahre vor Somalia die Verbindung zur Sowjetunion gelöst hatte[250] und jene russischen Waffen besitze, die angesichts der bisherigen somalischen Armierung mit sowjetischem Material dringend benötigt würden. Sein Land müsse über arabische Länder schnellstmöglich solche Waffen beziehen. Schmidt erklärte sich bereit, bei seiner Ägyptenreise mit Präsident Anwar al-Sadat darüber zu sprechen, wies aber alle Bitten nach direkter Unterstützung im Falle eines äthiopischen Angriffs zurück[251].

Das anvisierte deutsch-ägyptisch-somalische Dreiecksgeschäft gewann rasch konkrete Form. Mitte Dezember unterrichtete Bokah den Bundeskanzler, Siad Barres Gespräche mit Sadat, dem saudischen König Khaled und den Vereinigten Arabischen Emiraten seien erfolgreich verlaufen: „Präsident Sadat habe sich zu Waffenlieferungen an Somalia bereit erklärt." Bokah bat, „ob die deutsche Seite ‚das zugesagte Geld in Kairo hinterlegen könne'" und ob diese Transferleistung über die deutsche Botschaft in Kairo abgewickelt werden könne. Von einer direkten Involvierung wollte Schmidt aber nichts wissen: Die Modalitäten seien allein Somalias Sache. „Er wolle aber darauf hinwirken, daß die zugesagte Warenhilfe bis zum 15. Januar 1978 an Somalia ausgezahlt werde."[252] Falls es aus somalischer Sicht noch Informationen gebe, die er vor seiner, vom 27. Dezember 1977 bis 6. Januar 1978 dauernden Ägyptenreise benötige, solle man ihn auf Arbeitsebene unterrichten.

Soweit aus den Akten des Auswärtigen Amts ersichtlich, wurde die Somalia-Frage in Schmidts Gesprächen mit Sadat nur am Rande gestreift. Die ägyptische Seite verstand, daß ihr deutscher Gesprächspartner die brisante Dreiecksfinanzierung somalischer Waffenkäufe bewußt „off the record" zu halten versuchte[253]. Es dürfte jedoch kein Zufall gewesen sein, daß Somalias Präsident Siad Barre mit dem Bundeskanzler in Ägypten zusammentraf[254].

Kurz danach, am 12. Januar 1978, wurde ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet, worin die Bundesregierung Somalia einen frei

[250] Am 18. 7. 1972 hatte Präsident Sadat bekanntgegeben, er habe die Sowjets aufgefordert, ihre Experten und Militärberater aus Ägypten abzuziehen. Am 15. 3. 1976 kündigte Ägypten schließlich den Vertrag von 1971 über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR.

[251] Vgl. Gespräch Schmidts mit somalischer Regierungsdelegation, 30. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 341, S. 1635 f.

[252] Gespräch Schmidts mit Bokah am 13. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 11165 (320), B 150, Aktenkopien 1977. Eine entsprechende Weisung des Kanzleramts erging unmittelbar darauf an das BMZ. Das dazugehörige Begleitschreiben des MDg Loeck, Bundeskanzleramt, an Schönfeld, 15. 12. 1977, in: Ebenda.

[253] Zu Schmidts Gesprächen in Ägypten vgl. DB Nr. 2498 van Well, z. Z. Kairo, an Genscher, 29. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 378, S. 1807–1812, inbes. S. 1810 f.; DB Nr. 1332 van Well, 30. 12. 1977, in: Ebenda, Dok. 379, S. 1812–1815; Schmidt, Weggefährten, S. 339–345.

[254] Vgl. „Palästinafrage beherrscht Assuan-Treffen", in: Süddeutsche Zeitung vom 3. 1. 1978, S. 2. Für das Gespräch Schmidts mit Siad Barre am 2. 1. 1978 vgl. AAPD 1978, bearb. von Daniela Taschler, Amit Das Gupta und Michael Mayer, München 2009, Dok. 1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfügbaren Kredit von 25 Millionen DM einräumte. Anders als bei solchen Hilfsaktionen üblich, verzichtete Bonn dabei weitgehend auf eine Kontrolle der Mittelverwendung[255]. Welche Schlußfolgerungen aufmerksame Beobachter daraus zogen, stand bald in der Presse: „In der Praxis bedeutet das: Mogadischu kann das Geld ohne Zustimmung von Bonn für Waffenkäufe ausgeben."[256] Trotz aller Vorkehrungen war damit das sorgsam gehütete Geheimnis indirekter deutscher Waffenhilfe in der Welt. Entwicklungsministerin Schlei bestätigte das, als sie sich in einem WDR-Interview sogar die quasi-offiziöse Bestätigung entlocken ließ, Somalia habe mit dem Vertrag faktisch die Möglichkeit zu Waffenkäufen[257]. Äthiopiens Botschafter Dagne zeigte sich deshalb in einer Pressekonferenz sehr befremdet darüber, daß die Bundesrepublik offensichtlich die somalische Invasion finanziere. Der bundesdeutsche Botschafter in Addis Abeba wurde sogar zur „persona non grata" erklärt, auch wenn ein offizieller Abbruch der Beziehungen unterblieb[258]. Die Bundesregierung versuchte gegenzusteuern, indem Außenminister Genscher am 23. Januar 1978 beim Empfang des gabunischen Außenministers Martin Bongo öffentlich beteuerte, Bonn bleibe bei der bewährten Politik, keine Waffen – weder direkt noch indirekt – in Spannungsgebiete zu liefern; finanzielle Hilfe diene allein der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Empfängerlandes[259]. Doch der Schaden war angerichtet. Insofern war es nur konsequent, daß Marie Schlei bei der Regierungsumbildung im Februar 1978 nicht mehr ins Kabinett zurückkehrte.

Merkwürdigerweise drang die Tatsache, daß die Bundesregierung als Preis für Mogadischu ihre sonst so strikte Zurückhaltung bei Rüstungs(bei)hilfe in Kriegsgebiete bis zur Grenze des Vertretbaren auflockerte, kaum in das öffentliche Bewußtsein. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß die Hauptbeteiligten darüber den Mantel des Schweigens breiteten. Wenn sie überhaupt zu diesem, im Zusammenhang mit der RAF-Debatte marginal erscheinenden Punkt befragt wurden, verstanden sie es, die Aufmerksamkeit auf andere Aspekte der Somalia-Hilfe zu lenken[260]. Erst heute, nach Freigabe der geheimen Regierungsakten, zeigt sich, welchen Preis die Bundesregierung für die Hilfestellung Mogadischus tatsächlich zahlte. Für das Regime von Siad Barre bedeutete diese Unterstützung jedoch keineswegs die Rettung: Nachdem die im Januar 1978 begonnene äthiopi-

[255] Wortlaut in: Bundesgesetzblatt 1978, Teil II, S. 869 f.

[256] „Bezahlt Somalia Waffen aus deutscher Entwicklungshilfe?", in: Die Welt vom 21. 1. 1978, S. 2.

[257] Vgl. „Somalia-Hilfe: Union fühlt sich betrogen", in: Ebenda vom 23. 1. 1978, S. 3.

[258] Vgl. DE Nr. 394 des Vortragenden Legationsrat Kremer, 25. 1. 1978, in: AAPD 1978, Dok. 20.

[259] Ansprache Genschers, in: Bulletin der Bundesregierung 1978/I, S. 75.

[260] Wischnewski schreibt in seinen Memoiren sophistisch, die Bundesregierung sei der Forderung nach Waffenlieferungen nicht nachgekommen, habe aber „Somalia bei seiner Entwicklung über das normale Maß hinaus zu helfen" gewusst; Wischnewski, Leidenschaft, S. 240. Bölling spricht noch 2007 nur allgemein davon, Bonn habe sich „für das Entgegenkommen der somalischen Seite ja auch erkenntlich gezeigt"; „Klaus Böllings Lehren aus dem Deutschen Herbst", in: Die Welt vom 18. 10. 2007. In einer ZDF-Dokumentation erwähnt er unspezifische Finanzhilfen. Vgl. „Das Wunder von Mogadischu", von Stefan Brauburger, Oliver Halmburger und Stephan Vogel, ZDF 2007, 27 Minuten, 23–30 Sekunden.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sche Gegenoffensive nicht mehr gestoppt werden konnte, mußte Somalia im März die militärische Niederlage eingestehen. Von dieser Schwächung sollte sich die Herrschaft des ostafrikanischen Diktators nicht mehr erholen: Unruhen häuften sich und führten 1991 zur Vertreibung Siad Barres. Seither droht Somalia im Bürgerkrieg zu versinken. Auch in der Bundesrepublik war 1977/78 noch kein Ende des Linksterrorismus in Sicht; das war erst der Fall, als die RAF 1998 in einer lapidaren „Auflösungserklärung" das Projekt „Stadtguerilla in der Form der RAF" für beendet erklärte[261].

[261] Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 715.

Jahrgang 57 (2009), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte